

Stenographisches Protokoll

82. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 7. November 1973

Tagesordnung

1. Erste Lesung: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974
2. Übereinkommen über die Hohe See
3. Tätigkeitsbericht des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1972
4. Bericht über das Ersuchen um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten DDr. König
5. Bericht über das Ersuchen um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten DDr. König
6. Bericht über das Ersuchen um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten DDr. König
7. Bericht über das Ersuchen um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Koller

Inhalt

Fragestunde (49.)

Beantwortung der mündlichen Anfragen der Abgeordneten Meißl (1174/M), Kern (1207/M), Dr. Reinhart (1194/M, 1200/M), Dr. Heinz Fischer (1195/M), Dr. Marga Hubinek (1196/M, 1203/M), Regensburger (1197/M), Dr. Halder (1198/M), Tonn (1201/M), Dr. Pelikan (1202/M), Dipl.-Ing. Hanreich (1175/M) und DDr. König (1208/M) (S. 7766)

Ausschüsse

- Zuweisung (S. 7779)
 Bericht des Unvereinbarkeitsausschusses (S. 7779)

Verhandlungen

Erste Lesung: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 (880 d. B.)

Redner: Dr. Koren (S. 7779), Bundesminister Dr. Androsch (S. 7785), Peter (S. 7786), Robert Weisz (S. 7791), Minkowitsch (S. 7796), Dr. Tull (S. 7801), Dr. Broesigke (S. 7805), Glaser (S. 7810), Bregartner (S. 7817), Dr. Stix (S. 7821), Dr. Mussil (S. 7823), Tonn (S. 7828), Dipl.-Vw. Josseck (S. 7831), Dr. Marga Hubinek (S. 7834), Breiteneder (S. 7837) und Dr. Keimel (S. 7839)

Zuweisung (S. 7845)

Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Regierungsvorlage (820 d. B.): Übereinkommen über die Hohe See (913 d. B.)

Berichterstatter: Kammerhofer (S. 7845)

Genehmigung (S. 7845)

Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft betreffend Tätigkeitsbericht (III-105) des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1972 (914 d. B.)

Berichterstatter: Alberer (S. 7845)

Kenntnisnahme (S. 7846)

Bericht des Immunitätsausschusses über Ersuchen um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten DDr. König (897 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Frauscher (S. 7846)

Redner: Ing. Hobl (S. 7846), Graf (S. 7847) und Dr. Halder (S. 7847)

Annahme des Ausschlußberichtes (S. 7848)

Bericht des Immunitätsausschusses über Ersuchen um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten DDr. König (898 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Frauscher (S. 7848)

Annahme des Ausschlußberichtes (S. 7848)

Bericht des Immunitätsausschusses über Ersuchen um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten DDr. König (899 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Frauscher (S. 7848)

Annahme des Ausschlußberichtes (S. 7848)

Bericht des Immunitätsausschusses über Ersuchen um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Koller (900 d. B.)

Berichterstatter: Frodl (S. 7849)

Annahme des Ausschlußberichtes (S. 7849)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen

912: Familienberatungsförderungsgesetz (S. 7779)

928: Arbeitsinspektionsgesetz 1973

929: Pyrotechnikgesetz 1973

930: Änderung des Bundesgesetzes über die Entsendung von Angehörigen des Bundesheeres zur Hilfeleistung in das Ausland

931: Preisbildungsgesetz 1973

933: Änderung des Rundfunkgesetzes

934: Strafprozeßanpassungsgesetz

935: Strafvollzugsanpassungsgesetz

936: Jugendstrafrechtsanpassungsgesetz

937: Anpassung des Bewährungshilfegesetzes an das Strafgesetzbuch (S. 7779)

Bericht

Finanzschuldenbericht 1973 der Österreichischen Postsparkasse, BM f. Finanzen (III-111) (S. 7779)

Anträge der Abgeordneten

Dr. Schwimmer, Dr. Halder, Graf, Dr. Mock, Dr. Gruber und Genossen betreffend Fortzahlung des Entgelts im Krankheitsfall durch die Krankenentgeltversicherung (Entgeltfortzahlungsgesetz — EFZG) (97/A)

Mühlbacher, DDr. Neuner, Dipl.-Ing. Hanreich und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Änderung abgabenrechtlicher Bestimmungen (Abgabenänderungsgesetz 1973) (98/A)

Anfragen der Abgeordneten

Burger und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Bau einer allgemeinbildenden höheren Schule in Leoben (1477/J)

Koller und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Hochwasserschäden in der Steiermark (1478/J)

Dipl.-Ing. Hanreich, Meißl und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Schwerverkehr auf der Bundesstraße 3 im Bereich der Wachau (1479/J)

Dipl.-Ing. Hanreich, Meißl und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Schwerverkehr auf der Bundesstraße 3 im Bereich der Wachau (1480/J)

Peter und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Vorgangsweise bei Vergabe von gehobenen Positionen im öffentlichen Dienst (1481/J)

Huber und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Städteschnellverbindung von Innsbruck über Franzensfeste—Lienz—Villach und zurück (1482/J)

Dipl.-Ing. Hanreich, Dr. Stix und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Verlust zweier eingeschriebenen aufgegebenen Postsendungen (1483/J)

Dipl.-Ing. Hanreich, Meißl und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Entscheidungen hinsichtlich schulfreier Tage (1484/J)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident **Dr. Maleta**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Die amtlichen Protokolle der 80. und 81. Sitzung des Nationalrates vom 23. Oktober 1973 sind in der Kanzlei aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde. Ich beginne jetzt — um 10 Uhr 1 Minute — mit dem Aufruf der Anfragen.

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Präsident: 1. Anfrage: Herr Abgeordneter Meißl (FPÖ) an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft.

1174/M

Wann wird die vom Herrn Bundeskanzler in Aussicht gestellte Neuregelung betreffend Abgabe von gefärbtem Dieselöl (Ofenheizöl) für die Landwirtschaft in Kraft treten?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. Oskar **Weih**s: Herr Abgeordneter Meißl! Die in Aussicht genommene

Anderung der Treibstoffverbilligung für die Land- und Forstwirtschaft macht eine Summe von Maßnahmen und eine umfangreiche Verwaltungstechnik notwendig, sodaß für, wie derzeit feststeht, den 23. November eine Enquete einberufen worden ist, in der über alle diese Maßnahmen beraten werden soll, eine Enquete, zu der auch die Mineralölwirtschaft eingeladen wird.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Meißl:** Herr Bundesminister! Ich darf zuerst feststellen, daß diese Enquete vom Herrn Bundeskanzler für Oktober versprochen worden war; nun wird sie von Ihnen für November vorgesehen.

Dieses Problem ist ja schon sehr alt, Herr Bundesminister! Sie selbst wissen, daß man sich schon seit Jahren, vielleicht schon seit drei Jahren, damit befaßt, diese Umstellung zu vollziehen. Jetzt wurde vom Herrn Bundeskanzler anscheinend anlässlich eines Wahlkampfes versprochen, das doch zu tun.

Ich glaube, es wäre möglich gewesen, rechtzeitig alle diese technischen Fragen vorzubereiten, um doch mit 1. 1. 1974 eine Einführung zu ermöglichen.

Ich frage daher: Wann ist, Herr Bundesminister, Ihrer Meinung nach jetzt wirklich mit der Einführung der Abgabe eines gefärbten Dieselöls für die Landwirtschaft zu rechnen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weih:** Ich darf feststellen, Herr Abgeordneter Meißl, daß die Enquete vom Bundesminister für Finanzen und nicht von mir einberufen wird.

Zum zweiten ist, wie ich glaube, sicherzustellen, daß die Versorgung für ganz Österreich klaglos funktioniert, doch mangelt es derzeit noch an entsprechenden Lagerungskapazitäten. Auch diese Frage muß einer Klärung zugeführt werden, die in erster Linie über die Mineralölverwaltung und die beteiligten Mineralölgesellschaften zu erfolgen hat.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter **Meißl:** Herr Bundesminister! Es wäre sehr schön, wenn Sie doch die Möglichkeit hätten, hier stärker, auch bei Ihrem Kollegen Finanzminister, darauf Einfluß zu nehmen, daß diese Dinge eben früher geschehen.

Zur Frage selbst: Sie konnten mir anscheinend keine Antwort geben, wann das möglich sein wird. Es ist daher durchaus die Frage berechtigt, ob nicht hier wieder diese Angelegenheit aufs Eis gelegt wird, um zu einem günstigen Zeitpunkt wieder hervorgeholt zu werden.

Ich glaube aber, es ist im Interesse der Bauernschaft einfach nicht mehr vertretbar, daß man Versprechungen macht und dann sagt, es müsse nun neuerlich geprüft werden.

Herr Bundesminister! Glauben Sie, daß im Jahre 1974 die Einführung noch möglich ist?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weih:** Ich glaube nicht, daß diese Frage aufs Eis gelegt wird, und glaube allerdings aus technischen Gründen auch nicht, daß die Einführung mit 1. 1. 1974 möglich sein wird, weshalb ich vorausschauend den Punktwert für 1974 auf 125 S erhöhen konnte, und zwar durch erhöhte Budgetmittel für die Treibstoffverbilligung.

Präsident: 2. Anfrage: Herr Abgeordneter Kern (OVP) an den Herrn Bundesminister.

1207/M

Welche Maßnahmen haben Sie ergriffen, um die widmungsgemäße Verwendung jener 5 Millionen Schilling sicherzustellen, die im 2. Budgetüberschreitungs-gesetz 1972 bäuerlichen Organisationen für agrarische Informationen und Aufklärung, insbesondere im Zusammenhang mit dem Eintritt Österreichs in die EWG, zur Verfügung gestellt wurden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weih:** Herr Abgeordneter Kern! Anlässlich der Gewährung von Bundesmitteln für die Agrarische Information und Aufklärung habe ich den Auftrag erteilt, daß meinem Ressort über die Verwendung der Mittel ein Nachweis mit genauer Kostenaufstellung sowie allfälligen Belegexemplaren vorzulegen ist. Ich habe auch besonders darauf verwiesen, daß bei Feststellung widmungswidriger Verwendungen der Mittel dieser Förderungsbeitrag zurückgefordert werden kann.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Kern:** Herr Bundesminister! In den Erläuterungen zum 2. Budgetüberschreitungs-gesetz, das im Oktober 1972 beschlossen worden ist, wird hinsichtlich der Verwendung dieser Geldmittel folgendes ausgeführt:

„Für Agrarische Informationen und Aufklärung, insbesondere im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Eintritt Österreichs in die EWG ...“ werden verschiedenen Bauernorganisationen Geldmittel gewährt. Es sind dann auch von Ihnen an drei Bauernorganisationen, und zwar an die freiheitliche Bauernorganisation, an den Allgemeinen Bauernverband und an den SPÖ-Arbeitsbauernbund, je 1,250.000 S für Aufklärungszwecke über-mittelt worden.

Meine Frage ist nun, nachdem Sie selbst jetzt festgestellt haben, daß das bis zum 1. Oktober auch überprüft werden konnte beziehungsweise die entsprechenden Exemplare und auch die Quittungen vorzulegen waren:

In welchem Umfang haben diese drei Bauernorganisationen den Richtlinien gemäß, also Information über den EWG-Eintritt zu geben, diese Mittel verwendet?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weih:** Herr Abgeordneter Kern! Der österreichische Arbeitsbauernbund hat bereits einen Verwendungsnachweis vorgelegt, der derzeit überprüft wird. Auf Antrag des Allgemeinen Bauernverbandes und der freiheitlichen Bauernschaft habe ich eine Fristerstreckung bis 30. November gewährt.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Kern:** Herr Bundesminister! Wir haben entsprechende Abänderungsanträge auf eine zweckmäßige Verwendung dieser Mittel im Hinblick auf eine notwendige Agrarförderung gestellt. Werden Sie, Herr Bundesminister — so lautet meine zweite Frage —, eine gleiche oder ähnliche Aktion, die, wie gesagt, unserer Meinung nach einer Verschleuderung von Agrarinvestitionsgeldern gleichkommt, nochmals befürworten?

Kern

Für die Verwendung spricht vielleicht ein Beispiel, das ich Ihnen jetzt zur Kenntnis bringen muß. Die „Agrarzeitung“, das ist also das Organ, das vom SPÖ-Arbeitsbauernbund herausgebracht wird, bringt unter anderem in einer Nummer folgende „Aufklärung“:

„Von den politischen Gegnern der Regierungsvorlage des Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes, insbesondere vom Bauernbund wurde der Verdacht ausgesprochen, daß auch den Bauern Grund und Boden gegen Entschädigung weggenommen werde. Alle diese Gerüchte sind an den Haaren herbeigezogen und werden vor allem von den Nutznießern des Boden- und Grundstückwuchers ausgestreut. Ein für alle Male muß festgehalten werden, daß keinem Bauern, aber auch keinem Besitzer eines Eigenheimes sein ... erworbenes Grundstück“ weggenommen wird. (Rufe: Frage!) Die habe ich bereits gestellt, Herr Kollege.

Der Herr Bundesminister für Bauten hat dann in einer Anfragebeantwortung festgestellt, daß natürlich auch die Bauern darunterfallen.

Entspricht diese Information, Herr Bundesminister, Ihrer Auffassung und den von Ihnen vorgelegten Richtlinien?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weih:** Herr Abgeordneter Kern! Die „Agrarzeitung“ hat auch andere Mittel zur Verfügung, die sie für ihre Zeitung verwendet, und nicht nur diese Mittel der 1,250.000 S.

Ich bin der Meinung, daß die Information auch im Jahre 1974 fortgesetzt werden soll.

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Präsident: Anfrage 3: Herr Abgeordneter Dr. Reinhart (SPÖ) an die Frau Bundesminister für Wissenschaft.

1194/M

Wie ist der Stand der Bemühungen, entsprechend der neuen medizinischen Studienordnung das immer wichtiger werdende Fach „Sozialmedizin“ an allen österreichischen Universitäten zu lehren?

Präsident: Bitte, Frau Minister.

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Abgeordneter! Gemäß § 10 Abs. 1 lit. i des Bundesgesetzes über die Studienrichtung Medizin, 1973 beschlossen, ist Sozialmedizin Rigorosenfach, und zwar Prüfungsfach des dritten Rigorosums.

Die vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung zu erlassende Studienordnung wird Näheres dazu festlegen, unter anderem natürlich auch die Stundenzahl, in denen Lehrveranstaltungen über dieses Fach abzuhalten sind. Diese Studienordnung ist derzeit in Ausarbeitung; Vorschläge dafür sind in den Studienkommissionen in Ausarbeitung. Wie ich höre, ist die Ausarbeitung schon relativ weit fortgeschritten.

Zur konkreten Durchführung des Unterrichts aus dem Rigorosenfach „Sozialmedizin“ ist für 1974 zunächst einmal die Errichtung einer diesbezüglichen Lehrkanzel, eines Ordinariates für Sozialmedizin an der Universität in Graz vorgesehen.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Reinhart:** Sehr geehrte Frau Bundesminister! Bezüglich der Sozialmedizin wird die neue Medizinische Studienordnung in Ermangelung geeigneter Lehrkräfte etwa erst in zehn Jahren voll wirksam werden. Darf ich Sie daher fragen: Ist daran gedacht, einem Teilgebiet der Sozialmedizin, nämlich der Arbeitsmedizin, durch Schaffung von Arbeitsmedizinischen Instituten an allen Universitäten Österreichs mehr Beachtung zu schenken?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Abgeordneter! Ich teile nicht Ihre Meinung, daß erst in zehn Jahren das Fach „Sozialmedizin“ an unseren medizinischen Fakultäten durch ein Ordinariat oder ein Extraordinariat vertreten werden kann. Ich glaube, daß das durchaus früher der Fall sein wird.

Ich darf darauf hinweisen, daß Arbeitsmedizin nicht nur ein Teil der Sozialmedizin ist, sondern daß arbeitsmedizinische Fragen — auch das geht aus dem Studiengesetz hervor — in sehr vielen einzelnen Fächern der medizinischen Lehre enthalten sind. Dafür ist vorgesorgt.

Präsident: Anfrage 4: Herr Abgeordneter Dr. Heinz Fischer (SPÖ) an die Frau Bundesminister.

1195/M

Wann ist voraussichtlich mit der Besetzung der Lehrkanzel für Politikwissenschaft an der Juridischen Fakultät an der Universität Wien zu rechnen?

Präsident: Bitte, Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Abgeordneter! Die Ordentliche Lehrkanzel für Politikwissenschaft an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät in Wien ist im

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

März 1973 ordnungsgemäß ausgeschrieben worden. Es sind rund zehn Bewerbungen eingelangt. Die Fakultät beabsichtigt, so wurde mir mitgeteilt, jeden einzelnen zu Gastvorträgen einzuladen. Ein Gastvortrag hat bereits stattgefunden. Es wird mit einer Vorlage des Ternavorschlages in absehbarer Zeit gerechnet.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Heinz **Fischer:** Frau Bundesminister! Verschiedenen Zeitungsmeldungen war zu entnehmen, daß unter Umständen die Absicht besteht, bei der Fakultät eine neuerliche Ausschreibung durchzuführen, wobei die verschiedensten Begründungen gegeben wurden.

Nun ist es aber so, daß sich unter den, wie Sie gesagt haben, zehn Bewerbungen, wirklich hervorragende Wissenschaftler befinden, und zwar insbesondere auch österreichische Wissenschaftler: Professor Dr. Norbert Leser, Professor Dr. Anton Pelinka, der jetzt leider vor kurzem nach Deutschland gegangen ist, und Dr. Peter Gerlich.

Kann also angenommen werden, daß es in absehbarer Zeit — weil ja die Vakanz nicht lang dauern wird — zu einer Berufung oder zu einem Ternavorschlag aus dem Kreis jener Personen kommt, die sich um diese Lehrkanzel beworben haben?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Abgeordneter! Von einer Absicht einer neuerlichen Ausschreibung wurde mir auf meine Rückfrage nichts mitgeteilt. Ich könnte dem auch überhaupt nicht zustimmen, da, wie Sie richtig sagen, unter diesen zehn Bewerbungen durchaus prominente Wissenschaftler dieses Wissenschaftsgebietes sind und weil es ja außerdem möglich ist, in die Liste auch Bewerber aufzunehmen, die sich nicht auf die Bewerbung gemeldet haben. Es ist also für eine neuerliche Ausschreibung keinerlei Anlaß gegeben.

Ich darf hinzufügen, daß ich auf Grund der Erfahrungen gerade in der letzten Zeit auf jeden Fall einen österreichischen Wissenschaftler präferieren werde, da die Verhandlungen mit deutschen Universitätsprofessoren gerade in der letzten Zeit außerordentlich lang dauern und meist zu keinem positiven Erfolg führen.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Heinz **Fischer:** Frau Bundesminister! Wir können also damit rechnen, daß wir einen österreichischen Politologen an diese Lehrkanzel an der juristischen Fakultät

der Universität Wien bekommen und daß unter Umständen dann schon im nächsten Jahr der Lehrbetrieb in diesem Fach aufgenommen werden kann?

Präsident: Frau Bundesminister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Abgeordneter! Ich muß Ihre Anfrage insoweit ein wenig einschränken, als ich natürlich einen österreichischen Wissenschaftler nur dann berufen kann, wenn er auf dem Berufungsvorschlag steht. Das zum ersten.

Zweitens liegt der Ternavorschlag noch nicht vor. Ich kann also derzeit nicht sagen, zu welchem Zeitpunkt die Besetzung stattfinden wird.

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Präsident: Anfrage 5: Frau Abgeordnete Dr. Marga **Hubinek (ÖVP)** an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung.

1196/M

Welchen Erfolg hatte der von Ihnen am 16. Oktober d. J. unternommene Vermittlungsversuch betreffend den vertragslosen Zustand mit den Zahnärzten?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für soziale Verwaltung Vizekanzler Ing. **Häuser:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! In einer am 5. 10. 1973 stattgefundenen Aussprache hatte ich die Vertreter der Ärzteschaft ersucht, mir Unterlagen über die Entwicklung der mit der Ausübung der zahnärztlichen Tätigkeit verbundenen Unkosten von 1968 bis 1972 zur Verfügung zu stellen. Ich hatte dazu erklärt, daß mir persönlich ein Weg gangbar erschiene, der in einer ersten Etappe eine Abgeltung der nachgewiesenen Unkostenerhöhung und in weiteren Etappen eine angemessene Honorarerhöhung vorsieht. Am letzten Tag vor dem 16. 10. 1973, wo eine weitere Aussprache anberaumt war, erhielt ich von der Österreichischen Ärztekammer ein solches Material, das aber insofern unvollständig war, als es nur das Ausmaß der Unkosten enthielt, und zwar bezogen auf den August 1972, nicht aber auf die Entwicklung von 1968 bis 1972.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Dr. Marga **Hubinek:** Herr Vizekanzler! Es scheint, daß in dem Konflikt, der beinahe nun ein halbes Jahr währt, die Patienten die Leidtragenden sind und keinen Anwalt haben. Wenn Ihnen die zahnärztliche Versorgung der Bevölkerung am Herzen liegt,

Dr. Marga Hubinek

warum haben Sie sich nicht schon früher in den Konflikt eingeschaltet und einen Vermittlungsversuch gemacht, beispielsweise in Einzelgesprächen die Kompromißbereitschaft der einzelnen Partner zu erkunden? Nur einen Saal zur Verfügung zu stellen, wo die Partner ihre Argumente auf den Tisch knallen, erscheint mir doch nicht zielführend, um eine Eskalation des Konfliktes zu vermeiden.

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Ing. **Häuser:** Verehrte Frau Abgeordnete! Ich habe angesichts der Realitäten von Forderungen und Bereitschaften zur Abgeltung keine Möglichkeit gesehen, vermittelnd einzugreifen, denn zwischen 9 und 68 Prozent ist eine derartige Spanne, daß es hier auch bei persönlichen Gesprächen kaum zu einer Einigung kommen könnte. Zweitens muß ich Sie darauf aufmerksam machen, daß meine rechtliche Grundlage lediglich im Ersuchen liegen kann, im Bitten, in Appellen an jeden der beiden Vertragspartner, Einsicht walten zu lassen. Daß dieser Versuch selbst in einem Moment gescheitert ist, wo man eine 30prozentige Erhöhung auf die 1972 bestandenen Tarifregelungen, die ja eine Erhöhung von 132 Prozent von 1969 bedeuten, seitens der Ärztekammern und der Dentisten kategorisch abgelehnt und erklärt hat, man sei nur bereit, wenn zu diesen 30 Prozent noch weitere 23 bis 25 Prozent dazu bezahlt würden, werden Sie erkennen, daß auch ein früherer Termin von Verhandlungen oder Aussprachen zu keinem Ergebnis geführt hätte, denn selbst unter dieser kritischen Situation haben die Vertreter der Zahnbehandler nein gesagt.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordnete Dr. Marga **Hubinek:** Herr Vizekanzler! Haben Sie es für das Verhandlungsklima als besonders förderlich angesehen, wenn Sie mit dem Bau von Ambulatorien drohen beziehungsweise, wie ich den heutigen Zeitungen entnehme, mit gesetzlich festgelegten Tarifen? Wenn ich nur annehme, daß der Bau eines Ambulatoriums zwei Jahre dauert, wie stellen Sie sich eine kurzfristige Lösung des Problems vor?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Ing. **Häuser:** Ich stelle klar, Frau Abgeordnete, daß ich nicht vor den Verhandlungen mit irgendwelchen Dingen gedroht habe, sondern daß ich mich sehr sachlich mit den Unterlagen auseinandergesetzt habe. Aber angesichts der nun gegebenen Situation muß man sich ja einen Weg zurechtlegen, wie man überhaupt aus dieser Angelegenheit heraussteigen kann.

Darf ich Ihnen, weil es auch für die Volksvertretung von eminenter Bedeutung ist, die Unterlagen für die angebliche Begründung der 68 Prozent zur Kenntnis bringen. Ich beziehe mich auf das offizielle Schreiben, das mir am 15. Oktober seitens der Zahnbehandler übergeben wurde.

„Eine zahnärztliche Praxis“ — heißt es — „ist also mit betriebskalkulatorischen Kosten von mindestens jährlich 916.000 S belastet.“ — Das ist eine Ausgangsbasis. Ich werde darauf noch zurückkommen. — Und nun wird folgendes berechnet — ich bitte, meine Damen und Herren, sich das gut durch den Kopf gehen zu lassen, weil eine solche kalkulatorische Berechnung, glaube ich, einmalig ist —:

„Von den 52 Jahreswochen sind abzuziehen: ... 6 Wochen für Urlaub ..., ... 2 Wochen für gesetzliche Feiertage, ... 2 Wochen für eigene Krankheit, ... 2 Wochen für Fortbildungskurse und Fachkongresse.

Es verbleiben also“ — ich zitiere wörtlich! — „40 Arbeitswochen pro Jahr mit je 38 Stunden ... Das ergibt dann (916.000 S durch 1520 reine Behandlungsstunden pro Jahr ...) ... rund 10 S pro Behandlungsminute.“

So beginnt die Kakulation, um überhaupt auf 68 Prozent zu kommen.

Aber es kommt noch viel besser. Da heißt es hier — ich zitiere nur eine einzige Post, weil in der Fragestunde nicht mehr Möglichkeit besteht —:

„Kosten der zahnärztlichen Ausbildung ... 3 Jahre Gymnasium im Lehrlingsalter — Verlust an Lehrlingsvergütung einschließlich Sozialleistungen des Arbeitgebers, monatlich 1800 S“, was 64.800 S ergibt, „6 Jahre Medizinstudium — Einkommensverlust (unter Anrechnung eines monatlichen Stipendiums von 2000 S) monatlich 6000 S“ — das heißt, man hätte 8000 S —, was 432.000 S ergibt, und so weiter.

Das sind die Grundlagen, mit denen man 68 Prozent berechnen will. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Ich habe Sie etwas anderes gefragt! — Rufe bei der SPÖ: Nein! — Abg. Ofenböck: „Was ist mit den Ambulatorien?“, sind Sie gefragt worden!*) Nein, ich habe Ihnen darauf geantwortet, was die Ärzte hier als Unterlage gegeben haben. Und ich bin nicht in der Lage, eine derartige Unterlage als vollwertig zu betrachten. (*Beifall bei der SPÖ. — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Präsident: 6. Anfrage: Herr Abgeordneter Regensburger (*ÖVP*) an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung.

1197/M

Aus welchen Gründen konnte das für Juni 1973 angekündigte neue Sozialversicherungsabkommen zwischen Österreich und Italien noch nicht abgeschlossen werden?

Präsident: Bitte, Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Ing. **Häuser:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Nach § 5 Abs. 1 in Verbindung mit § 4 Z. 2 des Bundesgesetzes vom 25. 5. 1966, mit welchem unter anderem eine Neuordnung des Wirkungsbereiches einiger Bundesministerien erfolgte, obliegt dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten unter anderem die Vorberatung und Verhandlung von Staatsverträgen.

Im Hinblick auf diese Rechtslage ist es mir verwehrt, die vorliegende Anfrage zu beantworten.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Regensburger:** Herr Vizekanzler! Sie wissen, daß ich am 8. Oktober bei Ihnen war, um diese Problematik „Abschluß eines Vertrages, eines neuen Vertrages, eines Sozialversicherungsabkommens Österreichs mit Italien“ zu besprechen.

Sie gaben mir liebenswürdigerweise die Auskunft, daß dann, wenn dieser Vertrag abgeschlossen ist und hier dem Plenum vorliegt und hier die Beschlußfassung gegeben ist, zum Beispiel Südtiroler, italienische Staatsbürger in einer Klinik in Österreich — die Diskussion ging besonders um die Kliniken in Innsbruck, weil sich dort ja sehr viele Südtiroler behandeln lassen — sozialrechtlich so behandelt und bedient werden, als würden sie Österreicher sein. Und auch umgekehrt wäre das der Fall.

Als ich Sie, Herr Vizekanzler, aber dann fragte, ob es möglich sei, den Entwurf dieses Vertrages zu sehen, lehnten Sie das ab.

Ich frage Sie, Herr Minister, da der Entwurf dieses Vertrages einem Begutachtungsverfahren unterzogen wurde — ich habe hier die Stellungnahme der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft; ich sah in Tirol die Stellungnahme des Landes Tirol, datiert mit 17. Jänner 1973; es handelt sich also nicht um einen geheimen Vertragsentwurf; er wurde doch zur Stellungnahme an verschiedene Stellen ausgesandt, die das Recht zur Stellungnahme haben —: Wieso können Sie es einem Abgeordneten verwehren, in einen solchen Entwurf Einblick zu nehmen?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Ing. **Häuser:** Herr Abgeordneter! Kraft Gesetzes sind die Abgeordneten

nicht in das Begutachtungsverfahren einbezogen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Regensburger:** Herr Bundesminister! Ich darf vorausschicken: Ich weiß selbstverständlich — jeder von uns weiß es —, daß wir in das Begutachtungsverfahren nicht miteinbezogen werden und kein Recht zur Begutachtung haben.

Sind Sie aber der Ansicht, daß im Zuge des Begutachtungsverfahrens ein Abgeordneter kein Recht hat, in den Entwurf, der im Begutachtungsverfahren stand oder steht, Einblick zu nehmen?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Ing. **Häuser:** Herr Abgeordneter! Jeder der Vertreter der österreichischen Bevölkerung kommt von irgendwelchen Interessengruppen. Laut Gesetz ist festgelegt, daß diese Interessengruppen zur Begutachtung herangezogen werden. Es müßte daher jedem Abgeordneten automatisch möglich sein, über die Interessengruppe, die er hier zu vertreten hat, in einen solchen Entwurf eines Ministeriums Einblick zu nehmen, um sich damit selbst über den Inhalt dieser Materie Kenntnis zu verschaffen.

Präsident: 7. Anfrage: Herr Abgeordneter Dr. Halder (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung.

1198/M

Zu welchem Zeitpunkt wird die erste Etappe zur Angleichung der Zuschußrenten an die Bauernpensionen in Kraft treten?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Vizekanzler Ing. **Häuser:** Werter Herr Abgeordneter! Mit den vor wenigen Tagen zur Begutachtung ausgesandten Novellenentwürfen zu den Sozialversicherungsgesetzen soll das derzeit vordringliche Problem der Pensionsversicherung, nämlich das Zurückbleiben der Pensionen hinter der Entwicklung der Aktiveinkommen, einer umfassenden Lösung zugeführt werden, indem sowohl die Berechnung der für die Pensionsanpassung bedeutenden Richtzahl aktualisiert, als auch die erstmalige Pensionsanpassung um ein ganzes Jahr vorgezogen wird.

Diese bedeutende Leistungsverbesserung und darüber hinaus auch die für die bereits laufenden Pensionen vorgesehene außerordentliche Erhöhung in zwei Etappen zum 1. Juli 1974 und 1. Juli 1975 um je 3 Prozent werden im vollen Umfang auch den Bauernpensionisten und den Zuschußrentnern zugute

Vizekanzler Ing. Häuser

kommen. Im gleichen Umfang ist damit auch eine Anhebung der Ausgleichszulagenrichtsätze verbunden.

Ich habe den Spitzenfunktionären der bäuerlichen Sozialversicherung bereits in einer Aussprache am 17. Oktober mitgeteilt, daß die genannten Leistungsverbesserungen die Bundesmittel außerordentlich stark in Anspruch nehmen, sodaß gegenwärtig darüber hinausgehende besondere Leistungsverbesserungen im Bereich der bäuerlichen Sozialversicherung nicht ins Auge gefaßt werden können. Ich habe aber die genannten Funktionäre für Anfang des nächsten Jahres zu einem neuerlichen Gespräch über die weiteren Maßnahmen in der bäuerlichen Sozialversicherung und deren finanzielle Bedeckungsmöglichkeiten eingeladen.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Halder:** Herr Vizekanzler! Die Maßnahmen, von denen Sie eben berichtet haben und die im Entwurf der 3. Novelle zum Bauern-Pensionsversicherungsgesetz vorgesehen sind, sind keine anderen als jene, die bereits in den Entwürfen zum ASVG und zum Gewerblichen Pensionsversicherungsgesetz vorgesehen sind. Das ist also nichts besonderes.

Sie wissen genauso wie die gesamte bäuerliche Bevölkerung, daß es in der landwirtschaftlichen Zuschußrentenversicherung und in der Bauernpensionsversicherung noch ganz spezifische Probleme gibt.

Meine Frage hat gelautet, wann die erste Etappe der Anpassung der Zuschußrenten an die Bauernpensionen in Kraft treten wird. Auf diese Frage, Herr Vizekanzler, haben Sie mir keine Antwort gegeben.

Die besonderen Probleme bestehen darin, daß die Zuschußrenten außerordentlich bescheiden sind. Derzeit, im Jahr 1973, liegen die Zuschußrenten zwischen 305 S und 446 S; das arithmetische Mittel ist 370 S. Wenn Sie nun davon sprachen, daß die 10,4prozentige Erhöhung mit dem Richtsatz zum 1. Jänner auch den Zuschußrentnern zugute kommen wird, dann bringt das pro Zuschußrente im Monat 38 S mehr.

Ich gehe — wir haben jetzt Ende 1973 — von einer durchschnittlichen Pension von 3000 S aus. Das ist durchaus sachlich, weil im Jahre 1972 die durchschnittliche Arbeiterpension nach den Unterlagen des Hauptverbandes 2213 S und die durchschnittliche Angestelltenpension 3400 S betragen hat. Und bei 3000 S Pension macht die 10,4prozentige Erhöhung immerhin 312 S aus gegenüber plus 38 S bei den Zuschußrentnern. Und diese zwei-

mal 3prozentige Erhöhung macht bei 3000 S immerhin zweimal plus 90 S aus, und bei nur durchschnittlich 370 S Zuschußrente macht es zweimal nur 11 S aus. Darin liegen die spezifischen Probleme, aber auch noch in anderen Bereichen.

Ich rede gar nicht von der überhöhten Anrechnung von Einkommen aus Ausgedinge und von den Schwierigkeiten, die die Witwen nach Bauernpensionisten und Zuschußrentnern haben, die überhaupt nichts mehr verdienen dürfen, die den Betrieb nicht weiterführen, während dies eine Witwe etwa nach einem ASVG-Pensionisten ohneweiters darf.

Ich frage Sie daher, Herr Vizekanzler: Werden Sie in der Regierungsvorlage zur 3. Novelle zur Bauernpensionsversicherung über die Maßnahmen, über die Sie jetzt gerade berichtet haben, hinaus echt wirksame Verbesserungen für die Zuschußrentner vorschlagen?

Präsident: Herr Minister.

Vizekanzler Ing. **Häuser:** Ich habe Ihre konkrete Frage: Zu welchem Zeitpunkt wird die erste Etappe zur Angleichung der Zuschußrenten an die Bauernpensionen in Kraft treten?, damit beantwortet, daß ich erklärt habe — ich wiederhole wörtlich —: „Ich habe den Spitzenfunktionären der bäuerlichen Sozialversicherung bereits in einer Aussprache am 17. 10. 1973 mitgeteilt, daß die genannten Leistungsverbesserungen die Bundesmittel außerordentlich stark in Anspruch nehmen, sodaß gegenwärtig darüber hinausgehende besondere Leistungsverbesserungen im Bereich der bäuerlichen Sozialversicherung nicht ins Auge gefaßt werden können.“ Dann habe ich erklärt, daß wir am Beginn des nächsten Jahres über diese Probleme sprechen werden. Ich stelle also nur fest: Ich habe Ihnen eine Antwort gegeben.

Zum zweiten darf ich feststellen, daß nach den letzten Berichten auf Grund der Rechtslage die Zuschußrentenempfänger das Anrecht auf eine Ausgleichszulage haben, sofern ihr eigenes Einkommen respektive die Anrechnung des Ausgedinges diese Ausgleichszulage nicht aufsaugt.

Aber unabhängig jetzt von diesen theoretischen Regelungen darf ich mitteilen, daß das Durchschnittseinkommen aller rund 120.000 Zuschußrentenempfänger 1973, erstes Halbjahr, bei über 14.000 S im Jahr liegt. Das heißt also, daß sie alle ungefähr 1200 S — wenn ich es auf die 12 Monate beziehe — an Einkommen haben und nicht die von Ihnen genannten Zahlen.

Vizekanzler Ing. Häuser

Zu diesen genannten Zahlen darf ich sagen, daß es sich um Zuschußrentenempfänger handelt, die entweder einen hohen Einheitswert gehabt haben und daher nach der Rechtsgrundlage, wie sie in der Regierungsvorlage 1969 festgelegt wurde — das Gesetz ist von Ihnen gemacht worden —, kein Anrecht mehr auf eine Ausgleichszulage haben.

Zum zweiten handelt es sich um jene Zuschußrentner, die sich einen Teilbereich aus ihrem bäuerlichen Besitz, einige Hektar, behalten haben, diese Hektar weiterbewirtschaften und daher unter den gleichen Voraussetzungen zu bewerten sind wie alle anderen Einkommensbezieher, das heißt, bei der Ausgleichszulage muß dieses Einkommen mitberücksichtigt werden.

Es handelt sich also hier nicht — ich stelle das fest — um Personen, die ausschließlich von den von Ihnen genannten 300, 400, 500 S zu leben haben, sondern diese Personen haben entweder daneben auf Grund des großen Hofes eine Anrechnung vom Ausgedinge, oder sie haben neben diesen Zuschußrenten ein nachgewiesenes Einkommen. Das ist die Realität, um die es hier geht.

Präsident: Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Halder:** Herr Vizekanzler! Das, was Sie vorhin als erste Etappe bezeichnet haben, ist keine erste Etappe, weil genau dasselbe für alle anderen Pensionisten, auch für die Bauernpensionisten, vorgesehen ist. Wenn Sie also auch die Zuschußrenten um 10,4 Prozent und zweimal, mit 1. Juli 1974 und 1. Juli 1975, wiederum um je 3 Prozent erhöhen, dann ist das keine erste Etappe, weil ja überhaupt nichts Spezifisches zusätzlich für die Zuschußrentner geschieht.

Ich frage Sie aber in diesem Zusammenhang Was haben Sie hinsichtlich der Weiterentwicklung der Bauernpensionsversicherung in der zweiten Hälfte der Gesetzgebungsperiode vor? Die ÖVP-Fraktion hat bereits eine Reihe von Anträgen eingebracht, die Ihre Mehrheitsfraktion immer abgelehnt hat, zum Beispiel war es genauso im ASVG und in der gewerblichen Pensionsversicherung und bei der Einführung der vorzeitigen Alterspension bei langer Versicherungsdauer, die derzeit sehr wenig kosten würde, weil es sich insbesondere um Leute handelt, die ziemlich lange Ersatzzeiten aus dem ASVG haben, dann aber in der Landwirtschaft selbständig erwerbstätig geworden sind und nur deshalb diese vorzeitige Pension nicht bekommen, weil Sie, Herr Vizekanzler, und Ihre Fraktion diese Einführung

in der Bauernpensionsversicherung verwehren.

Das gleiche gilt für die Einführung einer zweiten Bemessungsgrundlage zum 55. Lebensjahr, dasselbe gilt für die Diskriminierung der Ersatzzeiten nach der Bauernpensionsversicherung gegenüber den Ersatzzeiten nach dem ASVG und nach dem GSPVG.

Herr Vizekanzler! Die bäuerliche Bevölkerung Österreichs fühlt sich von dieser Regierung, der Sie als Vizekanzler angehören, zutiefst benachteiligt. Das gilt aber nicht nur für das gesamte Agrarbudget, das im Jahre 1972 — das haben Sie bereits beschlossen — einen 4prozentigen Anteil am Gesamtbudget hatte, im Jahre 1973 waren es noch 4,5 Prozent, im Jahre 1974 werden es nur mehr 4,2 Prozent sein. Im übrigen ist das Agrarbudget von 1972 auf 1974 nur um sechs Prozent angestiegen, während die Budgets aller anderen Ressorts um 16 bis 152 Prozent gestiegen sind. Sechs Prozent sind nicht einmal die Hälfte dessen . . .

Präsident: Herr Kollege! Bitte die Frage stellen!

Abgeordneter Dr. **Halder:** Ich frage daher, Herr Vizekanzler: Welche Maßnahmen werden Sie zumindest in der zweiten Hälfte der Gesetzgebungsperiode zur Verbesserung der Bauernpensionsversicherung vorschlagen?

Präsident: Bitte, Herr Minister

Vizekanzler Ing. **Häuser:** Herr Abgeordneter! Ich habe die Herren der bäuerlichen Sozialversicherungsträger, und zwar die Obmänner und den Generaldirektor, zu einem Gespräch zu mir eingeladen, um auf der rein fachlichen Ebene die Probleme zu Beginn des kommenden Jahres einer Lösung zuzuführen, wobei ich ihnen gesagt habe, daß es sich hier nicht nur um die Erfüllung von Forderungen, sondern auch um die Verantwortung für die Bedeckung der Aufwände geht. Ich bin zu diesem Fachgespräch gerne bereit, und ich habe das auch den Herren zugesagt.

Zu Ihrer sehr langen Anfrage darf ich lediglich eines sagen: Sie verlangen jetzt von dieser Regierung eine Lösung, für die Sie selbst in der Zeit von 1966 bis 1969 keinen wie immer gearteten Vorschlag gemacht haben, denn Sie haben erst 1969 eine Bauernpensionsversicherung, wie sie derzeit rechtsgültig ist, vorgeschlagen; sie ist erst mit 1971 wirksam geworden. Ich bitte also, die Vorwürfe nicht an diese Regierung zu richten, sondern sich selbst vorzuhalten, daß man nicht rechtzeitig für die bäuerliche Altersversorgung gesorgt hat. (Beifall bei der SPO.)

Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz

Präsident: 8. Anfrage: Herr Abgeordneter Tonn (*SPO*) an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz.

1201/M

Wann kann mit der Einbringung einer Regierungsvorlage zum Tierseuchengesetz im Nationalrat gerechnet werden?

Präsident: Bitte, Frau Minister.

Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. Ingrid **Leodolter:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Novelle zum Tierseuchengesetz ist Anfang des Monats zur Begutachtung ausgesendet worden — in der Vorbegutachtung war sie ja schon —, sie wird Ende des Monats überarbeitet werden und wird im Dezember den Ministerrat passieren und somit ins Parlament gehen. Sie kann also noch dieses Jahr beschlossen werden.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Tonn:** Sehr geehrte Frau Bundesminister! Im Referentenentwurf sind die Bürgermeister verpflichtet, vorläufige Maßnahmen zwecks Verhinderung von Tierseuchen durchzuführen beziehungsweise anzuordnen. Ohne Zweifel kommt hiebei den Bürgermeistern eine primäre Aufgabe zu; das hat sich in der letzten Phase der Tierseuche gezeigt. Ich frage Sie nun, ob diese Bestimmung, die im Referentenentwurf enthalten ist, auch in das Bundesgesetz aufgenommen wird?

Präsident: Frau Bundesminister.

Bundesminister Dr. Ingrid **Leodolter:** Herr Abgeordneter! Diese Bestimmung wird aufgenommen. Es wird der Bürgermeister im übertragenen Wirkungsbereich der Bezirksverwaltungsbehörde handeln, und zwar im Hinblick auf die Vertrautheit mit den örtlichen Verhältnissen und die Möglichkeit des raschen Handelns. Es hat sich diese Übernahme des Bürgermeisters schon sehr bewährt, weil er in ganz kurzer Zeit auch beim Seuchenverdacht schon die nötigen Maßnahmen erlassen kann.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter **Tonn:** Frau Bundesminister! Meine zweite Frage bezieht sich auf die Entschädigung der Arbeitnehmer. Es war im bisherigen Gesetz so, daß ein sehr schleppendes Verfahren vorgesehen war, was sich besonders für die kleinen Einkommensbezieher nachteilig ausgewirkt hat.

Meine Frage lautet: Was wird getan, damit dieses Verfahren in Zukunft schneller durchgeführt werden kann?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Ingrid **Leodolter:** Herr Abgeordneter! Wir haben ein anderes Verfahren vorgesehen. Wir haben vorgesehen, daß der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer den Lohn bevorschußt und daß dem Arbeitgeber das Geld dann vom Bund rückerstattet wird. Das haben wir auch beim letzten Ausflackern der Seuche so gemacht. Damals geschah das auf freiwilliger Basis, weil die Rechtsgrundlage gefehlt hat; es hat sich aber sehr bewährt und wird sicher in diesem Gesetzentwurf aufgenommen werden.

Präsident: 9. Anfrage: Frau Abgeordnete Dr. Marga Hubinek (*OVP*) an die Frau Bundesminister.

1203/M

Ist es richtig, daß aus dem geplanten Mutter-Kind-Paß die Untersuchungen der Säuglinge mit Ausnahme der Neugeborenenuntersuchung am ersten Lebenstag gestrichen wurden, sodaß man praktisch nur mehr von einem Mutter-Paß sprechen kann?

Präsident: Bitte, Frau Minister.

Bundesminister Dr. Ingrid **Leodolter:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es sind keine Kinderuntersuchungen aus dem Mutter-Kind-Paß herausgestrichen worden, es sind nach wie vor acht programmierte Kinderuntersuchungen drinnen und vier programmierte, unbedingt notwendige Schwangerenuntersuchungen; die anderen Untersuchungen sind auf freiwilliger Basis.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordnete Dr. Marga **Hubinek:** Bei einer Enquete, die Ihr Ministerium im Sommer des heurigen Jahres veranstaltet hat, wurde vor allem darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, die Säuglingssterblichkeit bis zum ersten Lebensjahr zu reduzieren, weil die Säuglinge an durchaus vermeidbaren Erkrankungen — es hieß damals der Luftwege, des Magen- und Darmtraktes — sterben, und es sei nicht zu verantworten, diese programmierten Untersuchungen bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres zu machen.

Konkret: Wie viele Untersuchungen werden Sie bis zum ersten Lebensjahr des Kindes vornehmen?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Ingrid **Leodolter:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es ist vorgesehen, daß in der ersten Woche eine Untersuchung stattfindet, es ist weiters vorgesehen, daß in der sechsten Woche eine Untersuchung stattfindet und es sind dann insgesamt vier Untersuchungen im ersten Lebensjahr vorgesehen.

Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter

Auch für mich ist sehr wichtig, daß sehr zeitig Schäden festgestellt werden, die dann noch beseitigt werden können.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordnete Dr. Marga **Hubinek:** Frau Minister! Sie haben weiters erwähnt, daß in dem Mutter-Kind-Paß vier Schwangerenuntersuchungen vorgesehen sind. Ich erinnere mich: Bei Ihrer Enquete im Sommer des Jahres haben namhafte Wissenschaftler des In- und Auslandes — ich darf vielleicht stellvertretend drei Namen zitieren: Dozent Czermak, Dozent Rockenschaub und Professor Sahlig — für zehn Schwangerenuntersuchungen plädiert, und zwar nach internationalem Muster. Warum halten Sie sich nicht an diese Ratschläge dieser führenden Fachleute, die Sie einladen, wenn Sie dann ohnedies nach eigenem Gutdünken vorgehen?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter: Werte Frau Abgeordnete! Das ist nicht mein Gutdünken, der Mutter-Kind-Paß wurde nicht von mir allein und von meinem Ressort gemacht, sondern mit den Fachleuten. Diese vier Untersuchungen sind sogenannte Pflichtuntersuchungen und für die Geburtenbeihilfen-erhöhung von 2000 S auf 4000 S notwendig. Alle anderen Untersuchungen kann sich jede Frau machen lassen. Es sind auch bei diesen zehn Untersuchungen ja nicht durchwegs ärztliche Untersuchungen gewesen. Andererseits haben wir auch in unserem Mutter-Kind-Paß vorgesehen, daß, falls es notwendig ist, wenn es sich also um keine normale Schwangerschaft handelt, man natürlich sofort die Schwangere wie eine Kranke behandelt und zehn Untersuchungen durchführt. Ich glaube, wenn wir heute wirklich bei jeder Schwangeren vier Untersuchungen erreichen, dann haben wir schon einen sehr weiten Schritt vorwärts gemacht, denn heute ist es nach den Informationen, die mir zugekommen sind, keineswegs so, daß die Schwangere wirklich zu zwei Untersuchungen geht.

Präsident: 10. Anfrage: Herr Abgeordneter Dr. Reinhart (SPÖ) an die Frau Bundesminister.

1200/M

Wie hat sich die von der ÖVP so heftig bekämpfte Novelle zum Krankenpflegegesetz seit ihrem Inkrafttreten in der Praxis bewährt?

Präsident: Bitte, Frau Minister.

Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter: Herr Abgeordneter! Die Novelle zum Kranken-

pflegegesetz hat tatsächlich eine Explosion in den Krankenpflegesschulen hervorgerufen. Es ist ein enormer Run auf die Krankenpfleges- schulen eingetreten. Ich darf Ihnen hier einige Zahlen zitieren:

Es gibt in Wien ein Mehrangebot an Krankenpflegeschülerinnen im Ausmaß von 45 Prozent, es gibt in Niederösterreich ein Mehrangebot von 10 Prozent, in Oberösterreich von 15 Prozent, in Salzburg von 30 Prozent, und zwar sind das aufgenommene Schülerinnen. Es ist vielleicht falsch, wenn ich sage: ein Mehrangebot, sondern es sind tatsächlich um diese Prozentzahlen mehr Schülerinnen in die Krankenpflegeausbildung eingetreten. In Kärnten sind es 56 Prozent, in der Steiermark 30 Prozent, und im Burgenland — das ist allerdings effektiv eine sehr kleine Zahl — sind es 43 Prozent, aber bei der kleinen Zahl kann man die Prozentzahl nicht entsprechend werten.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Reinhart:** Sehr geehrte Frau Bundesminister! Wie kann nunmehr die große Zahl an Schülerinnen administrativ und schulisch bewältigt werden?

Präsident: Bitte, Frau Minister.

Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter: Das ist eine sehr berechtigte Frage. Es wird von meinem Ministerium jede Anstrengung unternommen, Unterstützung zu gewährleisten, und in einigen Bundesländern wird auch von seiten des Landes sehr viel auf diesem Gebiet gemacht.

So hat zum Beispiel Wien eine zusätzliche Schule im Elisabethspital errichtet, wo 140 Schülerinnen Platz haben werden. Im Allgemeinen Krankenhaus wird ein zweiter Parallellerngang geführt. Also es wird von seiten der Länder — das gilt auch für Niederösterreich — sehr viel getan.

Von meinem Ministerium her kann ich Subventionen zur Erweiterung von Krankenpfleges- schulen und auch zur Erweiterung von Internaten geben, und zwar aus dem Kranken- anstalten-Investitionsfonds, und ich habe das auch schon gemacht.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Reinhart:** Sehr geehrte Frau Bundesminister! Als Tiroler Abgeordneter würde mich interessieren, wie die speziellen Verhältnisse auf Grund der Novelle zum Krankenpflegegesetz in unserem Bundesland Tirol sind.

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Dieses Ergebnis ist enttäuschend. Es gibt dort nur um fünf Schülerinnen mehr als im Vorjahr. Tirol hat sich also an der Ausweitung seiner Krankenpflegeschulen nicht beteiligt.

Präsident: 11. Anfrage: Herr Abgeordneter Dr. Pelikan (*ÖVP*) an die Frau Bundesminister.

1202/M

Wie wird bei den ab 1. Jänner 1974 durchzuführenden Gesundenuntersuchungen die Auswertung der Daten durchgeführt werden?

Präsident: Bitte, Frau Minister.

Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter: Herr Abgeordneter! Die Auswertung der bei den Gesundenuntersuchungen ab 1. 1. 1974 anfallenden Daten ist sichergestellt. Besprechungen über die Art der Auswertung sowie über die Organisation sind im Gange.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Pelikan: Frau Bundesminister! Betrifft das auch die Daten, die schon jetzt auf Grund der sogenannten Projektstudie für Wien und Kärnten gesammelt wurden?

Präsident: Frau Bundesminister.

Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter: Meinen Sie, daß diese auch ausgewertet wurden? — Sie wurden, soweit wir sie bisher hatten, vom Statistischen Zentralamt ausgewertet. Ich habe das ja auch in einem Zwischenbericht der Projektstudie veröffentlicht. Aber natürlich werden auch die kommenden Daten ebenso veröffentlicht werden.

Wir konnten jetzt sogar schon wieder einen Zwischenbericht machen und bei dieser Gelegenheit feststellen, daß der Prozentsatz derer, die sich an der Untersuchung beteiligt haben, nicht mehr bei 10 Prozent liegt, sondern daß es schon 25 Prozent sind.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Pelikan: Frau Bundesminister! Trotz sehr starker und vielfacher Urgezen von unserer Fraktion gibt es noch immer keinen Entwurf für ein Datenschutzgesetz, der diesem Hause zugeleitet worden wäre.

Nun handelt es sich bei der Sammlung von Daten auf Grund von Gesundenuntersuchungen zweifellos um Daten, die hauptsächlich die Privatsphäre der Staatsbürger betreffen. Wie, Frau Bundesminister, ist Ihrer Ansicht nach der Datenschutz ohne Datenschutzgesetz bei Ihrem Ressort auf Grund der Gesundenuntersuchungen gewährleistet?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Ingrid Leodolter: Herr Abgeordneter! Der Schutz der Intimsphäre ist absolut gewährleistet, weil ja diese Daten nicht im Zusammenhang mit dem Namen und der Person überhaupt statistisch verwertet werden. Es ist auch nicht möglich, daß dritte Personen an diese Daten herankommen. Also die Gefahr, daß hier Mißbrauch geübt wird, halte ich für ausgeschlossen.

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

Präsident: 12. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Hanreich (*FPO*) an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie.

1175/M

Da angesichts der durch den Nahostkrieg ausgelösten Versorgungsschwierigkeiten bei Rohölprodukten die völlig unzulänglichen Vorsorgemaßnahmen Österreichs auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Landesverteidigung wiederum offensichtlich geworden sind, frage ich Sie, Herr Bundesminister, ob nach Jahren der Untätigkeit nunmehr endlich mit konkreten Maßnahmen auf diesem Gebiete zu rechnen ist.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Staribacher: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich muß ausnahmsweise sagen, daß mich Ihre Anfrage insofern hart trifft, als wir nach Jahren der Untätigkeit nunmehr endlich mit konkreten Maßnahmen beginnen. Sie wissen ja selbst, daß wir hier alles tun, soweit es mir das Gesetz ermöglicht, und darüber hinaus im Arbeitsausschuß für wirtschaftliche Landesverteidigung versuchen, eben soweit die gesetzliche Möglichkeit reicht, Vorbereitungsarbeiten zu treffen. Ich bin derzeit mit den Klubs in Verhandlungen, um neue Möglichkeiten zu erschließen, eine bessere Landesverteidigungsdoktrin zu erarbeiten.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Hanreich: Herr Minister! Ich muß meinem Bedauern Ausdruck verleihen, daß Sie der Auffassung sind, daß das, was bisher an Voraussetzungen geschaffen wurde, bereits als eine konkrete Maßnahme bezeichnet werden kann. Selbst die vorbereitenden Untersuchungen, die mir natürlich bekannt sind, reichen keineswegs aus, um sicherzustellen, daß in Krisenfällen auch wirklich die Maßnahmen gesetzt werden können, die notwendig sind.

Wenn Sie meinen, daß die gesetzlichen Voraussetzungen nicht ausreichen, wir aber eine wirtschaftliche Landesverteidigungsdoktrin brauchen, dann glaube ich, wäre es doch rich-

Dipl.-Ing. Hanreich

tig, zuerst einmal zu überlegen, ob man nicht auf Grund der verfügbaren Möglichkeiten im Budget einen Betrag vorsehen sollte, der die gesamten organisatorischen Voraussetzungen schafft. Dazu brauchen wir keine zusätzlichen Gesetzestexte, keine zusätzliche wirtschaftliche Landesverteidigungsdoktrin, dazu brauchen wir lediglich die Bereitschaft des Handelsministers, sich im Budget entsprechende Mittel zu verschaffen.

Ich frage Sie daher: Sind von Ihrer Seite Maßnahmen gesetzt worden, um im bevorstehenden Budget ausreichende Mittel zur Verfügung zu haben?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Soweit es sich um die organisatorischen Voraussetzungen handelt, brauche ich keine budgetären Mittel dazu, denn ich kann ja schon jetzt — und das geschieht ja auch schon im Arbeitsausschuß für die wirtschaftliche Landesverteidigung — alle organisatorischen Maßnahmen durchexerzieren, Sandkastenspiele machen, Vorbereitungen treffen. Daher noch einmal: Ich brauche für organisatorische Fragen keine budgetären Mittel.

Was die materielle Frage betrifft, nämlich ob und inwieweit eine Bevorratung vom Staat finanziert wird und so weiter, dafür brauche ich natürlich eine gesetzliche Deckung. Das wissen Sie ganz genau. Genau über dieses Problem und über den entsprechenden Zeitpunkt wird ja schon die ganze Zeit mit den Interessenvertretungen, aber auch mit den Klubs verhandelt.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich:** Herr Handelsminister! Da ich Ihre Auffassung nicht teile, daß die organisatorischen Voraussetzungen in ausreichendem Maße getroffen werden, weil der Arbeitsausschuß Wirtschaftliche Landesverteidigung zusätzlich auch einen Stab, nämlich jemand braucht, der die echte sachliche Arbeit durchführt, die in einem Arbeitsausschuß als solchem ja nicht konkret durchgeführt, sondern bestenfalls koordiniert werden kann, frage ich noch einmal, ob Sie bei den Budgetbesprechungen den Versuch gemacht haben, die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß die organisatorischen Mittel verbessert werden, damit für die dann notwendige gesetzliche Grundlage auch schon die organisatorischen Voraussetzungen voll vorhanden sind.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Herr Abgeordneter! In diesem Fall könnte es sich nur darum handeln, zusätzliche Beamte einzustel-

len. Denn wenn ich einen Organisationsapparat in meinem Ministerium aufbauen sollte, zum Beispiel ähnlich dem schwedischen — in Schweden hat man 300 Beamte dafür —, dann müßte ich eben einen solchen Beamtenapparat in meinem Ministerium installieren. Eine Vorsorge dafür habe ich in meinem Budget und in meinem Dienstpostenplan nicht getroffen, weil es die Absicht dieser Bundesregierung ist, Beamte soweit wie möglich einzusparen.

Ich werde aber in meinem Ressort organisatorische Änderungen treffen müssen, weil ja, wie Sie wissen, der jetzt damit betraute Beamte in Pension geht und dann die entsprechenden Voraussetzungen für eine reibungslose Übergabe und — was genauso wichtig ist — natürlich auch für eine entsprechende Vergrößerung in meinem Haus geschaffen werden müssen.

Präsident: Anfrage 13: Herr Abgeordneter DDr. König (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

1208/M

Welche Maßnahmen haben Sie getroffen, um die Energieversorgung (im Rahmen Ihrer Kompetenzen) sicherzustellen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Herr Abgeordneter Dr. König! Soweit es in meiner Kompetenz liegt, habe ich natürlich versucht, Vorsorge zu treffen. Bei Kohle, die ja liberalisiert ist, bestehen langfristige Verträge zwischen den Staaten, die Kohle liefern, und den Firmen in Österreich, die die Kohle beziehen. Soweit es sich um Öl handelt, sind die entsprechenden Verträge abgeschlossen.

Ich gebe zu, es wurden durch die OPEC-Vereinbarung bzw. durch die Tatsache, daß im Nahen Osten Krieg herrscht, die Verträge nur teilweise erfüllt, und es mußte versucht werden, Ersatzlieferungen zu finden, was geglückt ist.

Soweit es sich um Gas handelt, wissen Sie, daß wir derzeit verhandeln, um das sowjetische vertraglich abgesicherte Erdgaskontingent von 1,5 Milliarden zu erhöhen, und daß gleichzeitig Verhandlungen mit Algerien stattfinden, um neuerliche Erdgasmengen von dort zu bekommen.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter DDr. **König:** Herr Bundesminister! Ich glaube, niemand wird Sie dafür verantwortlich machen, wenn heute die arabischen Länder den Erdölhahn abdrehen oder auf kleiner drehen. Dafür wird man Sie nicht verantwortlich machen.

DDr. König

Aber es ist eine Tatsache, daß es heute in Wien fast kein Heizöl gibt. Ich weiß nicht, wie die Situation in den anderen Bundesländern ist, aber ich fürchte, sie ist nicht besser. Tatsache ist, daß heute in vielen neuen Häusern mit Ölzentralheizung gar keine Kamine mehr vorgesehen sind, die ein Ausweichen gestatten.

Wir haben hier im Haus wiederholt die Erstellung eines umfassenden Energieplanes verlangt, der leider von Ihrer Fraktion immer wieder abgelehnt worden ist. Der Herr Bundeskanzler hat in der Presse erklärt: Die Bevorratung kostet viele Hundert Millionen, die haben wir nicht.

Herr Bundesminister! Ich bin der Meinung, daß man mit einem Bruchteil des Geldes, das diese Regierung für die Monsterlösung der UNO-City auszugeben bereit ist, die Bevorratung hinlänglich finanzieren könnte.

Meine Frage geht dahin: Sind Sie als zuständiger Minister unbeschadet der Ablehnung durch Ihre Fraktion hier im Haus bereit, nunmehr doch einen umfassenden Energieplan in Angriff zu nehmen und diesem Hause vorzulegen, worum wir wiederholt ersucht haben?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Erstens möchte ich feststellen, daß bezüglich der Ölversorgung die entsprechenden Ziffern, wie ich glaube, für sich selbst sprechen. Wir haben im Jahre 1972 von Jänner bis inklusive Oktober 590.000 t Ofenheizöl in Österreich produziert und ausgeliefert, wir haben von Jänner bis Oktober 1973, also im selben Vergleichszeitraum 823.000 t, das heißt um 39 Prozent mehr, ausgeliefert.

Ich streite aber nicht ab, daß es trotzdem zu Versorgungsschwierigkeiten gekommen ist. Die Ursachen sind Ihnen genauso bekannt wie mir, sie liegen nicht im geringeren Abschluß, in der geringeren Produktion oder im Verkauf, sondern darin, daß durch die Nahost-Krise bedingt Vorratslager angelegt werden.

Was die Bevorratung betrifft, so wissen Sie, daß ich seit Jahren darüber Verhandlungen mit den Interessenvertretungen führe und leider zu keinem Ergebnis gekommen bin, weil noch immer die eine Seite sagt, das solle der Unternehmer bezahlen, und die andere Seite sagt, das solle der Staat bezahlen. Wir werden versuchen, zu einem österreichischen Modell zu gelangen. Ich habe das ja bereits einmal angekündigt.

Was die Frage des Energieplanes betrifft, so wissen Sie ganz genau — Sie haben mich

noch nie gefragt, sonst hätte ich Ihnen vor drei Jahren schon genauso geantwortet —, daß dann, wenn die allumfassende Energiekompetenz in mein Ministerium kommt, was durch das neue Kompetenzgesetz geregelt ist, selbstverständlich ein solcher Energieplan auch wieder mit den Interessenvertretungen gemeinsam ausgearbeitet und vorgelegt wird.

Das heißt nicht, daß diese Bundesregierung jetzt überhaupt nichts hat, sondern wir haben, wie Sie wissen, der OECD die entsprechenden Unterlagen über unsere Energiepolitik und über unsere Energiesituation immer vorgelegt, die eine ähnliche Lösung des Energieplanes darstellen, wie es auch die vorherige Regierung gemacht hat und wie es von der OECD akzeptiert wurde.

Präsident: Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter **DDr. König:** Herr Bundesminister! Nochmals: Kein Vorwurf an Sie, wenn heute die Erdölländer den Ölhahn abdrehen.

Aber ich glaube, man kann nicht leugnen: Es gibt eben fast kein Heizöl — jeder draußen macht diese Erfahrung —, und wer auf diese Heizungsart angewiesen ist, der kann eben kaum ausweichen.

Herr Minister! Es ist aber auch nicht Schuld dieses Hauses, daß durch die Änderung des Kompetenzgesetzes die bisher verantwortlichen Herren Minister nicht zu einem gemeinsamen Energieplan finden konnten. Ich nehme gerne zur Kenntnis, daß Sie nun gesonnen sind — Sie werden ja die Kompetenz ab 1. Jänner allein haben —, nunmehr endlich daranzugehen, einen solchen umfassenden Energieplan zu erstellen. Ich halte das für dringend notwendig.

Aber ein zweites, Herr Minister, muß ich hier fragen. Wir wissen bereits, daß wir im Zuge der Verknappung mit empfindlichen Preiserhöhungen rechnen müssen. Diese Preiserhöhungen treffen ja nicht nur den privaten Autofahrer, sie treffen den Schwerlasttransport und damit die Produkte und wirken verteuern. Sie treffen die Kraftwerke, die mit Heizöl fahren und die heute schon um eine 15prozentige Stromerhöhung einkommen, wie man den Zeitungen entnehmen kann.

Es erhebt sich nun ernsthaft die Frage, ob es unter diesen Umständen gerechtfertigt ist, daß diese Regierung, vertreten durch ihren Finanzminister, nicht auf die Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer auf Heizöl und Ölprodukte verzichten will. Diese Mehrwertsteuer, die nur zum Ausgleich der bisherigen Umsatzsteuer gedacht war, soll doch jetzt kein

DDr. König

gutes Geschäft für den Fiskus werden, in einer Zeit, in der man alles tun muß, den Preisauftrieb zu bremsen.

Meine Frage: Werden Sie sich, Herr Minister, im Zuge der Verhandlungen über die unabweislich gewordenen Preiserhöhungen dafür einsetzen, daß der Finanzminister an diesen Preiserhöhungen durch die Mehrwertsteuer nicht im selben Ausmaß partizipiert wie die Ölscheichs, sondern daß bei der Mehrwertsteuer eine entsprechende Senkung als Ausgleich durchgeführt wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Was die Frage der Preise betrifft, so muß ich auch hier feststellen, daß offiziell in meinem Ministerium ein diesbezüglicher Antrag von den Ölfirmen noch nicht eingegangen ist. Ich kann daher natürlich zu all den von Ihnen jetzt geäußerten Fragen noch nicht endgültig Stellung nehmen.

Was die Frage der Mehrwertsteuer anbelangt, so wissen Sie, daß dieses Hohe Haus die Mehrwertsteuer beschlossen hat, daß sie derzeit Gesetz ist und daher zu verrechnen ist. Der Herr Finanzminister hat bereits eindeutig erklärt, daß er sich außerstande sehe, hier Erleichterungen zu gewähren, um eben das Budgetdefizit nicht zu vergrößern — die Senkung der Mineralölsteuer ürgieren Sie ja nicht, denn darunter würde automatisch auch der Straßenbau zu leiden haben —, sodaß auf dem steuerlichen Sektor keine Erleichterung zu erwarten ist. (*Abg. DDr. König: Das ist nicht budgetiert!*)

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Einlauf und Zuweisung

Präsident: Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Dipl.-Ing. Dr. **Leitner:** Von der Bundesregierung sind folgende Regierungsvorlagen eingelangt:

Bundesgesetz über die Förderung der Familienberatung (Familienberatungsförderungsgesetz) (912 der Beilagen);

Bundesgesetz über die Arbeitsinspektion (Arbeitsinspektionsgesetz 1973) (928 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem polizeiliche Bestimmungen über pyrotechnische Gegenstände und das Böllerschießen getroffen werden (Pyrotechnikgesetz 1973) (929 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Entsendung von Angehörigen des

Bundesheeres zur Hilfeleistung in das Ausland geändert wird (930 der Beilagen);

Bundesgesetz über die Preisbildung von gleicherweise im Inland wie im Ausland verkauften Waren (Preisbildungsgesetz 1973) (931 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Rundfunkgesetz geändert wird (933 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem die Strafprozeßordnung 1960 an das Strafgesetzbuch angepaßt wird (Strafprozeßanpassungsgesetz) (934 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Strafvollzugsgesetz an das Strafgesetzbuch angepaßt wird (Strafvollzugsanpassungsgesetz) (935 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Jugendgerichtsgesetz 1961 an das Strafgesetzbuch angepaßt wird (Jugendstrafrechtsanpassungsgesetz) (936 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Bewährungshilfegesetz an das Strafgesetzbuch angepaßt wird (937 der Beilagen).

Präsident: Danke. Ich werde die vom Herrn Schriftführer soeben als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen gemäß § 41 Abs. 4 der Geschäftsordnung in der nächsten Sitzung zuweisen.

Den eingelangten Bericht des Bundesministers für Finanzen über den Finanzschuldenbericht 1973 der Österreichischen Postsparkasse (III-111 der Beilagen) weise ich dem Finanz- und Budgetausschuß zu.

Den Zweiten Bericht des Unvereinbarkeitsausschusses vom 23. Oktober 1973 habe ich allen Abgeordneten übermitteln lassen.

1. Punkt: Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 (880 und Zu 880 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen nun in die Tagesordnung ein und kommen zum Punkt 1: Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974.

Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Koren.

Abgeordneter Dr. **Koren** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mit dem Budget 1974 tritt die Budgetpolitik des Finanzministers aus der dreijährigen Phase auf der Sonnenseite einer inflationsgedopten Konjunktur in deren Schattenseite ein. Was drei Jahre lang die budgetpolitischen Aufgaben scheinbar stark erleichtert hat, nämlich die Jahr für Jahr steigende Inflationsrate, die

Dr. Koren

immer wieder reichliche Mehreinnahmen zur Verfügung gestellt hat, wird nun zur Plage, weil die Mechanik der Ausgabenseite wirksam wird und den Finanzminister vom Nutznießer der Inflation zu dem von ihr getriebenen umfunktioniert.

Ich glaube, der Finanzminister hat selbst diesen Eindruck, weil er das kürzlich einem Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“ anvertraut hat.

Ich glaube, der Finanzminister weiß selbst nur zu genau, daß mit dem Budget 1974 erst der Anfang bei dieser neuen Phase gesetzt wird und daß es sehr bald keinen Grund mehr geben wird, allzu hoffnungsfroh in die Zukunft zu blicken. Vielleicht mag der Finanzminister trotz der „verbalen Inflation“ der Budgetrede geahnt haben, in welche Problematik die Budgetpolitik hineintreibt, als er das Motto für das Budget 1974 gesucht hat.

War es 1971 noch das Motto vom Wachstum und vom Budget der Wende, 1972 das Motto von der Konsolidierung und 1973 das Motto von den großen gesellschaftlichen Reformen, so wählte er für 1974 das Motto vom absoluten Vorrang der Stabilität. Dieses Motto ist zwar angesichts der im Budget enthaltenen Zahlen grotesk, es zeigt aber vielleicht, daß es dem Finanzminister leid tut, nicht viel früher ernsthafte Anstrengungen in der Richtung einer wirkungsvolleren Stabilitätspolitik getan zu haben.

Niemand wird behaupten können, daß wir die Bundesregierung nicht oft genug an diese Aufgabe im Laufe der letzten drei Jahre erinnert haben, und zwar vom Juni 1971 an, als wir ein stabilitätspolitisches Programm vorgelegt haben, das kurzerhand abqualifiziert wurde. Anfang 1972 haben wir zur Entlastung der Lohnpolitik einen stabilitätspolitischen Beitrag von der Lohnsteuer verlangt. Schließlich stellten wir im weiteren Verlauf immer wieder durch neue Vorschläge dieses Thema in den Mittelpunkt.

Erst sehr spät, im Spätherbst 1972, als die Inflation stoßartig zu überbordnen begann, nach einer Budgetrede, die wenige Wochen vorher gehalten wurde und in der der Finanzminister die Welt noch heil gesehen hat, wurde plötzlich im November 1972 der Inflationsalarm gegeben.

Vielleicht hat uns der Finanzminister in seiner Budgetrede die Erklärung für dieses „Zu spät“ gegeben, wenn er auf Seite 35 etwa ausgeführt hat: „Da außerdem im Herbst 1972 feststand, daß entgegen den ursprünglichen Prognosen eine Abschwächung der Konjunktur nicht eingetreten und eine Gefährdung der

Vollbeschäftigung daher nicht zu befürchten war, konnte der Stabilitätspolitik absolute Vorrangstellung eingeräumt werden.“

Herr Finanzminister! Das heißt erstens, daß Sie ein Dreivierteljahr gewartet haben, bevor Sie das Nichteintreffen der Prognosen zur Kenntnis genommen haben, denn aller Welt war schon im Frühjahr 1972 klar, daß die erwartete Konjunkturdämpfung nicht eintreten wird; das zeigten ja schon die Zahlen der Produktions- und Exportentwicklung der Monate Jänner, Feber und März 1972.

Es heißt weiter, daß Sie eben nur unter der Bedingung zu einer Stabilitätspolitik bereit sind, wenn unter gar keinen Umständen der Überbeschäftigung Gefahr drohen könnte, das heißt, wenn Sie das Übel, um das es geht, gar nicht ernstlich bewältigen wollen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Das ist die Ursache, warum Sie zu spät reagiert haben, warum Sie alle Warnungen seit dem Frühjahr 1972 in den Wind geschlagen haben und damit den wirklichen Spielraum für Stabilitätspolitik selbst beschnitten haben. Denn als der Inflationsalarm im November des vorigen Jahres gegeben wurde und der Vorrang für Stabilität proklamiert wurde, lag das Budget 1973 bereits vor und war unter anderen Bedingungen konzipiert. Es wurde nicht verändert. In seiner Budgetrede sagt der Herr Finanzminister nun selbst, daß 1973 ein inlandswirksames Defizit von 5 Milliarden Schilling haben wird.

Die eine Voraussetzung also, mit dem Budget 1973 wirksam etwas zu unternehmen, hatten Sie längst versäumt. Zum zweiten lagen zur gleichen Zeit, nämlich als Sie Alarm gegeben haben, Budgetüberschreitungen sowohl in Gesetzesform als auch auf Grund Ihrer Ermächtigungen von rund 5 Milliarden Schilling vor, wovon nur ein kleiner Teil nicht nachfragewirksam war. Mit anderen Worten: Gleichzeitig mit der Verkündung des Vorranges der Stabilität wurde die Ausgabenpolitik erheblich verstärkt. Das hat zwangsläufig bedeutet, daß Ihr eigener Beitrag zur Stabilitätspolitik nicht einmal bescheiden sein konnte.

Sie haben sich in dem Zusammenhang auf das alte, seit drei Jahren gebrauchte Schlagwort vom „konjunkturgerechten Budgetvollzug“ zurückgezogen, das heißt jeweils am Jahresanfang 15 Prozent der Ermessenskredite gebunden, gleichzeitig in jedem Voranschlag Ermessensaufwendungen unterbudgetiert, um den Vergleich mit dem Vorjahr kleiner zu halten, was zwangsläufig massive Budgetüberschreitungen im Laufe des Jahres automatisch inkludiert hat, und — wie die Bundesrech-

Dr. Koren

nungsabschlüsse zeigen — haben Sie jedes Jahr nicht nur die 15-Prozent-Bindung am Jahresende weitestgehend aufgehoben, sondern darüber hinaus den Ausgabenrahmen vergrößert: 1971 um 2 Milliarden Schilling, 1972 um 5 Milliarden Schilling und 1973 nach Ihren eigenen Angaben um 3 Milliarden Schilling.

Herr Finanzminister! Der „konjunkturgerechte Budgetvollzug“ war eine Augenauswischerei. Darüber kommen wir nicht hinweg. Sie haben bestenfalls durch diese Operationen den Saisonrhythmus im Verlauf eines Jahres verstärkt, weil Sie jedes Jahr vor Jahresende stoßartig zusätzliche Nachfrage geschaffen haben.

In Wahrheit ist daher die ganze Last des Stabilitätsalarms und der Stabilisierungspolitik auf ein wirtschaftspolitisches Instrument gesetzt worden, nämlich auf die Kreditrestriktion und Kreditlenkung beziehungsweise die Wechselkurspolitik. Es ist gar nichts dagegen einzuwenden, daß diese Instrumente eingesetzt werden, aber eine Überkonjunktur ausschließlich auf dem Weg über die Kreditverknappung zurückdämmen zu wollen, das ist ein ungewöhnlich risikoreicher Weg, einem Autofahrer vergleichbar, der die Fahrt seines Wagens nicht mit Gaspedal, Kupplung und Bremse steuert, sondern durch Auf- und Zudrehen eines Benzinhahnes. Zumindest laufen Sie auf diesem Weg Gefahr, Herr Finanzminister, in eine Stop-and-go-Politik im wirtschaftlichen Bereich hineinzukommen; zumindest ist diese Gefahr längst nicht mehr zu übersehen.

Ich möchte nur am Rande vermerken, daß außerdem die Kreditverteilung — ich meine damit die Verteilung zwischen großen und kleinen Unternehmungen und zugunsten der öffentlichen Hand — den kleinen und mittleren Unternehmungen eindeutig zum Nachteil gereicht, weil sie die Last dieser Beschränkungen in viel größerem Umfang zu tragen haben. Vielleicht ist das der gewünschte Nebeneffekt.

Im Augenblick scheint es so, als ob Sie sich über die Inflationsrate des heurigen Jahres freuen, die dank des Fehlens einer umfassenden Lohnbewegung im ersten Halbjahr 1973 nur, wie Sie selbst in Ihrer Budgetrede sagen, den im Vorjahr prognostizierten Wert von 7,5 Prozent im Jahresdurchschnitt erreichen wird. Ein bemerkenswertes Zeichen einer veränderten Betrachtungsweise.

Diese veränderte Betrachtungsweise kam auch gestern bei der Eröffnung des 7. Gewerkschaftstages der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten sehr deutlich zutage, als der

Herr Präsident des Gewerkschaftsbundes der Versammlung mit großer Überzeugungskraft darlegte, daß „Wirtschaftswachstum ohne Inflation völlig undenkbar sei“; er meinte in diesem Zusammenhang sogar, es sei jeder ein Träumer, der annehme, daß Wirtschaftswachstum ohne Inflation möglich sei.

Meine Damen und Herren! Diese Erkenntnis dürfte sich allerdings erst in den letzten drei Jahren so apodiktisch durchgesetzt haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Noch vor vier Jahren, nämlich 1969, gab es ein reales Wirtschaftswachstum von just den gleichen 6 Prozent, die es heuer geben wird. Die 3 Prozent Teuerungsrate aber, die damals das Wirtschaftswachstum begleitet haben, sind 1969, soweit ich mich dunkel erinnern kann, völlig anders beurteilt worden als die 7,5 Prozent von heute *(Zwischenruf bei der ÖVP)*, nämlich keineswegs als unvermeidliche Begleiterscheinung eines guten Wirtschaftswachstums und nicht als relativ stabile Entwicklung im Vergleich zu anderen Feldern oder zum Mittelfeld in der internationalen Entwicklung und ähnliches, sondern sie sind beinahart in unzähligen Protestresolutionen als „Versagen der Regierung“ gebrandmarkt worden.

Ich muß Ihnen sagen: Ich habe durchaus Verständnis für veränderte Betrachtungsweisen, wenn man seinen eigenen Standort verändert hat, nur geht solches ein wenig auf Kosten der Glaubwürdigkeit. Aber das ist letzten Endes Ihr Problem, und ich habe den Eindruck: Sie tun sich mit diesem Problem schon ein bisserl hart. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum Budget selbst: Dem „absoluten Vorrang für Stabilität“, den der Finanzminister an die Spitze seiner Budgetrede gestellt hat, stehen leider offenkundige Widersprüche des Budgetinhaltes gegenüber.

Der Budgeterstellung liegt eine Prognose des Wachstums des Bruttonationalprodukts für das nächste Jahr von **12,7 Prozent** — natürlich nominell, real sollen es 4,5 Prozent sein — zugrunde.

In seiner Budgetrede hat uns der Finanzminister sozusagen ein ganzes Bouquet von Zahlen für die Ausgabensteigerung seines Budgets serviert: Ausgabensteigerung 14,6 Prozent, im nächsten Absatz — man kann es aber auch anders sehen — sind es nur mehr 12,4 Prozent und schließlich — man kann es noch anders sehen — sind es dann sogar nur 11,5 Prozent.

Keine der drei Zahlen aber, meine Damen und Herren, ist wirklich richtig, weil die Ausgabensgröße, nämlich die Gesamtausgaben des Normalbudgets, unvollständig ist. Zu den dort

Dr. Koren

ausgewiesenen 159 Milliarden Schilling Gesamtausgaben — das sind 20 Milliarden Schilling mehr als heuer — muß noch der größte Teil der sogenannten Stabilisierungsquote von knapp 5 Milliarden Schilling hinzugezählt werden, weil in diesem neuen Budgetteil, der als zusätzliches konjunkturpolitisches Instrumentarium verkauft worden ist, zum erheblichen Teil völlig unvermeidbare Ausgaben enthalten sind, die nur aus optischen Gründen, um eine geringere Ausgabensteigerung und ein kleineres Defizit auszuweisen, aus dem normalen Haushalt ausgeklammert worden sind.

Die Ausschußberatungen, meine Damen und Herren, werden ja ausreichend darüber Klarheit schaffen, welche Ressorts auf die in dieser Stabilisierungsquote vorgesehenen Ausgaben tatsächlich verzichten könnten. Fest steht aber heute schon, daß die vorgesehene Ausgabensteigerung für 1974 erheblich über den vom Finanzminister genannten Zahlen und damit weit über der erwarteten Wachstumsrate des Budgets liegen wird. Ich glaube: Niemand kann deshalb den „absoluten Vorrang für Stabilität“ ernst nehmen!

In Wahrheit sind Sie, Herr Finanzminister, in diesem Budget schon der Getriebene der Inflation, weil diese nun weitgehend über die Mechanik und über die Automatik der entscheidenden Ausgabenpositionen zur progressiven Vergrößerung der Ausgaben führt. Sie spüren das im Personalaufwand, Sie werden es in absehbarer Zeit mit vermehrter Wucht im Pensionsaufwand zu spüren bekommen, und Sie spüren es in der Entwertung des Investitionsaufwandes und in den rasant wachsenden Defiziten von Bundesunternehmungen.

Obwohl, meine Damen und Herren, der Ausgabenrahmen gegenüber heuer um annähernd 25 Milliarden Schilling steigen wird — das ist das Dreifache einer normalen Jahressteigerung, wie sie noch vor drei bis vier Jahren üblich war —, ist dennoch Ihr Spielraum, Herr Finanzminister, für notwendige und für neue Aufgaben viel kleiner geworden als je zuvor. Und nichts kann diese Tatsache besser beleuchten als der Umstand, daß Sie seit zwei Jahren von Gesundheit reden, aber 400 Millionen Schilling für den Spitalsausbau auch im nächsten Jahr von einer neuen Steuer abhängig machen, ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, ein so entscheidendes Anliegen der Gesamtbevölkerung in dieser Ausgabenexplosion unterzubringen.

Ein kleiner Tip: Eine vernünftige Lösung der freien Schulbücher könnte weit mehr ersparen, als Sie für Spitäler durch neue Steuern decken wollen (*Beifall bei der ÖVP*), ohne

daß auch nur ein Vater oder eine Mutter in Österreich einen Schilling für Schulbücher ausgeben müßte.

Mit dieser Entwicklung, Herr Finanzminister, treten Sie aber in jene Spätphase einer längerdauernden Inflationsperiode ein, in der zwar die Budgetzahlen berauschend rasch wachsen, die Hypertrophie aber nicht mehr zu übersehen ist, eine Phase, in der die Inangriffnahme neuer Zukunftsaufgaben, von denen Sie so viel sprechen, immer schwieriger, ja fast unmöglich wird, weil die Inflationsfolgen den Wachstumsspielraum des Budgets ausschöpfen, und zum Teil sogar weit mehr als das.

Wir stehen dabei — ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht — vor sehr großen und gewichtigen Problemen, die zum Teil schon sichtbar geworden sind, zum Teil bald erkennbar sein werden. Das Wirtschaftsforschungsinstitut hat Ihnen einen neuen Preisschub im ersten Halbjahr 1974 bei gleichzeitiger Abflachung des Wirtschaftswachstums signalisiert. Einzelne Wirtschaftszweige und Betriebe sind aus der Dynamik der letzten Jahre ausgespart, wie zum Beispiel der Fremdenverkehr und einzelne Produktionsunternehmungen, die durch die währungspolitischen Änderungen des letzten Jahres schwer getroffen worden sind.

Fraglos steht die österreichische Wirtschaft vor einer neuen Strukturanpassungsphase, weil die Vermehrung des Arbeitskräftepotentials durch Auslandskräfte sicher nicht im bisherigen Tempo weitergehen kann. Ich muß daran erinnern, daß in den letzten beiden Jahren die rasche Ausweitung der Ausländerbeschäftigung — jeweils fast 2 Prozent Gesamtbeschäftigtenzuwachs pro Jahr — die entscheidende Stütze des Wirtschaftswachstums der Jahre 1972 und 1973 gewesen ist. Und auf uns kommen zu Fragen der Umwelt, Fragen des Verkehrs und andere Zukunftsaufgaben, von denen ich in diesem Zusammenhang gar nicht sprechen möchte.

Nur noch ein Problem, das in den letzten Wochen gezeigt hat, auf welchem unsicherem Boden die Fundamente unserer Wohlstands- und Konsumgesellschaft stehen. Wir haben gesehen, meine Damen und Herren, wie rasch eine internationale Spannung den scheinbar reibungslos funktionierenden Mechanismus der höchstentwickelten Industriegesellschaften empfindlich stören kann und wie die Versorgung mit lebens- oder funktionsnotwendigen Gütern durcheinandergestellt werden kann. Die Notwendigkeit einer besseren Bevorratung ist zum erstenmal seit vielen Jahren mehr als deutlich vor Augen geführt worden. Ich glaube, daß es sich hier um eine Frage

Dr. Koren

handelt, die alle angeht und die unter keinen Umständen in den tagespolitischen Streit gezogen werden darf! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir sind bereit, meine Damen und Herren, an der Lösung dieser Fragen — im Rahmen der für Österreich gegebenen Möglichkeiten natürlich — konstruktiv mitzuarbeiten. Deshalb schlage ich Ihnen vor, morgen bei der Beratung der Novelle zum Rohstofflenkungsgesetz einen Entschließungsantrag einzubringen und die Bundesregierung zu ersuchen, sobald als möglich den Regierungsentwurf eines Bevorratungsgesetzes an den Nationalrat vorzulegen. Darüber hinaus sollte dem Nationalrat kurzfristig ein Bericht über die gegebene Versorgungslage, die Probleme, die sich daraus ergeben, und die Lösungsmöglichkeiten, die gesehen werden, zur Verfügung gestellt werden, damit allenfalls notwendige Maßnahmen sachlich fundiert in einem Ausschuß beraten werden können.

Ich sage weiter dazu, daß ich mir klar darüber bin, daß jede mögliche Beunruhigung der Öffentlichkeit und jede ungewollte Reaktion selbstverständlich vermieden werden soll. Ich kann mir im Einvernehmen zwischen allen Beteiligten durchaus Wege vorstellen, die zu einer Beratungsform führen, die diese Gefahren vermeidet.

Ich mache Ihnen diesen Vorschlag deshalb schon heute, um ausreichend Zeit zur Überlegung und Prüfung bei den anderen Fraktionen einzuräumen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf zum Budget zurückkehren. Mir zeigt die Analyse des gesamten Budgets, daß Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, von einigen fast schon klassisch gewordenen Schlagworten, die Sie in Ihrer Oppositionszeit und manche auch noch darüber hinaus so liebevoll angewendet haben, mit dem Budget 1974 Ihres Finanzministers endgültig Abschied nehmen müssen. Etwa vom Schlagwort der Teuerung, die ein Raubzug auf die Taschen der Österreicher ist. Das haben Sie ja schon in die Ecke gestellt und neue Ausdrucksformen gefunden.

Aber Sie werden auch Abschied nehmen müssen vom Schlagwort der Schuldenpolitik, und zwar so schnell als möglich, denn Ihr Finanzminister hat es geschafft, den übernommenen Schuldenstand von Ende 1969 trotz einer seither andauernden Hochkonjunktur rascher zu vergrößern als jede Regierung vor ihm: Ende 1974 — seinen eigenen Angaben nach — auf 58,8 Milliarden Schilling, gegen 43 Milliarden am Beginn der sozialistischen Ära. Das sind — wenn ich außerdem die Stabilisierungsquote dazurechne — rund 20 Milliarden Schilling mehr. Dem Herrn Bun-

deskanzler möchte ich empfehlen, nicht noch einmal in einer Fernsehdiskussion mit fast umflorter Stimme mitzuteilen, wie groß die Last ist, die er noch jedes Jahr an Schulden der früheren Regierung zurückzuzahlen hat. *(Abg. Dr. Tull: Die Wahrheit wird man doch noch sagen dürfen, daß das Ihre Schulden waren! — Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter! Ich bin Ihnen ungeheuer dankbar für dieses Stichwort, denn Sie haben wahrscheinlich die letzten zwei Minuten gelesen und nicht zugehört; denn sonst hätten Sie mitbekommen müssen, daß die Schuldenpolitik während der Amtszeit Ihrer Regierung die stärkste gewesen ist, die es jemals gegeben hat, daß der Staatsschuldenstand alle Dimensionen gesprengt hat. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Tull: Das stimmt doch nicht, Herr Professor Dr. Koren!)* Bitte lesen Sie die Unterlagen Ihres eigenen Finanzministers, Tabelle 5 von der Budgetrede: Beginn 1969: 43,6, prognostiziert für 1974: 58,7. Ist das mehr oder weniger, bitte? *(Zwischenrufe.)*

Herr Dr. Tull! Ein Bundeskanzler im Jahre 1985 wird noch mit der selben Berechtigung sagen können, daß er die Schulden Ihres Doktor Kreisky zurückzahlt, gar keine Frage. Schulden sind langfristig, 15 Jahre, 20 Jahre. Interessant ist aber nicht, was jemand zurückzahlt, sondern wie sich der Gesamtschuldenstand in der Zeit, in der er im Amt ist, vergrößert, und da lesen Sie bitte noch einmal Tabelle 5! *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie werden, meine Damen und Herren, dann Abschied nehmen müssen vom Schlagwort der großen Reformen und von der Konsolidierung des Budgets.

Schließlich nicht zuletzt die Steuerpolitik. Hier möchte ich nur die Lohnsteuer herausgreifen, weil diese Steuer — und dafür habe ich Verständnis — zu jeder Zeit, außer in den letzten drei Jahren, im Mittelpunkt der Angriffe der heutigen Regierungspartei gestanden ist. Begreiflich deshalb, weil jede Teuerungsentwicklung in einem progressiven Steuersystem zwangsläufig dazu führt, daß Einkommenserhöhungen nicht nur in ihrem realen Anteil besteuert werden, sondern daß auch der für den Inflationsverlust gegebene Einkommensvorteil der Besteuerung zukommt. Das führt im Lauf der Zeit dazu, daß etwa unveränderte Realeinkommen, wenn nur die Teuerung abgegolten würde, je nach Schärfe der Progression und dem Ausmaß der Inflation zunehmend schärfer besteuert werden. Das war auch der Grund, warum in der Vergangenheit immer wieder Lohn- und Einkommensteuerreformen zur Milderung des zusätzlichen Steuerdrucks vorgenommen werden mußten.

Dr. Koren

Nun muß ich auf den Herrn Präsidenten des Hauses Bezug nehmen, der gestern über diese Frage vor dem Gewerkschaftstag der öffentlich Bediensteten gesprochen hat. Da er mich dort apostrophiert hat, ohne daß ich erwidern konnte — das ist bei einem Festakt wirklich nicht möglich —, muß ich es heute tun, und, Herr Präsident, heute sind Sie in der gleichen Situation, in der ich gestern war. *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben gestern vollkommen richtig festgestellt, Herr Präsident, daß die zeitlichen Abstände zwischen Steuerreformen bei der Lohn- und Einkommensteuer in der Vergangenheit erheblich größer gewesen sind als während der Amtsdauer der sozialistischen Alleinregierung, und Sie haben daraus das Verständnis für den Finanzminister abgeleitet, der eine neuerliche Korrektur für Anfang 1974 ablehnt. Leider aber, Herr Präsident, ist für das Ausmaß der Steuerbelastung nicht relevant, wann die letzte Änderung durchgeführt wurde, sondern für die Betroffenen ist ausschließlich interessant, wie sich ihre Steuerbelastung ändert. Und dazu darf ich folgende Feststellung treffen.

Von 1966 bis 1969 — also in der Zeit der ÖVP-Aleinregierung — gab es eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer und 1968, mit Wirksamkeit von 1969, eine Steuererhöhung, nämlich den 10prozentigen Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer. Die Gesamtzunahme des Lohn- und Einkommensteueraufkommens vom Beginn bis zum Ende dieser Vierjahresperiode, also von 1966 bis 1969, betrug 4,4 Milliarden Schilling. Im Durchschnitt also 1,1 Milliarde Schilling je Jahr. Mit vollem Recht, meine Damen und Herren, haben Sie damals diese Steuerentwicklung als unsozial, als hart und so weiter bekämpft. Durchaus verständlich!

Von 1969 beziehungsweise 1970 bis 1974 hat es zwei Senkungen gegeben. Die Zunahme der Lohn- und Einkommensteuer in dieser Periode beträgt 14,7 Milliarden Schilling oder 3,7 Milliarden Schilling im Jahresdurchschnitt. Für das kommende Jahr allein programmiert der Finanzminister eine Zunahme der Lohnsteuer von 5,5 Milliarden Schilling. Also genau das Fünffache der Steigerung, die in einer Zeit erzielt wurde, in der Sie diese Steigerung äußerst heftig bekämpft haben.

Dabei muß ich hinzufügen, daß gerade diese Post offensichtlich unterbudgetiert ist, und zwar aus folgendem Grund. Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen hat für die neue Lohn- und Einkommensteuer, die ja eine weit schärfere Progression aufweist als früher, einen sogenannten Multiplikator von 2,4 ermittelt. Das heißt, daß jedem Prozent Lohn-

steigerung eine Steigerung der Lohnsteuer um 2,4 Prozent entspricht. Das Wirtschaftsforschungsinstitut hat in der Prognose, die Sie ja zum Ausgangspunkt Ihrer Überlegungen gemacht haben, die Lohnsummensteigerung für das Jahr 1974 mit 16 Prozent angenommen. Das bedeutet, daß an sich mit einer Steigerung der Lohnsteuer von 38 Prozent oder von 7,8 Milliarden Schilling zu rechnen sein wird.

Ich habe natürlich Verständnis dafür, Herr Präsident, daß Sie der Finanzminister nicht noch mehr belasten wollte, als Sie schon belastet sind. Aber Ihre Experten im Gewerkschaftsbund werden Ihnen sicher bestätigen, daß die Rechnung, die ich Ihnen eben vorgestellt habe — über Zehntelprozente kann man streiten — im Grunde richtig ist.

Hohes Haus! Wir sind nun der Meinung, daß das weit über das Zumutbare hinausgeht. Denn das bedeutet, daß 1974 bei einem bestenfalls vier- bis fünfprozentigen Zuwachs an Realeinkommen eine Steigerung der Lohnsteuerbelastung von weit über 30 Prozent eintreten wird. Das bedeutet aber weiter, daß im inflationären Teufelskreis zwischen Inflationsrate, Steuerprogression und Lohnentwicklung ein noch stärkeres Antriebselement wirksam werden wird als bisher.

Deshalb haben wir unseren Vorschlag auf Milderung der Steuerprogression zum 1. Jänner 1974 eingebracht. Er bedeutet, daß der Finanzminister für 1974 noch immer mit großen Mehreinnahmen bei der Lohnsteuer rechnen könnte, nämlich aller Voraussicht nach in einer Größenordnung von 3,5 bis 4 Milliarden Schilling. Das ist noch immer ein Mehrfaches von dem, was Sie vor einigen Jahren noch als völlig unerträglich bezeichnet hätten.

Hohes Haus! Ich möchte nur noch ein paar kleine Bemerkungen machen. Bei Durchsicht des Gesamtbudgets zeigt sich wieder eine Tendenz, die in diesem Hause wiederholt unverständlicherweise von Ihrer Seite zum Ausdruck gekommen ist. Während alle Kapitel dieses Voranschlags inflationsbedingt explodieren, Steigerungsraten zwischen 15 und 20 Prozent aufweisen, haben Sie genau in dem Bereich, der die am schwersten unter der Strukturanpassung leidende Bevölkerungsgruppe trifft, nämlich im Bereich der Landwirtschaft, die ganze Härte Ihrer Budgetpolitik spielen lassen und dort nicht nur der Inflation in keiner Weise Rechnung getragen, sondern echte Beschränkungen eingeleitet.

Herr Finanzminister! Sie werden im Verlaufe dieser Beratungen sehen, daß wir solchen Entwicklungen niemals auch nur neutral gegenüberstehen können, sondern mit aller

Dr. Koren

Intensität auf diese Ihre ungerechte und ungerechtfertigte Haltung gegenüber einer großen Gruppe der österreichischen Bevölkerung hinweisen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum Schluß noch etwas zu dem finanzgesetzlichen Teil des Bundesfinanzgesetzes 1974. Die sozialistische Fraktion war in den fünfziger und sechziger Jahren diejenige, die in einem ständigen Kampf mit diesem Gesetz lag und durch zahlreiche Anfechtungen beim Verfassungsgerichtshof eine immer stärkere Einengung der Beweglichkeit des Finanzministers erreicht hat. Ich sage Ihnen offen, ich habe durchaus Verständnis dafür, daß die parlamentarische Kontrolle über die Finanzgebarung verstärkt wird. In den letzten drei Jahren ist die Entwicklung anders gelaufen. Ich rede aber jetzt nicht von den größer gewordenen Ermächtigungen für den Bundesminister für Finanzen, sondern von einer neuen Nuance, die hier im Bundesfinanzgesetz aufscheint und die nicht nur vom verfassungsrechtlichen Standpunkt aus mehr als bedenklich, ich würde sagen, eindeutig verfassungswidrig, ist, sondern die auch letzten Endes eine Desavouierung des Parlaments bedeutet.

In der neuen Ziffer 5 auf Seite 2 im Artikel II a des Bundesfinanzgesetzes schlägt nämlich der Bundesminister für Finanzen eine neue Ermächtigung vor, die in folgendem besteht: Sollte die Stabilisierungsquote im Laufe des Jahres 1974 ausgegeben werden, dann ist dazu natürlich ein Bundesgesetz notwendig. In diesem Absatz werden nun die Ressortminister ermächtigt; von diesem Gesetz auch dann schon bis zu 45 Prozent der vorgesehenen Ausgabengröße Gebrauch zu machen, wenn dieses Gesetz von der Regierung beschlossen wird; das heißt, bevor es dem Nationalrat zugeleitet und von diesem beschlossen worden ist.

Meine Damen und Herren! Das halte ich einfach für eine Frotzelei des Parlaments. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Denn wenn hier festgelegt werden soll, daß ein Bundesgesetz schon vollzogen werden kann, bevor es dem Nationalrat zugeleitet worden ist — ja zu welchem Zweck beschäftigt sich dann dieses Gremium überhaupt noch mit diesem Gesetz?

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur, weil sich ja schon früher Ansätze in dieser Richtung gezeigt haben, darauf hinweisen, daß der Präsident des Obersten Gerichtshofes vor einiger Zeit ja auch gemeint hat, man sollte das neue Strafrecht, das zwar vielleicht erst in einem Monat beschlossen wird und, wenn es gutgeht, in einem Jahr in Kraft treten kann, schon dem Geiste nach in der gegenwärtigen Rechtsprechung anwenden.

Meine Damen und Herren! Hier wird ein Demokratieverständnis offenbar, für das wir, das sage ich Ihnen ganz offen, kein Verständnis haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Finanzminister! Ein letztes Wort: Sie sind mit großen Ankündigungen angetreten, mit dem Versprechen und den Prognosen, langfristige Finanzplanung und langfristige Budgetpolitik zu betreiben. Spätestens mit diesem Budget ist die Phase des Umverteils einer Hochkonjunktur zu Ende gegangen, und Sie haben die Chance, die in diesen Jahren lag, wirklich eine Wende herbeizuführen, nicht genutzt. Sie stehen jetzt wieder vor dem Problem, daß eine neue Wende eintritt, aber eine Wende zur Schere in der Budgetpolitik.

Ich glaube, es wäre höchste Zeit, auf die kommenden Fragen Bezug zu nehmen. Es wird sehr schwer sein, wenn die Konjunktur schwächer wird, ja selbst wenn nur die Inflation schwächer wird, die budgetären Auswirkungen, die sich zeigen werden, zu bewältigen. Deshalb würden wir empfehlen, daß Sie uns offen sagen, wie es weitergehen soll. Legen Sie endlich Ihre Vorstellungen auf den Tisch, Ihre Vorstellungen für die nächsten Jahre, und legen Sie uns endlich die Prognosen und die Unterlagen vor, die wir dazu brauchen würden und die Sie immer wieder versprochen haben. Einer Budgetpolitik jedenfalls, die nur aufs kurzfristige Überleben angelegt ist, werden wir sicher nicht zustimmen. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister Dr. Androsch.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Androsch:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ohne einer detaillierten Stellungnahme vorgreifen zu wollen, möchte ich einige klärende Feststellungen machen. Ich beginne mit den Finanzschulden, weil hiebei deutlich zum Ausdruck kommt, welcher Art die Kritik ist.

Der Übersicht 5, Herr Professor Koren, sind folgende Zahlen über die Finanzschuld betreffend die Budgets 1966 bis 1970, die Sie und Ihr Amtsvorgänger gemacht haben — 1966, 1967 und 1968 Schmitz, 1969 und 1970 Sie —, zu entnehmen:

Die Finanzschuld stieg in dieser Zeit von rund 28,2 Milliarden per Ende 1965 auf rund 47 Milliarden Schilling per Ende 1970, also in dem Zeitraum, in dem Sie die Budgets erstellt haben. Das ist eine Erhöhung von zirka 18 Milliarden Schilling.

In unserer Zeit, also in der Zeit von Ende 1970 bis einschließlich Ende 1974, beträgt die Steigerung — wie dieser Tabelle zu entnehmen ist — rund 9 Milliarden Schilling, also nur die Hälfte von dem, was Sie an Schulden

Bundesminister Dr. Androsch

gemacht haben. (*Abg. Dr. Neuner: Aber Sie in der Hochkonjunktur! — Widerspruch bei der ÖVP.*) Herr Abgeordneter Dr. Neuner! Sie haben 18 Milliarden Schilling Schulden gemacht, obwohl Sie 6 Milliarden Schilling pro Jahr an neuen Steuerbelastungen gebracht haben, indem Sie eine Autosondersteuer, in dem Sie eine Alkoholsondersteuer eingeführt haben (*Zustimmung bei der SPÖ*), indem Sie einen 10prozentigen Zuschlag zur Lohnsteuer, zur Einkommensteuer, zur Körperschaftsteuer und einen 50prozentigen Zuschlag zur Vermögensteuer gemacht haben. (*Abg. Dr. Prader: Sie haben es verewigt! — Weitere Zwischenrufe.*) Das heißt: Sie haben doppelt soviel Schulden gemacht, obwohl Sie der Bevölkerung Belastungen von 6 Milliarden Schilling pro Jahr zusätzlich auferlegt haben. (*Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Tull: Das ist die Wahrheit, Professor Koren!*)

Zum Text des Bundesfinanzgesetzes: Es handelt sich hier um eine analoge Bestimmung zum Haushaltsrecht beziehungsweise zum Verwaltungsentlastungsgesetz, also eine materiell-rechtliche Grundlage, die den Tatbestand der Vorbelastung kennt. Es ist hier eine analoge Bestimmung innerhalb des Jahres. Man könnte sich streng genommen auch auf das Haushaltsrecht beziehungsweise auf die diesbezüglichen Bestimmungen des Verwaltungsentlastungsgesetzes stützen. (*Abg. Dr. Koren: Das ist etwas ganz anderes!*)

Zur Wirtschaftsentwicklung: Ich darf in Erinnerung rufen — ich zitiere aus den „Salzburger Nachrichten“ vom 21. Februar 1970 —: „Das Wirtschaftsprogramm der Österreichischen Volkspartei“ — für die Legislaturperiode 1970 bis 1974 —: „Wachstumsziel bleiben vier Prozent pro Jahr.“ — Das war Ihr Ziel. Sie haben in Ihrer Zeit im Durchschnitt 4,4 Prozent erreicht, wir haben bisher 6,5 Prozent erreichen können, gemessen an Ihrem Ziel von 4 Prozent. (*Abg. Schrotter: Die Teuerungsrate sagen Sie nicht!*)

Was die Landwirtschaft anlangt, darf ich doch nur ganz kurz auf das Kapitel Sozialversicherung verweisen (*Abg. Schrotter: Das hat damit nichts zu tun! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP*), wo der Bundesbeitrag für die Sozialversicherungsanstalt der Bauern von 600 Millionen auf 821 Millionen Schilling steigt und wo die Ausgleichszulagen von 700 Millionen auf 784 Millionen Schilling steigen. (*Abg. Schrotter: Gehört das zum Kapitel Landwirtschaft?*)

Eine abschließende Bemerkung zur Steuerbelastung. Ich darf noch einmal betonen: Wir haben keine Erhöhungen so wie Sie in Ihrer

Zeit vorgenommen, sondern wir haben zweimal Senkungen durchgeführt. Im Jahre 1971 und im Jahre 1973, und im Jahre 1972 eine Vorleistung. Wir werden, sobald es die Umstände erlauben, wieder Korrekturen vornehmen. Wir sind bemüht, einen Zickzackkurs zu verhindern, der darin besteht, daß man zu einem Zeitpunkt die Steuern senkt und sie wenige Wochen später wieder erhöht. Das war in Ihrer Zeit der Fall.

Wir wollen Budgetkrachs vermeiden, wir wollen „Paukenschläge“ vermeiden — das ist uns bei vier Budgets gelungen —, und wir werden auf dieser Basis eine solide Finanzpolitik weiter betreiben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peter. Bitte.

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem der Wunsch, ja geradezu die Forderung der Regierungsfraktion nach Straffung der Budgetdebatte im Raum steht, tue ich nach Einleitung der ersten Lesung des Budgets etwas, was ursprünglich nicht in meinem Konzept war, nämlich näher auf dieses Thema einzugehen, als ich vorher die Absicht hatte.

Herr Bundesminister für Finanzen! Nach meiner subjektiven Beurteilung entwickeln Sie sich allmählich zu einer Zumutung für die Oppositionsparteien. (*Zustimmung bei FPÖ und ÖVP.*) Wir haben vor einigen Tagen mit Geduld und Anstand zweieinhalb Stunden Ihrer als Regierungserklärung zugeschnittenen Budgetrede zugehört. (*Abg. Dr. Keimel: Straffung der Diskussion!*) Vom Herrn Kollegen Fischer und vom Herrn Klubobmann Weisz wird Woche für Woche vor die Öffentlichkeit mit der Forderung getreten, die Budgetdebatte zu straffen.

Beide Oppositionsfraktionen waren und sind nach wie vor willens, darüber ernsthafte Gespräche zu führen, und für heute 15 Uhr hat der Klubobmann der sozialistischen Fraktion ein informelles Gespräch der Klubobmänner zu diesem Thema erbeten. Es wird geführt werden.

Aber Sie, Herr Bundesminister für Finanzen, Sie können entweder nicht oder Sie wollen den Oppositionsparteien nicht zuhören. Wenn Sie glauben, daß mit Ihrer Taktik: auf jeden Oppositionsredner folgt eine Androsch-Antwort, die Budgetdebatte zu straffen sein wird, dann, Herr Bundesminister für Finanzen, unterliegen Sie einem groben Irrtum. Denn Waffengleichheit muß im demokratischen Parlamentarismus Waffengleichheit zwischen Regierung und Opposition bleiben! (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Peter

Ich stelle fest: Der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei hat lediglich 45 Minuten gesprochen. Ich habe die Absicht, diesen Zeitpunkt auch nicht zu überziehen, um auch durch die Klubobmänner der Oppositionsfraktionen einen realistischen Beitrag zur Straffung der Budgetdebatte zu leisten.

Wo blieb, Herr Bundesminister für Finanzen, Ihr realistischer Beitrag zur Straffung der Budgetdebatte bei der Erstattung Ihrer Budgetrede? Das Verlesen von 112 Manuskriptseiten erforderte zweieinhalb Stunden!

Reden wir einmal über die System- und Methodenfrage. Verzeihen Sie, Herr Doktor Androsch, es ist notwendig. Kann man nicht in 50 oder 60 Minuten dem Hause beziehungsweise den Abgeordneten aller Fraktionen das darlegen, was Sie in den eineinhalb Stunden der Differenz auf zweieinhalb Stunden noch sagten? Mit Unterlagen, Beilagen und Anhängen hätte sich eine einstündige Rede ergänzen lassen. Aber mit dieser Ihrer Ellbogentaktik werden Sie, Herr Bundesminister für Finanzen, das Verständnis zur Straffung der Budgetdebatte zumindest bei meiner Fraktion nicht stärken und vertiefen. (*Abg. Dr. Gruber: Auch nicht bei uns!*)

Herr Abgeordneter und Klubobmann Weisz! Das ist die Frage, über die wir uns, über Herrn Androsch hinaus, heute nachmittag grundsätzlich zu unterhalten haben werden.

Sowohl Klubobmann Koren als auch meine Wenigkeit haben in den Vorgesprächen dem Klubobmann der sozialistischen Regierungsfraktion mit allem Nachdruck vor Augen geführt, daß ein Agreement aller drei Fraktionen nur möglich sein wird, wenn die Regierungsbank, wenn die Regierungsmitglieder in dieses Agreement miteinbezogen werden können. Wenn hier keine Garantien und keine Sicherheiten vom Klubobmann der Regierungsfraktion unterbreitet und gewährleistet werden können, dann müte man bitte den Oppositionsparteien keine Selbstbeschränkung zu.

Ich habe namens meiner Fraktion hier zu erklären, daß alle meine Kollegen zur Selbstbeschränkung bereit sind. Aber, Herr Klubobmann Weisz, zur freiwilligen Selbstbeschränkung, und das nur dann, wenn ein verbindliches und für die Oppositionsfraktionen garantiertes Wort vom Klubobmann der Regierungsfraktion bezüglich der Herren Bundesminister und Regierungsmitglieder abgegeben werden kann. Aber wenn das jetzt so dahingeht: auf ein, zwei Oppositionsredner folgt wieder ein Bundesminister Androsch, auf ein, zwei Oppositionsredner folgt wieder ein

anderer Ressortchef der Bundesregierung, dann wird die Straffung der Budgetdebatte leider nicht erzielbar sein.

Daher erstatte ich folgenden, ganz konkreten Vorschlag: Einigen wir uns auf soviel Wortmeldungen eines Ministers bei einer Haushaltsgruppe, als sie einem Abgeordneten nach der Geschäftsordnung zustehen. Beschränkt sich der Herr Minister auch auf zwei Stellungnahmen im Rahmen seines Haushaltskapitels, dann ist die Waffengleichheit mit dem Abgeordneten hergestellt. — Ich bin sehr gerne bereit, darüber zu diskutieren. (*Präsident Dr. Malleta übernimmt den Vorsitz.*)

Aber daß wir uns heute fünf-, sechs-, sieben- oder achtmal den Herrn Minister Androsch anhören, das ist mir, Herr Klubobmann Weisz, zuviel! (*Rufe bei der ÖVP: Uns auch! — Zwischenruf des Bundeskanzlers Dr. Kreisky.*) Herr Bundeskanzler! Dann verlangen Sie eben keine Straffung der Budgetdebatte! (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Wer verlangt das?*) Ihr Klubobmann verlangt sie! Ebenso ging Herr Fischer mit dieser Forderung in die Öffentlichkeit. Herr Bundeskanzler, tun Sie doch nicht so, als wüßten Sie nichts davon! (*Ruf bei der ÖVP: Der weiß nie etwas!*) Also Sie wollen die Straffung der Budgetdebatte gar nicht? Die Regierung will das nicht? Herr Klubobmann Weisz! Vertreten Sie die Anliegen dieser Regierung oder nicht?

Das sind genau dieselben Koordinationschwierigkeiten und Verständigungsstörungen, wie wir sie auch in der zweiten Hälfte der Alleinregierung Klaus erlebt haben. Man kann nur sagen: Wie sich die Bilder dieser beiden Alleinregierungen gleichen.

Nun bitte ich, Herr Klubobmann Weisz, uns heute nachmittag zu sagen: Kommen Sie überhaupt mit fraktionsinternen Vollmachten? Sind Sie nach dem Zwischenruf des Herrn Bundeskanzlers überhaupt berechtigt und in der Lage, namens dieser sozialistischen Alleinregierung und der SPÖ-Fraktion mit uns überhaupt Gespräche zu führen? Denn letzten Endes war doch das, was der Bundeskanzler eben gemacht hat, eine Desavouierung des Klubobmanns der Regierungsfraktion. Diese Dinge bitte ich im Schoße der Sozialistischen Partei Österreichs endlich zu klären, bevor wir diese Gespräche fortsetzen. (*Ruf bei der ÖVP: Dr. Kreisky ist der Klubobmann! Weisz ist nur der Geschäftsführer! — Abg. Dr. Blenk: Ein Himmelfahrtskommando! — Heiterkeit bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Mitterer.*) Herr Abgeordneter Mitterer! Wer sich da noch auskennt — das ist nicht mein, sondern ein sozialistisches Problem.

Peter

Nun möchte ich die Budgetrede des Finanzministers, die wir gehört und aufmerksam nachgelesen haben, unter einen Gedanken stellen, der von André Malraux stammt. Er meinte seinerzeit: Mit der Macht kann man nicht flirten, man muß sie heiraten!

Genau unter diesem Eindruck stehe ich nach der in Form einer Regierungserklärung abgegebenen Budgetrede des Finanzministers Androsch. Diese Budgetrede war doch das Machtbewußteste, was uns dieser Finanzminister seit seiner Amtsübernahme geboten hat. Warum er die Regierungserklärung des Bundeskanzlers von seinerzeit als nicht ausreichend erachtete und warum er glaubte, diese Regierungserklärung von Dr. Kreisky in einer Budgetrede ergänzen zu müssen, vermag ich nicht zu beurteilen. Das zu beurteilen wird auch wieder Sache der sozialistischen Fraktion sein.

Mich interessieren aber die Beweggründe, die Dr. Androsch veranlaßt haben, den üblichen Weg bisheriger Finanzminister bei Budgetreden zu verlassen und eine Budgetrede mit einer Regierungserklärung zu verbinden. War Ihnen das zuwenig, was der Bundeskanzler als Regierungserklärung seinerzeit gegenüber dem Nationalrat erklärt hat? Warum haben Sie die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Dr. Kreisky in einem solchen Umfang für ergänzungsbedürftig gehalten, und warum haben Sie den Weg gewählt, diese Regierungserklärung überhaupt nicht anzukündigen, sondern sie einfach in Ihre Budgetrede einzubinden? Das sind Probleme, die überaus interessant sind, Probleme, die aber durch die sozialistische Fraktion zu lösen sein werden.

Wir hörten eine Regierungserklärung in dieser eingekleideten Budgetrede, die getragen war von einem Forderungskatalog, eine Regierungserklärung, die einer Sammlung von Parolen glich, die aber kein einziges Konzept enthält und keinen einzigen Lösungsvorschlag zur Klärung jener Probleme anbietet, die der Herr Finanzminister selbst gesellschaftspolitisch und allgemeinpolitisch angerissen und aufgerissen hat.

Zum Beispiel: Diese Regierungserklärung zählt Forderungen auf, sagt aber nicht konkret, was gegen die Luft- und Bodenverschmutzung, sagt nicht konkret, was gegen die Lärmbelästigung, sagt nicht konkret, was gegen den Grünlandverlust zu tun ist.

Diese Regierungserklärung reißt Probleme an, sagt aber nicht, was auf dem Gebiet der Bevorratung getan werden soll.

Diese Regierungserklärung des Herrn Doktor Androsch reißt weitere Probleme an, sagt

aber nicht, wie die offenen Probleme der Landesverteidigung gelöst werden sollen.

Der gesamte Budgetentwurf, Herr Bundesminister, ist sehr wohl ein ausgeprägtes Instrument sozialistischer Gesellschaftspolitik, stellt aber bei Gott kein Instrument für eine taugliche Stabilitätspolitik dar.

Wenn Sie in Ihrer Budgetrede, Herr Bundesminister, den Satz verwendet haben „Stabilität hat Vorrang“, so bedeutet das eine maßlose Entstellung jener Tatsachen, die Sie mit dem Bundesfinanzgesetzentwurf 1974 geschaffen haben.

Ich vermisse im Bundesfinanzgesetzentwurf 1974 vor allem eine stabilitätsadäquate Budgetpolitik. Mit dem Budgetentwurf für 1974 wird eben jene Politik kritiklos fortgesetzt, die von der Regierung Kreisky seit zwei Jahren betrieben wird. Bundesminister Androsch überläßt die Stabilitätspolitik — so wie in der Vergangenheit — den Sozialpartnern und der Notenbank und benützt die Budgetpolitik zum Verteilen von Geschenken und zur Realisierung der sozialistischen Gesellschaftspolitik, läßt aber weiterhin die Sozialpartner als wichtige Pack- und Lastträger der sozialistischen Machtpolitik das Joch tragen. In Ihrer Beurteilung und in Ihrer Budgetpolitik, Herr Bundesminister für Finanzen, sind und bleiben die Sozialpartner der Bürge und Zahler der sozialistischen Alleinregierung und dieser sozialistischen Gesellschaftspolitik.

Dazu gibt es aus freiheitlicher Sicht nur ein unabdingbares Nein. Zu einem Ja könnte es in jenen Haushaltsgruppen kommen, Herr Bundesminister für Finanzen, wo Sie sich im Verlaufe der Beratungen und im Rahmen der zweiten Lesung bereit erklärten, Vorschlägen, Anregungen und berechtigten Wünschen der freiheitlichen Fraktion aufgeschlossen gegenüberzutreten und ihnen die Zustimmung zu erteilen. Wieweit das möglich sein wird, bleibt abzuwarten.

Es ist ein sehr flexibles Budget, das Sie dem Hause vorgelegt haben, ja beinahe ein Budget der unbegrenzten Möglichkeiten, die allerdings durch die wirtschaftspolitischen Realitäten begrenzt werden, und — das hat Professor Dr. Koren vergessen, Ihnen auf den Tisch zu legen — es ist eine wahlorientierte Budgetpolitik, die unter Umständen schon auf vorzeitige Neuwahlen im Jahre 1974 ausgerichtet ist. Das muß man mit aller Deutlichkeit und Klarheit bereits heute auf den Tisch des Hohen Hauses legen.

Es scheint Ihre und der sozialistischen Alleinregierung bewußte politische Absicht zu sein, durch eine rücksichtslose Budgetaus-

Peter

weitung die erforderlichen Budgetmittel zur Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaftspolitik sicherzustellen.

Ich überspringe die Dreiteilung des Budgets; darauf wird mein Fraktionskollege Doktor Broesigke eingehen. Ich möchte die Zeit nicht über Gebühr in Anspruch nehmen, sondern nur in diesem Zusammenhang unterstreichen, daß Sie — meinem Eindruck nach — mit Hilfe der Dreigliederung des Haushaltes in ein Grundbudget, in eine Stabilitätsquote und in ein Konjunkturbelebungsbudget versuchen, die übermäßige Expansion des Haushaltes zu verschleiern.

Außerdem strotzen Ihre Budgetrede und Ihr Budgetentwurf von einer Reihe von falschen Vergleichen. Sie gehen von falschen Vergleichsgrundlagen aus, wie etwa von dem vorgenommenen Vergleich zwischen dem Bundesveranschlag 1974 einerseits und dem Gebahrungserfolg des Jahres 1973 andererseits. Das ist nun so ein typisch unredlicher und unkorrekter Zug in Ihrer Budgetpolitik.

Indem Sie uns — ich möchte den Ausdruck nicht in den Mund nehmen — beinahe für so ... — und jetzt überspringe ich das Wort — halten, glauben Sie, Herr Bundesminister für Finanzen, ein Durchschnittsabgeordneter habe nicht soviel wirtschafts- und budgetpolitisches Latein gelernt, daß er „budgetpolitische Äpfel“ und „budgetpolitische Birnen“ auseinanderklauben kann. Verzeihen Sie dieses primitive Wort, aber es scheint mir notwendig zu sein, Ihnen das einmal in aller Eindringlichkeit und Deutlichkeit vor Augen zu führen; denn Ihr Selbstbewußtsein reicht bis in den Bereich der Erhabenheit. Aber selbstbewußt bin ich selbst, Herr Bundesminister!

Diese Taktik verleitet Sie, den Versuch zu unternehmen, hier etwas einzukleiden, dort etwas zu verschleiern oder das eine oder andere Mal irrezuführen. Aufgabe der Opposition ist es, sich von der Regierung nicht irreführen zu lassen und deren Schwächen aufzuzeigen.

Herr Bundesminister! Redlich und korrekt wäre es gewesen, nur gleichartige Posten des Budgetvoranschlages 1973 mit denen des Budgetvoranschlages 1974 zu vergleichen.

Ich darf weiters darauf verweisen, daß Sie uns mit einer Budgetrede ohne wirtschaftspolitische Zielvorstellungen konfrontiert haben. In der gesamten Budgetrede ist keine eindeutige wirtschaftspolitische Zielformulierung enthalten, aus der ersichtlich wäre, wie sich der Finanzminister die Entwirrung des Zielbündels Wirtschaftswachstum, Geldwertstabilität, Vollbeschäftigung, Zahlungsbilanz-

ausgleich und gerechte Einkommensverteilung vorstellt.

Für Sie scheint aber folgender Grundsatz zu gelten: Solange die österreichische Wirtschaft blüht und floriert, können Sie immer mehr auf Kosten der Wirtschaft und auf Kosten der Sozialpartner sozialistische Gesellschaftspolitik betreiben. Meine Meinung ist, daß Sie eine sachbezogene Finanz- und Budgetpolitik in Ihrem Ressort zu betreiben hätten.

Ein kurzes und knappes Wort zu Ihrem so viel strapazierten Wort von der „importierten Inflation“, Herr Bundesminister für Finanzen. Ich habe dieses Wort im Wahlkampf von Oberösterreich bis zum Überdruß gehört, und man liest es in sozialistischen Zeitungen ebenso bis zum Überdruß. Aber ignorieren Sie wenigstens den OECD-Bericht nicht, der auf Seite 51 mit allem Nachdruck unterstreicht, wie groß das Ausmaß der hausgemachten und damit der sozialistischen Inflation in Österreich ist. Der Ordnung halber sei das im Rahmen dieser ersten Lesung des Bundesfinanzgesetzes 1974 aus freiheitlicher Sicht ebenso angeführt.

Ebenso unredlich, Herr Bundesminister für Finanzen, ist es, den Versuch zu unternehmen, die Familie Österreicher mehr und mehr an eine 7,5prozentige Inflationsrate zu gewöhnen. Hohe Wachstumsraten — das ist ja das Credo der sozialistischen Politik — mit hoher Geldentwertung, das ist aber nicht die Alternative, die ein Finanzminister jetzt der Öffentlichkeit, der Wirtschaft und den Sozialpartnern anbieten sollte.

Ich darf nun als Gegenposition zu Ihrer sozialistischen Auffassung einige Grundsätze aus dem freiheitlichen Manifest zur Gesellschaftspolitik deponieren:

Wachstum ist wichtiger als Umverteilung, weil es ein größeres Sozialprodukt zustande bringt, sodaß sich schon von dessen Größe her alle Verteilungsprobleme leichter lösen lassen.

Wirtschaftswachstum, Herr Bundesminister für Finanzen, so meinen wir im freiheitlichen Manifest zur Gesellschaftspolitik, besagt noch nichts über die Qualität des Lebens. Daher ist Wirtschaftswachstum aus freiheitlicher Sicht nicht Selbstzweck, aber sehr wohl ein taugliches Mittel zur Verwirklichung wichtiger Ziele: Nur ein kräftiges und störungsarmes — störungsfrei wird's nicht sein können — Wirtschaftswachstum führt zu einer Erhöhung des Lebensstandards auf weite Sicht. — Das sollte man in der praktischen Politik ebenso berücksichtigen.

Peter

Zur Problematik der Steuersenkung ein ganz offenes Wort vom freiheitlichen Standpunkt aus:

Die Steuerpolitik soll und darf nicht weiterhin derartig leistungshemmend wirken, wie dies durch die derzeitige Übersteigerung des Progressionstarifes der Fall ist. Wir erachten es aber ebenso als Aufgabe, dem Bürger klarzumachen, daß er vom Staat nicht höhere Leistungen fordern kann, ohne daß der Staat ihn stärker beansprucht.

Hier unterscheiden wir Freiheitlichen uns bewußt von der Haltung der Österreichischen Volkspartei. Es ist meines Erachtens falsch zu fordern, die Steuern mit 1. Jänner 1974 radikal zu senken und zugleich die Erfüllung weiterer und zusätzlicher Aufgaben, als im Jahre 1973 lösbar waren, zu verlangen. Beides verhält sich wie Feuer und Wasser miteinander und zueinander. Aus dieser Sicht, Herr Bundesminister, werden wir Freiheitlichen Ihnen in dieser Hinsicht bestimmt keine Scherereien bereiten und uns hier sehr wohl in jenen Grenzen halten, die eine verantwortungsbewußte Finanz-, Budget- und Wirtschaftspolitik vorzeichnet.

Aber wir halten es mit einem bundesdeutschen Sozialdemokraten, den auch Sie nicht überhören sollten, nämlich Philipp Rosenthal, der sagte: „Lieber etwas weniger Wohlstand auf einmal, aber dafür länger.“ Ich glaube, darüber sollte man einmal etwas eingehender nachdenken, als es die sozialistische Alleinregierung bisher getan hat. Daher betreiben wir Freiheitlichen keine Politik der Widersprüche in dem Sinn, Steuersenkungen zu fordern und zugleich mehr und zusätzliche Aufgaben und Ausgaben zu verlangen.

Wir wollen unseren Beitrag auf unsere Art und Weise dafür leisten, daß wir eine Gesellschaft des Aufstieges durch Leistung zu realisieren versuchen. Wir verstehen die freiheitliche Gesellschaft als eine solche des Aufstieges. Das Wort „Aufstieg“ meint aus freiheitlicher Sicht hier jede Art von Aufwärtsentwicklung, die der einzelne Mensch nehmen kann, sei es kulturell-geistig, sei es wirtschaftlich oder sei es sozial. Wir als Freiheitliche bekennen uns zu einer Leistungsgesellschaft, die jedem Erwerbstätigen über die leistungsgerechte Teilnahme am wachsenden Wohlstand hinaus menschliche Selbstbestätigung durch Anerkennung, Information und Aufstiegsmöglichkeit bietet.

Nun noch ein Wort zur offenen Problematik der Sicherheitspolitik: Der Herr Abgeordnete Blecha ist im Augenblick nicht im Saal, aber ich habe aus seiner Pressekonferenz in der vergangenen Woche etwas registriert, was

mich beeindruckt hat und was mich bewegt. Herr Blecha hat uns durch seine demoskopischen Untersuchungen vor Augen geführt, daß sich 84 Prozent der Befragten zu einer Politik von notwendigen, aber nicht immer populären Maßnahmen bekennen und daß nur 4 Prozent eine solche Politik von notwendigen, aber unpopulären Maßnahmen ablehnen. Wenn das das Ergebnis sozialistischer demoskopischer Untersuchungen ist, Herr Bundesminister für Finanzen, ergibt sich jetzt die Frage: Warum tragen Sie nichts zur Realisierung dieser Politik der unpopulären Maßnahmen bei?

Wir als Freiheitliche stehen weiter in keinem Gegensatz zur sozialistischen Mehrheitsregierung, wenn wir meinen, daß die aktive Neutralitätspolitik, wie sie Minister Kirchschläger betreibt, zu bejahen ist und daß wir sie für richtig erachten. Wir meinen, daß eine aktive Neutralitätspolitik sehr wohl die Sicherheitspolitik, die Bevorratungspolitik und die Verteidigungspolitik zu ergänzen in der Lage ist, sie aber niemals zu ersetzen vermag. Sie versuchen mit Ihrer sozialistischen Politik das zu verleugnen, weil Sie eben entweder nicht in der Lage oder aber nicht willens sind, diese notwendigen Entscheidungen herbeizuführen, bei deren Realisierung Sie sicher die Unterstützung der Oppositionsparteien dieses Hauses bekommen würden.

Warum schicken Sie sich überhaupt nicht an, die angebotenen Gespräche zu führen? Wir haben wohl vom Herrn Bundeskanzler in Krems gehört, über die Bevorratungsfrage könnten Parteiengespräche stattfinden, doch müßte die Finanzierungsfrage klar gelöst werden. Wann laden Sie die Oppositionsparteien in dieser unübersichtlichen weltpolitischen Lage zu diesen Gesprächen ein, die Sie wahrscheinlich doch für notwendig erachten?

Aber die Initiative hat hier von Ihnen zu erfolgen. Da sie bisher nicht erfolgt ist, haben Sie bitte Verständnis dafür, daß wir Freiheitlichen der sozialistischen Mehrheitsregierung dieses Versäumnis mit allem Nachdruck in Erinnerung rufen, allerdings mit der Einschränkung, daß die sozialistische Regierung für dreijährige Versäumnisse von 1970 bis 1973 verantwortlich ist, daß aber alle bis jetzt im Amt befindlichen österreichischen Bundesregierungen seit dem Jahre 1945 auf dem Gebiet der Vorsorgepolitik, auf dem Gebiet der Bevorratungspolitik und damit auch auf dem Gebiet der österreichischen Sicherheitspolitik schwere Unterlassungen begangen haben. Auf Grund dieser Erfahrungen wäre es doch geboten, jetzt die Nutzenwendungen zu ziehen.

Da Sie, Herr Bundesminister, durch Feststellungen Ihrerseits in den letzten vier Wochen dazu beigetragen haben, falsche Ein-

Peter

drücke in der österreichischen Öffentlichkeit zu erwecken, möchte ich etwas richtigstellen, was Sie der Öffentlichkeit anders dargestellt haben, wenn Sie meinten: Nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Schweden würden alle Vorsorgemaßnahmen vom Konsumenten her berappt und nicht vom Staat bezahlt. — Gehen wir ganz kurz von den Realitäten dieser beiden anderen neutralen und uns befreundeten Länder aus:

Die Situation in der Schweiz sieht so aus, daß keine Leistungen aus Staatsmitteln erbracht werden. Die Kosten werden über die Konsumenten aufgebracht, und zwar im Wege eines Zuschlages auf eingeführte Güter. Bevorratungsgüter liegen in der Schweiz im Betrag von 1,2 Milliarden Schweizer Franken in den Lagern. Die Schweiz hat einen Beauftragten für die Krisenwirtschaft mit lediglich 25 Beschäftigten, wohl aber in jedem Ministerium eine Abteilung, die sich mit diesem Fragenkomplex beschäftigt. Insgesamt sind in der Schweiz 120 Personen mit der Bevorratungsaufgabe dieser Art beschäftigt.

In Schweden werden in Staatslagern auf Kosten des Staates — und nicht wie Sie es darstellten, Herr Bundesminister, auf Kosten der Konsumenten — derzeit Bevorratungsgüter im Werte von 1,3 Milliarden Schwedischen Kronen gelagert. In dieser Summe sind die Beträge für die Erdöl- und Treibstoffvorräte nicht enthalten.

Die Bevorratung in Schweden wird von der Generaldirektion für die wirtschaftliche Landesverteidigung mit 350 Personen sowie von je einer Abteilung in jedem Ministerium betreut. Dazu gibt es in Schweden Beauftragte in allen wichtigen Betrieben, sodaß mit der Vorsorgeproblematik im Krisenfall in Schweden zirka 5000 Personen befaßt sind.

Was ist mit dem schwedischen Vorbild, Herr Bundesminister für Finanzen, in dieser Frage? Wann wird die sozialistische Alleinregierung erstens konkrete Gespräche mit den Oppositionsparteien suchen und zweitens der Öffentlichkeit konkrete Vorschläge zur Lösung dieses Problems unterbreiten?

Meine Damen und Herren der sozialistischen Fraktion! Nun hat die SPÖ-Aleinregierung ihren politischen Rubikon erreicht. Jetzt steht Dr. Kreisky im Zwiespalt: Soll er die Politik so weiterführen wie bisher, nur in Blickrichtung als Bundesvorsitzender der Sozialistischen Partei und in Richtung neuer und zusätzlicher sozialistischer Wähler, oder schickt er sich endlich an, auch seiner anderen Aufgabe gerecht zu werden, nämlich der des Bundeskanzlers, der für alle Österreicher im Normalfall, aber auch für alle Österreicher im außerordentlichen Fall, im Krisenfall zu

sorgen hat? Wie wird sich die sozialistische Alleinregierung in diesem Grenzfall weiter verhalten? Das ist eine ganz bedeutungsvolle Frage, die weit über Parteigrenzen hinaus für die gesamte österreichische Öffentlichkeit von Interesse sein wird.

Ich schließe ab mit dem Hinweis, daß sich an unserer kritischen freiheitlichen Haltung gegenüber der sozialistischen Alleinregierung nichts, schon gar nichts geändert hat. Ich halte fest, daß wir Freiheitlichen niemals dieser sozialistischen Alleinregierung vom Justament-Standpunkt aus begegnet sind und es auch weiter nicht tun werden. Wir haben nie das Nein aus Gründen der Obstruktion gesetzt, sondern nur dann, wenn es unserer Beurteilung nach sachlich und von freiheitlichen Grundsätzen her notwendig war.

Wo immer sich die sozialistische Alleinregierung bereit erklärt, einen gemeinsamen Nenner zu suchen, sind wir Freiheitlichen bereit, an der Gestaltung und Erarbeitung dieses gemeinsamen österreichischen Nenners mitzuarbeiten. Wir sehen daher mit großem Interesse Ihrer Haltung, Herr Bundesminister, bei den Beratungen des Budgets in zweiter Lesung entgegen. Von dieser Ihrer Haltung, von diesem Ihren Verhalten, von Ihrem Verständnis und von Ihrem Entgegenkommen wird es abhängen, wie wir Freiheitlichen unsere endgültige Haltung zum Bundesfinanzgesetzentwurf 1974 in einzelnen Haushaltsgruppen gestalten werden. Es bleibt aber abzuwarten, ob Kompromiß- und Verständigungsbereitschaft von Ihrer Seite zu erwarten sein wird oder ob das Durchpeitschen auf der Grundlage der absoluten sozialistischen Mehrheit mit 93 Mandaten für den Rest der Gesetzgebungsperiode überhandnehmen sollte. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist nun der Abgeordnete Robert Weisz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Robert **Weisz** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem sich der Kollege Klubobmann Peter heute schon an die noch nicht vereinbarte Verkürzung der Redezeit gehalten hat, will auch ich meinen „realistischen Beitrag“ dazu leisten und ebenfalls versuchen, in einer kürzeren Stellungnahme den Standpunkt der sozialistischen Fraktion, der Regierungsfraktion, zum Ausdruck zu bringen.

Wir haben heute die beiden Klubobmänner zu einem Gespräch eingeladen. Wir wollen versuchen, ob die Möglichkeit einer Strafung der Budgetdebatte besteht, denn ich glaube, daß es für alle fast unerträglich wird, wochenlang hier womöglich von 9 Uhr

Robert Weisz

bis 12 Uhr nachts und noch länger ... (*Abg. Dr. Mussil: Ich finde es sehr gemütlich, Herr Kollege!*) Vielleicht Sie, Kollege Mussil, weil Sie nicht im Saal sind. Aber es ist sicherlich eine ungeheure Beanspruchung für alle, die im Haus tätig sind, ob es die Stenographen oder ob es die Presseleute sind. Ich glaube also, der Versuch sollte gemacht werden.

Es wird heute unser Vorschlag neuerlich erstattet werden. Es ist auch von seiten der Österreichischen Volkspartei Herr Professor Koren für eine Verkürzung der Redezeit eingetreten, um damit die Länge der Sitzungen abzukürzen. Wir von der Sozialistischen Partei glauben, daß es möglich sein müßte, diese Verkürzung der Zeit dazu zu benutzen, auch andere Vorlagen im Haus zu einer Beschlußfassung zu bringen.

Der Kollege Peter hat die Verkürzung insbesondere davon abhängig gemacht, daß eine längere Beratung über die Wirtschaftsfragen Österreichs im Parlament stattfindet. Ich glaube, Kollege Peter, gerade in den letzten Monaten oder, fast müßte man sagen, in den letzten Wochen haben wir dazu reichlich Gelegenheit gehabt. Es sind drei Wirtschaftsberichte hier erstattet worden, es wurden in sehr ausführlichen Diskussionen alle Fragen beraten. Ich glaube aber, daß es außerdem möglich ist, im Frühjahr einen Bericht des Finanzministers über die wirtschaftliche Situation zu erstatten.

Was die Einladung an die Oppositionsparteien betrifft, glaube ich, daß sie in den nächsten Tagen durch den Herrn Bundeskanzler erfolgen wird. Bei dieser Besprechung sollen alle aktuellen Probleme behandelt werden, unter anderem natürlich auch die Bevorratungsfrage. Diese Einladung wird erfolgen.

Kollege Peter, vor einer Illusion will ich Sie aber warnen. Eine vorzeitige Wahl wird nicht stattfinden. (*Zwischenruf des Abg. Peter.*) Der Herr Bundeskanzler Kreisky hat hier im Hause erklärt, daß die nächsten Wahlen im Jahre 1975 stattfinden werden. (*Abg. Doktor Keime! Er hat schon öfter etwas gesagt! — Abg. Dr. Koren: Wetten würde ich darauf nicht!*) Wir denken nicht an frühere Wahlen, wir sind mit dem Vertrauen und dem Auftrag der österreichischen Bevölkerung ausgestattet, unser Programm, das Regierungsprogramm der Regierung Kreisky, bis zum Ablauf der Legislaturperiode zu erfüllen. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Mussil: ... zusammengenommen in Oberösterreich!*) Warum reden Sie denn nicht von Wien, Kollege Mussil? Warum reden Sie nur von Oberösterreich? (*Abg. Skritek: Wien kennt er ja*

nicht!) An dem Tag haben ja zwei Wahlen stattgefunden. Die SPÖ hat drei Mandate gewonnen. Ich glaube, man soll, wenn man etwas feststellt ... (*Abg. Dr. Keime! Die DFP ist halt wieder zurückgegangen!*) Wo sind denn dann Ihre Wähler hingekommen, die Sie früher gehabt haben? Sie haben ja früher den Vizebürgermeister gehabt, weil Sie mindestens 34 Mandate gehabt haben. Wo sind denn die Wähler hingekommen? Die sind nicht zur Wahl gekommen, weil sie wahrscheinlich mit Ihnen nichts mehr zu tun haben wollen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Traditionsgemäß ist die Debatte zum Bundesfinanzgesetz eine allgemein politische. Sie, meine Damen und Herren der großen Oppositionspartei, werden ja, wie dies von diesem Pult schon angeklungen ist, wieder Ihr Nein zu unserer Politik ertönen lassen. Ich habe angenommen, daß heute der Professor Koren auf Grund seiner Ausführungen in Bad Gastein doch von dieser Nein-Politik abgeht, von dieser „Jein“-Politik, wie in einer Zeitung gestanden ist. Ich glaube aber, daß dieses Nein immer schwächer werden müßte, weil an den Erfolgen dieser Bundesregierung jeder Österreicher Anteil hat.

Sie müssen aber auch erkennen, Politik besteht darin, daß man ein eigenes Ordnungsbild hat. (*Abg. Dr. Mussil: Die haben Sie, Herr Kollege?*) Erfolgreiche Politik zeigt sich darin, daß man ein besseres Ordnungsbild besitzt als der politische Gegner. Und das besitzen wir! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Seit drei Jahren haben wir eine sozialistische Bundesregierung. Wenn Sie diese Zeitspanne kritisch und objektiv überblicken, werden Sie zugeben müssen, daß unser Österreich auf allen Gebieten moderner geworden ist. Es waren dies Jahre emsigen Schaffens unserer Bevölkerung, es waren dies Jahre, in denen wir große Fortschritte und Erfolge erzielt haben. Die Konsequenz dieser Erfolge ist das Bundesfinanzgesetz 1974. Das neue Budget steht unter dem Zeichen angestrebter Bemühungen um Stabilität und Konjunkturgerechtigkeit. Diese Bundesregierung hat mit jeder einzelnen Maßnahme immer wieder bewiesen, daß sie ihre Verantwortung für die gesamtwirtschaftliche Konjunkturpolitik sehr ernst nimmt und die ihr gestellten Aufgaben im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten mit größter Sorgfalt erfüllt.

Der Widerspruch der Opposition liegt darin, daß Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, weniger Aktivität des Staates, dafür aber mehr Unternehmerfreiheit, geringere Steuern, dafür aber mehr Staatsleistungen verlangen. So können Sie aber Politik nur als

Robert Weisz

Opposition machen. Wir aber werden unsere Politik von der Verantwortung leiten lassen, daß alle Österreicher und Österreicherinnen Anteil haben an unserer Reformpolitik. *(Abg. Dr. Mussil: Seit wann?)*

Zu den Zielen der Finanzpolitik gehört seit jeher die Beschaffung der erforderlichen Geldmittel und deren ökonomische Verwendung. Neben dieser Zielsetzung tritt aber auch der Grundsatz der Gerechtigkeit bei der Lastenverteilung. In unseren Reihen besteht Einigkeit, daß die Verteilung der Lasten nach der Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit jedes einzelnen zu geschehen hat, das heißt, die Finanzpolitik ist ein Instrument zur Gestaltung gesellschaftspolitischer und ökonomischer Fragen. Die Aufgaben, die wir uns gestellt haben, sind weitreichend.

Wir wollen nicht mit Augenblickserfolgen rechnen, meine Damen und Herren, denn wir gehen in unserer Politik davon aus, daß unser Ziel die Verbesserung der gesellschaftlichen Situation jedes Menschen in unserem Lande ist. Die Finanzpolitik wird dazu einen entscheidenden Beitrag leisten, weil sie die Voraussetzungen für die Verwirklichung unserer Reformprogramme schafft.

Wir hegen daher den Wunsch, daß Sie, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, imstande sind, sich zu einer eindeutigen Haltung durchzuringen. Auf der einen Seite halten Sie die Bundesausgaben unter konjunkturellem Aspekt für zu hoch, auf der anderen Seite kommen Sie immer wieder mit neuen erheblichen Ausgabenwünschen, deren Finanzierung Sie völlig offenlassen. Diese Art von Politik weisen wir zurück! Die österreichische Bevölkerung hat die ausgezeichnete Entwicklung unserer Wirtschaft mit Vertrauen zur Kenntnis genommen. In der Preisentwicklung ist eine deutliche Beruhigung eingetreten. Der Spareinlagenzuwachs hat sich gegenüber dem Vorjahr wieder verstärkt, sodaß 1973 voraussichtlich ein neuer Einlagenrekord in der Nachkriegsentwicklung zu verzeichnen ist.

Österreich erfreut sich seit 1969 einer anhaltenden Konjunktur. Unser Land verdankt der Vollbeschäftigungspolitik einen weiten Entwicklungssprung nach vorne. Auf der Basis des nationalen Bruttonationalproduktes pro Kopf gerechnet, hat Österreich die älteste Industrienation der Welt, Großbritannien, bereits überholt und wächst nach Japan am raschesten in der Welt. Gemessen an einer ganzen Reihe von Merkmalen, wie Reallohn-niveau, Exportvolumen und Exportstruktur, Investitionsquote pro Kopf, Energieverbrauch, Ernährungs- und Bekleidungsstandard, PKW,

Telephon- und Fernsehgeräte, läßt sich unwiderlegbar der hohe Lebens- und Leistungsstandard des Österreichers nachweisen.

Im Verlauf eines solchen Aufhol- und Entwicklungsprozesses mußte sich auch die Industriestruktur wandeln. Unsere hohen Wachstumsraten übertrafen jene der anderen OECD-Länder im Durchschnitt jährlich um 3 Prozent. Auch heuer wird unser Bruttonationalprodukt real um zirka 6 Prozent zunehmen, die Industrieproduktion um 6,5 Prozent, und damit wieder stärker expandieren als manche Wirtschaftsforscher noch zu Beginn dieses Jahres angenommen hatten. *(Abg. Dr. Mussil: Trotz dieser Regierung!)* Trotz dieses Wirtschaftsbundfunktionärs, könnte ich höchstens sagen.

Angesichts dieser Hochkonjunktur, der Umstellung des Umsatzsteuersystems und der Situation auf den internationalen Rohstoffmärkten ist der Erfolg, den die Bundesregierung in ihrer Stabilitätspolitik bisher erzielt hat, umso bemerkenswerter. International ist Österreich noch immer ein Land relativer Stabilität, was sich deutlich bei unserer Exportwirtschaft zeigt. *(Abg. Glaser: Aber sehr relativ! — Abg. Dr. Koren: Was ist relative Stabilität?)* Wir werden gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen müssen, um 1974 weitere Erfolge zu erzielen. Bei konsequenter Fortsetzung der bisherigen erfolgreichen Stabilitätspolitik bestehen gute Chancen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Von einer Stagflation, wie es anderen Volkswirtschaften passiert ist, kann jedenfalls in den folgenden Jahren keine Rede sein, meine Damen und Herren. Dieser Haushalt sichert stetiges Wirtschaftswachstum — die wichtigste Voraussetzung für eine Steigerung der Qualität des Lebens und der Vollbeschäftigung. *(Abg. Dr. Mussil: Keine Prophetie, Herr Collega!)*

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird nur das Wachstum der materiellen Güterproduktion bilanziert. Diese Denkweise läßt aber außer acht, daß es gerade heute mehr auf qualitative Merkmale ankommt, und wir daher in den Zielvorstellungen unserer Wirtschaftspolitik an die Stelle der Quantität die Qualität treten lassen müssen. *(Beifall bei der SPÖ.)* An diesen Zielvorstellungen müssen wir gemeinsam arbeiten. *(Abg. Doktor Mussil: Das haben Sie in unserem Wirtschaftsprogramm gelesen! Das ist unser Programm!)*

Die antizyklische Finanzpolitik ist ein Instrument, das die Finanzpolitiker noch nicht sehr lange besitzen. Die öffentliche Hand trägt

Robert Weisz

dabei im besonderen Maße ein konjunkturpolitisches Risiko. Die Schere zwischen öffentlicher Armut und privatem Wohlstand wird durch diese Politik weiter geöffnet, also die Erscheinung, daß einem höheren Wohlstand des einzelnen ein immer schwerwiegenderer Mangel an öffentlichen Einrichtungen, an sozialer Infrastruktur gegenübersteht. Die Qualität unseres Lebens hängt jedoch in zunehmendem Maße weniger von der Konsumsteigerung als vielmehr von den Leistungen des öffentlichen Sektors ab.

Wie wir vernommen haben, werden Sie, meine Damen und Herren von der großen Oppositionspartei, das Budget 1974 ablehnen. Sie kommen ganz einfach von Ihrer Neinsager-Position nicht weg und sind noch sehr weit entfernt von der differenzierten Opposition. *(Beifall bei der SPÖ.)*

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf verweisen, daß Sie zu allen großen Vorhaben dieser Bundesregierung nein gesagt haben. Sie haben nein gesagt zur Einkommensteuerreform 1972, Sie haben nein gesagt zu der Änderung des Umsatzsteuersystems und Sie haben nein gesagt zur großen Stahllösung.

Und es hat in der Sitzung am 15. Februar 1973 der Parteiobmann Dr. Schleinzer erklärt: Die große Stahllösung ist „der Ausdruck eines Zickzackkurses, der wirtschaftlich höchst bedenklich ist.“

Ich glaube, die Entwicklung hat bewiesen, wie richtig und gut die Entscheidung der österreichischen Bundesregierung war, die große Stahllösung zu beschließen und durchzuführen. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Doktor Koren: Die ist noch nicht durchgeführt!)*

Sie haben maßlose Kritik an jedem Budget bisher geübt. Der Gesamtrahmen jedes Budgets war Ihnen zu hoch, die Teilposten aber zu niedrig; die Steuereinnahmen zu hoch, aber auch das Defizit zu hoch! Für diesen Weg der Politik haben Sie sich nun schon drei Jahre entschieden, und es besteht wenig Hoffnung in diesem Haus, daß Sie Ihren Stil ändern werden. Es wäre begrüßenswert, wenn Sie durch Ihre Politik eine Alternative bieten würden. Leider sind Sie dazu nicht imstande, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei. Denn Ihre Politik ist ausgerichtet auf ein Nein und auf Lizitationsforderungen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Im vergangenen Jahr waren Sie gegen die große Einkommensteuerreform. Jetzt haben Sie einen Antrag eingebracht, der eine Steuersenkung von 3,7 Milliarden Schilling vorsieht. *(Abg. Dr. Koren: Drei!)* Die Konsequenz

wäre, daß im Jahre 1974 dem Bund, den Ländern und Gemeinden 3,7 Milliarden Schilling weniger zur Verfügung stehen würden.

Sie müssen mir daher an dieser Stelle gestatten, daß ich Sie an Ihre Steuerpolitik erinnere. Am 1. Oktober 1967 nahmen Sie eine Lohnsteuersenkung vor. Bereits am 1. Februar 1968 erhöhten Sie die Umsatzsteuer. Am 1. September 1968 erhöhten Sie zwei neue Steuern, und zwar die Alkoholsondersteuer und die Autosondersteuer. *(Abg. Dr. Koren: Die haben Sie dann abgeschafft! — Bundesminister Dr. Androsch: Die Autosondersteuer haben wir abgeschafft!)* Aber Sie haben sie eingeführt, Herr Professor Koren! Die Autosondersteuer haben wir abgeschafft, aber ihr habt sie eingeführt! *(Abg. Dr. Koren: Dafür jetzt das Benzin verteuert!)* Ich glaube, das ist ein billiger Vergleich, Herr Professor Koren. Die Autosondersteuer jetzt mit dem eventuell erhöhten Benzinpreis zu koppeln, das ist, glaube ich, doch ein bißchen danebengegangen! Sie brauchen ja gar keines zu kaufen, wenn Sie jetzt nicht mehr wollen, wenn Sie glauben, daß es jetzt schon zu teuer wird. Hängt das von Österreich ab, wie der Benzinpreis sich entwickelt? *(Abg. A. Schläger: Schon drei Mal teurer geworden im letzten Jahr!)*

Am 1. Jänner 1969, Herr Professor Koren, führten Sie Zuschläge von 10 Prozent zur Lohnsteuer, 10 Prozent zur Einkommensteuer, 10 Prozent zur Körperschaftssteuer und 50 Prozent zur Vermögensteuer ein. Das bedeutete damals eine Mehrbelastung der österreichischen Bevölkerung in einer Größenordnung von fünf bis sechs Milliarden Schilling. Das war Ihre Finanzpolitik, Herr Professor Koren! *(Abg. Dr. Koren: 1,8, Verehrtester, es tut mir leid!)* Ich frage Sie daher, meine Damen und Herren von der Opposition: Wie weit nehmen Sie Ihre Vorschläge selbst ernst?

Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung strebt eine ausgewogene Entwicklung der öffentlichen Aufgabenerfüllung an. Das setzt voraus, daß die für die Gesamtentwicklung bedeutsamen haushaltspolitischen Entscheidungen, die Konjunkturmaßnahmen im Bereich der Finanzpolitik zwischen Bund, Ländern und Gemeinden abgestimmt und miteinander koordiniert werden. Wir werden nicht auf den Versuch der Opposition eingehen, wohl wegen der fehlenden eigenen Alternativen die Fiktion von der Krise aufrecht zu erhalten. Sie unterliegen Wunschträumen, meine Damen und Herren von der Volkspartei, wenn Sie meinen, die Bevölkerung durch ständiges Beschwören von Finanzkrisen zu beunruhigen. Mit dieser Art von

Robert Weisz

Politik zeigen Sie die Symptome des eingebildeten Kranken: Wenn man nur lange genug von der Krise spricht, so glaubt man, daß sie tatsächlich besteht. (*Abg. Dr. Bauer: Der Molière ist schon ganz gut!*) Daß Sie mit dieser Art von Politik Österreich keinen guten Dienst leisten, sollte den verantwortlichen Politikern in Ihren Reihen doch Anlaß genug sein, diese Strategie zu überprüfen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Es steht für uns fest, daß die Anforderungen des Bürgers an den Staat quantitativ und qualitativ immer größer werden. Es ist für uns eine Herausforderung, die Leistungskraft unseres Staates jedem Bürger immer stärker zugute kommen zu lassen.

Steuersenkungen, die kurz darauf wieder durch Steuererhöhungen kompensiert werden — diesen Fehler früherer Zeiten, Herr Professor Koren, wird die gegenwärtige Bundesregierung nicht machen. Diese Regierung wird dann wieder steuerliche Entlastungen treffen, wenn es die finanziellen und stabilitätspolitischen, aber auch die gesellschaftspolitischen und einkommenspolitischen Probleme zulassen.

Unterzieht man Ihre Politik einer Analyse, so erkennt man, daß Sie in Ihrer Mehrheit noch immer Verfechter der alten Lehrmeinung sind, daß der Staat mit der öffentlichen Nachfrage große Politik machen soll, gehen aber dabei nicht im geringsten auf die sachlichen Probleme ein, daß die Funktion der Bedarfsdeckung für die langfristige Entwicklung unserer Gesellschaft von eminenter Bedeutung ist, daß jeder verantwortungsbewußte Politiker sehr sorgfältig abwägen muß, inwieweit er die öffentliche Ausgabenpolitik zur Dämpfung der Nachfrage heranziehen kann.

Ich möchte daher deutlich aussprechen, daß meine Fraktion mit Sorge zur Kenntnis nimmt, daß Sie, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, nicht einmal bereit sind, unsere Politik sachlich zu diskutieren. Ich sehe darin die Unfähigkeit und Hilflosigkeit der Opposition, konstruktive und echte Kritik am stabilitätspolitischen Handeln der Bundesregierung zu üben.

Wir können auch nicht verstehen, daß die Wirkungen der immer stärker werdenden Verflechtung der internationalen Waren sowie der Geld- und Kapitalmärkte auf unsere inländische Stabilitätspolitik von der Opposition kaum beachtet werden.

Diese Bundesregierung hat unter Berücksichtigung der Lage der Weltwirtschaft und insbesondere innerhalb der Länder der OECD stets auf die Notwendigkeit einer gemein-

samen Stabilisierungspolitik hingewiesen. Meine Fraktion wird die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung schon deshalb unterstützen, da sie relative Stabilität in allen Richtungen bedeutet.

Auf die Schwerpunkte des Budgets 1974, auf die Sozialpolitik, Familienpolitik, Wissenschaft, Forschung, Straßenbau, Investitionsprogramm werden die Redner unseres Klubs noch eingehend zurückkommen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch darauf hinweisen, daß wir darunter nicht nur Geldwert als Stabilität, sondern auch die Sicherheit der Einkommen und der Arbeitsplätze verstehen. Das Budget 1974 ist unter diesem Aspekt zu sehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit unseren Steuerreformen haben wir ein gerechtes und überschaubares Steuersystem geschaffen. Wir gehen dabei von dem Prinzip aus, daß die Steuerpolitik stärker als bisher die Ungerechtigkeiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung beseitigen muß.

Durch den immer größeren Einsatz der Finanzpolitik als struktur-, konjunktur- und wachstumspolitisches Instrument wird dies möglich sein. Wir haben bei unserer Steuerreform Gerechtigkeit und Gleichmäßigkeit durchgesetzt. Wir werden es auch weiterhin ablehnen, eine einseitige Vermögensbildung zu forcieren, denn dazu haben wir das Vertrauen der österreichischen Bevölkerung nicht erhalten.

Hohes Haus! Die verbesserte Beweglichkeit des vorgelegten Budgets erlaubt, auf veränderte Wirtschaftssituationen rasch zu reagieren, ohne den eingeschlagenen Kurs vorzeitig verlassen zu müssen. Sollte sich die Konjunktur differenziert gestalten und in gewissen Bereichen beziehungsweise Regionen freie Kapazitäten vorhanden sein, so ist der gezielte Einsatz der Stabilisierungsquote gewahrt.

Sollten die Pessimisten recht haben und echte Rezessionserscheinungen auftreten, so wird die Bundesregierung im Interesse der Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung die Belebungsquote zum Einsatz bringen. Die Budgetpolitik für das kommende Jahr ist also so angelegt, daß mit der Dreiteilung des Budgetentwurfes auf alle Möglichkeiten Bedacht genommen wird.

Diese Bundesregierung, meine Damen und Herren, hat aber zugleich eine international beachtete Leistung zuwege gebracht. Seit 1969 ist der Verschuldungsgrad gemessen am Bruttonationalprodukt rückgängig. Wie Sie auch aus dem Finanzschuldenbericht der Öster-

Robert Weisz

reichischen Postsparkasse entnehmen können, traten auch wesentliche Verbesserungen in der Struktur der Staatsschulden ein. Der Anteil der Auslandsschulden wurde als Beitrag zur Stabilitätspolitik gesenkt und die Aufwertungsgewinne für Kurssicherungsoperationen der österreichischen Exportwirtschaft zur Verfügung gestellt.

Meine Damen und Herren! Es ist uns gelungen, trotz der Mehrwertsteuereinführung den Preisauftrieb international unterdurchschnittlich zu gestalten. Unser Wachstum wurde hinaufrevidiert, der Beschäftigtenstand ist weiter gestiegen, und wir streben wahrscheinlich einem neuen Spareinlagenrekord zu. Unsere Währung ist noch stärker geworden. Die Investitionsrate ist ausgezeichnet, und ab 1. Jänner 1974 erwarten wir eine neuerliche Zolllenkung. Wir können für das Jahr 1974 mit einem weiterhin kräftigen Wachstum rechnen. Unsere Exporte werden zunehmen, genau wie unser Beschäftigtenstand. Die arbeitenden Menschen in Österreich können mit Zuversicht in die Zukunft schauen. Die Bundesregierung wird mit diesem Bundesfinanzgesetz 1974 im Sinne der Regierungserklärung unseres Bundeskanzlers Dr. Kreisky ihr Arbeitsprogramm weiter realisieren.

Die sozialistische Fraktion dieses Hauses unterstützt dieses Bundesfinanzgesetz 1974 uneingeschränkt und erteilt ihm die Zustimmung. (*Starker Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Minkowitsch. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Minkowitsch** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Bezugnehmend auf die Ausführungen meines Vorredners, des Herrn geschäftsführenden Klubobmanns der Sozialistischen Partei, möchte ich feststellen, ob es der SPÖ nun paßt oder nicht: Wir werden unsere differenzierte Oppositionspolitik nicht nur fortführen, sondern noch weiter verstärken. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wir haben auch ein differenziertes Verhältnis zu den einzelnen Abgeordneten der anderen Fraktionen. Das ist kein Geheimnis. Ich unterstelle dem Klubobmann der Sozialistischen Partei Weisz ohne weiteres, daß er sich ständig bemüht, ein seriöser Gesprächspartner zu sein. Wie schwer er es hat, haben wir vor kurzer Zeit erlebt, als der echte Klubobmann dem geschäftsführenden Klubobmann durch einen einzigen Zwischenruf Schwierigkeiten machte, die überhaupt nicht notwendig wären. Ich möchte also auch wieder dem geschäftsführenden Klubobmann Weisz unterstellen, daß er vielleicht sogar selbst daran glaubt, wie er gesagt hat, das Ziel dieses Budgets wäre es, Gerechtigkeit

bei der Lastenverteilung durchzuführen, und ich unterstelle ihm, daß er das Landwirtschaftsbudget überhaupt nicht lesen konnte, weil er eben zuviel zu tun hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn er dann gesagt hat, das Ziel dieses Budgets wäre die Verbesserung der gesellschaftlichen Situation aller Menschen in Österreich, so konzedere ich ihm, daß er wieder nicht Zeit gehabt hat, den Sozialteil dieses Budgets zu lesen, denn dort würde er eine himmelschreiende Diskrepanz von Ungerechtigkeit gerade den landwirtschaftlichen Zuschußrentnern gegenüber feststellen. Ich komme dann im einzelnen noch darauf zurück.

Und etwas möchte ich ebenfalls noch, beziehend auf Ihre Ausführungen, Herr Klubobmann, von Anfang an hier klar aussprechen: In der Wirtschaftspolitik geht es nicht mit Schwarz-weiß-Argumenten. Das Argument, ein Defizit wäre ohnedies schon hoch, man könnte deshalb Einzelpositionen nicht mehr erhöhen, weil sonst das Defizit noch höher würde, ist einfach einseitig und durch diese Einseitigkeit falsch. Dafür möchte ich Ihnen sofort einen Beweis bringen. Es gibt — und das ist eine Binsenweisheit — Budgetpositionen, die durch ihr Vorhandensein zwar eine Ausgabe darstellen, die sich aber innerhalb eines Jahres tausendprozentig und vielleicht mehr verzinsen. Als ein schlagendes Beispiel dafür möchte ich anführen, daß die minimalen Erfordernisse des Ausfuhrförderungsgesetzes ein Vielfaches von dem, was sie erfordern, in Form von Positivwirkungen und Umwegrentabilitäten nachher dem Finanzminister bringen. So einfach geht das nicht, daß man das Argument, man könne keine Defiziterhöhungen mehr zulassen, nur deshalb bringt, weil man die gesamten Nebenauswirkungen von einzelnen Positionen schamhaft unter den Tisch fallen läßt. Um es noch einmal zu sagen: So einfach ist die Wirtschaftspolitik nicht, und ich bin überzeugt, daß gerade Sie als alter Gewerkschafter das sehr genau wissen. (*Ruf bei der SPÖ: Was heißt alt? — Ruf bei der ÖVP: Er wird schon alt!*) Ich wollte sagen „erfahrener“, aber da er keine Dame ist, haben ich mir gedacht, man könnte auch „alter Gewerkschafter“ sagen.

Vor ungefähr einer Woche hat es ein interessantes Zitat in einer großen, angesehenen Tageszeitung Österreichs gegeben, das ein Interview mit dem Olscheich von Kuwait im einzelnen dargestellt hat. Dieser Olscheich hat dem Interviewer gesagt: Heute können wir „den Preis bestimmen“ und heute können wir „den Aufstieg oder Fall der Industriestaaten kontrollieren“. Und an einer anderen Stelle: „Ohne unser Öl“, sagte der kuweitische

Minkowitsch

Scheid, „kann Amerika nicht mehr wachsen . . ., nur noch fallen“.

Meine Damen und Herren! Diese Aussage sollte doch über die Fraktionen hinaus allgemein zum Nachdenken anregen. Was nämlich für das Öl stimmt, stimmt mit unerbittlicher Härte mindestens genauso gut für die Nahrungsmittelversorgung. Einen Winter hindurch frieren ist zwar sehr unangenehm, und wir werden es in Österreich hoffentlich nicht erleben müssen, denn wir haben ja Gott sei Dank noch genügend Holzvorrat; einen Winter hindurch zu frieren, ist also zwar unangenehm, aber noch aushaltbar. Einen Winter hindurch zu hungern, ist keinem Menschen möglich. Deshalb glaube ich, daß das Wissen, daß für die arbeitsteilige moderne Industriegesellschaft mit ihrer Krisenempfindlichkeit als zwingendes Gebot staatlicher Selbsterhaltung eine Bevorratung durchgeführt werden muß in einem Staat, uns auch die Einstellung — ich sage es noch einmal: bei allen Fraktionen! — gegenüber der österreichischen Land- und Forstwirtschaft überdenken lassen will. Ich bin überzeugt davon, daß die sicherste, die gesündeste und die billigste Nahrungsmittelbevorratung die Erhaltung der Produktionskraft der österreichischen Landwirtschaft ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn man außerdem die Nahrungsmittelsituation auf den Weltmärkten in Betracht zieht und wenn man daran denkt, daß auch im heurigen Jahr nach Berichten internationaler Organisationen wieder Hunderte von Millionen Menschen entweder direkt oder indirekt an den Folgen des Hungers zugrunde gehen werden, wird das, was ich vorher gesagt habe, nur um so eindringlicher zum Nachdenken anregen.

Durch die Marktordnungsgesetzgebung und durch die sozialgebundenen Preise der österreichischen Land- und Forstwirtschaft sind wir — das ist allgemein bekannt — sehr budgetabhängig. Das Budget 1974 für Land- und Forstwirtschaft, Herr Bundesminister für Finanzen, empfinden wir als ein echtes Aushungerungsbudget, um das in aller Deutlichkeit hier festzuhalten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wenn zum Beispiel die Staatsausgaben für die Förderung, insgesamt gesehen, um 16 Prozent wachsen dürfen, man auf dem landwirtschaftlichen Sektor nicht einmal den Status von 1973 einhält, sondern noch Absenkungen in der Größenordnung von -zig Millionen in diesem Budget drinnen hat, dann hat der Terminus „Aushungerungsbudget“ seine volle Berechtigung. *(Erneute Zustimmung bei der ÖVP.)*

Im Grünen Bericht der Bundesregierung für 1972 wird ausdrücklich von der „Sozialfunktion des Agrarsektors“ gesprochen, der eine entscheidende Bedeutung zur Hebung der Lebensqualität hat. Die Bundesregierung drückt damit selbst aus, daß ohne einen gesunden ländlichen Raum Gefahr besteht für Sauerstoff, Wasser, Energie, gesunde Freizeit, Erholung und den Fremdenverkehr. Warum handelt sie denn dann nicht danach? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Denn das Agrarbudget beweist uns leider das Gegenteil. Ich möchte hier in aller Deutlichkeit eines feststellen: Einen Bergbauern, der einmal von seinem Hof heruntergezogen ist, den können Sie mit noch so großen Versprechungen nicht mehr auf diesen Hof hinaufbringen. Eine aufgeforstete Grenzertragslage ist weder als Viehweide noch als Skipiste mehr verwendbar. Die Einfamilienhäuser mit ihren Gärten, die Industrien, Schulen, Straßen, Kraftwerke, Sportplätze, Wohnblocks und so weiter, alles braucht Boden. Und auch in der größten Not, in der größten Nahrungsmittelnot, kann dieser Boden für die Erzeugung von Nahrungsmitteln nicht mehr herangezogen werden. Deshalb ist es ja leider eine feststehende Tatsache, daß Fehler, die in der Agrarpolitik gemacht werden, irreversibel sind und daß man deshalb alle Maßnahmen, die auf diesem Sektor gesetzt werden, sehr genau überlegen muß.

Vernünftige wirtschaftliche Überlegungen, Herr Finanzminister, scheinen bei diesem Agrarbudget 1974 nicht Pate gestanden zu sein, höchstens politische Überlegungen, von denen ich aber annehme, daß sie kurzsichtig und falsch waren. Wenn man Menschen nämlich einen Beruf verleiden will nur deshalb, weil sie in geheimen Wahlen so gar nicht SPÖ wählen wollen, dann haben Sie, meine Herren von der SPÖ, alle miteinander dazu kein Recht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben auch keinen Wählerauftrag dazu. Und wenn ich an den alten Vizekanzler Pittermann Ihrer Fraktion denke, würde er jetzt hier fortsetzen und sagen, wie er es nach 1968 gesagt hat: Sie haben dazu nicht einmal mehr die Mehrheit des österreichischen Volkes hinter sich.

Ich habe gesagt, daß diese politischen Überlegungen kurzsichtig und nach meiner Auffassung falsch sind, denn dieses offenkundig ungerechte Fehlverhalten der derzeitigen Bundesregierung gegenüber den österreichischen Bauern hat wie ein Augenöffner auf andere Berufe gewirkt und hat das kritische Bewußtsein in Österreich gegen die

Minkowitsch

Sozialistische Partei zuerst geweckt und nachher verstärkt, wie auch die letzten Wahlergebnisse in Oberösterreich deutlich zeigten.

Herr Finanzminister! Es ist einfach zu brutal, wenn in monatelangen, etwa 20 Verhandlungen, die wir größtenteils — sehr oft waren wir hier zusammengespannt — gemeinsam geführt haben, teilweise Schadensabgeltungen erreicht werden konnten und wenn man dann hergeht und einfach Beamtengehälter aus dem Ordinarium des Landwirtschaftsressorts in den Grünen Plan hineintransferiert, so wie das beim Beratungswesen geschehen ist. Was soll man da noch vom Sinn solcher Verhandlungen halten? Vielleicht haben Sie diese Auswirkung selbst gar nicht in diesem Ausmaß im Auge gehabt.

Man komme uns bitte nicht mit der angespannten Budgetlage, denn diese angespannte Budgetlage gilt entweder für alle oder für niemanden. Wenn man nämlich in der Lage ist, ohne weiteres für etwa 70.000 Eisenbahner nicht die Gehaltsregulierungen, die im Bundesdienst überall zustehen, vorzunehmen, sondern, wie man aus Ihrer Budgetrede entnehmen konnte, für das Jahr 1974 allein für neue Zulagen 553 Millionen Schilling vorzusehen, dann müßte auch für den Agrarsektor bei einem gerechten Einstufen mehr möglich gewesen sein.

Ich bin der Meinung, daß Sie sich auch in einer anderen Richtung ganz einfach verkalkuliert haben. Der Bauer spürt zwar eine Krise zuerst — ich spreche das hier unumwunden aus —, er geht aber als letzter daran zugrunde. Der Bauer kennt nämlich noch das „den Gürtel enger schnallen“ und „sich über harte Situationen drüberfretten“, was manchen anderen Berufsständen in Österreich schon nicht mehr ganz so geläufig ist. Wir werden darauf mit Investitionsdrosselungen antworten, mit noch mehr selbst durchgeführten Reparaturen, mit unsichtbaren Anleihen bei der Bodenqualität, mit einem Wirtschaften auf Kosten von Reserven und werden noch fleißiger und noch mehr arbeiten als bisher, aber ich darf Ihnen eines versichern: Wir haben ein sehr gutes Gedächtnis, und es würde das bestimmt nicht innerhalb von wenigen Monaten wieder vergessen sein! Druck erzeugt doch immer nur Gegendruck, und ich glaube, daß wir uns in der österreichischen Innenpolitik von dieser Art des Politikmachens in unser aller Interesse doch weitestgehend entfernen sollten.

Die Politik des Brotkorb-höher-Hängens für die Bauern — ich fasse das noch einmal zusammen — ist nach meiner Meinung wirklich kurzsichtig und nur falsch. Sie hat jedenfalls eines bewirkt: daß eine Unzahl unserer auch

ruhigsten Menschen zu aktiven Aposteln dafür geworden sind, daß das teure Experiment einer sozialistischen Alleinregierung ein für allemal möglichst bald zu Ende gehen möge. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe schon eingangs erwähnt, daß für das neutrale Österreich, für die arbeitsteilige Industriegesellschaft, in der wir leben, die Importabhängigkeit etwas ist, was uns zu einer gesunden Vorratshaltung zwingt, wenn wir nicht die Neutralität de facto bald einmal verlieren wollen. Ich habe weiter gesagt, daß die sicherste Lebensmittelbevorratung die Erhaltung der Produktionskraft der österreichischen Land- und Forstwirtschaft ist. Diese Produktionskraft der österreichischen Land- und Forstwirtschaft aber wird nach meiner Meinung in einem unverantwortlichen Ausmaß geschmälert, wenn pro Jahr etwa 30.000 Menschen, wie das im Schnitt der letzten drei Jahre jeweils der Fall gewesen ist, aus diesem Beruf abwandern.

30.000 Menschen pro Jahr! Wissen Sie, was das bedeutet? Ich habe Verständnis dafür, wenn Gewerkschafter in diesem Haus dafür kämpfen, daß man in einer gewissen Region Arbeitsplätze erhält. Aber diese Leute müssen nicht nur ihren Arbeitsplatz, müssen nicht nur ihre Wohnung verlassen, sondern auch in die Ferne ziehen, und ich glaube, daß das auch von der rein menschlichen Seite, nicht nur von der wirtschaftlichen her, sehr präzise überlegt werden müßte.

Noch eines möchte ich hier zu bedenken geben: Man kann gewisse Prozesse auch schleifen lassen, aber überall in der Wirtschaft, auch in der Landwirtschaft, könnte es zu einem wirtschaftlichen und auch zu einem psychologischen Kippunkt kommen, von dem ab dann sich eine Eigengesetzlichkeit entwickelt, die man kaum mehr lenkend beeinflussen kann. Es ist das ähnlich wie mit einem See, den man jahrelang, vielleicht auch jahrzehntelang verunreinigen kann und der dann plötzlich die Reaktion der Rotalge setzt, wo man nachher vor der Katastrophe steht und die Beseitigung dieser Schäden ein Vielfaches von dem kostet, was man vorher mit rechtzeitig gesetzten Maßnahmen hätte billig abwenden können.

Der Grund für diese hohe Abwanderungsquote ist zweifelsohne auch in der Einkommensentwicklung und in der Art des Einkommens der österreichischen Land- und Forstwirtschaft zu sehen. Und hier möchte ich eines festhalten: Ohne das Funktionieren der politischen Repräsentanz, zu 85 Prozent der österreichischen Bauernschaft im Bauernbund der Österreichischen Volkspartei, ohne das Funktionieren der berufsständischen Ver-

Minkowitsch

tretung der Präsidentenkonferenz und der Landes-Landwirtschaftskammern und ohne das Funktionieren des Genossenschaftswesens als unser wirtschaftliches Rückgrat wäre nicht einmal der jetzige bescheidene Lebensstandard erreichbar gewesen, denn das, was wir haben, haben wir nicht dank, sondern trotz Kreisky! (Beifall bei der ÖVP.)

Es wurde schon vorher von einem der Vordrner dargelegt, daß man seriöserweise nur Gleiches mit Gleichem vergleichen soll. Wenn in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit gerne auch gewisse Einkommensvergleiche mit der österreichischen Landwirtschaft angestellt worden sind, möchte ich dazu folgendes festhalten: Die Einkommensangabe allein ist falsch. Ich muß, wenn ich halbwegs Anspruch auf Seriosität erheben will, gleichzeitig die Arbeitszeit mitvergleichen. Ich stelle hier fest, daß man in der österreichischen Land- und Forstwirtschaft pro Woche 57,8 Stunden arbeitet, während viele andere Berufe merklich weniger arbeiten. Man muß gleichzeitig die Arbeitsintensität mitvergleichen; denn Anwesenheitsdienste, die honoriert werden, gibt es in der Landwirtschaft nämlich keine, während ich sehr wohl Berufe kenne, wo man für das bloße Anwesendsein, auch wenn nichts anfällt, sogar seine Nachtdienstzulage, seine Feiertagszulage kriegt, obwohl man Gott sei Dank nicht hat aufstehen müssen.

Man muß auch den Arbeitsgefahrenvergleich durchführen, meine Damen und Herren! Ist Ihnen geläufig, daß in der österreichischen Land- und Forstwirtschaft pro Jahr rund 35.000 Arbeitsunfälle zu registrieren sind, daß wir damit in die Höchstunfallsquote aller Berufe in Österreich einzureihen sind? Ist Ihnen geläufig, daß von diesen 35.000 Arbeitsunfällen 13.000 Unfälle von Frauen zu registrieren sind und daß von diesen 13.000 Unfällen nur 1000 Unfälle von Frauen innerhalb des Hauses, 12.000 also in den Betrieben draußen, stattfinden?

Wenn man das Einkommen der Landwirtschaft richtig taxieren will, muß man auch den Freizeitvergleich anstellen. Wie viele junge Menschen sind denn noch bereit, Samstag, Sonntag, Feiertag und ohne drei oder vier Wochen Urlaub überhaupt einen Beruf auszuüben? Man muß, wenn man seriös sein will, auch die Alterssicherungen und auch das Besteuerungssystem mit ins Kalkül ziehen.

Zu diesem Besteuerungssystem hier ebenfalls ein offenes Wort. Ich glaube, daß der Arbeiterkammertag dem Finanzminister keinen guten Rat gegeben hat, als er vorgeschlagen hat, er möge doch das Pauschalierungssystem in der Landwirtschaft aufheben, denn die Landwirtschaft bezahle ganz einfach

zu wenig Steuern. Daß das die Ursache darin haben könnte, daß die landwirtschaftlichen Einkommen so gering sind und daß daraus die geringe Steuerleistung resultiert, scheint manchen Menschen mit sicherem Einkommen überhaupt nicht mehr in den Kopf zu gehen!

Ich habe jedenfalls noch nie gehört, daß die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern gesagt hätte, die Arbeiter mögen ihre Lohnsteuer selbst berechnen und selbst abführen. Ich muß das als einen echt unüberlegten und äußerst unfreundlichen Akt des Arbeiterkammertages hier qualifizieren.

Es heißt sehr richtig, daß man über Zahlen trefflich streiten könnte, und deshalb habe ich bisher verhältnismäßig sehr wenig Zahlen hier gebracht, aber glauben Sie nicht, meine Damen und Herren, daß gerade die Zahl der aus einem Beruf pro Jahr Abwandernden eine äußerst gewichtige Zahl ist, und daß man Zahlen gewichten muß, ist uns in der Politik doch allen klar?! Wollen wir doch nicht erst ein schwedisches Beispiel hier heraufbeschwören, das uns doch allen nur als bittere Warnung dienen sollte, wo man es durch eine falsche Agrarpreispolitik zuwege gebracht hat, daß weite Landstriche veröden und man nachher mit Plakaten, mit Lockangeboten versuchen mußte, wieder Bauern zu finden, die hinausgehen, die aber meistens auch nicht mehr dazu bereit sind und lieber das Arbeitslosenheer in den schwedischen Städten verstärken.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie noch auf etwas aufmerksam machen; ich glaube, daß alle, die guten Willens sind, ihr Scherflein beitragen könnten, damit sich dieser Zustand ändert: Wenn man vom Milliardenfazit der Österreichischen Bundesbahn spricht, dann wird das als eine Lastenabgeltung klassifiziert. Als seinerzeit — und ich sage es gleich vom Anfang an dazu — richtigerweise die Verstärkung der Aspangbahn mit einem Aufwand von rund 150 Millionen Schilling durch Bund, Land und das Werk selbst ins Auge gefaßt wurde, damit man die schweren Generatoren weiter in Weiz erzeugen und sie per Bahn dann bis zum Schiff transportieren kann, weil der Straßentransport nicht zulässig ist, dann hieß das Arbeitsplatzsicherung im Zuge eines Regionalkonzepts. Wenn zuerst Haftungsübernahmen durch den Bund, nachher die Übernahme der Gläubigerschaft durch den Bund und schließlich die Erlassung der Schulden durch den Bund bei einzelnen Firmen durchgeführt werden, dann heißt das Betriebsanierung. Wenn für die Exportförderung der Landwirtschaft

Minkowitsch

Mittel bereitgestellt werden, dann heißt das Agrarsubvention! Haben Sie nicht auch das Gefühl, daß diese verschiezungenzünge Terminologie nicht nur ungerecht und verletzend ist, sondern daß das unsere Leute echt als eine Gemeinheit empfinden müssen? (Beifall bei der ÖVP.)

Wir sind nicht die Typen, die normalerweise auf die Leistungen des eigenen Berufsstandes oft genug hinweisen. Vielleicht ist das sogar einer unserer größten Fehler, daß wir das, was wir können, und das, was wir leisten, zu wenig herausstellen. Aber wissen Sie eigentlich, meine Damen und Herren, daß die US-Truppen in Europa noch immer weitgehend mit österreichischer Milch versorgt werden? Wissen Sie, daß der Vatikan einschließlich des Papstes österreichische Butter isst; daß die USA der Hauptabnehmer für österreichischen Emmentaler sind, weil er bei internationalen Konkurrenzen, beim Käsekosten, bestens abgeschnitten hat? Wissen Sie, daß die Italiener Rindfleisch und Tiere — lebend oder in Form von Fleisch — pro Jahr im Werte von weit über 1 Milliarde Schilling aus Österreich kaufen? Wissen Sie, daß über 30 Staaten die hohe Qualität des österreichischen Zuchtviehs nicht nur schätzen, sondern das Zuchtvieh auch kaufen? Und wissen Sie, daß die österreichische Zuckerrübe im Jahr 1972 die einsame Qualitätsspitze der ganzen Welt innehatte? Auf der ganzen Welt hat es nicht annähernd gleiches in der Qualitätsstufe gegeben!

Wissen Sie, daß wir in der Qualitätsspitzen-gruppe der ganzen Welt rangieren, was den Weizen anbelangt, den wir hier in Österreich erzeugen? Wissen Sie, daß man diesen Weizen selbstverständlich jetzt um 3,50 S — mit 1 S Gewinn — auch in das Ausland verkaufen könnte, daß aber die Ernährungssicherung und die gesamte Marktordnungsgesetzgebung — und ich bekenne mich ausdrücklich dazu — eine derartige Vorgangsweise nicht zulassen?

Meine Damen und Herren! Es ist nicht so, daß man hier irgend jemandem, der das nicht verdienen würde, eine Budgetpost zukommen läßt, sondern ich glaube, daß wir ein Recht darauf haben, daß man uns genauso gerecht behandelt wie andere Berufsstände. Diese Leistungen sind nach meiner festen Überzeugung auf der einen Seite durch den Fleiß und auf der anderen Seite durch die Fortschrittsfreude und Tüchtigkeit der österreichischen Bauernfamilien möglich gemacht worden. Diese Tüchtigkeit hatte eine ihrer Wurzeln in der sinnvollen und fruchtbaren Einheit von Forschung, Lehre und Beratung im Landwirtschaftsressort, die es jeweils ermöglicht hat, daß die letzten Erkenntnisse auf dem wissenschaftlichen Sek-

tor sofort in die Praxis hineingetragen worden sind. Gerade diese Budgetdebatte sollte auch Anlaß sein, unseren Wissenschaftlern, Lehrern und Beratern für diese Tätigkeit von hier aus unseren aufrichtigen Dank auszusprechen. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber auch das hat der SPO nicht gefaßt, sie hat ein Kompetenzgesetz beschlossen, womit diese Einheit zerschlagen wurde und auf Grund dessen wir jetzt die Zuständigkeiten im Sozialressort, im Unterrichtsressort und — was das Bauen anbelangt — nur mehr im Landwirtschaftsressort wieder finden.

Dieser Berufsstand, meine Damen und Herren, glaube ich, hat durch seine Leistungen für die Allgemeinheit einen Anspruch darauf, daß auch sein Altrentenproblem einer Lösung zugeführt wird. Und gerade im Hinblick auf die heutige Fragestunde sehe ich mich zu folgender Aussage veranlaßt: Nicht die Theorie eines Sozialministers wiegt, sondern die Realität allein zählt und ist zu wiegen. Und diese Realität schaut folgendermaßen aus: daß echte Not, verschämte und stille Armut in unserem Land bei den alten kleinen Selbständigen und vor allem bei den bäuerlichen Zuschußrentnern zu finden sind.

Meine Damen und Herren! Jahrhundertlang war der Bauernhof in der Lage, Heimat und Existenzgrundlage einer Mehr- generationenfamilie zu sein, und die alternden Menschen haben durch ihr Ausgedinge Sicherheit durch die Produktionskraft des Hofes gehabt.

Die Entwicklung der Industriegesellschaft und der Sozialpolitik ist auch an der Land- und Forstwirtschaft nicht spurlos vorübergegangen. Deshalb haben wir im Jahr 1969 einen Systemwechsel vollzogen, in dem wir ebenfalls auf ein Beitrags-, Staatszuschuß- und Leistungssystem umgestiegen sind.

Die bittere Realität ist jetzt die, daß die jungen Wirtschaftler, deren Eltern Zuschußrentner sind, auf der einen Seite mit der Beitragssituation in ihrer vollen Höhe konfrontiert sind und gleichzeitig das alte Beitrags-system des Ausgedinges weiterleisten müssen, wozu sie wirtschaftlich ganz einfach nicht in der Lage sind.

Wenn der Herr Sozialminister gerade vorhin wieder gesagt hat, daß ja hier ein Ausgedinge zu leisten wäre, dann ergibt sich ja eben die Diskrepanz, daß dieses an sich zustehende, vertraglich abgesicherte Ausgedinge tatsächlich nicht mehr geleistet werden kann, weil das, was für den Sozialsektor übrigbleibt, an Beiträgen zur Sozialversicherung zu leisten ist.

Minkowitsch

Daher glaube ich, daß dieses Problem in unser aller Interesse im Jahre 1974 schrittweise einer Lösung zugeführt werden muß. Daher, wenn der Herr Sozialminister heute hier Gespräche angekündigt hat, möchte ich versichern, daß wir sie unsererseits mit größter Seriosität und Intensität führen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Bei Ausgabensteigerungen des Gesamtbudgets einschließlich der Stabilisierungsquote im Ausmaß von 18 Prozent — ich weiß ja nicht, ob man noch beim Titel „Stabilisierungsquote“ bleibt oder ob das in der Zwischenzeit eventuell schon in „Verschleierungsquote“ umgetauft worden ist —, bei 13 Prozent prognostizierten nominellen Wirtschaftswachstums gibt es nur eine einzige Sicherheit in diesem Budget, nämlich daß dieses Budget die Gefahr eines weiteren Inflationsherdes abgibt.

Bei einer 16prozentigen Steigerung der Förderungsausgaben des Bundes gleichzeitig die landwirtschaftliche Förderung gegenüber 1973 trotz der Inflationsrate noch abzubauen, wird von uns — ich möchte daran gar keinen Zweifel lassen — als politisch unklug, als ungerechtfertigt und falsch unseren Berufskollegen gegenüber empfunden. Wir Bauern haben ein gutes Gedächtnis, und vielleicht kommt der Zahltag für die SPÖ früher, als ihr recht ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Tull. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Tull (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Bei der grundsätzlichen Stellungnahme des Klubobmannes der Österreichischen Volkspartei, des Herrn Professor Dr. Koren, zum Budget 1974 gewann man als aufmerksamer Zuhörer den Eindruck, daß Koren . . . *(Abg. H i e t l: Sie haben gelesen dabei!)* Ich habe nicht gelesen, sondern ich habe mir Unterlagen zurechtgelegt, die ich brauche, um verschiedenes, was heute hier mit dem Versuch, vielleicht da und dort bei der Verneblung der Bevölkerung Erfolg zu haben, in den Raum gestellt wurde, widerlegen zu können.

Man gewann jedenfalls den Eindruck, daß Professor Koren einfach nicht aus seiner Haut kann. Er ist seinem Ruf, den er nun schon seit 1970, seitdem Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, auf den Oppositionsbänken sitzen, hat, treu geblieben: düstere Prophezeiungen, Schwarzmalerei und die Heraufbeschwörung einer Weltuntergangsstimmung.

Dabei hat Professor Dr. Koren, wie ich glaube, heute eine geradezu einzigartige Gelegenheit und Möglichkeit versäumt. Er hätte nämlich eine Sternstunde in diesem Parlament erleben können, hätte er . . . *(Abg. Graf: Wenn er Ihre Rede angehört hätte!)* Nein, Herr Kollege Graf, sondern wenn er das beherrzt hätte, was Professor Horst Knapp gestern Ihnen ins Stammbuch geschrieben hat, und zwar in seinem Leitartikel mit folgenden Ausführungen: Wenn man schon von einem Inflationsbudget redet, so möge man doch auch den Mut aufbringen aufzuzeigen, wo Einsparungen und wo Streichungen wirkungsvoll vorgenommen werden können.

Meine Damen und Herren! Unsere Redner, sowohl der Herr Finanzminister als auch unser Klubobmann, haben mit aller Deutlichkeit klargestellt, daß unseres Erachtens der weitestgehenden Stabilisierung in diesem Budget unbedingt der Vorrang einzuräumen ist. Wir alle müssen gemeinsame Anstrengungen unternehmen, damit die Inflationsrate, die uns allen sicherlich viele Sorgen bereitet und über die wir uns ernste Gedanken machen, auf ein erträgliches Ausmaß zurückgeführt werden kann.

Wir haben wiederholt erklärt, daß sich hier alle Kreise in den Dienst dieser Aufgabe stellen müssen. *(Abg. Dr. M u s s i l: Auch die Regierung!)* Wir verstehen es daher nicht, wenn nun angesichts des Umstandes, daß der Herr Finanzminister, um eben ein entsprechendes Instrumentarium zu schaffen, im gegebenen Zeitpunkt effiziente Maßnahmen in die Wege leiten und setzen zu können, eine Dreiteilung im Budget vorgenommen hat und eine Stabilisierungsquote fixierte, all das gestern in Ihrem Parteiorgan „Volksblatt“ schlicht und einfach als Trick, als Dreh, als Erpressungsinstrument hingestellt wird. So wurde beispielsweise kühn und fast kalt-schnäuzig, ohne daß man den Beweis dafür auch nur im geringsten antreten wollte, behauptet, daß diese Stabilisierungsquote des Finanzministers nichts anderes als ein wahl-taktisches Instrument darstelle, ausgerichtet auf die im kommenden Jahr stattfindenden Landtagswahlen.

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang muß jetzt doch einmal die Gretchenfrage gestellt werden: Sind Sie nun für die Stabilisierung, sind Sie der Überzeugung, daß wir hier alle mittun müssen, daß gemeinsam, entsprechend dem Leistungsvermögen jedes einzelnen, Opfer gebracht werden müssen, oder sind Sie dagegen? So geht es nicht — das habe ich Ihnen schon einmal gesagt —: Stabilisierung ja, aber mit

Dr. Tull

Augenzwinkern. Stabilisierung darf nicht wehtun, Stabilisierung nur dort und nur so weit, wie es Ihren Vorstellungen und Wünschen entspricht!

Meine Damen und Herren! Im Zuge dieser Auseinandersetzung, die uns nun bevorsteht, werden wir Gelegenheit haben, dieses Budget sehr eingehend einer Durchleuchtung und Behandlung zu unterziehen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)* Herr Generalsekretär Dr. Mussil, wir sehen mit Interesse Ihren Wünschen, Vorstellungen und Alternativen entgegen. Wir hoffen, daß Sie uns aufzeigen werden, was besser gemacht werden kann. *(Abg. Dr. Mussil: Wir werden die Regierung übernehmen!)* Nein! Nein! Erinnern Sie sich noch, meine Damen und Herren, an Ihre Zeit, als Sie die Regierung gestellt haben, an die Zeit, als sich Herr Dr. Withalm hierher gestellt und gesagt hat: Legen Sie konkrete Vorschläge vor! Zeigen Sie auf, was besser gemacht werden muß! *(Abg. Dr. Gruber: Was haben Sie getan? Nichts haben Sie getan!)* Wir haben damals sehr konkrete Vorschläge entwickelt, wir haben entsprechende Alternativen aufgezeigt, Möglichkeiten aufgezeigt, die besser gewesen wären, die zielführender gewirkt hätten, um jene Schwierigkeiten zu vermeiden, die in der Zeit von 1966 bis 1969 in Österreich gegeben waren. *(Abg. Dr. Gruber: Keine Zeile haben Sie vorgelegt!)*

Meine Damen und Herren! Sie haben jetzt eine zweitägige Kur in Badgastein, so hoffe ich, mit halbwegs gutem Erfolg absolviert. Ob Sie allerdings nun das vielgepriesene Wundermittel wirklich gefunden haben, nämlich das Wundermittel, um Sie aus Ihrer Sackgasse herauszuführen, in die Sie sich mit Ihrem ewigen Neinsagen selbst hineinbewegt haben, das wird erst die Zukunft weisen, das werden wir im Laufe der nächsten Wochen und Monate hier im Nationalrat erleben.

Sie glauben, nunmehr durch eine differenzierte Konfrontation den Weg aus dem Schmollwinkel, in den Sie sich begeben haben, herausfinden zu können und sich von dem Odium — das Sie sich selbst umgehängt haben, diese Etikette haben Sie sich selbst verpaßt, meine Damen und Herren — des ewigen Nörgelns und Neinsagens befreien zu können.

Meine Damen und Herren! Das schwer rampionierte Bundesparteischiff der Österreichischen Volkspartei ist also auf der Suche nach einem neuen Kurs. Sie suchen einen neuen Kurs, um der Öffentlichkeit den Eindruck einer friktionsfreien Partei zu vermitteln, und Sie stellen deswegen nunmehr den

Säbel in die Ecke und greifen zum Florett, in der Annahme, daß Ihnen das Florett mehr Glück bescheren wird als der Säbel. *(Abg. Ofenböck: Über das Budget haben Sie nichts zu sagen?)*

Es ist nicht unsere Sorge, meine Damen und Herren, ob Sie nun flexible Florettfechter werden, das wird ja jedenfalls die nächste Zeit zeigen. Es ist, meine Damen und Herren, auch nicht unsere Aufgabe diese Suche nach einem neuen Weg der differenzierten Konfrontation zu prüfen — oder wie Konkurrenz-Firmenchef Schleinzer seinen Klubkollegen Koren korrigiert hat, indem er sagte: Wir suchen eine sorgfältig differenzierte Konfrontation —, es ist nicht unsere Sorge, nun zu überprüfen, ob das, was Sie tun, Ausdruck und Eingeständnis Ihres bisher verfehlten Verhaltens ist und Sie eventuell damit eingestehen wollen, daß Sie bisher falsch programmiert waren, falsch programmiert waren bei der Frage, als die Freifahrten für die Schüler eingeführt wurden, als die Gratisschulbücher fixiert wurden, als verschiedene Verbesserungen für die arbeitenden Menschen in diesem Staate durchgesetzt werden konnten und Sie sehr, sehr lange oft bemüht gewesen sind, das eine oder das andere zu verhindern, indem Sie auf die Bremse gestiegen sind.

Meine Damen und Herren! Wir wissen nicht, ob Sie wirklich die Kraft besitzen, über Ihren eigenen Schatten zu springen und den Geist des Konservatismus einfach über Bord zu werfen. Eines jedenfalls steht fest: Sie werden nunmehr auf den Prüfstand gesetzt werden, und wir werden sehen, wie diese Konfrontation, diese Differenzierung ausfällt. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)*

Nun gleich einige konkrete Vorschläge, Herr Kollege Dr. Blenk. Ich sehe ein, daß es der Österreichischen Volkspartei nicht zuzumuten wäre, dem ganzen Budget zuzustimmen. Das leuchtet uns ein. Aber wie wäre es beispielsweise, wenn Sie sich die einzelnen Schwerpunkte ansehen würden, um sich vielleicht doch zu überlegen, daß man dem oder jenem zustimmen kann?

Vor mir stand Herr Abgeordneter Minikowitsch am Rednerpult. Er hat über die Probleme der Landwirtschaft gesprochen. Der Weltspartag des heurigen Jahres hat mit einem Supererfolg geendet; bei den Sparkassen sind die Einlagen um 17,2 Prozent gestiegen, auf dem Bankensektor um 18,3 Prozent, und die Raiffeisenkassen — und das ist das entscheidende, meine Damen und Herren *(Abg. Ing. Hofstetter: Das sind die Nurbauernkassen!)*, die Raiffeisenkassen sind nicht nur Bauernkassen, doch zum überwiegenden

Dr. Tull

den Teil betreuen sie den ländlichen Raum — haben immerhin ... (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Sie stellen das in Abrede. Gut. Dann werde ich Sie nunmehr mit anderen Zahlen konfrontieren, um Sie einzuladen, sich doch zu überlegen, beispielsweise einzugestehen, daß die sozialistische Regierung auf dem Agrarsektor im Laufe der letzten Jahre große Erfolge zu verzeichnen gehabt hat. (*Ruf bei der ÖVP: Wo sind sie denn? — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Es wird hier von Aushungern gesprochen. Meine Damen und Herren! Es erfüllt uns mit ausgesprochener Genugtuung, daß es den Bauern heute — und das werde ich Ihnen nunmehr aufzeigen — wesentlich besser geht — dank Kreisky — als seinerzeit unter der Regierung Klaus dank Klaus, dank dem damaligen Landwirtschaftsminister Dr. Schleinzer. (*Abg. Doktor Gruber: Sagen Sie das auch den Bauern?*)

Meine Damen und Herren! Wir kennen die Qualität der österreichischen landwirtschaftlichen Produkte und wir würdigen ... (*Abg. Dr. Gruber: Sagen Sie das auch draußen bei den Bauern?*) O ja. Was ich jetzt sage, das kann ich überall beweisen, weil das handfeste Zahlen sind, die man nicht wegdebattieren kann, Herr Kollege Dr. Gruber! (*Abg. Doktor Gruber: Sagen Sie das den Bauern!*) Nur Sie verschweigen sie, weil Sie nicht die Möglichkeit haben, aus oppositionspolitischen Überlegungen ... (*Abg. Dr. Gruber: Die oberösterreichischen Bauern haben Ihnen das nicht geglaubt!*)

Sie haben die Möglichkeit, die Dinge auf den Kopf stellend, den Bauern zu sagen, was Sie wollen. Aber wenn man beispielsweise die Budgetzahlen 1970 mit denen von 1973 vergleicht, ergibt sich folgendes: 1970 4,9 Milliarden, 1973 7,7 Milliarden. Die Roheinnahmen bei der Milchproduktion sind 1972 gegenüber 1971 um 11 Prozent gestiegen, die Roheinnahmen bei den Schlachtrindern um 15 Prozent. Und der Zuchtrinderexport? — Es ist davon gesprochen worden, wie gut die Zuchtrinder sind dank der Tüchtigkeit und dem Fleiß der österreichischen Bauern, das bestätigen wir ihnen gerne, aber da muß man die volle Wahrheit sagen und darf nicht das verschweigen, was sie letzten Endes richtigerweise an Einnahmen zu erzielen vermochten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Aus dem Zuchtrinderexport haben sie einen Erlös von 340 Millionen mehr, bei den Zuckerrüben — auch davon ist gesprochen worden — haben sie einen Mehrerlös von 479 Millionen Schilling. Schade, daß der Herr Kollege Hietl nicht da ist, der immer das Wort für die

Weinbauern ergreift. Er wird mir bestätigen können, daß zum Beispiel die Roheinnahmen beim Wein um 640 Millionen Schilling gestiegen sind. Die Erlöse für Weizen (*Zwischenrufe bei der ÖVP*), Herr Kollege, ich komme dann weiter ... (*Abg. Ofenböck: Warum reden Sie nur von den Roheinnahmen? — Abg. Ing. Hofstetter: Nicht von den Roheinnahmen, von den Kosten reden Sie!*) Lassen Sie sich Zeit, Herr Kollege! Ich komme auch dazu, auch das werde ich Ihnen aufzeigen, Herr Kollege, Sie können unbesorgt sein. Sie werden nervös, weil nunmehr die österreichische Bevölkerung hören kann, daß es den Bauern heute wesentlich besser geht als in der Zeit, als die Österreichische Volkspartei für die Agrarpolitik die Verantwortung getragen hat. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Erlöse für Weizen stiegen in der SPÖ-Zeit um 4 Prozent, in der ÖVP-Zeit sind sie um 3 Prozent zurückgegangen.

Das Nettoeinkommen der Landwirtschaft stieg von 1966 bis 1969 um 16 Prozent, in zwei Jahren sozialistischer Regierung um 17 Prozent.

Das Betriebseinkommen stieg in der Zeit der ÖVP-Regierung jährlich um 5,4 Prozent, in den zwei Jahren sozialistischer Regierung jedes Jahr um 8,3 Prozent. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.*)

1970 und 1971 — Herr Kollege Dr. Mussil, das interessiert Sie wahrscheinlich auch als Vertreter der österreichischen gewerblichen Wirtschaft — konnten die Bauern ihren Privatverbrauch um 22,3 Prozent erhöhen. Das muß man doch auch zur Kenntnis nehmen und zu würdigen verstehen! Wir Sozialisten begrüßen es, daß es den Bauern um so viel besser geht, und wir fragen Sie daher: Warum ist es da nicht möglich, daß Sie beispielsweise diesem Kapitel Ihre Zustimmung geben?

Schauen wir uns einen anderen Schwerpunkt in diesem Budget an, und zwar das Kapitel Unterricht. Herr Kollege Dr. Gruber, jetzt kommen wir zu Ihrem Lieblingsgebiet: Das Kapitel Unterricht betreuen ja Sie innerhalb der Österreichischen Volkspartei, ich glaube, Sie sind sogar der Schattenminister für das Unterrichtsressort. Aber Sie werden noch lange im Schatten stehen müssen. Ich glaube kaum, daß Sie es erleben werden, je aus diesem Schatten heraustreten zu können. Aber es ist das Schicksal der Österreichischen Volkspartei in diesem Parlament.

Meine Damen und Herren! Wir haben auf dem Unterrichtssektor Erfolge erzielen können, wie sie in Jahrzehnten der Verantwortlichkeit durch die Österreichische Volks-

Dr. Tull

partei für dieses Ressort nicht erzielt werden konnten. Ich darf doch hier eines feststellen — nicht allzu viele Zahlen —: Schulbaumittel 1966 bis 1969 960 Millionen Schilling, 1970 bis 1973 2100 Millionen Schilling. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Mit diesen Mitteln ist damals mehr gebaut worden!*) Mehr gebaut worden? Ich danke Ihnen vielmals. Weil der Herr Kollege Dr. Gruber vorhin einen Zwischenruf bezüglich Oberösterreich gemacht hat, herzlichen Dank. Aber Sie haben ihm jetzt einen schlechten Dienst erwiesen. Er wird es Ihnen gerne bestätigen: In Oberösterreich sind nämlich seinerzeit zwei Höhere technische Lehranstalten errichtet worden, jetzt sind es bisher fünf und eine ist im Bau. Das ist die Tatsache, meine Damen und Herren. (*Abg. Offenböck: Das ist OVP-Planung!*)

Das ist eine moderne Schul- und Bildungspolitik, wie sie die Sozialisten in die Wege geleitet haben und konsequent fortsetzen werden. Wenn Sie für eine differenzierte Konfrontation sind, wenn Sie sich wirklich zu einem modernen Österreich bekennen wollen, wenn Sie wirklich für die Chancengleichheit im Bildungssektor eintreten, dann lade ich Sie ein: Stimmen Sie diesem Kapitel zu. Sie müssen nicht dem Kapitel X oder Y zustimmen, aber diesem Kapitel müßten Sie zustimmen, weil es so zukunftsorientiert und so positiv gestaltet ist.

Ähnlich verhält es sich letzten Endes auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung. Ich glaube sagen zu können, gerade auf diesem Gebiet ist trotz Ihrer Unkenrufe viel geschehen. Was haben Sie damals, als dieses Ministerium geschaffen worden ist, nicht alles behauptet: vergeudete Steuergelder, man brauche ein solches Ministerium nicht, es sei völlig unnötig! Sie haben sich getäuscht, Sie sind einer Fehleinschätzung unterlegen, Sie haben die gesellschaftliche Notwendigkeit dieses Ministeriums nicht erkannt. Aber darüber hinaus haben Sie offenbar die Qualitäten der Ressortleiterin, die Zähigkeit und die wirkliche Hingabe der Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung an diese wichtige Aufgabe völlig verkannt.

Die Entwicklung und die Erfolge seit 1970 beweisen die Richtigkeit des damaligen Beschlusses. Das Hochschulbudget ist von 1967 bis 1970 um 25 Prozent gestiegen, von 1970 bis 1973 um 61,7 Prozent.

Nun, meine Damen und Herren, frage ich Sie: Warum sind Sie nicht bereit, diesem Sektor zuzustimmen? Herr Generalsekretär Doktor Mussil, Sie wissen doch, wie es mit der Bestellung des Fonds zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft in Österreich aussieht.

1967: 12 Millionen, 1973: 154 Millionen. Können es Sie und die übrigen Vertreter des Wirtschaftsbundes... (*Abg. Dr. Mussil: Um unser Geld!*) Was heißt: um unser Geld? Das ist nicht Ihr Geld, sondern es ist das Geld der österreichischen Steuerzahler, der unselbstständig Tätigen wie der selbstständig Tätigen. (*Abg. Offenböck: Das Geld von allen!*) Das sei Ihnen endlich einmal mit aller Klarheit gesagt, Herr Dr. Mussil. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Sie können überhaupt einmal damit aufhören, immer zu behaupten: Die Wirtschaft sind wir, und wir zahlen die Gelder, das sind unsere Gelder! — Die Lohnempfänger zahlen genauso ihre Steuern wie auch Sie, und daher muß das endlich einmal auch von Ihnen mit aller Deutlichkeit zur Kenntnis genommen beziehungsweise klargestellt werden. (*Abg. Offenböck: Die Lohnsteuerzahler haben es zur Kenntnis genommen!*) Daher keine Verzerrung, Herr Dr. Mussil. Es sind nicht Ihre Gelder, sondern die Gelder aller Berufstätigen in diesem Lande.

Es ist Ihnen natürlich nicht angenehm, wenn man Ihnen hier aufzeigt, welche Erfolge von der Regierung erzielt worden sind. Ich lade Sie ein im Sinne Ihrer neuen Taktik oder Ihrer neuen Strategie — man weiß ja gar nicht, was das ist, ob es Taktik oder Strategie ist; erst die Zeit wird das zu zeigen haben —, ich lade Sie jedenfalls ein: Stimmen Sie der Gruppe Wissenschaft und Forschung zu!

Oder eine Gewissensfrage an Sie alle, vor allem an die christlichen Gewerkschafter und an die Mitglieder des ÖAAB: Können Sie es verantworten, sich im Kampf gegen die Armut in diesem Lande abseits zu stellen und das Budget für die soziale Verwaltung abzulehnen? — Prüfen Sie es, schauen Sie sich alles genau an, was da enthalten ist an positiven Ansätzen, wie hier wirklich moderne, fortschrittliche Sozialpolitik gemacht werden soll.

Mit 1. Jänner 1974 erfolgt die stärkste Pensionserhöhung seit Jahren. Die Pensionsdynamik soll verbessert werden, die Ruhensbestimmungen sollen verbessert werden. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir können doch auf diese Leistungen alle stolz sein. Daher frage ich Sie: Warum sind Sie nicht bereit, mitzutun im Sinne Ihrer differenzierten Konfrontation? (*Abg. Offenböck: Warum sind Sie von 1966 bis 1970 nicht mitgegangen?*) Herr Kollege, ich werde es Ihnen sagen: Weil Ihre Budgets so schlecht gewesen sind, daß man ihnen bei bestem Willen nicht zustimmen konnte. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Sie machen es sich sehr einlach!*) Deswegen konnten wir das nicht tun.

Dr. Tull

Nun, meine Damen und Herren, zum Gesundheitswesen. Wir wissen, wie notwendig es ist, gerade auf diesem Gebiet wesentlich mehr zu tun. (*Abg. Dr. Blenk: Sehr ernst ist das nicht!*) Viel, viel mehr muß getan werden, um die Gesundheit zu schützen. (*Abg. Ofenböck: Vom Ministerium! — Abg. Deutschmann: Herr Dr. Tull, sagen Sie das Ihrer Frau Minister!*) Ja, das sage ich ihr.

Es ist heute hier, Herr Kollege, gesagt worden, man möge auch den Mut zu unpopulären Maßnahmen haben. Wir Sozialisten haben den Mut, die österreichischen Frauen und Männer offen und ehrlich zu fragen: Was ist Ihnen Ihre Gesundheit wert? Das tun wir. (*Abg. Ofenböck: Was der Regierung die Gesundheit wert ist, das müssen Sie fragen!*) Das werden wir auch tun, und wir werden für dieses Ressort jene Mittel bereitstellen, die notwendig sind, um eine gute Gesundheitspolitik zu gewährleisten. (*Abg. Dr. Blenk: Von solchen banalen Phrasen lebt die Regierung!*) und um den Umweltschutz in diesem Land, Herr Kollege Blenk, entsprechend zu fördern.

Meine Damen und Herren, Sie sagen immer, es geschehe nichts, wir hätten keine konkreten Vorschläge zu Verbesserungen. (*Abg. Doktor Mussil: Das haben wir nicht gesagt, wir haben nur gesagt: schlechte Sachen, unvernünftige Sachen!*) Herr Kollege Dr. Mussil! Wer hat Ihre Regierung daran gehindert, beispielsweise den Vorschlag zu erstatten, Wälder anzukaufen, um auf diese Art und Weise einen entscheidenden Beitrag zur Gesunderhaltung der Bevölkerung dieses Landes zu leisten? Wir sind dazu bereit, meine Damen und Herren, Sie haben es nicht getan, aber wir werden es tun. (*Abg. Graf: Da hört sich doch alles auf! — Abg. Dr. Withalm: Eine solche Sinnlosigkeit!*) Der Ankauf der Seegrundstücke ist eine „Sinnlosigkeit“, Herr Doktor Withalm, der Ankauf von Seegrundstücken wird als Sinnlosigkeit bezeichnet. Die Junge Generation, Herr Dr. Withalm, denkt in dieser Hinsicht wesentlich anders, als Sie vielleicht glauben. (*Abg. Dr. Withalm: Die denkt genau dasselbe, was ich sage! — Weitere Zwischenrufe. — Präsident Dr. Maleta gibt das Glockenzeichen.*)

Meine Damen und Herren! Zweifellos werden Sie im Laufe der Budgetbehandlung noch den Dienstpostenplan unter Beschuß nehmen beziehungsweise sich mit der „Aufblähung“ des Dienstpostenplanes auseinandersetzen. Ich möchte Ihnen dazu eines sagen: Ich glaube sagen zu können, daß mit einer Zunahme von 1963 Dienstposten, einer Steigerung von weniger als ein Prozent, die Bundesregierung vorbildlich gehandelt hat. Denn wenn man

bedenkt, wie groß der Personalbedarf in den Schulen, auf den Hochschulen, bei der Post und so weiter ist, dann muß man anerkennen, daß hier wirklich sinnvoll und rationell vorgegangen wird.

Meine Damen und Herren! Es ist bereits angekündigt, daß Sie Entschließungsanträge — zumindest wurde das in Ihrem gestrigen großen Artikel aufgezeigt — einbringen werden, wie Sie das ja auch in den letzten Jahren reichlich getan haben. Aber Sie tun damit der Sache keinen guten Dienst. (*Abg. Doktor Blenk: Sie tun ihr keinen guten Dienst, wenn Sie sie ablehnen!*) Entschließungsanträge einzubringen, die Minister aufzufordern, dies und jenes zu tun, ohne gleichzeitig aber auch Bedeckungsvorschläge aufzuzeigen. (*Abg. Doktor Blenk: Sie lehnen jeden Entschließungsantrag ab, ob er mit finanziellen Aufwendungen verbunden ist oder nicht! Das ist eine alte Sache!*), ohne aufzuzeigen, woher das Geld kommen soll, ohne Mut zu haben, Streichungs- beziehungsweise Kürzungsanträge einzubringen, das, meine Damen und Herren, ist nicht zielführend. Kein Mensch von uns behauptet, daß wir vollkommen sind, daß dasjenige, was wir ausgearbeitet haben, der Weisheit letzter Schluß sein muß. Vielleicht bringen Sie gute Vorschläge. Legen Sie diese Vorschläge auf den Tisch, meine Damen und Herren! (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Man wird über diese Vorschläge reden, man wird prüfen (*weitere Zwischenrufe bei der ÖVP*), man wird den sachlichen Wert und den Inhalt untersuchen und wird sich dann entscheiden. (*Ruf bei der ÖVP: Und blind ablehnen!*) Wir lehnen nicht blind ab! Das ist noch niemals der Fall gewesen! (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Wir sind uns unserer Verantwortung unserer Bevölkerung gegenüber bewußt. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*) Wir wissen, daß das Vertrauen, das uns entgegengebracht worden ist, für uns eine Verpflichtung ist, zu tun, was wir seinerzeit als Programm aufgestellt haben, und das werden wir tun!

Wir laden Sie ein mitzumachen. Wenn Sie nicht wollen, dann bleiben Sie weiter im Schmollwinkel, dann bleiben Sie weiter wie bisher die Nein-Partei im österreichischen Parlament! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Ofenböck: An dem Tull ist Oberösterreich spurlos vorübergegangen! — Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Broesigke. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Broesigke (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf an meinen Vorredner anknüpfen und doch eines sagen: Ich hoffe, daß es nicht unerlaubt ist, Entschlie-

Dr. Broesigke

Bungsanträge einzubringen (*demonstrativer Beifall bei der ÖVP*), und ich darf Ihnen versichern, daß die freiheitliche Fraktion nicht vorher bei Ihnen anfragen wird, ob das zweckmäßig ist oder nicht.

Nun zur Sache, zum Budget selber. Der Unterschied gegenüber vorhergehenden Budgetgesetzen besteht darin, daß eine Dreigliederung erfolgt, und zwar in ein Grundbudget, in die Stabilisierungsquote — der Herr Klubobmann Weisz nannte das „Belebungsquote“, ein anderer Redner „Verschleierungsquote“ — und in das Konjunkturbelebungsbudget. Letzteres hatten wir schon in den vorhergehenden Budgetgesetzen, die Stabilisierungsquote ist neu. Ich glaube, man muß daher zu der Entwicklung einiges sagen.

Bei vorausgegangenen Budgetgesetzen war es üblich, daß der Herr Bundesminister für Finanzen allen Vorwürfen damit begegnete, daß er sagte: Ja aber der Budgetvollzug, der wird es ausmachen! Beim Budgetvollzug werden wir konjunkturgerecht vorgehen!

Dementsprechend wurde auch immer bei Jahresbeginn eine Bindung verfügt, die sich allerdings im Laufe des Jahres immer wieder verloren hat. Das ist nicht nur von uns beanstandet worden, sondern man kann auch im Bericht des Rechnungshofes über den Rechnungsabschluß feststellen, daß auch der Rechnungshof den Standpunkt vertreten hat, daß diese Theorie, daß man zwar ein sehr umfangreiches Budget beschließt, aber dann einen konjunkturgerechten Budgetvollzug durchführt, eine falsche Theorie ist.

Wir halten es nun für gut und für einen Fortschritt, wenn der Herr Bundesminister für Finanzen eingesehen hat, daß diese unsere seinerzeitige Kritik berechtigt war, und diese Stabilisierungsquote — das sind jene Teile, die früher Bindungen unterworfen waren — aus dem Grundbudget herausgenommen hat. Das ist durchaus positiv zu beurteilen.

Eine andere Sache allerdings ist der umständliche Vorgang, der im Budgetgesetz sowohl für die Stabilisierungsquote als auch für das Konjunkturbelebungsbudget gewählt wird und der die Frage nahelegt, ob diese beiden Budgetteile überhaupt einen Sinn haben. Denn was geschieht hier?

Es wird ein Budget beschlossen, einschließlich Stabilisierungsquote und Konjunkturbelebungsbudget, diese beiden Teile treten aber nicht in Kraft, sondern um sie in Kraft zu setzen und um festzustellen, in welchem Umfang sie in Kraft gesetzt werden sollen, bedarf es eines eigenen Bundesgesetzes; so der Artikel II a Abs. 4 des Finanzgesetzes.

Da ist doch wohl die Frage berechtigt: Warum macht man dieses Bundesgesetz mit Stabilisierungsquote beziehungsweise mit Konjunkturbelebungsbudget nicht zur Gänze in dem Augenblick, da es sich als erforderlich erweist? Wenn vielleicht die Meinung bestehen sollte, daß der Absatz 4 des Artikels II a zur Folge hat, daß sowohl Stabilisierungsquote als auch Konjunkturbelebungsbudget schon heute festgesetzt sind und daß das Bundesgesetz laut II a Abs. 4 nur die Feststellung der Voraussetzungen bringt und weiters die Quote bestimmen darf, dann ist das eine Fehlmeinung; denn der Gesetzgeber hat es jederzeit in der Hand, das ganze abzuändern. Wenn eine solche Situation eintritt, wie sie in den Absätzen 2 und 3 nicht sehr glücklich umschrieben ist, wird es sich vielleicht sogar als erforderlich erweisen, daß dann etwas ganz anderes geschieht, als heute mit der Stabilisierungsquote und mit dem Konjunkturbelebungsbudget vorgesehen ist.

Wir meinen daher, daß es viel besser gewesen wäre, man hätte diese beiden Teile überhaupt herausgelassen und sich auf das beschränkt, was als „Grundbudget“ bezeichnet wird. Es hätte wahrscheinlich auch jener Straffung der Budgetdebatte gedient, von der heute schon so viel die Rede war, weil es den Umfang des jetzt zu Beschließenden vermindert hätte.

Ich glaube also, daß der vorgesehene Weg umständlich ist, daß er zeitraubend ist und daß er zu Schwierigkeiten führen wird, unter anderem zu der heute schon aufgezeigten Schwierigkeit beim Absatz 5.

Herr Bundesminister! Das ist schon richtig: Es war bisher die Möglichkeit gegeben, bestimmten Beschlußfassungen vorzugreifen. Wenn ich aber in ein Gesetz hineinschreibe, daß ein Bundesminister berechtigt ist, das vorwegzunehmen, was in einer Regierungsvorlage drinsteht, dann finden Sie keinen Präzedenzfall. Das ist ein Kuriosum und ein Unikum im ganzen bisherigen österreichischen Budgetrecht und überhaupt in der ganzen bisherigen österreichischen Gesetzgebung.

Ich will jetzt gar nicht davon reden, daß mir diese Formulierung: „rascheste Ausnutzung der freien Kapazitäten“ und dergleichen mehr, nicht sehr präzise zu sein scheint. Ich will auch nicht über Einzelheiten des Finanzgesetzes selber reden, das man nach meiner Meinung viel besser hätte ausarbeiten können. Die Paragraphen-beziehungsweise Artikelgeschwulst, die sich bei Artikel III und Artikel IV über Seiten hinweg findet, enthält

Dr. Broesigke

eine ganze Reihe von Dingen, von denen ich glaube, daß man das viel einfacher, viel genauer und viel präziser hätte fassen können.

Wir hoffen doch, daß es dann, wenn das nächste Budget hier beschlossen werden wird, schon jenes Haushaltsrecht gibt, dessen Entwurf bereits eingebracht ist und das, wie wir glauben, in den Wust der Bestimmungen und auch der Neuerfindungen eine gewisse Ordnung wird hineinbringen können. *(Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)*

Ich muß aber noch in einem anderen Zusammenhang auf die Stabilisierungsquote zu sprechen kommen. Sie führt zu einem unrichtigen Vergleich; darüber kommt man nicht hinweg. Alle Ziffern, die Sie, Herr Bundesminister, in der Budgetrede bekanntgegeben haben — Prozentsätze von Erhöhungen und dergleichen mehr —, beruhen auf einem Vergleich zwischen der Ziffer des Jahres 1973 und dem sogenannten Grundbudget des Jahres 1974.

Nun wird niemand bestreiten können, daß in der Ziffer des Jahres 1973 das enthalten war, was heute in der Stabilisierungsquote drin ist. Die Stabilisierungsquote ist ja nichts anderes, als daß man das herausgenommen hat, was der Finanzminister am Jahresbeginn zu binden pflegte. Es wird also das Budget 1973 — Grundbudget plus Stabilisierungsquote — mit dem heutigen Grundbudget verglichen. Infolgedessen kommen Sie auch zu Steigerungsziffern, die nicht richtig sind. Sie kommen, glaube ich, zu einer Ausgabesteigerung von 14,6 Prozent. In Wirklichkeit liegt sie schätzungsweise bei 18 Prozent. Genau kann man das nicht errechnen, weil man ja dafür die entsprechenden Bindungen und ihr Ausmaß für das Jahr 1973 heranziehen müßte. Man kann aber sagen, daß eine Budgetausweitung von ungefähr 18 Prozent eingetreten ist beziehungsweise eintreten soll.

Da muß ich also schon etwas zu der Frage, die der Herr Abgeordnete Dr. Tull hier sehr pathetisch gestellt hat: Sind Sie für die Stabilisierung oder nicht?, sagen: Wenn man diese Frage mit ja beantwortet, dann müßten wir alle — einschließlich des Herrn Abgeordneten Tull — sagen: Dieses Budget ist abzulehnen, weil wir für die Stabilisierung sind. Wenn ich nämlich jetzt annehme, daß das Bruttonationalprodukt um 13 Prozent steigt, wie es hier zugrunde gelegt ist, und sich eine Ausweitung von 18 Prozent des Ausgabenrahmens ergibt, dann kann das nicht das Stabilisierungsbudget sein. Das ist völlig ausgeschlossen!

Ich will dabei gar nicht davon ausgehen, daß es Lehrmeinungen gibt, die sagen, daß in einer Hochkonjunktursituation wie heute der Ausgabenrahmen nur in dem Umfang wachsen sollte, als das Bruttonationalprodukt real wächst — das wären 4,5 Prozent —, denn ich weiß, daß das in der Finanzlage des österreichischen Staates nicht durchführbar ist. Aber daß in einem Zeitpunkt der Hochkonjunktur die Ausweitung der Ausgaben nicht höher sein sollte als die nominelle Ausweitung des Bruttonationalproduktes, ist eigentlich eine Binsenwahrheit.

Das zweite Kriterium für die Frage, ob das ein Stabilitätsbudget ist oder nicht, ist jenes des inlandswirksamen Defizits. Das beträgt 2 Milliarden Schilling. Wenn ein solches inlandswirksames Defizit vorliegt — und zwar, wohl gemerkt, schon beim Grundbudget —, so ist es klar, daß damit der Kaufkraftverlust der Währung weiter angeheizt wird.

Das sind eigentlich ganz nüchterne Erwägungen, und das ist die sachliche Prüfung des Budgets, die wir Freiheitlichen für notwendig halten. Wir glauben, es wäre viel besser gewesen, wenn der Bundesminister für Finanzen, als er dieses Budget vorgelegt hat, statt viel von Stabilität zu reden, begründet hätte, warum er glaubt, mit einem geringeren Ausgabenrahmen nicht das Auslangen finden zu können. Es wäre eine ehrliche Lösung gewesen, den Leuten zu sagen: So ist es bestellt mit dem österreichischen Staatshaushalt, und wir glauben aus den und den Gründen es so machen zu müssen.

Wogegen man sich aber wenden muß, ist das System zu sagen: Das ist ein Stabilitätsbudget! — obwohl es offensichtlich keines ist —, zu sagen: Die Stabilitätspolitik hat absoluten Vorrang!, obwohl sie ihn bei diesem Budget eben nicht hat.

Die Bekämpfung der Inflation ist eine sehr schwierige Sache. Jeder ist der Meinung, daß sie beim anderen zu bekämpfen wäre. Jeder ist der Meinung, daß er selbst nichts beitragen soll, aber sehr wohl die anderen. Das sieht man bei den Kreditrestriktionen, bei der Währungsfrage, bei der Baubremse, und an zahlreichen anderen Beispielen könnte man das belegen. Aber der Staat selbst soll mit Vorbild vorangehen! Er soll nicht sagen: Die anderen, die Sozialpartner, die sollen Stabilitätspolitik betreiben, aber ich tue es nicht, weil anderes wichtiger ist. Er sollte hier vielmehr geradezu ein Vorbild sein! Das würde weh tun, genau wie die Kreditrestriktionen ja auch vielen Leuten weh tun und weh tun müssen, weil Maßnahmen, die allen gut gefallen und niemandem Schwierigkeiten

Dr. Broesigke

machen, eben auch nicht zielführend sein werden, wie ja der Effekt der ständigen Steigerung der Preise sehr deutlich zeigt.

Wir glauben also, daß dieses Budget sehr wesentliche Voraussetzungen nicht hat.

Ich möchte vielleicht auch zu einem Brauch etwas sagen, der sich in letzter Zeit eingebürgert hat, nämlich am laufenden Band die Behauptung aufzustellen: Neinsagen wäre schlecht, und Jasagen gut. Ich darf doch einmal sagen, daß das ein grundlegender logischer Irrtum ist. Es ist nämlich völlig klar, daß zu etwas Schlechtem ja sagen genau so schlecht ist, wie zu etwas Gutem nein sagen. Es kommt also ganz darauf an, wie man den Gegenstand beurteilt, zu dem man sich äußern muß. Es kommt also keineswegs auf die Zahl der Ja oder auf die Zahl der Nein an, und es ist die Tatsache des Nein für sich allein nicht anders zu bewerten als die Tatsache des Ja. Wir glauben nun, daß man sich in jedem Fall genau überlegen muß, wie die wirtschaftlichen Gegebenheiten sind, und daß man von diesen ausgehend die mit dem Budget zusammenhängenden Fragen entscheiden muß.

Ich habe den edlen Wettstreit über die Frage gehört, in wessen Regierungszeit die Staatsverschuldung stärker gestiegen ist. Ich glaube, das ist an sich völlig gleichgültig. Entscheidend ist die Tatsache, daß sie steigt, daß sie Ende 1972 50 Milliarden Schilling betrug und daß sie auch in Zukunft weiter steigen wird, obwohl zumindestens nach der Theorie ja in den Zeiten der Hochkonjunktur die Schulden zurückgezahlt werden müßten. Ich will ja nicht von angesammelten Überschüssen und dergleichen reden, ich weiß schon, daß das illusorisch ist; aber daß es nicht einmal gelingt, bei einer Hochkonjunktur wie heute eine bescheidene Senkung des Standes der Staatsschuld herbeizuführen, das halte ich für bedenklich.

Für positiv möchte ich dagegen die Ziffern bezüglich der gesetzlichen Verpflichtungen ansehen. Es ist doch ein bescheidener Bewegungsraum gefunden worden. Es hat sich der Prozentsatz der Ausgaben, die nicht auf gesetzlichen Verpflichtungen beruhen, erhöht.

Ich darf zu unserer Meinung, zur Frage des konjunkturgerechten Budgets vielleicht noch auf die vergangenen Jahre verweisen. Auch in den vergangenen Jahren hat das eine Rolle gespielt, und auch in den vergangenen Jahren wurde von seiten der Bundesregierung aufs lebhafteste bestritten, daß das Budget nicht konjunkturgerecht sei. Nun haben wir hier den OECD-Bericht, der das der Bundesregierung ausdrücklich bescheinigt, und ich

darf daraus nur einen Satz zitieren. Er lautet: „Die 1972 beobachtbaren Trends der öffentlichen Finanzgebarung, einschließlich Teilschätzungen der Ausgaben von Ländern und Gemeinden, bestätigen den Eindruck eines ziemlich konsequenten prozyklischen Verhaltens des öffentlichen Sektors während der letzten Hochkonjunktur.“

Genau das, was vehement von Seite der Bundesregierung in der Vergangenheit und für vergangene Budgets bestritten worden ist! Wenn nun festgestellt werden muß, daß der Ausgabenrahmen des Budgets zu hoch gegriffen ist und auf diese Weise ein inlandswirksames Defizit, wenn wir uns nur auf das beziehen wollen, von 2 Milliarden Schilling entsteht, so muß man doch bezüglich der Einnahmensfrage eine konsequente Haltung einnehmen.

Nach einem bekannten Ausspruch ist es die Kunst der Opposition, so viel zu versprechen, daß es die Regierung nicht erfüllen kann. Ich glaube aber nicht, daß das in allen Fällen und unter allen Umständen das richtige Rezept ist. Ich gebe ohneweiters zu, daß der Steuerdruck, der auf der österreichischen Bevölkerung lastet, ein sehr hoher ist. Es wird zwar irgendwo in der Budgetrede des Herrn Finanzministers von sehr mäßig steigendem Steueraufkommen gesprochen, aber die Gesamteinnahmensteigerung beträgt heuer 16,1 Prozent und die Steuersteigerung 15,1 Prozent. Das sind schon sehr beachtliche Ziffern, die hier vorgelegt werden.

Der Steuerdruck ist zweifellos sehr hoch, aber wir fürchten, daß, wenn man ungeachtet des Defizits eine Steuersenkung heute durchführen würde, man dann nur die Schwierigkeiten, die offensichtlich vorliegen — und zwar sind es jetzt schon strukturelle Schwierigkeiten des österreichischen Staatshaushaltes — noch vermehren würde.

Das gilt allerdings jetzt nicht für die Frage des Verhältnisses der Steuern untereinander. Wir sind abweichend von der Regierungspartei der Meinung gewesen, daß zahlreiche Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes 1972 eine Fehlkonstruktion gewesen sind und daß hier im Verhältnis der Steuerpflichtigen zueinander sehr erhebliche Änderungen erfolgen müssen. Das gilt aber jetzt natürlich nicht für die Frage der Progression an sich und es gilt nicht für die Valorisierung von Freibeträgen oder besser, wie es jetzt heißt, von Absetzbeträgen.

Ich darf vielleicht als weitere wichtige Ziffer zum Budget noch anführen, daß der Anteil des Bruttonationalproduktes, der von der öffentlichen Hand in Anspruch genommen

Dr. Broesigke

wird, von 35,5 Prozent auf 36,2 Prozent steigt. Auch wieder eine Erhöhung. Vielleicht machen die Zehntel, um die es hier geht, nicht so viel Eindruck. Aber bei den Ausgangsziffern, um die es sich hier handelt, ist das eine gewaltige Summe, und dieser Anteil der öffentlichen Hand am Bruttonationalprodukt ist ja der beste Maßstab dafür, was der Staat dem einzelnen Bürger abverlangt.

Ich darf auch noch zur Ausgabenseite einiges sagen. Der Herr Bundesminister für Finanzen hat in seiner Budgetrede die Feststellung getroffen, daß der „Nachtwächterstaat“ Geschichte ist. Ich glaube, es wird niemand geben, der ihm bei dieser Feststellung nicht beipflichtet. Allerdings hat man manchmal die Besorgnis, daß sich eine Entwicklung anbahnt, wonach bei jenen Aufgaben, die der Nachtwächterstaat noch besorgte, eine Vernachlässigung eintritt und der Akzent auf die neu hinzugekommenen Aufgaben gelegt wird. Denn auch der Nachtwächterstaat hat eine ganze Reihe von Staatsaufgaben gekannt, und diese Staatsaufgaben waren sehr wichtige und sie bestehen auch heute noch, wie zum Beispiel die Frage der Sicherheit, die Frage der Sicherheit im Innern und die Frage der Sicherheit nach außen.

Man muß hier positiv bewerten, daß im Bereich des Bundesministeriums für Inneres eine sehr beträchtliche Steigerung der Ausgaben für Polizei und für Gendarmerie vorgenommen wird. Das ist eine Tatsache, die man anerkennen muß und mit der Versäumnisse der Vergangenheit — zumindest zum Teil — wiedergutmacht werden könnten. Sonst ist es bei einer durchschnittlich 15prozentigen Steigerung der Gesamtausgaben nicht sehr erhebend, wenn bei der Landesverteidigung der Prozentsatz ein ähnlicher ist.

Man kann also sicherlich nicht sagen, daß hier Akzente gesetzt werden oder daß sonst ein Umdenken eingetreten ist, vor allem in Anbetracht der besorgniserregenden internationalen Lage, die uns ja gezeigt haben müßte, daß man immer gegen Schwierigkeiten gewappnet sein muß.

Dies gilt insbesondere auch für die Frage der Bevorratung. Das war eine Angelegenheit, die schon den Nachtwächterstaat beschäftigt hat. Es ist uns schon aus der biblischen Geschichte mit Josef in Ägypten bekannt, daß man in den fetten Jahren Vorräte für die mageren Jahre anlegt. Aber darf ich einmal fragen — ich habe heute schon so viel gehört, wie alles herrlich und wunderschön sei —: Ja wo sind die Vorräte, die Österreich in den fetten Jahren angelegt hat? Wo sind sie denn, oder haben wir vielleicht die ganze Zeit über

von der Hand in den Mund gelebt und keine Vorräte angelegt? Wo sind die Vorräte in natura, in Form von Waren, wo sind die Vorräte in Gestalt von flüssigen Mitteln für Fälle, wo man sie einsetzen muß? Ein Staat mit einer hohen Schuldenlast, mit einem chronisch defizitären Budget, wo hat der seine Vorräte? Er hat sie nicht.

Und hier sehen wir ein entscheidendes Versäumnis dieser Bundesregierung und nebenbei bemerkt auch der vorhergehenden Bundesregierungen, denn es wäre ihre Aufgabe gewesen, in den Zeiten der Konjunktur jene Vorräte zu schaffen, daß man auch für Krisenzeiten gerüstet ist und daß wir nicht dem Diktat von einigen wenigen Öllieferanten unterworfen sind und uns danach richten müssen.

Im Zusammenhang mit den Ausgaben wäre noch eines anzumerken: Es wird auch erforderlich sein, dieses Budget genau auf die Frage hin zu prüfen, ob die darin vorgesehenen Ausgaben tatsächlich alle erforderlich sind. Denn es gibt auch Beispiele der Verschwendung in Österreich. Es gibt bekanntlich das Wegwerf-Schulbuch, und niemand wird jemals im Ernst behaupten können, daß es wirklich notwendig ist, um so viele Hunderte Millionen Schilling mehr auszugeben. Das hat mit der Frage der Unentgeltlichkeit nichts zu tun — wohlgermerkt, damit das nicht falsch interpretiert wird —, sondern das hat sehr wohl damit zu tun, daß durch diese Methode Hunderte Millionen Schilling einfach beim Fenster hinausgeworfen werden und dann ungeschuldig die Frage aufgeworfen wird: Ja wo sollen wir denn sparen? Bezeichnet uns die Teile des Budgets, wo das sein sollte! Da gibt es schon Möglichkeiten, zweifellos. Es gibt ja auch Vorbilder in anderen Staaten, wo das besser geregelt wird. Es ist ferner die Frage der Subventionitis, die manchmal schon sehr seltsame Blüten treibt. Es gäbe sicher eine ganze Anzahl von Dingen, bei denen man eine Einschränkung der Staatsausgaben vornehmen könnte.

Ich komme damit zum Schluß. Wir Freiheitlichen haben nie den Standpunkt einer Opposition um jeden Preis des einseitigen Neinsagens vertreten, wir waren immer der Meinung, daß man bei einem Budget im ganzen, aber auch kapitelweise prüfen muß, wie es mit den einzelnen Positionen steht, und daß man entsprechend dem Ergebnis dieser Prüfung entscheiden muß.

Wir werden im Verlauf der Beratungen im Ausschuß und dann auch während der Beratungen im Haus diese Prüfung sehr sorgfältig durchführen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Glaser. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Glaser** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der zweite Sprecher der Regierungspartei, der Herr Abgeordnete Tull, hat im Laufe seiner Ausführungen eine Reihe von Behauptungen aufgestellt, aus denen zweifellos hervorgeht, daß bei ihm ein sehr großer Informationsmangel herrscht. Nun kann es mir persönlich gleich sein, ob der Herr Abgeordnete Tull Verschiedenes weiß oder nicht weiß, aber er hat hier in der Öffentlichkeit leichtfertig Behauptungen aufgestellt, und daher will ich zumindest einige davon nicht nur widerlegen, sondern gleich entsprechende Gegenbeweise antreten.

Insbesondere meinte der Herr Abgeordnete Dr. Tull — Herr Dr. Broesigke ist auch schon darauf eingegangen —, ob die ÖVP, ob die Oppositionsparteien für die Stabilität seien, sinngemäß könne man nur ja oder nein antworten. Und richtig wurde von meinem unmittelbaren Vorredner Dr. Broesigke schon gesagt: Wer für die Stabilität ist, müsse dieses Budget der sozialistischen Regierung ablehnen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Ich muß aber dazu sagen, auch auf die Frage, die Dr. Tull gestellt hat, was denn die ÖVP bisher für Vorschläge gemacht hätte, ihm sei nichts davon bekannt, kann ich nur wieder darauf hinweisen, entweder vergeht die ganze Zeit des Herrn Dr. Tull damit, die sicherlich zahlreichen Reden sozialistischer Spitzenfunktionäre zu lesen, sodaß er für etwas anderes keine Zeit mehr übrig hat, oder er will andere Auffassungen und Meinungen nicht zur Kenntnis nehmen. Denn, meine Damen und Herren, die Österreichische Volkspartei hat gerade in Frage Stabilitätspolitik eine Reihe beachtlicher Vorschläge gemacht, Vorschläge, die ich in Erinnerung rufen möchte.

Bereits am 18. Juni 1971 haben wir Alarm geschlagen, haben wir von der Volkspartei ein Zehn-Punkte-Stabilitätspaket vorgelegt, das allerdings von den Sozialisten mit einer Handbewegung vom Tisch gefegt wurde. Anders war es dann Ende 1972, als fast alle jene eineinhalb Jahre vorher von uns gemachten Vorschläge verwirklicht wurden.

Wir haben zweitens vorgeschlagen, ab 1. Jänner 1972 eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer vorzunehmen. Wir haben uns nicht zuletzt auch von der Überlegung leiten lassen, daß eine Verminderung der Lohn- und Einkommensteuer auch zu einer Lohnpolitik führen werde, die nicht so große Erhöhungsquoten vorsieht, wie das derzeit vielfach der Fall ist, und damit zweifellos preistreibend und stabilitätsgefährdend wirkt.

Es ist aber verständlich; wenn Lohnerhöhungen zu fünfzig und zu mehr Prozent weggesteuert werden, müssen diese Lohnerhöhungen entsprechend groß sein. Wir schlugen neuerlich für 1. 1. 1974 eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer vor. Beide Vorschläge wurden von der sozialistischen Parlamentsmehrheit abgelehnt.

Drittens, meine Damen und Herren vor allem von der sozialistischen Seite, bei der Behandlung der Mehrwertsteuer haben wir den zu hohen Satz und vor allem den preispolitisch falschen Zeitpunkt leider vergeblich angeprangert. Die Entwicklung hat uns recht gegeben, daß insbesondere der hohe Satz von 16 Prozent preispolitisch falsch und damit stabilitätsgefährdend wirkt.

Wir haben viertens am 31. Mai 1972 einen Antrag für ein Prämiensparförderungsgesetz vorgelegt, um eine Senkung der Konsumausgaben und damit auch eine Preisreduzierung zu erreichen, um andererseits aber vor allem den Sparprozess zu fördern. Zunächst haben Sie, meine Damen und Herren, einer Behandlung dieses Antrages nicht zugestimmt, haben verzögert und letzten Endes dann am 23. November 1972 einen eigenen ähnlichen Antrag eingebracht.

Fünftens — ich würde das gerne dem Herrn Abgeordneten Tull sagen, aber er ist leider nicht anwesend —: Wir haben am 10. Mai 1972 ein Teilzeitbeschäftigungsgesetz im Nationalrat vorgelegt, ein Teilzeitbeschäftigungsgesetz, das sicherlich vor allem den Frauen und Müttern eine Möglichkeit gegeben hätte, neben ihren Aufgaben in der Familie, neben den Aufgaben ihren Kindern gegenüber auch einen Beruf auszuüben, beziehungsweise den berufstätigen Frauen die Möglichkeit gegeben hätte, sich mehr als bisher um die Familie, um die Kinder zu kümmern. Dieser Antrag ist von Ihnen bis heute nicht in Behandlung genommen worden. (*Abg. Mühlbacher: Die Möglichkeit besteht ja!*) Wenn Sie aber alles ablehnen, wenn Sie nicht einmal bereit sind, Anträge, die von uns eingebracht werden, zu beraten und zu behandeln, dann dürfen Sie uns nicht den Vorwurf machen, daß wir keine Vorschläge bringen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Sechstens: Meine Damen und Herren von der sozialistischen Seite! Bei Parteienverhandlungen am 16. Juni dieses Jahres haben wir neuerlich einen sieben Punkte umfassenden Stabilisierungsvorschlag gemacht.

Siebtens: Wir haben immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß die Budgetpolitik konjunkturgerecht sein muß. Wir haben die kon-

Glaser

junkturwidrige Einstellung und den konjunkturwidrigen Vollzug des Budgets, den zu hohen Ausgabenrahmen oft genug kritisiert. Gerade was den hohen Ausgabenrahmen betrifft, sollte man übrigens meinen, daß wir uns mit vielen Abgeordneten der Sozialistischen Partei treffen müßten, die schon in den Jahren 1966 bis 1970 diesem Hause angehört haben. — Der Herr Abgeordnete Wielandner lächelt vielsagend. Ich verstehe aber, daß er nicht laut ja sagen kann.

Ich habe genauso wie meine Parteifreunde oft darauf hingewiesen, daß Überschüsse beispielsweise zur Zahlung von Auslandsschulden verwendet oder stillgelegt werden sollen.

Achtens: Wir haben oft genug erklärt, daß es auf dem Verwaltungssektor sicherlich Einsparungsmöglichkeiten gäbe. Auch hier darf ich in Erinnerung rufen: Als in der Zeit der ÖVP-Regierung einige 1000 Dienstposten bei gleichzeitiger Vermehrung etwa des wissenschaftlichen Personals an den Hochschulen, des Personals für die verschiedenen Schultypen, des Personals auch auf dem Sektor der Post und so weiter, eingespart wurden, wurde das von sozialistischer Seite als viel zu wenig bezeichnet. Seit wir eine sozialistische Alleinregierung haben, steigen die Zahlen im Dienstpostenplan von Jahr zu Jahr.

Neuntens: Man soll halt das Geld nicht mit vollen Händen zum Fenster hinauswerfen. Eines dieser Beispiele hat ebenfalls schon der Herr Abgeordnete Broesigke angeführt. Das Wegwerfeschulbuch ist ein typisches Beispiel dafür. Sicherlich gäbe es hier auch andere Möglichkeiten. Konkrete Vorschläge wurden in großer Anzahl erbracht, um den Familien auf andere Art und Weise zu helfen.

Wenn ich sagte: Man soll das Geld nicht zum Fenster hinauswerfen!, dann darf ich auch an so manche Diskussion in diesem Hause erinnern, wie etwa die über das UNO-City-Projekt. Hier wird in einer unverantwortlichen Großmannssucht Geld zum Fenster hinausgeworfen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Der Herr Abgeordnete Dr. Tull — und damit bin ich am Ende bezüglich seiner Ausführungen — hat unter anderem auch die in letzter Zeit mehrmals aufgestellte Behauptung wiederholt, die ÖVP sei eine typische Neinsager-Partei. *(Abg. Dr. Tull: No na!)* Dazu muß ich sagen: Er ist anscheinend nur dann in diesem Hause, wenn es eine Kampfabstimmung gibt, sonst befindet er sich woanders. Denn hätte er die Gesetzesbeschlüsse in dieser Legislaturperiode verfolgt, so mußte er das wissen, was ich ihm jetzt laut „Parlamentskorrespondenz“ entgegenhalten werde:

Von den bisher verabschiedeten Gesetzen der letzten zwei Jahre wurden 84,2 Prozent aller Gesetze einstimmig beschlossen; das heißt: 223 Gesetze wurden einstimmig in diesem Hause verabschiedet. Lediglich 20 Gesetze *(Abg. Dr. Tull: Aber die haben es in sich gehabt!)*, Herr Dr. Tull, wurden mit der knappen Mehrheit, die Sie derzeit in diesem Hause haben, beschlossen. Wenn das Verhältnis 20 : 223 steht, dann kann man doch nicht von einer typischen Neinsager-Partei sprechen. Das Recht, daß wir selber entscheiden, ob ein Gesetz für das österreichische Volk, für unser Vaterland gut oder schlecht ist, lassen wir uns weder von Ihnen, Herr Dr. Tull, noch von der Sozialistischen Partei nehmen oder vorschreiben. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Tull: Einladen wird man Sie doch noch dürfen! Wir haben Sie eingeladen!)*

Meine Damen und Herren! Nun zu einem anderen Thema. Bevor ich auf das eigentliche Budget, das Budget der teuersten Regierung, die wir je hatten — hiebei hoffe ich, mit dem Abgeordneten Tull wieder übereinzustimmen —, konkret zu sprechen komme und mich mit seinen Auswirkungen näher befasse, erlaube ich mir ebenfalls einige Bemerkungen zur derzeitigen Form der Budgetdebatte. Sicherlich steht fest, daß seit Jahren — nicht erst seit heuer — alle Abgeordneten, egal, von welcher Partei, egal, ob Angehörige einer Regierungs- oder Oppositionsgruppe, mit der derzeitig praktizierten Art der Budgetdebatte nicht zufrieden sind. Der Wunsch nach Straffung wurde daher sehr oft und auch zweifellos richtigerweise erhoben. Daß die Regierungspartei daran besonders interessiert ist, ist natürlich auch verständlich.

Aber unverständlich, meine Damen und Herren, ist es, daß zum gleichen Zeitpunkt, in dem der sozialistische Klubobmann Weisz eine Straffung der Budgetdebatte fordert, der Finanzminister diese Debatte mit der längsten Budgetrede, die es in der Zweiten Republik bisher gegeben hat, eröffnet. *(Zwischenruf des Abg. Mühlbacher.)* Gerade diese Monsterrrede des Herrn Ministers Dr. Androsch und auch die heutige Vorgangsweise, gleich nach dem ersten Oppositionsredner sich hier wieder einzuschalten, paßt auch zu jener Art, die wir vor zwei Wochen, und zwar am 23. Oktober, erlebt haben. Damals fanden zwei Haussitzungen hintereinander statt: Zunächst eine lange Budgetrede des Herrn Ministers Dr. Androsch, dann eine lange Erklärung des Herrn Bundeskanzlers, darauf kam endlich ein Oppositionsredner, Herr Dr. Schleinzer, zu Wort, und gleich darauf hat sich wieder

Glaser

Herr Dr. Kreisky zu Wort gemeldet. (*Abg. Dr. Tull: Wenn Sie ihn fragen!*) In der Praxis hat das so ausgesehen: Während einer rund sechsstündigen Sitzungszeit kam ein Oppositionsabgeordneter mit knapp einer Stunde zu Wort. (*Abg. Dr. Tull: Sie fragen ja! Sie wollen es wissen!*)

Meine Damen und Herren! Nehmen Sie klipp und klar zur Kenntnis: Eine freiwillige Begrenzung der Redezeit kommt für uns nur dann in Frage, wenn das gleiche auch für die Mitglieder der Bundesregierung gilt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn vor wenigen Tagen der Sekretär des sozialistischen Abgeordnetenklubs bei einem Fernsehinterview meinte, die Opposition müsse an einer ausführlichen Stellungnahme beziehungsweise an der Beantwortung von Fragen durch die Regierungsmitglieder interessiert sein, so kann ich ihm zunächst einmal sagen, daß es leider sehr selten ist, daß Regierungsmitglieder auf Fragen, die Ihnen gestellt werden, antworten. Meistens reden sie von etwas anderem. Außerdem möchte ich ihm sagen, er möge es ruhig den Oppositionsabgeordneten selber überlassen, woran sie interessiert sein sollen und woran nicht.

Daß die Regierungsmitglieder genug Möglichkeiten haben, ihre Meinungen, ihre Standpunkte darzulegen, wissen wir. Gerade in letzter Zeit rollt ja wieder eine Propagandawalze von seiten der Regierung, wie es sie bisher nie gegeben hat. (*Ruf bei der SPÖ: Das ist Information!*) Allein gestern fand ich in meinem Postfach drei umfangreiche Broschüren vor: eine vom Verkehrsministerium, eine vom Bautenministerium und eine ziemlich umfangreiche vom Herrn Finanzminister. Das könnte man noch und noch fortsetzen.

Ich erinnere mich nur daran, daß Broschüren der früheren ÖVP-Regierung von Ihnen als Propaganda oder ähnliches abgetan wurden (*Abg. Dr. Gruber: Dr. Tull hat sich besonders hervorgetan!*) und daß es gerade der Abgeordnete Tull war, der immer wissen wollte, was diese Hefte, Broschüren, Inserate et cetera kosteten.

Der Herr Finanzminister Dr. Androsch hat sicherlich die Möglichkeit, im Laufe des heutigen oder morgigen Tages zu beantworten, wieviel zum Beispiel das Büchlein „Auf Überholspur“ gekostet hat und wieviel die Regierung für Propaganda und auch für Repräsentation überhaupt ausgibt. (*Abg. Dr. Tull: Für Propaganda überhaupt nichts!*)

Noch etwas. Herr Dr. Tull, lassen Sie mich das als einer sagen, der jetzt nicht damit angeben will, aber doch darauf hinweisen darf.

Ich gehöre seit dem Jahre 1949 gesetzgebenden Körperschaften an. Und ich weiß — ich habe es selbst erlebt —, daß es in allen demokratischen Gemeinschaften neben geschriebener Verfassung, neben geschriebenen Gesetzen oder einer geschriebenen Geschäftsordnung auch ungeschriebene Gesetze und im konkreten Fall für den Nationalrat auch eine ungeschriebene Geschäftsordnung gibt. Diese ungeschriebene Geschäftsordnung, meine Damen und Herren, ist meiner Meinung nach für die Kooperation verschiedener politischer Gruppen oft wichtiger als die geschriebene. Und in dieser ungeschriebenen Geschäftsordnung stand — zumindest bisher, Herr Doktor Androsch, Herr Dr. Broda und so weiter —, daß von der Regierungsbank aus keine Polemik betrieben wird.

Ich glaube, daß sich viele von Ihnen auf der linken Seite dieses Hauses so wie ich erinnern, daß beispielsweise Regierungsmitglieder der Österreichischen Volkspartei vom jeweils den Vorsitz führenden Präsidenten zur Sachlichkeit ermahnt wurden, wenn sie auf vehemente Angriffe sozialistischer Abgeordneter temperamentvoll reagierten. Ja es kam in der Koalitionszeit sogar einmal vor, daß der damalige Vizekanzler Dr. Pittermann von der Regierungsbank herunter zum Rednerpult der Abgeordneten gegangen ist mit der Begründung, daß er von da aus anders antworten könne als vom Platz der Regierung. Denn, meine Damen und Herren — und hier, glaube ich, sollten alle Abgeordneten der gleichen Auffassung sein —, die Regierung hat die Aufgabe, dem Parlament Rede und Antwort zu stehen, aber sie kann es sich ersparen, Belehrungen auszuteilen, und ihre Polemikübungen soll sie woanders abhalten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

An die sozialistischen Abgeordneten, Herr Dr. Tull — leider ist auch Herr Dr. Broda jetzt nicht da, er war zuerst einige Zeit hier —, hätte ich vor allem eine Frage: Wie hätten Sie sich, meine Damen und Herren, wie hätte etwa Herr Dr. Broda sich verhalten beziehungsweise reagiert, wenn ein Justizminister Dr. Klecatsky sich so benommen hätte, wie der Herr Minister Dr. Broda sich am 23. Oktober gegenüber dem Abgeordneten Ermacora benommen hat. Ein Sturm der Entrüstung wäre losgebrochen. Wahrscheinlich hätten Sie Unterbrechung der Sitzung verlangt. Aber jetzt ist für Sie alles selbstverständlich.

Bedauerlicherweise, meine Damen und Herren, muß ich feststellen: Bis heute hat sich Herr Justizminister Dr. Broda für sein unqualifizierbares Verhalten vom 23. Oktober nicht entschuldigt.

Glaser

Dieses Verhalten des Herrn Justizministers paßt im übrigen auch würdig zu der Antwort, die heute der Herr Vizekanzler Ing. Häuser dem Abgeordneten Regensburger gegeben hat. Stellen Sie sich so eine Vermehrung der Kontrollrechte des Parlaments vor, daß nämlich zur Antwort gegeben wird, wie es Herr Minister Häuser getan hat: Die Stellungnahmen der Interessenvertretungen beziehungsweise ein Ministerialentwurf, der im Begutachtungsverfahren ist, geht Sie, Herr Abgeordneter — er hat es nicht so ausgedrückt, vielleicht etwas umschriebener, aber per saldo kam es darauf hinaus —, mehr oder weniger nichts an; wenn Sie das interessiert, was von meinem Ministerium hinausgeht, dann haben Sie sicherlich zu irgendeiner Interessenvertretung Kontakte und können sich's dort besorgen.

So stellen wir uns die Arbeit im Parlament nicht vor, und so lassen wir uns auch von einer Mehrheitsregierung nicht behandeln! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Seit eh und je stellt ja das Budget einen Maßstab dar, an dem die Arbeit, der Erfolg oder auch der Mißerfolg einer Regierung besonders deutlich gemessen werden können. Wenn wir nun diesen Maßstab anlegen, so müssen wir wirklich die Frage stellen: Was ist denn aus den vielen Versprechungen der Sozialistischen Partei und der sozialistischen Regierung geworden? Wie drücken sich diese Versprechungen im Budget aus, wo finden sie ihren Niederschlag?

Erinnern wir uns doch, meine Damen und Herren: Eines der Hauptargumente nicht nur vor der letzten Nationalratswahl, sondern Jahre hindurch war „Bekämpfung des Preisauftriebes“. Ja eine Preissteigerung von drei Prozent war etwas Unerhörtes, war Anlaß zu einem Preisultimatum, war Anlaß zu weiß Gott welchen Aktionen. Und heute — und dieses Budget sorgt noch mehr als bisherige für einen weiteren Preisauftrieb — stellen wir fest, daß eine Indexerhöhung von 7 oder 7,5 Prozent als ein Erfolg sozialistischer Wirtschafts- und Finanzpolitik gefeiert wird.

Dabei darf ich darauf hinweisen, daß die derzeitige Indexermittlung ohnehin längst überholt ist. Denn — und ich glaube nicht, daß jemand in diesem Hause anderer Auffassung ist — die Lebens- und Verbrauchergewohnheiten der österreichischen Bevölkerung haben sich in den letzten Jahren doch sehr wesentlich geändert. Angefangen von der Motorisierung — im Warenkorb für die Indexermittlung ist zum Beispiel noch immer Normalbenzin enthalten — bis zu den Lebensmitteln und bis zur Kleidung und so weiter

hat sich vieles geändert, was bis heute im Warenkorb und damit in der Indexermittlung keine Berücksichtigung findet. Das heißt — anders ausgedrückt —, in Wahrheit ist ja die Preissteigerung noch viel größer, als sie durch den Index zum Ausdruck kommt.

Wenn das — und das darf ich den beiden Sprechern der sozialistischen Abgeordnetenfraktion sagen — ein Erfolg der sozialistischen Politik, der sozialistischen Finanz- und Wirtschaftspolitik ist, dann bitte überlasse ich es Ihnen wirklich gerne, dies weiterhin als Erfolg zu deklarieren.

Oder, meine Damen und Herren, was wurde vor allem der wohnungssuchenden, also der ärmeren Bevölkerung, den Arbeitnehmern mit geringem Einkommen et cetera doch versprochen: Die sozialistische Regierung, Herr Finanzminister, wird jährlich dafür sorgen, daß um 5000 Wohnungen mehr gebaut werden. Also, daß wir das ganz genau ausdrücken: Solange die ÖVP an der Regierung war, gab es 50.000 neue Wohnungen im Jahr. Nach sozialistischen Versprechungen sollten es im ersten Jahr 55.000, im zweiten Jahr 60.000, im dritten Jahr 65.000 und so weiter werden; das heißt, in den drei Jahren sozialistischer Regierung hätten nicht nur jährlich 50.000 Wohnungen wie unter der ÖVP-Regierung gebaut werden sollen, sondern zusätzlich 30.000 weitere.

Meine Damen und Herren! Weit entfernt, nicht nur von den 30.000 weiteren, weit entfernt von den jährlich 50.000 Wohnungen ist die Wirklichkeit.

Wenn man sich jetzt die Statistiken anschaut, muß man leider feststellen: Seit die Sozialisten die Alleinverantwortung in diesem Staate tragen, stagniert der Wohnungsbau nicht nur, sondern er hat leider Gottes eine rückläufige Tendenz. Und die Leidtragenden dieser sozialistischen „Erfolgspolitik“ sind jene vielen Arbeiter, Angestellten, kleinen öffentlich Bediensteten, die vergeblich versuchen, zu einem Eigenheim, zu einer Eigentumswohnung oder überhaupt nur zu einer Wohnung zu erschwinglichen Preisen zu kommen.

Ich habe gesagt: Erinnern wir uns und vergleichen wir die Folgen und Auswirkungen. Meine Damen und Herren! Es war heute von „stolz auf diese Leistungen“ — so habe ich mir das hier notiert, es war der Herr Abgeordnete Dr. Tull — die Rede. Ich habe hier ein unverdächtiges Büchlein zum Zeugen genommen, nämlich das „Wirtschafts- und sozialstatistische Taschenbuch“ des Österreichischen Arbeiterkammertages aus dem Jahre 1973. Und da ist unter anderem auch die Einkommenssteigerung für Arbeitnehmer in

Glaser

den letzten zehn Jahren enthalten. Da stellt sich nun folgendes heraus, meine Damen und Herren: In den letzten zehn Jahren, von 1963 bis 1972, war die Erhöhung des Realeinkommens — und nur das ist ja interessant; nicht die Erhöhung der Androsch-Schillinge, die ja von Jahr zu Jahr 8 oder 9 Prozent weniger Wert werden, sondern die tatsächliche Erhöhung des Realeinkommens; ein Ausdruck, der im übrigen sehr oft von Herrn Präsidenten Benya gebracht wird — jedenfalls im Jahr 1972 innerhalb dieser zehn Jahre die niedrigste.

Meine Damen und Herren, das sind Erfolge sozialistischer Wirtschaftspolitik, die ich Ihnen absolut nicht streitig machen will; dargestellt vom Arbeiterkammertag.

Meine Damen und Herren! Noch eine Bemerkung. (*Ruf bei der ÖVP: So etwas hört der Tull nicht!*) Im Laufe der heutigen Diskussionen und zum Teil auch aus Zeitungsberichten geht hervor, daß Präsident Benya gestern beim Gewerkschaftstag der öffentlich Bediensteten sinngemäß zum Ausdruck brachte, Wirtschaftswachstum ohne Inflation sei nicht denkbar. Wenn es etwas anders gesagt worden ist, so bitte ich um Verständnis, denn ich habe es so gehört, und in den Zeitungen ist es etwa so wiedergegeben worden. Meine Damen und Herren! In diesem Fall stellt sich der sozialistische Abgeordnete Benya in Gegensatz zu Erkenntnissen prominenter sozialistischer Wirtschaftsexperten, denn in einer Zeitung, die auch vom ÖGB und Arbeiterkammertag herausgegeben wird, nämlich in der „Arbeit und Wirtschaft“, schreibt der Herr Generalrat Ausch unter anderem: Man hat vor Jahren angenommen, daß eine mäßige Inflation tatsächlich der Preis für die Vollbeschäftigung sei. Heute weiß man es besser, daß nämlich die Inflation die Vollbeschäftigung bedroht, daß sie früher oder später das Wirtschaftswachstum hemmt und schließlich zum Stillstand bringt. — Wenn ich dieses Büchlein von der Arbeiterkammer nehme, so finde ich darin das bestätigt, was ein prominenter sozialistischer Wirtschaftsfachmann im Gegensatz zum Präsidenten Benya und im Gegensatz zu so manchen anderen sozialistischen Politikern zum Ausdruck gebracht hat.

Meine Damen und Herren! Es wurde von der Verbesserung der Lebensverhältnisse und vor allem von einer Lohn- und Einkommenssenkung gesprochen. Wenn man den Budgetentwurf 1974 anschaut, dann stellt man fest, das möchte ich gerade als ein Arbeitnehmervertreter hier tun, daß die Lohnsteuererträge für das Jahr 1974 um 5,5 Milliarden Schilling höher angesetzt sind als für das

gegenwärtige, jetzt zu Ende gehende Jahr. Bei den Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer ergibt das eine Steigerung um 26 Prozent, in absoluten Zahlen ausgedrückt: 5,5 Milliarden Schilling, oder auf die Gesamtzahl der Arbeitnehmer umgelegt, bedeutet das pro Kopf durchschnittlich 2000 S jährlich mehr Lohnsteuer.

Jetzt stelle ich eine Frage vor allem an die sozialistischen Gewerkschaftsvertreter in diesem Hause: Steht einer Steigerung der Lohnsteuer um 26 Prozent eine Einkommenssteigerung um 26 Prozent gegenüber? Die öffentlich Bediensteten haben sich in diesem Jahr mit einer durchschnittlichen Steigerung ihres Einkommens um 7,7 Prozent begnügen müssen. (*Abg. Robak: Und der Bacher?*) Die öffentlich Bediensteten, die Eisenbahnbediensteten, Herr Kollege, die Postler, und so weiter bekamen 7,7 Prozent, aber der Herr Finanzminister hat eine 26prozentige Lohnsteuersteigerung angesetzt. Ist das eine Politik für die Arbeitnehmer? Meine Damen und Herren! Auch die Beantwortung dieser Frage überlasse ich gerne Ihnen und der österreichischen Bevölkerung.

Aber was geschieht sonst so für den kleinen Mann? Ich habe hier eine Aussage des Herrn Bundeskanzlers — in der „Arbeiter-Zeitung“ stand das — und da heißt es sinngemäß: Wir müssen uns vor allem um die Fragen der wirtschaftlichen Stabilität in ganz besonderem Maße kümmern. — So Dr. Kreisky. In Wirklichkeit sind nämlich die Bezieher der kleinen Einkommen die großen Sparer und nicht jene, die große Schulden haben. Die kleinen Einkommensbezieher haben die große Angst um den Schilling. All diesen Umständen müssen wir Rechnung tragen. Jetzt muß man nur wissen, wann hat das der Herr Dr. Kreisky gesagt? Das war am 2. Februar 1967, denn heute hat er sicherlich vergessen, daß die kleinen Sparer die wirklich Leidtragenden sind.

Wenn ich in Erinnerung rufen darf, so ging es aus der Rede des Herrn Finanzministers hervor, daß der Stand der Spareinlagen in Österreich derzeit 186,3 Milliarden Schilling beträgt. Das heißt, bei einer Inflationsrate von nur 7,5 Prozent — in Wirklichkeit ist sie höher, das habe ich vorher schon gesagt — verlieren diese Sparer im Laufe eines Jahres rund 14 Milliarden Schilling, die maximal zur Hälfte durch entsprechende Verzinsungen wettgemacht werden können. Mehr als 7 Milliarden Schilling verlieren durch die Inflationspolitik der Bundesregierung und auch dieses Budget 1974 die österreichischen Sparer, die kleinen Sparer, und wenn Sie es in absoluten Zahlen umgelegt haben wollen, so bedeutet

Glaser

das bei 7 Milliarden Österreichern, daß jeder Sparer 1000 Schilling für die Politik dieser Regierung jährlich einbüßt.

Ähnlich verhält es sich mit dem Pensionistenindex. Die Sozialistische Partei will ja für die Pensionisten gar so viel tun. Meine Damen und Herren! Im Jahr 1972 ist der Pensionistenindex um 6,9 Prozent gestiegen, in einem Jahr also, in dem die Pensionen um insgesamt 7,4 Prozent erhöht wurden. Hier könnte man noch viele andere Beispiele anführen.

Auf dem Sektor der Familienpolitik darf ich nur in Erinnerung rufen, daß schon bei der Beschlußfassung über das neue Lohn- und Einkommensteuergesetz Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei darauf hingewiesen haben, daß die Neueinführung der Kinderabsetzbeträge anstelle der Kinderfreibeträge eindeutig progressionsverschärfend wirkt, und diese zu Lasten der Familien gehende Progressionsverschärfung müßte unserer Meinung nach entweder durch eine Dynamisierung der Kinderabsetzbeträge oder durch eine entsprechende Erhöhung gemildert werden.

Meine Damen und Herren! Man könnte dieses Register der gerade die Arbeiter und Angestellten in diesem Lande hart treffenden Politik der Sozialisten fortsetzen. Das würde aber doch den Rahmen der ersten Lesung sprengen, und ich habe selbst gesagt, ich bin grundsätzlich für eine entsprechende Begrenzung der Redezeit, aber unter der Voraussetzung, daß sich auch die Regierungsmitglieder daran halten. Wie wenig sich die Regierungsmitglieder daran halten, das — ich hätte das vorher noch sagen wollen — geht aus einer Übersicht der „Parlamentsskorrespondenz“ „Zweimal zwei Jahre Parlament“ hervor: In den ersten zwei Jahren der ÖVP-Regierung haben insgesamt nur 156mal ÖVP-Regierungsmitglieder in diesem Haus das Wort ergriffen, in der gleichen Zeit aber haben 275mal — also fast doppelt so oft — sozialistische Minister von der Regierungsbank aus in die Verhandlungen eingegriffen. Das möchte ich vor allem den sozialistischen Regierungsmitgliedern noch einmal sagen: Verwechseln Sie das österreichische Parlament nicht etwa mit dem ehemaligen Reichstag, in dem die Abgeordneten kommen mußten, um Reden der Regierungsmitglieder anzuhören und dann wieder nach Hause gehen durften. Wir sind nicht gewillt, nur Reden der Herren Androsch, Broda, und wie sie sonst alle heißen mögen, zu hören, sondern sind hier, um den Standpunkt jenes Teiles der österreichischen Bevölkerung zu vertreten, dessen Vertrauen wir nicht nur das letzte Mal bekommen haben, sondern dessen Vertrauen Gott sei Dank wieder von Wahl zu Wahl stärker wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun zum Schluß noch zu einem Thema, das bis jetzt auch nur am Rande gestreift wurde und zu dem sicherlich im Rahmen der Spezialdebatte noch so manches gesagt werden wird. Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky hielt anläßlich des Nationalfeiertages eine Rede zum Thema „Volk und Landesverteidigung“. Lassen Sie mich aus dieser Rede einiges zitieren. Es würde zu weit führen, die ganze Rede vorzulesen, ich schicke auch gleich voraus, daß auch meine Partei mit dem Inhalt dieser Ausführungen einverstanden ist. Doktor Kreisky sagte dabei unter anderem: „Ich glaube, daß hier ein anderes Argument überzeugender sein muß, nämlich daß kleine Staaten, sofern es sich nicht um kontinentale oder sogar globale Kriege handelt oder solche beabsichtigt sind, in der Regel selbst mit der Gefahr in anderer Weise konfrontiert werden, nämlich durch das, was man gewohnt ist, den Krieg durch Stellvertretung zu nennen.“

Diese Kriege wurden und werden, jedenfalls in ihrer ersten Phase, mit konventionellen Waffen geführt, und damit bekommt die Landesverteidigung auch eines Staates wie Österreich ihren Sinn. Es muß primär gelten, sich gegen den zur Wehr setzen zu können, der sich dazu hergibt, stellvertretend für eine andere Macht Kriegshandlungen oder kriegsähnliche Handlungen zu setzen.“

Und schließlich sagt Dr. Kreisky dann weiter: „So gewinnt die Landesverteidigung besondere politische Motivation. Sie, die Landesverteidigung“ — laut Dr. Kreisky — „ist der sicherste und aktivste Ausdruck einer legalen Regierung, sich gegen eine illegale zu wehren.“

Ich habe schon gesagt: Das ist eine Ausführung, mit der ich persönlich, mit der meine Partei und mit der sicherlich auch ein Großteil der österreichischen Bevölkerung einverstanden ist, eine Ausführung, die ich unterstreiche. Es ist nur eine Frage: Wie schaut das nun in der Praxis aus? Ist es mit unserer Sicherheit nicht auch so, daß zwar große Worte gesprochen werden, daß aber die Taten fehlen? Oder, anders ausgedrückt: daß wie so oft bei der Kreiskyschen Politik Taten und Worte bei weitem nicht übereinstimmen.

Nun wieder zum Budget zurück. Das Budget für die Landesverteidigung ist perzentuell praktisch gleich groß geblieben wie im letzten und im vorletzten Jahr. Für die wirtschaftliche Landesverteidigung — meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob Sie das alles schon angeschaut haben — sind in diesem Budget sage und schreibe 1000 S enthalten! Wie paßt dieser Budgetansatz, Herr Minister Doktor Androsch, mit den Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers zum Thema Volk und Landesverteidigung zusammen?

Glaser

Dabei müßten wir doch gerade im Hinblick auf die wirtschaftliche Landesverteidigung aus der Entwicklung der letzten Monate entsprechende Konsequenzen ziehen, müßten besondere Anstrengungen unternehmen. Herr Doktor Koren, unser Klubobmann, hat es ja gesagt: Wir wären auf diesem Gebiet zu entsprechender Kooperation bereit. Aber mit 1000 S für wirtschaftliche Landesverteidigung kann man wirklich nichts anfangen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ähnlich verhält es sich auch mit dem Zivilschutz. Ich will auf die Ziffern gar nicht eingehen, das würde zu weit führen, auch darüber werden wir noch sprechen. Aber per saldo ist es nichts anderes als eine Erinnerungspost.

Meine Damen und Herren! Damit komme ich zum Schluß. Ich kann es Ihnen aber nicht ersparen, das noch einmal festzustellen. Mit den Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers ist es überhaupt eine eigene Sache. Ich kenne wirklich keinen österreichischen Politiker, der sich so oft widerspricht, der seine Meinungen so oft ändert wie Herr Bundeskanzler Doktor Kreisky.

Herr Klubobmann Weisz sagte heute unter anderem, die sozialistische Nationalratsfraktion würde dafür sorgen, daß das Programm dieser Bundesregierung verwirklicht wird. Nun habe ich mir noch einmal das Programm dieser Bundesregierung in Eile durchgelesen. Aber ich habe in diesem Regierungsprogramm kein Wort, keinen Satz gefunden, daß diese Regierung die Absicht hätte, das Rundfunkgesetz zu ändern. Ich erinnere mich, da ich in dieser Materie zu Hause bin, wohl sehr gut, daß der Herr Justizminister Dr. Broda vor der Medienrechtskommission vor etwa eineinhalb Jahren oder etwas mehr, am 28. Jänner des vergangenen Jahres, sagte: Das Rundfunkgesetz soll nicht geändert werden, weil es nicht in den Absichten der Bundesregierung beziehungsweise des Regierungsprogramms liegt. Wenn also die sozialistische Parlamentsfraktion für dieses Regierungsprogramm eintritt, dann ist darin eine Änderung des Rundfunkgesetzes nicht enthalten.

Wenn ich vorhin sagte, daß sich der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky so oft widerspricht, so oft seine Meinungen ändert, so darf ich ebenfalls aus einer parlamentarischen Anfrage vom 11. Oktober des vergangenen Jahres Dr. Kreisky wortwörtlich zitieren: „Ich habe auf verschiedene Anfragen zu verschiedenen Zeitpunkten in Pressekonferenzen die Erklärung abgegeben, daß eine Änderung des Rundfunkgesetzes nicht geplant ist.“ — Er geht dann später darauf ein, daß sich natürlich

im Laufe der politischen Entwicklung etwas ändern könne. Aber Dr. Kreisky sagt wieder: „Ich habe aber keinen Zweifel daran gelassen, daß sich an den Grundsätzen des Rundfunkgesetzes und an den Grundsätzen des Volksbegehrens, das seinerzeit auslösend hiefür war, nichts ändern kann und soll.“

Jene Regierungsvorlage, die wir gestern beziehungsweise heute bekommen haben, ist keine Novelle des Rundfunkgesetzes, das ist ein vollkommen neues Rundfunkgesetz, ein Rundfunkgesetz, mit dem Hörfunk und Fernsehen regierungskonform geschaltet werden sollen, das ist ein Rundfunkgesetz, nach dem der Einfluß der Bundesregierung größer als je zuvor sein wird.

Wieder darf ich Kreisky zitieren und Ihnen erklären, wie oft er sich widerspricht. Er sagte auf die gleiche Anfrage in der 43. Sitzung am 11. Oktober 1972, Protokollseite 3688: „Ich habe der Öffentlichkeit diesbezüglich bereits eine Aufklärung in meiner letzten Pressekonferenz gegeben, und zwar habe ich erklärt — ich wiederhole also diese Mitteilung, damit auch das Hohe Haus Gelegenheit hat, sie vollinhaltlich kennenzulernen —, daß ich jetzt prüfen werde, inwieweit auch andere Vertreter der Sozialpartner — wir halten ja“ — so Dr. Kreisky — „die Sozialpartnerschaft für eine der wichtigsten Errungenschaften der Zweiten Republik — hier Überlegungen anstellen oder Wünsche haben.“

Meine Damen und Herren! Wissen Sie, was diese Prüfung ergeben hat? Von 28 Interessenvertretungen und sonstigen Stellen, die eingeladen wurden, zu diesem Rundfunkgesetz Stellung zu nehmen, haben 17 eine vollkommen negative Stellungnahme abgegeben! Trotzdem hat der Herr Bundeskanzler Doktor Kreisky jetzt eine Regierungsvorlage herübergegeben, die all diesen Vorschlägen, Anregungen und Stellungnahmen genau widerspricht. Aber er sagt, er will die Wünsche der Sozialpartner et cetera kennenlernen.

Ferner sagte Herr Dr. Kreisky: „Ich habe weiters keinen Zweifel gelassen, daß ich auch mit den Initiatoren des seinerzeitigen Volksbegehrens und auch mit den politischen Parteien über diese Frage sprechen werde, um mir vorerst einmal ein Bild zu schaffen, welche Entwicklungen es diesbezüglich gegeben hat.“

Meine Damen und Herren! An einem dieser Gespräche mit der Sozialistischen Partei, mit dem Herrn Bundeskanzler, mit dem Herrn Finanzminister und so weiter habe ich selbst teilgenommen. Dabei ist nicht mehr und nicht weniger festgestellt worden, als daß wir in Fragen Rundfunk und Fernsehen vollkommen konträre Ansichten haben. Das war aber im

Glaser

wesentlichen, Herr Minister Dr. Androsch, alles. Von einem echten Gedanken- oder Meinungs austausch kann überhaupt keine Rede sein, noch viel weniger davon, daß der Herr Bundeskanzler bei der Erstellung dieses Entwurfes auf Anregungen, die nicht in sein momentanes Konzept passen, in irgendeiner Form eingegangen wäre.

Nun noch einmal und damit endgültig zum Ende: Wenn jemand heute so und morgen so sagt, dann ist es auch schwer, verschiedene andere Handlungen zu verstehen. Ich erinnere mich an eine Äußerung des Herrn Bundeskanzlers Dr. Kreisky — es war, glaube ich, 1969 im Herbst —, wo er sinngemäß sagte: Budgetdefizite von 8 oder gar 9 Milliarden Schilling, das ist doch ein Wahnsinn. Meine Damen und Herren! Jetzt haben wir ein Defizit, das mehr als 15 Milliarden Schilling ausmacht. Ich überlasse es ... (*Bundesminister Dr. Androsch: 10 Milliarden!*)

Herr Finanzminister, so geht das nicht! Sie reden je nach Bedarf. Zuerst sagen Sie 10 Milliarden, und dann sagen Sie, das Stabilisierungsbudget gehört dazu, und dann gehört das dazu und dann gehört das nicht dazu. — Alle Einnahmen und Ausgaben zusammen und gegenübergestellt ergeben ein Defizit von 15,4 Milliarden Schilling. Das sind die Tatsachen, Herr Minister.

Wenn der Herr Bundeskanzler damals sagte, ein Defizit von wesentlich weniger, noch dazu in einer Zeit, die durch Stagnation gekennzeichnet war, also ein Defizit von damals 8 Milliarden, sei ein Wahnsinn, während wir jetzt ein Defizit in der Hochkonjunktur von 15,4 Milliarden haben, dann überlasse ich es Ihnen, wie Sie das bezeichnen. Von uns können Sie nicht erwarten, daß wir dem zustimmen werden. Daher wird die Österreichische Volkspartei in voller Verantwortung dem österreichischen Volk gegenüber dieses Budget ablehnen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst**: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Bregartner.

Abgeordneter **Bregartner** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Budgetrede gibt jedes Jahr Anlaß zu einer kritischen parlamentarischen Konfrontation zwischen der Bundesregierung einerseits und der Opposition andererseits. Die Regierungspartei ist selbstverständlich bemüht, bei dieser Debatte auf ihr Tun und Wirken und auf ein Regierungsprogramm einzugehen und darüber Rechenschaft abzugeben. In einer Demokratie ist es andererseits wieder das legitime Recht einer Opposition, im Parlament und damit in der Öffentlichkeit die Regierung einer Kritik zu unterziehen und nötigenfalls Alternati-

ven zu unterbreiten, wie sie sich in der gleichen Situation als Regierung verhalten würde. Die Oppositionsredner vor mir haben von dieser Kritik heute schon reichlich Gebrauch gemacht, doch von Alternativen, die sie etwa anzubieten hätten, haben wir bis zu dieser Stunde nichts gehört. (*Abg. Minkowitsch: Nicht aufgepaßt!*) Ich habe immer aufgepaßt; ich war auch immer im Saal.

Wenn wir vor allem den Stil der großen Oppositionspartei seit 1970 verfolgen, so müssen wir als Parlamentarier dieser Regierungspartei feststellen — und auch die kritische Öffentlichkeit tut es —, daß wir außer einem dauernden Nein zu sehr wichtigen Fragen, zu den Initiativen der Regierung nichts zu hören bekamen. Dann nützt es auch nichts — und damit darf ich vielleicht auf die Ausführungen von Herrn Abgeordneten Glaser eingehen —, wenn er sagt, bei 84,2 Prozent Gesetzen hätte die ÖVP ihre Zustimmung gegeben, lediglich bei 16 Prozent nicht. Meine Damen und Herren! Es kommt ja letztlich auch auf die Gewichtung an, und ich werde mir erlauben, in meinen Ausführungen noch aufzuzeigen, bei welchen wichtigen Gesetzen gerade die Österreichische Volkspartei ein Nein gesagt hat. (*Abg. Glaser: Bei allen Budgets und bei BudgetüberschreitungsGesetzen zum Beispiel!*)

Es ist daher, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, nicht verwunderlich, wenn in dem Bewußtsein sehr vieler Österreicher die ÖVP mit dem Prädikat einer Neinsager-Partei abgestempelt wurde.

Neben diesem dauernden Nein stellt man seit 1970 auch eine Lizitationspolitik fest, die ins Maßlose geht und der eine verantwortungsvolle Bundesregierung in vielen Fällen die Zustimmung verweigern muß, weil die notwendigen budgetären Mittel dafür nicht vorhanden sind. Ich werde mir zu einem späteren Zeitpunkt meiner Ausführungen erlauben, auf diese Politik der Österreichischen Volkspartei mit entsprechenden Unterlagen näher einzugehen. (*Abg. Ottenböck: Kollege Bregartner! Fragen Sie bei Ihren Kollegen zuerst, was die sozialistischen Abgeordneten zur Zeit der ÖVP-Alleinregierung für Neinsager waren! Sie wissen das nicht! Fragen Sie nach!*)

Wir sind jetzt in der Zeit 1970 beziehungsweise 1971 bis 1975, Herr Abgeordneter. Ich werde mir dann erlauben, hier wirklich die Dinge echt beim Namen zu nennen.

Nun zu einigen wesentlichen Schwerpunkten des Budgets 1974, auf die bereits Klubobmann Weisz und Abgeordneter Tull eingegangen sind.

Bregartner

Bei der Erstellung dieses Budgets, das heute der ersten Lesung unterzogen wird, war sich diese Bundesregierung durchaus bewußt, daß es neben den entsprechenden Schwerpunkten der einzelnen Ressorts auch ein Budget sein muß, bei dem die Stabilitätspolitik Vorrang haben muß.

Wenn wir uns die Budgets seit der Amtsübernahme dieser Regierung ansehen, dann lagen, meine Damen und Herren, die Schwerpunkte immer wieder auf dem Sektor Bildung, Forschung und Sozialpolitik. Die Steigerungsqoten auf diesen Gebieten liegen wesentlich höher als die globale Budgetzunahme. Das hat auch der Herr Abgeordnete Tull heute bereits erwähnt.

Meine Damen und Herren! Die Schüler- und Hörerzahlen im Unterrichtsressort beweisen, daß durch entsprechende gesetzliche Förderungsmaßnahmen in den letzten Jahren wahrlich eine Bildungsexplosion eingetreten ist, auch wenn sich die Österreichische Volkspartei massiv gegen einige dieser Maßnahmen, wie das Gratisschulbuch, Schülerfreifahrten und Schul- und Heimbeihilfen, gewehrt hat. Und das sind zum Beispiel, meine Damen und Herren, einige wesentliche Gesetze gewesen, bei denen Sie hier nein gesagt haben. (*Abg. Dr. Gruber: Wissen Sie noch, wie wir gestimmt haben? In dritter Lesung mit Ja!*) Das weiß ich.

Auch in der Sozialpolitik können wir mit den Leistungen der vergangenen Jahre und den Maßnahmen für 1974 wahrlich zufrieden sein, auch wenn uns die Österreichische Volkspartei auf diesem Gebiet Vorwürfe macht, daß durch die Preisentwicklung der letzten Jahre die Pensionisten die Erhöhungen gar nicht gespürt hätten. Solche Feststellungen sind erstens durch Zahlen, wenn man sie sich genau ansieht, widerlegt, und vor allem, was mir wesentlich erscheint, wenn man als Mandatar Kontakte mit den Pensionsempfängern und damit mit den alten Menschen hat, kann man immer wieder hören, daß die Rentenerhöhungen wohl als positive Leistungen dieser Regierung anerkannt werden.

Ihnen, meine Damen und Herren, scheint dieser Kontakt zu fehlen, auch wenn Sie immer wieder beteuern, daß Ihnen gerade der alte Mensch am Herzen liegt. Wenn wir die Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung seit ihrem Bestehen, das heißt seit etwa hundert Jahren verfolgen, dann war es immer wieder ein Kampf dieser Partei um die Besserstellung der sozial Schwächeren in diesem Staate. Und der Mensch von heute weiß genau zu unterscheiden, welcher Wandel in der

Gesinnung der Sozialpolitik seit der Alleinregierung dieser Partei eingetreten ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Diese Verbesserungen und Dotierungen wären sicher nicht möglich gewesen, wenn wir nicht in den letzten Jahren eine ungeheure Prosperität unserer Wirtschaft gehabt hätten. Die sozialistische Alleinregierung hat eine Reihe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen durchgeführt, die letztlich auch einen wesentlichen Beitrag zu dieser positiven Entwicklung leisteten. Ich darf hier vor allem auf einige gesellschaftliche und wirtschaftspolitische Weichenstellungen der letzten Jahre hinweisen:

Erstens das Arrangement mit den Europäischen Gemeinschaften;

zweitens die Einführung der Mehrwertsteuer;

drittens die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer;

viertens als eine markante und wirtschaftspolitische Entscheidung dieser Bundesregierung das im Feber beschlossene Gesetz der Stahlfusion.

Auch zu letzterem, zu dieser notwendigen Gesetzesmaterie, hat die Österreichische Volkspartei wieder ihr bekanntes Nein gesagt.

Durch die Fusion der Stahlunternehmen VOEST und Alpine sowie der Eingliederung der Edelfstahlfirmen Schoeller und Böhler wurde ein Konzern mit 80.000 Beschäftigten geschaffen, mit einem Konzernumsatz von 25 Milliarden. Der neue österreichische Großkonzern steht damit weit an der Spitze der österreichischen Unternehmen und in einer internationalen Rangordnung, die uns für die Zukunft ungeahnte Chancen einräumt.

In einer Zeit, in der wir weltweit Konzentrationsbildungen in der Wirtschaft erleben, kann sich auch unser Land diesen Aspekten nicht verschließen. Wenn man heute ein bißchen mit offenem Ohr in die österreichische Bevölkerung hineinhört, wird man auch bei kritischer Einstellung mancher feststellen müssen, daß diese moderne und zukunftsorientierte Industriepolitik der Bundesregierung Anklang findet. Durch diese Maßnahmen wird ein wertvoller Beitrag zu der so notwendigen Strukturverbesserung gefunden, die sich letztlich in einer verbesserten Konkurrenzfähigkeit dieser Wirtschaft äußert.

Lassen Sie mich daher diese meine abgegebenen Äußerungen durch einige charakteristische Zahlen aus dieser positiven Wirtschaftsentwicklung untermauern.

Bregartner

Osterreich erfreut sich seit dem Jahre 1969 einer laufenden Hochkonjunktur und machte kurzfristige Rezessionserscheinungen anderer Länder in den letzten Jahren nicht mit. Im Vergleich zu den Jahren 1969 und im Vergleich zu dem westlichen Ausland, meine Damen und Herren, das heißt zu den westlichen Industriestaaten, verzeichnet unsere Wirtschaft laufend Rekordergebnisse. Das wurde auch heute hier bereits einige Male erwähnt.

Ich darf aber trotzdem diese Ziffern, die des öfteren schon hier genannt worden sind, wiederholen, weil die große Oppositionspartei keine Gelegenheit versäumt, diese Wirtschaftspolitik als schlecht hinzustellen, obgleich die Fakten ganz anders lauten. Wir lagen seit 1970 mit unserer Wachstumsrate an der Spitze der europäischen OECD-Länder. Wenn man auch mit anderen Ländern, die außerhalb Europas liegen, vergleicht, kann man feststellen, daß auch wir einen beachtlichen Platz in dieser Entwicklung eingenommen haben.

Auch für das Jahr 1973 wird das Wirtschaftswachstum wieder 6 Prozent betragen, obgleich ursprünglich die Prognose nur 5 Prozent gelaute hat. Auch für das kommende Jahr hat das österreichische Institut für Wirtschaftsforschung ein Wachstum von 4,5 Prozent prognostiziert, das heißt, es wird vielleicht eine geringfügige Beruhigung eintreten, aber letztlich doch ein Wachstum, das bewirkt, daß auch für das kommende Jahr, meine Damen und Herren, die Vollbeschäftigung gesichert ist. In diesem Zusammenhang möchte ich feststellen, daß wir uns in einer Phase der Vollbeschäftigung befinden, wie wir uns dies nie vorher haben vorstellen können. Wir haben rund 250.000 Beschäftigte mehr als 1969, und eine Arbeitslosenrate, die im Juni dieses Jahres mit 27.700 den absoluten Tiefstand seit 1945 erreicht hat.

In diesem Zusammenhang möchte ich ein Problem erwähnen, das auch hierhergehört, und zwar ist es die Abwanderung österreichischer Arbeitskräfte in das benachbarte Ausland, speziell in die Bundesrepublik. Erfreulicherweise können wir feststellen, daß die Abwanderung etwas schwächer geworden ist als in den Vorjahren, was nicht zuletzt auch auf die beiden Schillingaufwertungen des Jahres 1973 zurückzuführen ist.

Meine Damen und Herren! Ausdruck dieses wirtschaftlichen Fortschritts in Osterreich ist auch die Entwicklung der Löhne. Hiezu muß man feststellen, daß es den Gewerkschaften gelungen ist, die Löhne und Gehälter entsprechend dem Wirtschaftswachstum und der Preis-

entwicklung merklich zu erhöhen, und dies vor allem, das darf ich hier auch positiv erwähnen, in einem Klima der echten Sozialpartnerschaft. Ziffern darüber finden Sie in den Arbeitsbehelfen zum Bundesfinanzgesetz 1974, sodaß es sich erübrigt, sie hier im einzelnen noch einmal anzuführen.

Ich möchte aber, meine Damen und Herren, nicht verhehlen, daß es neben dieser erfreulichen Entwicklung natürlich auch die unangenehme Nebenerscheinung der Preisaufwärtsentwicklung gibt. Es geht uns bei dieser Beurteilung nicht nur darum, die Dinge in der Öffentlichkeit vielleicht zu verniedlichen, es geht uns vielmehr darum, sie nicht allein von Osterreich aus zu betrachten. Mit der gesamten internationalen Konjunkturentwicklung nahm auch in Osterreich der Preisauftrieb kräftig zu. Auch hier wurde in den letzten beiden Jahren und bei den Wirtschaftsdebatten im Parlament auf die Ursachen dieser Preisaufwärtsentwicklung schon näher eingegangen. Ich möchte aber heute angesichts der ersten Lesung des Finanzgesetzes 1974 nicht verabsäumen zu bemerken, daß es zum Wesensmerkmal dieser Bundesregierung gehört, daß auch im kommenden Jahr die Stabilitätsbemühungen fortgesetzt werden.

Die Stabilitätsabkommen, die Ende des Jahres 1972 getroffen wurden und die ihre Fortsetzung heuer im Frühjahr gefunden haben, zeigen auf, daß der Weg, der gegangen wird, richtig ist. Das Preisbestimmungsgesetz, das Nettopreissystem, Preisauszeichnungsbestimmungen, Schillingaufwertung und viele andere Maßnahmen zeigen deutlich, daß die Bundesregierung bemüht war, hiezu einen beachtlichen Beitrag zu leisten, was ja letztlich auch nötig ist, um dieser Aufwärtsentwicklung der Preise entsprechenden Einhalt zu gebieten; auch budgetäre und kreditpolitische Maßnahmen haben das Ihre dazu beigetragen.

Die letzten uns zur Verfügung stehenden Zahlen beweisen, daß der Weg der Stabilisierungsbemühungen richtig war, obgleich ich manchmal den Eindruck habe, daß die Osterreichische Volkspartei aus dieser für die gesamte Wirtschaft unangenehmen Entwicklung ihr politisches Kapital schlagen möchte. Es hat am 20. September 1972 die „Kronen-Zeitung“ in ihrem Wirtschaftsteil unter dem Titel „Kassandra vom Dienst“ dies so treffend formuliert, indem sie schrieb: „Wir werden nicht nur mit der Inflation leben müssen, sondern auch mit dem politischen Geschäft damit.“ Dieses politische Geschäft, meine Damen und Herren, scheinen Sie von der ÖVP laufend machen zu wollen.

Bregartner

Ich möchte überhaupt sagen, daß Ihre Haltung gegenüber der Regierungspartei oft nicht nur eine übliche Kritik einer Oppositionspartei an einer Regierung ist, sondern daß Sie fallweise auch durch pessimistische Äußerungen unnötig Unruhe in die Wirtschaft hineinbringen. Oft habe ich den Eindruck, daß, wenn ich mir die Aussprüche von Herrn Klubobmann Professor Koren ansehe, er diese gegen sein besseres Wissen machen muß.

Sie gestatten, daß ich hier einige solcher Feststellungen, die aus Pressekonferenzen der vergangenen eineinhalb Jahre stammen, anführe. In einem Pressegespräch mit der „Presse“ vom 5. August 1972 sagt Ihr Professor Koren: „Die Sicherheit der Arbeitsplätze ist gefährdet.“

In der „Volkszeitung“ vom 5. Juli 1972 steht: „Eine echte Gefahr der Sicherheit der Arbeitsplätze.“

Meine Damen und Herren! Diese Behauptungen entsprechen überhaupt nicht der Realität, was meine Zahlen über den Beschäftigungsstand ausgesagt haben. Man könnte noch andere Beispiele aus dem Jahre 1973 bringen.

Zum Beispiel aus dem „ÖVP-Pressedienst“ vom 19. 6. 1973, wo Professor Koren behauptet, daß die Regierung der Inflation nie den Kampf angesagt hätte und den Dingen freien Lauf ließe, obgleich wir auf der anderen Seite im unteren Drittel Europas in der Preisauftriebsentwicklung liegen.

Aber der Kreis wäre nicht geschlossen, wenn man nicht auch den Herrn Bundesparteiobmann Dr. Schleinzer zitieren würde. Im „Niederösterreichischen Volksblatt“ vom 9. Juni 1972: „Im Spitzenfeld der Teuerung“, „Arbeitsplätze in Gefahr“. Im „ÖVP-Pressedienst“ vom 25. Mai 1973: „Die Teuerung ist ein Markenzeichen dieser Regierung“.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich das Sozialbudget ansehen, dann werden Sie sehen, daß gerade für die sozial Schwächeren in diesem Lande von dieser Bundesregierung in den letzten Jahren sehr viel getan worden ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Im „ÖVP-Pressedienst“ vom 7. 7. 1973 und im „ÖVP-Pressedienst“ vom 8. 7. 1973 sind eine ganze Reihe von Behauptungen aufgestellt worden, die letztlich der Realität nicht entsprechen, eine Fülle von Behauptungen, deren Inhalt jeglicher Realität widerspricht, bei denen aber letztlich der Österreicher wohl zu unterscheiden versteht, was er davon zu halten hat. Ihre laufenden Äußerungen auch immer wieder, daß der Österreicher unter einer sozialistischen Regierung durch die Preissteigerungen das Vertrauen in den Schilling ver-

lieren würde, können auch nur als eine der üblichen und auch politisch auf Effekt ausgerichteten Äußerungen verstanden werden. Denn wenn wir uns die Ergebnisse — sie wurden auch heute bereits erwähnt — des Weltspartages ansehen, dann haben wir auch hier wieder eine Steigerung von mehr als 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr feststellen können.

Meine Damen und Herren! Solche Ergebnisse erzielt man doch nicht, wenn nicht in diese Regierung und in die Wirtschaft des Landes Vertrauen gesetzt werden würde. Und sparen kann man auch nur dann, wenn die Einkommenssituation es erlaubt, wenn es möglich ist, daß man neben der üblichen Deckung der Bedürfnisse auch noch Rücklagen bilden kann.

Auf der einen Seite besteht immer wieder der Pessimismus, auf der anderen Seite scheinen Sie aber doch immer wieder zu dieser Wirtschaft und zu dieser Regierungspolitik Vertrauen zu haben, denn sonst wäre es unverständlich, daß Sie immer wieder enorme Forderungen an dieses Budget richten.

Auf der einen Seite wird dem Finanzminister laufend der Vorwurf gemacht, der Budgetrahmen wäre zu groß, das Defizit zu hoch, und auf der anderen Seite sind Sie maßlos in Ihren Forderungen und versuchen sogar noch, die Kommunisten links zu überholen. Ich darf auch hier nur einige Beispiele anführen: Ihr Antrag 96/A vom 23. 10. 1973 betreffend Forderung einer Mütterbeihilfe, Kostenpunkt: 1,2 Milliarden Schilling. Sicher ein guter Vorschlag, aber die Bedeckungsvorschläge im Budget haben Sie nicht gebracht, Herr Abgeordneter! *(Abg. Dr. Gruber: Das Geld ist ja da im Familienlastenausgleich! Das gehört doch den Familien! Wem denn sonst? Dem Finanzminister?)* Ist eine Deckung gänzlich möglich? Nein.

Oder die Forderung der Lohnsteuersenkung. Kostenpunkt: 3,8 Milliarden Schilling. Hier muß vermerkt werden, daß die Bundesregierung bereits dreimal die Lohnsteuer gesenkt hat und für 1975 eine neuerliche Korrektur vorhat, während Ihrerseits zwar auch eine Lohnsteuersenkung gegeben wurde, aber — wie das heute auch bereits erwähnt wurde — nach einem Jahr durch enorme Belastungen wieder weggesteuert wurde.

Ich habe eine ganze Liste von Forderungen aus Ihrem Lizitationspaket hier, die aber sicher in der Situation weder zu erfüllen sind noch in vielen Fällen ganz ernst genommen werden können.

Ich darf hier nur in Erinnerung bringen, meine Damen und Herren, daß allein Ihre Forderungen im Vorjahr, angefangen von der

Bregartner

Senkung des Mehrwertsteuersatzes über das Karenzurlaubsgeld und Karenzurlaub für Männer, über die Forderung über das Lebenskapital für das Kind — das hat Ihnen im Vorjahr bei der Budgetdebatte der Abgeordnete Doktor Tull gesagt —, über 30 Milliarden Schilling ausgemacht hätten. Sicher sind es zum Teil sehr publikumswirksame Forderungen, aber Sie hätten Gelegenheit gehabt, diese in den Jahren 1966 bis 1970 durchzuführen; damals haben Sie es nicht getan. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Mit solch einer Haltung qualifizieren Sie sich selbst, denn Lizitation allein ohne echte Alternativen macht eine Partei noch lange nicht regierungsfähig.

Ich glaube abschließend sagen zu können, daß wir mit dem Budget für 1974 wieder jene Maßnahmen gesetzt haben, die es uns ermöglichen, unser Regierungsprogramm im Interesse dieses Staates durchzuführen. Auf uns wartet daneben eine Fülle von legislativer Arbeit für das Jahr 1974, angefangen von der Frage der Mitbestimmung über die Lohnfortzahlung für Arbeiter, wo Sie letztlich Gelegenheit haben werden, Farbe zu bekennen, ob Sie den Weg mit uns zu einer fortschrittlichen Politik gehen wollen oder ob Sie in Ihrer konservativen Geisteshaltung verharren wollen. Aber damit können Sie sicher sein, daß Sie das Image einer Neinsagerpartei in diesem Lande nicht wegbringen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Stix. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Stix** (FPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede wiederholt in verschiedener Wortwahl die Aussage gebracht, Stabilität habe Vorrang. Der Herr Klubobmann Weisz hat in dasselbe Horn gestoßen und uns dargelegt, wie sehr dieser Haushaltsvoranschlag für 1974 die Anstrengungen der Regierung widerspiegeln, die Stabilität zu wahren. Vergleicht man diese Worte und Aussagen auf der einen Seite mit den nüchternen Zahlen des vorgelegten Budgets auf der anderen Seite, dann fühlt man sich an den Spruch erinnert: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“

Nach allen Regeln einer antizyklischen Budgetpolitik ist die Mindestforderung, daß sich die Ausweitung des Budgetrahmens an das Maß der Ausweitung des Bruttonationalproduktes hält. Das ist nicht der Fall. Ich will gar nicht davon ausgehen, daß die echte Ausweitung des Budgetrahmens, wie das mein Fraktionskollege Dr. Broesigke schon vorgerech-

net hat, bei zirka 18 Prozent liegt. Nein, ich will nur den offiziell vorgelegten Vergleich: Ausgaben 1973 — Ausgaben 1974, zugrunde legen, der eine Steigerung von 14,6 Prozent zeigt. Vergleicht man nun die voraussichtliche Erhöhung des Bruttonationalproduktes von geschätzt 552 Milliarden 1973 auf 622 Milliarden in 1974, so liegt eben nur eine Bruttonationalprodukt-Ausweitung um 12,7 Prozent vor. Damit überschreitet die 14,6prozentige Ausweitung des Budgetrahmens das Wachstum des Bruttonationalproduktes. Das Budget ist daher nicht antizyklisch, und man kann ihm das Prädikat „stabilitätsorientiert“ nicht geben.

Schauen wir uns einen anderen Punkt an: die Mehreinnahmen des Herrn Finanzministers. Sie betragen im Saldo rund 20 Milliarden Schilling. Es müßte nun dafür gesorgt werden, daß mindestens ein Teil — und wenn es nur ein kleiner Teil wäre — dieser Mehreinnahmen stabilitätsfördernd stillgelegt wird. Das ist aber nicht der Fall. Der Herr Finanzminister gibt von den vollen 20 Milliarden Mehreinnahmen ebenso volle 20 Milliarden mehr aus. Er hält keine Stabilisierungsquote zurück. Er verhält sich nicht antizyklisch. Man kann wiederum nicht sagen, das Budget sei stabilitätsorientiert.

Erlauben Sie einige zusätzliche Bemerkungen zur sogenannten Stabilisierungsquote. Bekanntlich ist das Budget dreigeteilt: Grundbudget 159 Milliarden, Stabilisierungsquote 5 Milliarden, Konjunkturbelebungsquote 3 Milliarden. Sowohl die Stabilisierungsquote wie die Konjunkturbelebungsquote befinden sich im Konjunkturausgleichsvoranschlag. Es ist nun wirklich unerfindlich, warum der Herr Finanzminister diese Stabilisierungsquote als Stabilisierungsquote bezeichnet. Denn in Wirklichkeit handelt es sich bei dieser sogenannten Stabilisierungsquote ebenfalls um eine Konjunkturbelebungsquote. Denn ihr Einsatz wäre dann stabilitätsorientiert, wenn er in einem Stadium einer Rezession, eines konjunkturellen Rückschlages erfolgte. Sollte aber vielleicht die Absicht bestehen, die Stabilisierungsquote schon zu einem Zeitpunkt einzusetzen, wo die Konjunktur noch gar keinen Rückschlag, sondern eine relative Stabilität aufweist, dann wäre diese sogenannte Stabilisierungsquote keine solche, sondern in Wahrheit eine Inflationierungsquote.

Der dritte Punkt zur Beurteilung, ob das Budget wirklich stabilitätsorientiert ist oder nicht, ist der inlandswirksame Ausgabenüberschuß. Er beträgt 2,1 Milliarden Schilling, und allein diese Größenordnung drängt einem förmlich den Schluß auf, es hätte bei gutem Willen möglich sein müssen, hinsichtlich der

Dr. Stix

20 Milliarden Mehreinnahmen eine solche Disposition vorzunehmen, daß etwa 10 Prozent, daß eben diese rund 2 Milliarden inlandswirksamen Ausgabenüberschusses, stillgelegt und damit beseitigt würden. Das gilt umsomehr, als auf Grund des vorliegenden Budgets allein die Ermessensausgaben sich um 6,8 Milliarden Schilling erhöhen. Ich meine daher, bei gutem Willen sollte es möglich sein, den inlandswirksamen Ausgabenüberschuß von rund 2 Milliarden Schilling wegzubringen.

Es ist ganz allgemein die Frage, wie es angesichts dieses nichtstabilitätsorientierten Budgets in Zukunft mit den Staatshaushalten weitergehen soll. Bekanntlich gibt es aus dem Jahre 1971 die Budgetvorschau des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen. Diese Vorschau, die bis 1975 geht, ist überholt. Es kann kein Zweifel sein, daß die Vorschau bis 1975 und die weiteren Jahre darüber hinaus neu überarbeitet gehört. Meine Kritik richtet sich auf den Umstand, daß diese revidierte Budgetvorschau bis zum heutigen Tage nicht vorliegt. Ich weiß nicht, ob es stimmt, daß der Herr Finanzminister persönlich hemmend eingegriffen hat. Wenn es zutrifft, dann erscheint es unverständlich, denn gerade der Herr Finanzminister müßte daran interessiert sein, seinen finanzpolitischen Spielraum der nächsten Jahre zu erfahren.

Damit komme ich zu der vielzitierten Starrheit des Bundeshaushaltes. Es ist das ein häufiges Argument, wie geringfügig der Spielraum des Finanzministers sei. Dennoch zeigt uns ein Vergleich der letzten drei Jahre, daß dieser im großen und ganzen wirklich schmale Spielraum des Finanzministers nichtsdestotrotz ständig gewachsen ist. Betrug er 1972 nur 12,1 Prozent, so hat er sich im Jahre 1973 schon auf 14,2 Prozent erhöht, und für das Jahr 1974 verfügt der Herr Finanzminister über einen Spielraum von 15,7 Prozent.

Diese Relativzahlen nehmen sich noch eindrucksvoller in absoluten Zahlen aus. Von 1972 auf 1974 ist der Spielraum des Herrn Finanzministers um rund 9,5 Milliarden Schilling gewachsen. Das führt wiederum zu dem Schluß, daß es angesichts einer solchen Entwicklung doch möglich sein müßte, so zu disponieren, daß ein inlandswirksamer Ausgabenüberschuß von rund 2 Milliarden Schilling nicht zustande kommen müßte.

Erlauben Sie, daß ich im Zusammenhang mit der Budgetdebatte auf ein Schlagwort eingehe, das von der sozialistischen Seite viel strapaziert wird. Es ist das Schlagwort von der sogenannten öffentlichen Armut in einer Zeit großen privaten Wohlstandes. Tatsächlich kann von öffentlicher Armut in Österreich

nicht die Rede sein, das „öffentliche Sparen“, wie der statistische Ausdruck lautet, zeigt, daß Österreich damit im internationalen Spitzenfeld liegt. Für das Jahr 1972 betrug von der gesamten Ersparnis — ist gleich der Investitionsquote —, gleich 100 Prozent gesetzt, die Ersparnisquote der privaten Haushalte rund 41 Prozent. Das öffentliche Sparen liegt aber ganz nahe daran mit 37,4 Prozent. Und jetzt kommen noch die unverteilteten Gewinne der Kapitalgesellschaften mit 21,7 Prozent hinzu.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß rund drei Viertel des gesamten Aktienkapitals in Österreich direkt oder indirekt in öffentlicher Hand ist, das heißt also, zu diesen Kapitalgesellschaften und ihren unverteilteten Gewinnen auch die verstaatlichte Wirtschaft zählt, dann ist das in Verbindung mit der öffentlichen Sparquote von 37,4 Prozent ein feststehendes Faktum, daß das öffentliche Sparen in Österreich weit über dem privaten Sparen liegt.

Es gibt also in Wahrheit nicht die vielzitierte öffentliche Armut, sondern wir erleben ganz im Gegenteil einen wachsenden Anteil der öffentlichen Hand am Bruttonationalprodukt, und auch der Anteil des Budgets ist wiederum von etwas über 20 Prozent auf über 21 Prozent am Bruttonationalprodukt gewachsen.

Damit kann man zusammenfassend sagen, daß bei keinem der Punkte, die Kriterien darstellen, sich herausstellt, daß der Anspruch des Herrn Finanzministers, er betreibe eine stabilitätsorientierte Budgetpolitik, standhält. Ganz im Gegenteil weisen alle Punkte darauf hin, daß wir es nicht mit einem stabilitätsorientierten Budget zu tun haben. Und das soll unmißverständlich in der Öffentlichkeit gesagt werden.

Man kann über sachliche Budgetdotierung im Einzelfall reden, man kann streiten, man kann sich einigen, aber eines darf nicht passieren, nämlich daß das Budget falsch etikettiert wird. Wir haben es nicht mit einem Budget der Stabilität zu tun, sondern mit einem Budget der Kalamität.

Abschließend möchte ich, weil schon einige meiner Herren Vorredner dieses Thema angeschnitten haben, einen Gedanken zur Debatte über die Bevorratung beisteuern. Die Problematik ist bekannt, sie wird dieses Haus noch oft und tieferschürfend beschäftigen. Diesmal von meiner Seite nur der Versuch, einen einzigen Gedanken in diese Debatte einzubringen. Es wird mit Milliardenbeträgen der Kosten der Bevorratung herumgeworfen und daran

Dr. Stix

die Frage geknüpft: Wer soll das bezahlen, die Privatwirtschaft, die öffentliche Hand, wer?

Ich möchte dringend anregen, daß man bei dieser Debatte strikt zwei Dinge auseinanderhält: das sind einmal die Kosten der Bevorratung und das ist zum anderen die Bindung der Geldmittel, die den Wert der Vorräte verkörpern. Das sind zwei Paar Schuhe. Erlauben Sie mir, das am Beispiel des Öls zu demonstrieren. Nach Berechnungen der Fachleute betragen die Bevorratungskosten für eine Tonne Öl im Jahr, Zinsendienst eingeschlossen, etwa bis zu 70 S. Wenn man davon ausgeht, daß etwa ein Viertel der jährlichen Importmenge als Vorrat gehalten werden sollte, also ungefähr unter Berücksichtigung der Eigenproduktion in Österreich eine Bevorratung für ein Vierteljahr, so komme ich auf 2 Millionen Tonnen Öl und, multipliziert mit 70 S pro Tonne, auf Bevorratungskosten von zusammen 140 Millionen Schilling. Ich meine nun, das ist kein sehr großer Posten für ein Staatsbudget. Das ist eine Position, die sich vergleichsweise bescheiden ausnimmt.

Etwas anderes ist es natürlich, und damit komme ich zum zweiten Teil des Problemkreises, wenn man die Geldmittelbindung betrachtet. Hier sind die Kosten wesentlich höher und gehen in die Größenordnung von Milliarden. Und da möchte ich anregen, daß man sich gerade am Beispiel Öl Gedanken darüber macht, wie man die Devisenvorräte der Oesterreichischen Nationalbank hier sinnvoll einsetzt.

Da es nur darum geht, Geldmittel flüssigzumachen, um erstens Importe zu bezahlen und zweitens Geldmittel flüssigzumachen, die ihrerseits nicht als Nachfragestoß auf den inländischen Markt gehen, sondern in den zu bevorratenden Ölmengen gebunden bleiben, taucht nicht das Problem der Inflationierung auf. Es müßte meines Erachtens möglich sein, ohne preissteigernd zu wirken, ohne das inländische Geldvolumen dadurch aufzublähen, einen Teil der Devisenvorräte der Nationalbank für die Bevorratungsfinanzierung speziell der Ölimporte heranzuziehen. Das hat, wie gesagt, nichts mit den Kosten der Bevorratung zu tun, darüber habe ich eingangs schon etwas ausgeführt.

Damit komme ich zum Schluß meiner Darlegungen. Wir Freiheitlichen wünschen keine falsche Etikettierung dieses Budgets. Es handelt sich nicht um ein stabilitätsorientiertes Budget, sondern um ein Budget, das leider der weiteren inflationären Entwicklung keinen Einhalt bieten können wird. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Mussil.

Abgeordneter Dr. **Mussil** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zuerst auf eine Bemerkung des Kollegen Dr. Tull zurückkommen, auf eine „bodenpolitische Verirrung“, möchte ich sagen, die er heute begangen hat. Dr. Tull hat im Zusammenhang mit dem Umweltschutz die Idee geäußert, warum die Osterreichische Volkspartei nicht auf den herrlichen Gedanken gekommen wäre, die herrlichen Wälder in Österreich — ich weiß nicht: alle oder einen Großteil — aufzukaufen.

Ich möchte dazu folgendes sagen: Der Wald trägt zur Luftreinigung als Sauerstoffreservoir und so weiter für die Bevölkerung unendlich viel bei. Aber ich habe noch nirgends gelesen — und kann mir das auch nicht vorstellen —, daß diese segensreiche Funktion des Waldes in irgendeiner Form davon abhängen sollte, ob das ein Bundeswald oder ein Privatwald sein würde.

Ich möchte noch eines sagen, meine Damen und Herren: Es wird in den Städten ununterbrochen versucht, Grundstücke zu horten. Und jetzt beginnt der Bund auch Wälder zu horten und Wälder anzusammeln. Ich möchte daher mit aller Deutlichkeit sagen, daß das in der Tendenz liegt, daß der Staat immer reicher und die Bevölkerung immer ärmer wird. Ob das das Ziel der Sozialistischen Partei ist, würde ich gerne erfahren.

Ich möchte dann zu den Ausführungen des Kollegen Bregartner zwei oder drei Sachen erwähnen. Zuerst einmal wegen der ewigen Rederei von den Alternativen. Wir sind gerne bereit, Alternativen zum Budget zu unterbreiten, wenn Sie uns die Garantie geben, daß Sie diese Alternativen akzeptieren. (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*) Wenn nicht, sind wir nicht bereit, meine Damen und Herren, der Regierung die Verantwortung abzunehmen. Diese Verantwortung hat in diesem Falle die Regierung zu tragen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich möchte zur Fusionierung betreffend VOEST — Alpine eines sagen: Erstens einmal hätten wir gar kein Gesetz gebraucht; das hätte die OIAG selber tun können. Zweitens weiß ich nicht, ob das der richtige Weg war. Wir haben vorgeschlagen, den Weg einer Holding zu wählen, um dann richtig zu beurteilen, welche Konstruktion endgültig festgelegt werden soll. Die Fusion bedeutet, daß die Mutter mehr Edelfeststoff erzeugt als die Töchter zusammen, und es gibt böse Stimmen, die von einer Rabenmutter sprechen. Es ist bis heute noch nicht gelungen, Produktionsabstim-

Dr. Mussil

mungen, Investitionsabstimmungen und was alles zu einer solchen Fusion dazugehört durchzuführen. Man kann leicht ein Gesetz machen, meine Herren, aber es in der Praxis durchzuführen, das ist Ihnen bisher nicht gelungen!

Ich möchte jetzt ein paar Worte zu dem seltsamen Wandel sagen, dem der Herr Finanzminister während seiner Budgetrede unterzogen war. Er hat auf Seite 2 des Manuskriptes der „Beinahe-Regierungserklärung“, so möchte ich sagen, die Meinung vertreten:

„Die Bundesregierung hat bei der Erstellung des Voranschlages der Stabilitätspolitik absoluten Vorrang eingeräumt.“ — Sein herrlicher Satz hält nur bis Seite 48 des Manuskriptes, wo es heißt: „Die Bundesregierung wird daher den stabilitätspolitischen Bemühungen auch im Jahr 1974 Vorrang einräumen!“ — Vom absoluten Vorrang, meine Damen und Herren, ist keine Rede mehr. Es ist also ein schlichter und einfacher Vorrang.

Auf Seite 110 des Manuskriptes — das hat sich innerhalb von zwei oder zweieinhalb Stunden abgespielt, meine Damen und Herren — heißt es: „Als Instrument der Wirtschaftspolitik dient der Voranschlag den wirtschaftspolitischen Nahzielen: Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung und Sicherung eines angemessenen Wirtschaftswachstums.“ — Von Stabilität überhaupt kein Wort mehr. Weder vorrangig noch absolut noch nachrangig. Wachstum hat den Vorrang! — Neben Staribacher ist jetzt Androsch der zweite Wachstumspartisan, den wir in Österreich haben; und das wird jetzt als Stabilisierung oder Stabilitätspolitik verkauft!

Meine Damen und Herren! Ich darf dann zur Stabilisierungsquote folgendes sagen — ich habe das schon in einem Zwischenruf angedeutet —: Ich würde diese Quote als Verschleierungsquote bezeichnen. Innerhalb von vier Monaten, vom Juni bis zum Oktober, vor den Wahlen, wo entsprechende Versprechungen und entsprechende Dotierungen notwendig waren, ist zuerst einmal der Ausgabenrahmen von 155 Milliarden Schilling auf 159,4 Milliarden gestiegen. Das war der erste Schritt. Vorher, im Juni, war der Herr Finanzminister noch sehr, sehr guten Willens und hat, glaube ich, die Absicht gehabt, ein stabilitätskonformes Budget zu erstellen.

Es ist ihm leider nicht gelungen. Eine angesehene Wirtschaftszeitung bezeichnete in dem Zusammenhang das Budget des Jahres 1974 als „Kapitulationsurkunde“, also als Tatsache und Beweis dafür, daß der Herr Finanzminister den schweren und massiven Forderungen seiner Ministerkollegen nicht standhalten konnte.

Und ich möchte noch eines sagen — ich glaube, das Wort stammt von Talleyrand —: Gott hat den Menschen die Sprache gegeben, damit sie die Wahrheit verschleiern können. — Dieser Satz trifft für dieses Budget im besonderen Ausmaß zu, und der Finanzminister hat in seine Wiege in einem sehr, sehr starken Ausmaß diese Gnade der Verschleierung gelegt bekommen.

Die Stabilisierungsquote in der Höhe von rund 5 Milliarden Schilling, die den Budgetrahmen um ungefähr 18 Prozent oder um über 18 Prozent hinauftreibt, meine Damen und Herren, enthält eine Reihe von Ansätzen, die aller Voraussicht nach unbedingt freigegeben werden müssen. Ich möchte Ihnen nur einige Beispiele davon sagen.

Der Herr Bundeskanzler hat in der Sendung „Halbzeit für die Regierung“ mit stolzer, gewölbter Brust — soweit er das kann — eine Erklärung abgegeben, hat einen Brief der Papierindustrie vorgelesen und hat sich sehr stark damit gerühmt, wie dankbar ihm die Papierindustrie für die Förderungsmaßnahmen zur Umstrukturierung und vor allem für den Umweltschutz wäre.

Ich habe das Grundbudget von hinten nach vorn und von vorn nach hinten durchgesehen und habe gesucht, wo diese, ich glaube, 30 oder 40 Millionen Schilling sind. Sie sind nicht zu finden, meine Damen und Herren! Im Gegenteil: Der Herr Handelsminister hat sich gefallen lassen müssen, daß sein Budget für Industrieförderung von 20 Millionen Schilling auf rund 9 Millionen Schilling gekürzt wurde. (*Abg. Dr. Staribacher: Sie haben aber nicht genau geschaut, Herr Generalsekretär!*) Herr Minister, passen Sie auf: Ich habe geschaut! Das ist in der Stabilisierungsquote drinnen. Ich glaube nicht, daß es sich der Herr Bundeskanzler leisten können, diesen Betrag nicht freizugeben — mit den ganzen diktatorischen oder halbdiktatorischen Vollmachten, die da im Bundesfinanzgesetz eingebaut sind —, ohne daß letztlich die Bundesregierung ihr Gesicht verliert.

In der Stabilisierungsquote sind dann Ausgaben für die laufende — ich betone das Wort „laufend“ — Instandhaltung — nicht Instandsetzung! — von Schulen, Museen, Bauten, für die Landesverteidigung, für sonstige Bundesgebäude enthalten, und es sind auch Beträge für Preisausgleiche betreffend Brot- und Futtergetreide drin. Ich frage mich: Will man den Brotpreis, diesen sonderpolitischen Preis, durch eine Streichung der Preisausgleiche in die Höhe treiben, oder was sonst ist da beabsichtigt?

Dr. Mussil

Ich darf abschließend zu diesem Thema sagen: Ich möchte nicht den harten Ausdruck gebrauchen, den einzelne Zeitungen verwendet haben, nämlich das Budget wäre ein Inflationbudget. Es ist aber ein ausgesprochen expansives Budget und wird sehr starke inflationistische Wirkungen haben.

Es gehört ein starkes Stück Mut dazu, unter diesen Voraussetzungen die Länder, die Gemeinden, die Interessenvertretungen, den Kreditapparat zur dritten Phase des Stabilisierungspaketes aufzufordern. Die Regierung hat es dabei bisher nicht verstanden, die Inflationsschäden gleichmäßig zu verteilen. Wir haben heute von den Bauern gesprochen, die durch die Inflation geschädigt werden, wir haben von den Sparern geredet, von den Gewerbetreibenden, die mit fixen Preisen zu rechnen haben. Durch die Paritätische Kommission kommen immer mehr in die Preisregelung.

Dazu kommt noch, daß es jetzt der Regierung als einmaliges Kunststück gelungen ist, daß die Inflationsschädigten gleichzeitig denselben Personenkreis abgeben sollen wie die sogenannten Stabilisierungsoffer. Auch da muß ich also mit aller Offenheit sagen: Opfer haben auf diesem Gebiet die Bauern erbracht, Opfer haben erbracht die Kleingewerbetreibenden und die Inhaber von Mittelbetrieben, dies vor allem auf dem Kreditsektor. Die aktivseitige Kreditkontrolle verzerrt den Wettbewerb innerhalb der Kreditinstitute total. Die Betriebe werden finanziell ausgetrocknet. Das ist eine Angelegenheit, die auf die Dauer in dieser Form nicht tragbar ist.

Die ERP-Kredite verlieren naturgemäß ihre Bedeutung. 1963 haben sie noch 10 Prozent des laufenden Kreditvolumens ausgemacht, heute sind es 2,5 Prozent. Trotzdem legt die Regierung diese ERP-Kreditaktion nahezu lahm. Es ist bis heute, obwohl das neue ERP-Jahr bereits seit Juli läuft und ansonsten im Mai die Vergaberichtlinien erscheinen, nicht möglich gewesen, das Erscheinen dieser Richtlinien zu erreichen.

Im Gewerbestrukturverbesserungsgesetz steht die unzeitgemäße Bestimmung, daß nur solche Betriebe gefördert werden dürfen, die einen Kredit mit einer Verzinsung von nicht mehr als 8 Prozent bekommen. Ich frage Sie: Wo bekommt man heute bei einem Geldinstitut einen Kredit mit einer Verzinsung von nicht mehr als 8 Prozent? Das bedeutet also, daß entweder ein derartiger Kredit überhaupt nicht gegeben wird oder daß daneben Provisionen gegeben werden, von denen der Minister nichts weiß. *(Präsident Dr. Maleta übernimmt den Vorsitz.)*

Das nächste ist die BURGES-Aktion mit der völlig weltfremden Bestimmung, daß nur derjenige einen Kredit bekommen darf, der über keine bankmäßigen Sicherheiten verfügt. Es ist dem Minister Staribacher gelungen, trotz wiederholter Ersuchen, Bitten und Anträge, diese Aktion auf 60 Prozent ihres bisherigen Umfangs zu dezimieren. Ich darf dazu sagen, Herr Minister, daß das die Aktion war, die bisher am besten funktioniert hat. *(Abg. Doktor Staribacher: Jawohl, funktioniert am besten!)*

Die Baubremse ist falsch angelegt worden. Es sind jetzt offene Kapazitäten vorhanden. Die Reichweite der Aufträge ist unterdurchschnittlich klein. Es treten immer mehr Auftragslücken auf. Die Zweit ausschreibungen, die stolze Erfindung der Regierung, hat dazu geführt, daß ein irrsinniges Unterbieten der Preise stattfindet. Man macht ständige Schleuderangebote bei dieser Auftragsnot, um unbedingt am Ball zu bleiben und den Auftrag zu bekommen.

Ich bin der Meinung, daß auch Sie über die Grenzen Österreichs schauen sollten, was sich dort abspielt. Wenn hier nicht bald eine andere Lösung getroffen wird, werden wir auch in Österreich ähnliche Dinge wie in der Bundesrepublik erleben. Das ist keine Schwarzmalerei, das sind keine Kassandra-rufe, wie immer gesagt wird, das ist die trockene und nüchterne Wahrheit!

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß bei der Kreditindustrieförderung eine Kürzung von 20 auf 9 Millionen Schilling erfolgte. Dafür hat der Herr Handelsminister 6 Millionen Schilling zusätzlich für die Konsumentenberatung bekommen. *(Abg. Dr. Staribacher: Das war Ihr Wunsch!)* Nein, nein, um Gottes willen, Herr Minister! Ich habe ganz andere Wünsche als einen solchen Wunsch, Herr Minister! *(Abg. Dr. Staribacher: Sie haben es von mir verlangt!)*

Herr Minister! Ich bitte Sie, zu überlegen, bevor Sie solche Dinge sagen. *(Heiterkeit.)* Ich möchte keine weiteren Details dazu sagen, sonst müßte ich den Herrn Minister total bloßstellen, und das ist nicht meine Absicht. *(Neuerliche Heiterkeit.)*

Meine Damen und Herren! Dafür hat der Herr Sozialminister zur Sicherung und Schaffung von Dauerarbeitsplätzen eine Budgetpost erhalten, die im vorjährigen Budget etwa 300 Millionen Schilling ausgemacht hat, im jetzigen Budget aber über 600 Millionen Schilling beträgt. Der Herr Handelsminister wird also mehr zum „reinen Konsumentenminister“. Ab 1. Jänner 1974 wird er leider auch „Preispolizeiminister“. Der eigentliche Industrie-

Dr. Mussil

minister in Österreich — wer, glauben Sie, ist das? — Der Sozialminister Häuser! (*Heiterkeit.*) Das ist eine total verkehrte Welt! Wo gibt es denn so etwas?

Ich darf Ihnen sagen, daß wir am Ende einer Lohnwelle stehen. Ich glaube, es hat Kollege Bregartner darauf hingewiesen, daß sich die Gewerkschaften jetzt die Dinge geholt haben, die sie brauchen. Die Lohnwelle wird von anerkannten, unabhängigen Fachleuten als überdreht bezeichnet; sie ist um 2 oder 3 Prozent zu hoch.

Dann kommt noch all das, was uns der Sozialminister mit der „Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle“ bringt.

Am 1. Jänner 1973 sind neue Urlaubsvorschriften in Kraft getreten. Am 1. Jänner 1975 wird die Arbeitszeit um weitere zwei Stunden verkürzt werden; das wird einer Lohnerhöhung um zirka 5 Prozent entsprechen. Diese Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle schlägt unsere Partei als Versicherungslösung vor. Sie wird vom Minister Häuser nicht angenommen, obwohl sie für die Arbeitnehmer das gleiche bringen würde. Vor allem würde sie für die Kleinbetriebe eine wesentlich bessere Lösung darstellen. Der Herr Sozialminister lehnt unseren Vorschlag kategorisch ab, und zwar deswegen, weil er mit seiner Lösung auf der einen Seite die Krankenkassen sanieren und auf der anderen Seite dem Herrn Finanzminister einige 100 Millionen an Lohnsteuer zuschanzen will.

Die Fondsregelung, die der Freie Wirtschaftsverband vorgeschlagen hat, nämlich bei Betrieben bis zu 20 Beschäftigten als Übergangslösung Beträge in einen Fonds einzuspeisen, um einen Riskenausgleich zu ermöglichen, ist erstens nur eine Übergangslösung, und zweitens bringt sie keinen Riskenausgleich für größere Betriebe. Das stellt praktisch eine Wachstumssperre für die Betriebe dar, weil sich jeder überlegen wird, mehr als 20 Beschäftigte einzustellen. — Das ist also keine Lösung!

Ich darf abschließend zur Lohn- und Sozialpolitik sagen: Die Arbeitnehmer haben nichts davon — glauben Sie mir das, meine Damen und Herren —, wenn ihnen die Regierung oder die Gewerkschaften mehr versprechen, als die Wirtschaft leisten kann. Das sind ungedeckte Regierungs- oder Gewerkschaftsschecks, die die Bevölkerung über kurz oder lang in höheren Inflationsraten zurückzahlen muß. — Das ist ein völlig verkehrter Weg!

Diese Konsequenz versucht die Regierung dadurch zu durchkreuzen, daß sie versucht, die Gewinne zu dezimieren. Wir haben jetzt

in Österreich vier Preisgesetze. Der Herr Handelsminister hat mit mir vor längerem schon über ein neues Konzept der Preisregulierung gesprochen, über ein neues Preiskonzept. Das sollte mehr Wettbewerb und mehr Marktwirtschaft bringen als das bisherige. Und jetzt stimmt der Herr Handelsminister unter einem zu, daß das Preisbildungsgesetz in der Regierung beschlossen wird. Dieses Preisbildungsgesetz ist vielleicht das am meisten in die Marktwirtschaft eingreifende Gesetz, hat also mit Wettbewerbsbedingungen überhaupt nichts zu tun. Ich nehme daher an, daß der Herr Handelsminister von seinen bisherigen Bestrebungen in dieser Frage abgerückt ist.

In der Paritätischen Kommission — es hat der Herr Präsident Sallinger das letzte Mal darüber gesprochen — haben sich die Gesprächsformen, wenn ich das so sagen darf, gebessert, aber in der Sache selbst sind die „jungen Löwen“ des OGB und des Arbeiterkammertages unsachlich wie bisher; daran hat sich überhaupt nichts geändert. Es war früher so, daß der Brotpreis ein politischer Preis war, vielleicht auch der Milchpreis und der Friseurpreis oder irgend etwas anderes. Jetzt gibt es überhaupt keinen Preis mehr, der nicht ein politischer Preis wäre. Wir können noch so viele Unterlagen liefern: In dieser Preiskommission und dann in der Paritätischen wird entweder verschleppt, oder es beginnt ein politisches Feilschen, meine Damen und Herren.

Der Idealzustand, den sich die Sozialisten vorstellen, glaube ich immer, sind nahezu gewinnlose Betriebe. Das wäre für den Herrn Finanzminister kein rosiger Zustand. Dabei sage ich immer, meine Damen und Herren: Gewinne von heute sind Investitionen von morgen und damit höhere Löhne von übermorgen. Damit hat der Satz, daß Gewinne im wesentlichen nichts anderes sind als Zukunftslöhne, seine große Richtigkeit. Daher ist mir die Haltung der Gewerkschaften und der Regierung in diesen Dingen völlig unerklärlich. Das Erzielen von Augenblickserfolgen unter dem Verspielen von Zukunftschancen ist die Politik Ihrer Regierung, Herr Finanzminister! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Als Begründung für den Feldzug gegen die Gewinne wird immer wieder die sogenannte Gewinnexplosion hervorgehoben. Ich darf dazu einige Ziffern nennen, damit diese Meuchellegende — ich muß sie so bezeichnen — endlich ins richtige Licht gerückt wird.

Die Lohnquote — der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen — war 1960 59 Prozent, 1971 66,2 Prozent. In der Zeit der Hochkonjunktur ist sie auf 65,5 Prozent ge-

Dr. Mussil

sunken, 1973 sank sie sogar auf 64,5 Prozent. Das waren aber Liquiditätsverschiebungen, im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuer.

Für 1974 ist wieder eine Lohnquote von 66,7 Prozent prognostiziert. Das ist die Folge der massiven Lohnwelle. Die Lohnsumme wird 1974 um 16 Prozent steigen, und zwar bei einer Steigerung des nominellen Bruttonationalproduktes um 13 Prozent!

Die Gewinnquote ist in der gleichen Zeit, also von 1960 bis 1973, von 41 Prozent auf 33,3 Prozent gefallen. Die Differenz zwischen der Gewinnquote und der Lohnquote hat 1960 18 Prozent betragen, jetzt beträgt sie 33,4 Prozent. Die Differenz zwischen der Lohnquote und der Gewinnquote ist in dieser Zeit also um 85 Prozent gestiegen. Und da traut sich jetzt noch jemand von Ihnen aufzustehen und zu sagen, das ist eine Gewinnexplosion. Das ist eine ausgesprochene Volksverdummung, die Sie hier verkaufen wollen! (*Abg. Ing. Scheibengraf: Was Ihre Zeitungen auch schreiben!*)

Herr Kollege! Ich kann Ihnen die Zahlen ganz genau belegen. Ich weiß auch, wo sie stehen, während Ihre Redner nie wissen, wo die Dinge stehen. Ich habe es, abgesehen davon, im wesentlichen im Gedächtnis.

Ich darf Ihnen auch folgendes sagen: Das Argument mit dem Pro-Kopf-Einkommen liegt vollkommen daneben. Ich darf Ihnen ein Beispiel nennen: Die Anzahl der Selbständigen wird geringer und die der Unselbständigen wird größer. Es muß zweifellos eine gewisse Verschiebung geben, aber nicht in dieser Größenordnung. Aber wenn sich zwei Betriebe fusionieren — wir haben von VOEST-Alpine gesprochen — oder zwei kleine Betriebe, dann hat doch diese Fusionierung, diese Strukturänderung den Sinn, daß der neue eine Betrieb mehr Gewinne macht als die zwei bisherigen und nicht weniger, wie Sie es wollen. Das ist der Unsinn, der in diesem Zusammenhang immer wieder gebracht wird.

Noch einige Worte zur sogenannten „Überholspur“, zur Broschüre des Herrn Finanzministers, damit man auch diese Dinge ins richtige Licht rückt. Europareife — wir sind also am Überholen. Wenn man das Pro-Kopf-Einkommen in Österreich mit 100 bezeichnet, dann ist das Einkommen in der Bundesrepublik Deutschland 164, in der Schweiz 189, im EWG-Durchschnitt 139. Ich möchte wissen, wo da die Überholspur ist.

Das zweite: Wir haben sicher einen hohen Stand an Investitionen. Wenn man die österreichischen Investitionen pro Kopf der Bevölkerung mit 100 bezeichnet, so sind sie in der Bundesrepublik Deutschland 126, in der

Schweiz 164. Außerdem sind bei der Investitionstätigkeit gewisse Motivationen vorhanden, die a) mit einer Flucht in die Sachwerte und b) mit einer Flucht vor der radikalen Steuerprogression zusammenhängen.

Jetzt zu den Exportziffern: Die Exportziffern sind sicher beachtlich gewachsen, die Importziffern noch mehr. Am meisten gewachsen ist das Defizit unserer Handels- und Leistungsbilanz: Von 1971 auf 1974 ist das Handelsbilanzdefizit von 26 Milliarden auf 47 Milliarden Schilling gestiegen, das Leistungsbilanzpassivum von 2 Milliarden auf 14 Milliarden Schilling.

Die Exportquote — der Anteil der Exporte am Bruttonationalprodukt — hat im Jahr 1973 ein Minus von 2 Prozent zu verzeichnen, und auch unsere Marktanteile am Export in die OECD-Länder sind nach einem Bericht der OECD um 1 bis 2 Prozent gesunken.

Zum Fremdenverkehr darf ich folgendes sagen: Die Übernachtungsziffern vor allem bei den A- und Ia-Hotels sind außerordentlich zurückgegangen. Gestiegen sind — und das wiegt das zum Teil auf — die Übernachtungen in Privatzimmern und auf Campingplätzen. Der Herr Handelsminister war derjenige, der unseren Standpunkt aufgegriffen hat, daß wir in Österreich stärker zum Edeltourismus übergehen müssen, um zahlungskräftiges Publikum nach Österreich zu bekommen. Was dem Herrn Handelsminister und dem Herrn Finanzminister, der ja die Hauptschuld an dieser Entwicklung trägt, damit gelungen ist, ist folgendes: Dieser Edeltourismus findet am Campingplatz bei Stanitzeltouristen sein Ende!

Die Schuld an dieser Entwicklung liegt in der exorbitanten Besteuerung und in der falschen Aufwertung. Ich darf dazu folgendes sagen: Vor der Einführung der Mehrwertsteuer wurden die Übernachtungen — da war ein Erlaß bezüglich der Übernachtungen vorhanden, weil Mieten nicht umsatzsteuerpflichtig waren — mit 20 Prozent von 5,5 Prozent besteuert, das sind 1,1 Prozent, und jetzt mit 8 Prozent. Das ist eine fast 800prozentige Steigerung! Wenn man den Vorsteuerabzug davon in Abzug bringt, kommt man auf eine um etwa 500 bis 600 Prozent stärkere Besteuerung der Übernachtungen als bisher. Und da kommt noch jemand daher und sagt: Die Gastwirte und die Beherberger sind selbst schuld daran, daß die Preise in die Höhe gehen. — Nein, der Finanzminister ist daran schuld!

Meine verehrten Damen und Herren! Das zweite ist die Alkoholbesteuerung. Wir haben wiederholt verlangt, daß die Alkoholsondersteuer abgeschafft wird. Es ist nicht nur das nicht geschehen: Jetzt soll auch noch das Bier in die Getränkesteuer einbezogen werden. —

Dr. Mussil

Also auch von dieser Seite ein Auftrieb, der von der Regierung ausgeht.

Ich möchte zu dieser Frage eines sagen: Wenn überhaupt irgendwo der Slogan, den der Herr Finanzminister einmal geprägt hat: Mehrwertsteuer ist keine Mehrsteuer!, auf keinen Fall Gültigkeit hat, dann beim Fremdenverkehr. Aber auch sonst nicht, und beim Fremdenverkehr überhaupt nicht. Der Fremdenverkehr hat nichts davon, daß man ihn bis zum Weißbluten besteuert und ihm dann in Gnadentakten gewisse Aktionen zukommen läßt, wo kaum jeder Zehnte zum Zuge kommt. Was not tut beim Fremdenverkehr, ist eine massive Entsteuerung, eine Entsteuerung, die nicht stärker sein muß als in unseren Konkurrenzländern, damit wir mit dem Ausland konkurrenzfähig werden.

Meine Damen und Herren! Seit 1970 ist ein zunehmender Rückgang an Selbständigen — meistens Kleinbetriebe, aber auch mittlere Betriebe — zu verzeichnen. Großteils sind das Mehrwertsteueropfer, die vor allem mit den administrativen Schwierigkeiten nicht fertig geworden sind. (*Abg. Mühlbacher: Und die Frühpensionisten!*) Dazu kommt die radikale Preispolitik der Regierung. Die nächste Attacke wird die Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall sein, wenn sie so durchgeht, wie sie der Herr Sozialminister will. Dann werden die Blätter fallen wie nach dem ersten kalten Wind im Herbst bei den kleinen Handels- und Gewerbetreibenden, weil sie das nicht durchstehen können.

Meine Damen und Herren! Zum Schluß einige Worte zur Regionalpolitik. In der letzten Einkommensteuernovelle sind gegen unsere Stimmen die Abschreibungsvorteile in den Gebieten an der toten Grenze gestrichen worden. Nur mit Mühe und Not ist es uns gelungen, beim Herrn Finanzminister zu erreichen, daß die Reduktion von 60 auf 50 Prozent auf den 1. Jänner 1974, also auf das Inkrafttreten der Sonderabschreibung, verschoben wird. Und jetzt wird diese Sonderabschreibung ständig in Frage gestellt. Einmal wird sie versprochen, dann wird sie reduziert, dann wird sie verschoben, und dann wird erklärt — und das, Herr Finanzminister, hätten Sie nicht tun sollen; ich glaube, es war bei einer Wahlveranstaltung; vielleicht war das aus einer Emotion heraus —, daß die Lohnwelle der Arbeitnehmer, die von anerkannten Fachleuten mit 2 bis 3 Prozent überdreht bezeichnet worden ist, ein maßvolles Verhalten und eine Vorleistung auf dem Gebiete der Stabilisierungspolitik der Arbeitnehmer darstellt, was gleichzeitig mit der Drohung verbunden wird: Wenn die Arbeitgeber und die Unternehmer jetzt trotz dieser massiven Lohn-

erhöhung nicht Preisdiziplin halten, nehmen Sie ihnen die Steuervorteile weg. — Das ist keine richtige Vorgangsweise!

Die Bundesregierung hat jetzt eine Sonderkreditaktion in die Wege geleitet. Es hat bisher auch schon eine Reihe von derartigen Aktionen gegeben: Ich verweise nur auf die Aktion in Höhe von 100 Millionen Schilling, die seinerzeit der Finanzminister Kamitz ins Leben gerufen hat, die dann immer wieder zugestutzt worden sind, und auf all die Aktionen der Länder. Wir haben diese Aktionen immer neben den steuerpolitischen Vorteilen haben wollen — auch die frühere Regierung hat es immer in dieser Form gemacht — und nicht statt dieser steuerlichen Vorteile.

Die 200 Millionen ERP-Kredite, Herr Finanzminister, sehen nach außenhin aus wie ein sehr hoher Betrag. Ich möchte Ihnen aber sagen: In meinem Wahlkreis, in einem Bezirk allein, sind bereits Anträge vorhanden, die über diesen Betrag hinausgehen. Dabei soll diese Summe Gebieten vom Mühlviertel bis nach Hermagor in Südkärnten zugute kommen.

Auch wenn diese Regelung nicht eine einmalige Aktion sein sollte, also keine Wahlaktion für Oberösterreich, sondern eine ständige Einrichtung, so müßte sie durch steuerliche Maßnahmen ergänzt werden. Ohne diese steuerlichen Maßnahmen kann nämlich nicht das Auslangen gefunden werden.

Herr Minister! Ich darf Ihnen sagen: Die Beträge, die in diese Gebiete investiert werden, sind gut angelegt. Es wird heute immer von den Gastarbeitern gesprochen. Ich gehe nicht konform mit den Vertretern des Gewerkschaftsbundes, daß man jetzt in diesem Zeitpunkt die Anzahl der Gastarbeiter drosseln sollte; das wäre eine unglückliche Entwicklung. Ich bin aber der Meinung, daß an Stelle zusätzlicher Gastarbeiter in den Ballungsgebieten es wesentlich zweckmäßiger wäre, neue Betriebe mit entsprechenden steuerlichen Anreizen in die österreichischen Abwanderungsgebiete zu bringen.

Dem Budget 1974 können wir leider nicht zustimmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Tonn. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Tonn (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ohne Zweifel ist die Budgetdebatte der Angelpunkt der parlamentarischen Arbeit, denn bei dieser Debatte erfolgt die direkte Konfrontation zwischen der Tätigkeit der Regierungspartei und der der Opposition, und es wird auch der Arbeitsrahmen für das kommende Jahr festgelegt.

Tonn

Das am 23. Oktober vom Herrn Bundesminister für Finanzen vorgelegte Budget basiert auf den beiden Regierungserklärungen vom 27. April 1970 und vom 5. November 1971. Damals hat Bundeskanzler Kreisky in seiner Regierungserklärung mitgeteilt, daß wir als Regierungspartei zielbewußte wirtschaftspolitische Maßnahmen durchführen wollen, um so die Vollbeschäftigung zu sichern und auch die Hebung des Lebensstandards zu erreichen.

Wir haben damals versprochen, eine moderne Bildungs- und Sozialpolitik zu machen, und haben auch festgestellt, daß wir dazu beitragen werden, diesen Staatshaushalt zu konsolidieren.

Die Volkspartei war vom Beginn an gegen diese Zielsetzungen. Trotz gebundener Strategie in Badgastein ist die Volkspartei noch immer jene konservative Partei der vergangenen Zeiten. Dazu haben weder die wiederholte Auswechslung der Führungsgarnitur noch die Überholung im Trockendock, meine Herren, noch die Zweifirmentheorie, noch die krampfhaften Linksaußen-Überholversuche mit untauglichen Mitteln und das In-sich-Gehen in Badgastein etwas beigetragen. Das ist schade im Interesse der Demokratie, aber auch schade im Interesse unseres Landes Österreich.

Auch bei diesem Budget war man von Anfang an dagegen. Schon am 19. September hat Ihr Klubobmann Professor Dr. Koren erklärt, daß der Ausgabenrahmen von 155 bis 160 Milliarden kaum einzuhalten sein wird. Weiters hat er erklärt, daß das Defizit 15 Milliarden betragen werde. (*Abg. Dr. Blenk: Und was glauben Sie?*)

Daß diese VP-Schwarzmalerei, Herr Abgeordneter Blenk, nicht richtig ist, können Sie an den vorliegenden Budgetzahlen ersehen. (*Abg. Dr. Blenk: Warten Sie, was herauskommt!*) Es wurden die 160 Milliarden nicht überschritten, und das Defizit ist um 38 Prozent geringer, als es Ihr Professor Koren vorausgesagt hat.

Es ergibt sich die Frage, ob sich der Klubobmann der Volkspartei als Fachmann geschätzt hat — das kann natürlich vorkommen — oder ob Ihr Klubobmann versucht hat, vor den Landtagswahlen ein bißchen im trüben zu fischen.

Diese Linie wird nunmehr bei der ersten Lesung des Staatshaushaltes fortgesetzt. So hat Herr Professor Koren als erster Redner der Opposition davon gesprochen, daß man nun beginne, von der Sonnenseite in die Schattenseite zu kommen.

Ich möchte dazu sagen: Ob man in der Sonnenseite oder in der Schattenseite ist, hängt immer davon ab, wie die Konjunkturbeustrahlung ist. Aber wenn man als Partei selbst von einem Sturmtief ins Trockendock geworfen wird und jetzt im Zentrum eines Tornados sitzt, sich stetig im Kreise drehend einen fixierten Standpunkt sucht, dann sollte man solche Dinge lieber nicht sagen. Das gehört zu den Kuriositäten, die diese Opposition hier sehr gerne verbreitet. Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, seit dreieinhalb Jahren!

Der Herr Abgeordnete Minkowitsch hat erklärt, daß der Bundesminister für Finanzen sicherlich keine Zeit gehabt hätte, das Kapitel Landwirtschaft zu studieren. (*Ruf bei der ÖVP: Der Klubobmann Weisz!*) Oder der Klubobmann, bitte. Dazu muß ich sagen: Es hat Leute von Ihnen gegeben, die haben in früheren Jahren nur das Kapitel Landwirtschaft studiert, und sonst nichts. Das ist eben ein Unterschied. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Der Herr Abgeordnete Glaser hat Vorschläge gemacht und hat unter anderem auch das Teilzeitbeschäftigungsgesetz als Alternative für die Stabilitätsbemühungen genannt. (*Abg. Dr. Gruber: Er hat gesagt: zur Arbeitsmarktentlastung!*) Ich glaube, das ist aber wohl die größte Kuriosität, weil wir ganz genau wissen, daß es heute Tausende, vor allem Frauen, gibt, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen. Das heißt: Es ist heute praktisch möglich, eine Teilzeitbeschäftigung aufzunehmen, und ein Gesetz wäre sicherlich nur eine Ergänzung.

Der Herr Abgeordnete Glaser hat aber auch dem Herrn Bundesminister für Finanzen vorgeworfen, daß von der Ministerbank her zuviel geredet würde. Zwei Sätze weiter sagte er, die Regierung wäre verpflichtet, Rede und Antwort zu stehen. Wir wissen, daß die Regierung verpflichtet ist, Rede und Antwort zu stehen. Aber man kann nicht im gleichen Atemzug einerseits verlangen, daß man Rede und Antwort steht, aber auf der anderen Seite sagen, daß man zuviel redet. (*Abg. A. Schläger: Demagogie!*) Sie haben richtig gesagt, das ist reine Demagogie. (*Abg. Graf: Er hat Sie gemeint!*)

Der Herr Abgeordnete Mussil als mein Vorredner — er ist inzwischen in die Paritätische Kommission gegangen ... (*Rufe bei der ÖVP: Er ist da!*) Entschuldigung, Herr Generalsekretär! Ich habe weiter nach links geschaut (*Abg. Graf: Sie haben einen Linksdrahl!*); Sie sitzen doch weiter rechts, als ich gedacht habe. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.*) Sie haben gesagt, daß Sie bereit wären, Alter-

Tonn

nativen vorzulegen, wenn Sie dafür gewisse Garantien bekommen könnten. Ich möchte sagen: Das ist auch eine kleine Kuriosität. Wir können und wollen nicht der Opposition einen Blankoscheck geben, der dann nirgends einlösbar und schon deshalb wertlos ist, weil Sie dann vielleicht um die Zeichnungsberechtigung in Ihren Reihen zu streiten beginnen.

Ich möchte auch nicht dazu Stellung nehmen, daß Sie hier von Ihrer Warte aus gesagt haben: Die Lohnerhöhungen waren zu hoch! — Es ist Ihr Kollege Mock nicht da, der immer behauptet, sie wären zu wenig. Vielleicht können Sie das in Ihrer Partei vorerst einmal ausmachen und uns dann sagen, auf welchen Nenner Sie gekommen sind. — So könnte man die Dinge fortsetzen.

Ich möchte Ihnen sagen: Wir erwarten von Ihnen nicht, daß Sie begeistert sind. Das ist keine Frage. (*Abg. Dr. Gruber: Das wäre wirklich zuviel verlangt!*) Aber die Staatsbürger erwarten von der Opposition einen gewissen Stil und keine Fernsehshow mit billiger Effekthascherei. (*Abg. Graf: Unser Stil ist besser als Ihrer!*) Nur mit theoretischem Oppositionsdenken, meine Herren, werden Sie kaum imstande sein, Ihre — so Ihr Klubobmann Koren in Gastein — Strategie des Wanderns auf einem schmalen Grat, zwischen Konfrontationstaktik extremer Anpassung und Neinsagerpartei liegend, durchzuhalten. — Das möchte ich den Vorrednern der Opposition sagen. (*Zwischenruf der Abg. Dr. Marga Hubinek.*) Das habe nicht ich formuliert, Frau Abgeordnete Hubinek, sondern das ist in der „Wiener Zeitung“ unter dem Titel „Die Marschroute der ÖVP“ gestanden. Sie können das dort nachlesen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Zum vorliegenden Budgetentwurf. Es wurde heute schon über die Dreiteilung gesprochen. Es paßt Ihnen nicht, daß wir ein Grundbudget, eine Stabilisierungsquote und ein Konjunkturbelebungsbudget vorgelegt haben. Wir sind der Meinung, daß es in dieser Zeit notwendig ist, so etwas zu machen, und daß es dieser Zeit angepaßt ist.

Im Gegensatz zum Voranschlag des Jahres 1973 haben wir heute eine andere Situation. Wir haben hier vor rund einem Jahr über die Probleme Mehrwertsteuer, EWG-Beitritt, Einkommensteuerreform und Finanzausgleichsgesetz beraten. Daß die Beschlüsse, die wir gefaßt haben, richtig waren, zeigt die Entwicklung.

Wir liegen in der Stabilitätspolitik im weltweiten Vergleich — und ich möchte das Wort „weltweit“ betonen — sehr erfolgreich, und

wir haben auch die Vollbeschäftigung gesichert. Die Mehrwertsteuer brachte nicht 10 oder mehr Prozent an Preiserhöhungen, wie das von Ihnen angekündigt wurde. Der EWG-Start wurde gemeistert.

Ich glaube, es ist Zeit, daß wir all denen, die da mitgewirkt haben, beginnend von den Ministerien über die Unternehmensleitungen bis zum letzten Arbeiter, dafür Dank sagen, daß wir diesen EWG-Start so über die Runden gebracht haben.

Nun zur Einkommensteuerreform. Ich weiß, und ich bin mir dessen bewußt, daß eine Einkommensteuerreform nicht gut genug sein kann. Aber diese Einkommensteuerreform, die wir beschlossen haben, meine Damen und Herren, ist jedenfalls um Klassen besser als jene, die 1967 von Ihnen beschlossen und dann ein Jahr später ihrer Substanz beraubt wurde! (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Noch etwas, weil heute im Rahmen des Einkommensteuergesetzes immer wieder Änderungen verlangt werden: Es ist interessant festzustellen, daß gerade jene am meisten schreien, die von 1966 bis 1970 das Wenigste dazu beigetragen haben, den kleinen Einkommensbeziehern in diesem Lande zu helfen.

Aber weniger Einkommensteuer bedeutet auch weniger Einnahmen für den Staat, weniger Einnahmen für den Finanzausgleich. Nun kommen wir zu einem Punkt, der auch sehr interessant ist: Die Volkspartei will für die Länder und für die Gemeinden immer mehr vom Finanzausgleich haben. Nun ist die Einkommensteuer ein bedeutender Faktor im Finanzausgleich. Die Gemeinden bekommen von der Einkommensteuer rund 18,2 Prozent. Das werden 1974 rund 3,8 Milliarden Schilling sein.

Es geht nicht, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, daß Sie in den Ländern, in den Gemeinden immer mehr vom Bund verlangen und hier auf Bundesebene zum Rednerpult gehen und fordern, der Bund solle die Steuern senken. Dazu kommt noch, daß Sie regelmäßig das Bundesbudget im gesamten als rahmenmäßig zu groß einstufen, aber bei jedem Kapitel hergehen und sagen, es wäre zu wenig drinnen.

Ich glaube, es wäre gut, hier etwas mehr Sachlichkeit anzuwenden. Oder wir müßten in Zukunft solche Beratungen am 1. April durchführen; an dem Tag würden solche Scherze vielleicht passen.

Jedenfalls zeigt dieser neue Finanzausgleich, daß er gemeindefreundlicher ist. Das hat schon das erste Halbjahr 1973 gezeigt: Die Gemeinden haben hier gegenüber 1972 ein Plus von

Tonn

16,9 Prozent — das sind mehr als 900 Millionen Schilling —, und auch die Länder haben um 15,4 Prozent mehr bekommen.

Diese Entwicklung geht auch 1974 weiter. Aus diesem Budget ist zu ersehen: Die Einnahmen der Länder und Gemeinden aus dem Finanzausgleich werden um 38,5 Prozent steigen, die des Bundes nur um 33,3 Prozent.

Sicher ist eine der Ursachen die, daß die Gemeinden bei diesem Finanzausgleich zum ersten Mal als gleichberechtigte Partner dabei waren. Unter früheren Finanzministern war ja das bekanntlich nicht möglich. Daher bitte ich, sachlich darüber zu diskutieren, wenn es um die Fragen des Finanzausgleiches geht. Wir lassen uns wegen der Opposition den Finanzausgleich bezüglich der Gemeinden nicht auf Umwegen verschlechtern!

Erfreulich bei diesem Voranschlag ist auch, daß bei den Kapiteln Forschung, Unterricht und Soziales erheblich mehr Mittel eingesetzt wurden und daß auch beim Kapitel Gesundheit das Problem der Spitäler in Angriff genommen wird. Es werden wieder 250 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Für die Zweckzuschüsse beim Betriebsabgang wird der Betrag von 298 Millionen auf 387 Millionen Schilling erhöht; das sind um rund 30 Prozent mehr gegenüber 1973. Auch in der Stabilisierungsquote sind weitere 400 Millionen dafür bereitgestellt.

Dieses Budget zeigt — wenn man die Durchlaufposten plus 2 Milliarden an Schuldentrückzahlung berücksichtigt —, daß die Wirtschafts- und Finanzpolitik auch 1974 um die Stabilisierung und Rückführung der Preissteigerungsraten bemüht ist. Der Leitgedanke war eine restriktive Politik, gepaart mit Stabilisierungsbemühungen. Dem trägt der vorliegende Entwurf auch Rechnung.

Wenn auch das bei der Neinsagerpartei dieses Hauses — das ergibt sich schon aus der Debatte bei der ersten Lesung — auf keine Gegenliebe stößt, werden wir trotzdem dieses Budget beschließen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*) Wenn Ihnen, meine Damen und Herren und Herr Abgeordneter Dr. Blenk, das auch unangenehm ist: Letzten Endes repräsentieren die 93 Abgeordneten der Regierungspartei den Wählerwillen vom 10. Oktober 1971 (*Abg. Graf: Nicht mehr lange!*) und mehr als 50 Prozent der Wählerstimmen Österreichs. (*Abg. Graf: Ist schon vorbei!*) Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und vielleicht ganz kurz zum Abschluß noch etwas, weil von Oppositionskritik sehr viel gelesen und gesprochen wird. Ich habe hier

das „Programm Österreich“ Ihrer Partei aus dem Jahre 1949. (*Abg. Graf: Er hat seine Bibliothek mitgenommen! — Abg. Mitterer: Nostalgie!*) Vielleicht kennen Sie das nicht! Das wäre durchaus möglich, Herr Abgeordneter Graf. Hier steht über die Minderheit folgendes:

„Der Minderheit obliegt es, durch sachliche und konstruktive Kritik die Arbeit der Mehrheit zu beeinflussen ... Die Kritik darf aber niemals so weit gehen, daß alles und jedes, was die Regierungsmehrheit leistet, von der Minderheit aus rein parteipolitischen Gründen und mit demagogischen Mitteln prinzipiell herabgesetzt wird. Auch die Minderheit muß zu jeder Zeit und in erster Linie die Interessen des Allgemeinwohles im Auge haben ...“

Falls Sie dieses Buch nicht haben sollten, bin ich gerne bereit, es Ihnen zur Verfügung zu stellen. (*Abg. Kraft: Alles richtig, was da drinnen steht!*)

Zum Abschluß kommend, möchte ich sagen, daß dieses Budget unserem Regierungsstil entspricht, daß wir mit diesem Budget die Linie fortsetzen, die wir im Jahre 1970 begonnen haben.

Ich darf abschließend einen großen deutschen Dichter zitieren, der einmal gemeint hat: Man sagt, Zahlen regieren die Welt. Das eine ist gewiß — sie zeigen uns, wie sie regiert wird.

Wir glauben: Österreich wird gut regiert! (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl.-Vw. Josseck. Ich erteile es ihm. (*Abg. Mitterer: Was täte der ohne Glauben!*) Jetzt hören wir einen neuen Glauben! Bitte, lassen wir den alten jetzt.

Abgeordneter Dipl.-Vw. Josseck (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es zeigt sich im Laufe dieser Debatte, in der so viel von der Straffung der Budgetdebatte gesprochen wird, offensichtlich, daß das daneben geht. Es hat sich nämlich, wenn man hier eine Strichliste geführt hat, gezeigt, daß sowohl von Seite der Oppositionsredner als auch von Seite der Regierungssprecher her immer wieder dieselben Argumente vorgebracht werden. Zum Teil Gescheites, zum Teil weniger Gescheites. Aber es hat niemand in dem Haus den Mut zu sagen: Es wurde gesagt, was zu sagen war, machen wir Schluß und gehen wir zu wesentlicheren Dingen über. — Es ist vielleicht zu hoffen, daß die drei Klubobmänner, die bis jetzt getagt haben, diesen Punkt einer Lösung zuführen konnten.

Dipl.-Vw. Josseck

Nun zu der Erklärung des Herrn Bundesfinanzministers. Auf Seite 6 seines Manuskriptes schreibt er — er hat das in seiner Regierungserklärung, unter Anführungszeichen, dann auch wortwörtlich vorgelesen und ausgeführt —:

„Die Anforderungen an die Verwaltung“ — sagte Dr. Androsch — „steigen, die Nachfrage nach öffentlichen Gütern nimmt ständig zu. Es ist nicht der Staat, der mehr von seinen Bürgern fordert“ — hier setze ich in Klammer: darüber könnte man aber streiten; und Doktor Androsch setzte fort —, „sondern wir alle fordern mehr vom Staat.“

Hier sage ich: Was die sozialistische Alleinregierung an Politik betrieben hat, fördert ja geradezu bei den Bürgern dieses Staates die Annahme, daß sie immer mehr von diesem Staat verlangen können. Die Tendenz geht dahin, daß die Bürger dieses Landes ja direkt dazu erzogen werden, mehr und mehr in diesen Staatssäckel hineinzugreifen! Es wird von dieser sozialistischen Alleinregierung — so möchte ich es sagen — Gefälligkeitsdemokratie in Permanenz betrieben. Sie, Herr Dr. Androsch, verteilen mit Ihren Herren Geschenke. Sie verwöhnen damit die Bürger dieses Landes. Sie geben aber auch den Bürgern den Anreiz, immer noch mehr zu fordern. Ich sagte hier schon einmal, daß offensichtlich alles umsonst sein sollte. Hier geht die Politik der Bundesregierung auf die Zielrichtung hin, daß man zur Geburt etwas bekommt, daß man beim Heiraten etwas bekommt — oft auch umgekehrt natürlich —, daß die Schulbücher nichts kosten und daß die Fahrt zur Schule nichts mehr kosten soll. Ich sage ja nicht, daß all das unbedingt schlecht ist. Aber niemand zerbricht sich darüber den Kopf, wer das bezahlen soll.

Vor der Wahl fällt nun — ich glaube, so kann man es bezeichnen — der Bundeskanzler dem Finanzminister auch noch in den Rücken, weil das gerade so schön vor der Wahl gepaßt hat. Aber der Finanzminister hat in seiner Budgetvorbereitung eben nicht mehr stoppen können. Dr. Kreisky erklärte nun — zusätzlich zu den bisherigen Geschenken; aber nirgends ist dann zu ersehen, wie man diese Ausgaben bedecken kann —: „Wir Sozialisten bringen nun auch noch wegen der hohen Baukosten eine echte Wohnungsbeihilfe.“ — Ich frage: Wo steht das in diesem Budget, wo ist das gedeckt? — Aber ich frage auch: Wo soll das hinführen? — Das ist nämlich Gefälligkeitsdemokratie par excellence. Hier vermögen die Sozialisten einfach nicht am Boden der Tatsachen zu bleiben!

Die Äußerungen von Dr. Androsch werden auch unglaubwürdig, wenn man in einem anderen Zusammenhang in einer Zeitung liest: Das

Geld fliegt nur so beim Fenster hinaus! Von dieser Zeitung ist recht anschaulich die Subventionitis in diesem Land aufgegriffen worden. — Das betrifft zwar das Jahr 1972, aber unbestritten bleibt, daß diese Punkte genauso für das Jahr 1973 zutreffen werden.

Das sind Beispiele von Gefälligkeitsdemokratie. Wenn man so etwas liest, glaubt man, daß das nicht wahr sein kann. Es stehen einem die Haare zu Berge, wenn man einige Punkte, die der Journalist anführte, liest. Er führt aber auch zu Recht an, daß das schon unter der großen Koalition so war und daß diese Art der Gefälligkeitsdemokratie auch die ÖVP-Alleinregierung betrieben hat. Das zeigt sich auch an verschiedenen Beispielen, auf die ich dann noch eingehen werde, und zwar gerade auf diese Großkoalitionssubventionen, die heute noch verankert sind, wie etwa: Wenn dein CV 50.000 S bekommt, muß auch meine Sozialistische Jugend selbstverständlich zum Nationalfeiertag ebenfalls 50.000 S bekommen.

Aber in Österreich gibt es außer schwarzer Jugend und roter Jugend, oder schwarzorganisierter und rotorganisierter Jugend (*Abg. Graf: Blaue!*), darüber hinaus auch noch Blaue und auch solche (*Abg. Graf: Ich weiß, warum Sie reden!*), die weder CVer sind, noch ... (*Abg. Graf: Ich pflichte Ihnen bei! Das sind Ihre Schwierigkeiten!*) Auch die wollen ihren Nationalfeiertag feiern, Herr Graf! — Das ist für Sie schwierig! Für mich wäre das nicht schwierig! — Hier kann man nämlich einen Strich darunter machen. Jeder andere kleine Verein, der nicht so groß ist wie Ihr CV, ist in der Lage, sich einen Nationalfeiertag selbst zu finanzieren. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Wenn angeführt wird, Herr Graf — ich weiß nicht, ob das auch eine Koalitionsfrage von ehemals ist —, daß aus dem Süd-Sudan welche heimgeführt werden sollen, so weiß ich nicht: Sind es deine Schwarzen, sind es die schwarzen Schwarzen, oder sind es die roten Schwarzen, um die es hier geht. (*Abg. Graf: Blauschwarze!*) Oder vielleicht gibt es auch blaue Schwarze. Aber es gibt eher Schwarz-Blaue.

Aber daß hier auch solche Detailziffern in dieser Subventionsproblematik, in dem Subventionsberg drinnenstecken, ist erschreckend. Hier wird zum Beispiel vom Bund her einer Blasmusikkapelle ein Betrag von 80.000 S gegeben. Es ist scheinbar in Österreich auf Grund dieser Erziehung niemand mehr gewillt, zu seinem Hobby, zu seinem Vergnügen selbst etwas beizutragen. Aber noch einmal: hier schwarze Schüler — hier rote Schüler — politische Bildungsarbeit. Daß andere Jugendliche in Österreich sich auch politisch bilden wollen,

Dipl.-Vw. Josseck

auf das kommt man hier offensichtlich nicht. (*Ruf bei der ÖVP: Das ist schon ein bißchen sehr speziell!*) Nun gut, das gehört aber dazu, weil es hier ausdrücklich heißt, wie das Geld beim Fenster hinausgehauen wird, und an Hand von Beispielen sollte man es doch anführen. Daß dann zufällig einer im richtigen Moment eine rote Nelke angesteckt hat und dann einen Film dreht, der mehr oder weniger gut ist (*Ruf bei der ÖVP: Eher weniger!*), und dann auch noch 400.000 S bekommt, das soll hier auch noch angeführt werden.

Ich muß aber auch noch auf einen anderen Punkt eingehen, wenn es Ihnen auch nicht ganz paßt, Herr Blenk, weil Sie sagen, das sei schon zu sehr Spezialdebatte, aber es paßt mir gerade so gut herein: Es hat hier ein Sportklub des Bundeskanzleramtes einen Betrag bekommen. Hier muß ich den Herrn Finanzminister fragen, ob er dort Sport betreibt, denn in einer Zeitung habe ich gelesen, der Herr Bundesfinanzminister, ein gereifter Jungstar, habe mit tennisgestähltem Körper hier eine zweieinhalbstündige Monsterrede gehalten. Nun, Herr Bundesminister, Sie sind nicht böse, wenn ich Ihnen dazu auch einen Kommentar gebe, der hier im Hause gefallen ist. Es hat sich ein Zuhörer hier im Haus Ihre zweieinhalbstunden-tennisgestählte Rede angehört und hat dann gesagt: Ich muß ehrlich sagen, ein kleiner Dicker, der wenigstens nur eine Stunde gelesen hätte und dann präziser, der wäre mir lieber gewesen.

Nun, Sie müssen zugeben, Herr Bundesminister, es war ein sehr selbstgefälliger Monolog, und es ist daher auch kein Wunder, daß Sie das heute einigemal unterschwellig vorgehalten bekommen haben. Es ist nämlich aufgefallen in Ihrer Regierungserklärung, daß nicht nur Sie sich abwechselnd einmal links und einmal rechts auf die Schulter geklopft haben, sondern auch ab und zu einmal einem Ihrer Kollegen. Aber etwas, was die breite Öffentlichkeit doch interessiert hätte in dem Zusammenhang, weil es ja unmittelbar vor der Tür gestanden ist oder vor der Tür steht und gestern, heute und morgen in der Zeitung stehen wird: daß der Strom wieder teurer wird, daß die Bahn teurer werden soll, daß das Benzin teurer wird, und was Sie dagegen zu tun gedenken, haben Sie nicht ausgeführt. Es hat alles sehr schön geklungen, aber diese Details, die heute den Österreicher interessieren, sind einfach in Ihrer Erklärung untergegangen. Gerade in der Frage Benzin, Treibstoff: Sie haben zu einem Zeitpunkt gesprochen, als im Vorderen Orient noch die Flammen gebrannt haben, wenn man so sagen kann, und gerade in diesen Tagen damals, als Sie Ihre Erklärung abgegeben haben, hat

der Österreicher nur um 50 S tanken können, hat kein Heizöl bekommen, aber zu dieser Frage haben Sie sich auch nicht erklärt.

Zu einem weiteren Problem. Sie haben in Ihrer Budgeterklärung auch von Sicherheit im Lande gesprochen und haben den Kapiteln Inneres, Justiz und Landesverteidigung ganze drei Seiten gewidmet. Nun fragt man sich, ob es gerade in diesem Moment gut war, darüber so wenig zu sprechen. (*Abg. Dr. Koren: Fünf Seiten waren es!*) Oder wollen Sie sich darauf verlassen, daß man einmal irgendwo anders gesagt hat, wir in Österreich würden auf der Insel der Glückseligen leben? Nun, ich glaube, da sind Sie wahrscheinlich noch der einzige Minister, der das in diesen Tagen damals geglaubt hat. Aber wo gerade in diesen Krisentagen ein Wort oder ein Ansatz oder ein Lösungsvorschlag von Ihnen so notwendig gewesen wäre, etwa zur Frage der Bevorratungswirtschaft — nichts, aber auch schon gar nichts hat man davon gehört! Im Gegenteil, Dr. Staribacher hat in seiner bekannt witzigen Art gesagt: Die Österreicher sind eh zu dick. Aber mit dem Ausspruch kann man das Problem natürlich nicht lösen. Sie selbst, Herr Bundesminister, haben gesagt, die Wirtschaft soll sich das selbst bezahlen. Hier bin ich aber doch der Meinung, daß Sie sich, da Sie doch immer sehr nach Vorbildern trachten und sich immer wieder Schweden als Beispiel nehmen, in dem Fall auch die Schweiz als Beispiel nehmen können. Gerade in diesen Ländern hat man für solche Krisenfälle Vorsorge getroffen. Und wenn Sie sagen, das soll sich die Wirtschaft selbst zahlen, so geht das doch völlig an den Dingen vorbei.

Der Bürger dieses Staates hat ein Recht, in Krisenfällen an diese Regierung heranzutreten und die Forderung zu erheben: Die Regierung hat dafür zu sorgen, daß wir in Krisenfällen nicht vor dem Nichts stehen. Sie haben keine Treibstoffbevorratung, Sie haben keine oder so gut wie keine Lebensmittelbevorratung. Man weiß, daß die Landwirtschaft zweifellos ihr Möglichstes dazutun wird, aber wenn sie keinen Treibstoff bekommt, dann steht auch sie völlig an.

Aber eines ist wenigstens vorhanden, so ich richtig gelesen habe, daß die Weinbevorratung gesichert ist. Die Winzergenossenschaften bekämen für ihre Weinlager 5 Millionen Schilling. Hier hat eine Zeitung dazu geschrieben: So schaut also diese Bevorratungswirtschaft in Österreich aus, bei drei Tagen Krise können wir nicht mehr unsere Autos in Bewegung setzen, das Essen wird offensichtlich knapp, aber eines bleibt uns noch über hier in Österreich: wir können uns restlos besau-

Dipl.-Vw. Josseck

fen. Nun, das ist aber auch nur ein sehr kleiner Trost. Ich hoffe, er ist nicht symptomatisch für die österreichische Bevorratungswirtschaft. (*Abg. Graf: Blau, blau!*) Wäre in dem Fall nicht schlecht, weil es ja dann die einzige Lösung ist. Das wäre dann ein Fall, Herr Graf, wo auch Sie blau wären. (*Abg. Dr. Blenk: Eher als Zustand, nicht als Farbe!*)

Erst auf einen freiheitlichen Appell hin, daß gerade in der Bevorratungswirtschaft etwas geschehen muß, hat sich Herr Bundeskanzler Kreisky zu einem Gespräch bereit gefunden, aber bis dato hat man nichts Näheres gehört, gelesen oder sonst etwas darüber erfahren, woher diese Mittel zu nehmen sein werden.

Ich darf auch noch ganz kurz erwähnen, obwohl es immer Wiederholungen sind und heute in dem Haus auch schon mehrmals gesagt wurde: Herr Dr. Kreisky hat am Nationalfeiertag ein glühendes Bekenntnis zur österreichischen Landesverteidigung abgelegt. Er hat gesagt: Man muß die Menschen von der Notwendigkeit der Landesverteidigung überzeugen. Ich meine, das ist schon allerhand aus dem Mund des Demontierers des Bundesheeres. Aber geradezu ketzerisch muß es klingen, wenn Dr. Kreisky gesagt hat: Auch die Verteidigung eines Kleinstaates hat ihren Sinn; der Aufklärungsprozeß muß einsetzen; die Bewahrung unserer Errungenschaften ist notwendig und muß gesichert werden. Im gleichen Atemzug — zwei oder drei Tage vorher — legt uns Dr. Androsch das Budget vor, und in diesem Budget ist die Landesverteidigung wiederum so gut wie untergegangen. Wenn ich Lütgendorf wäre, Herr Dr. Androsch, ich würde Ihnen hier etwas anderes erzählen. Aber das ist das Problem Lütgendorfs.

Ich darf also nochmals appellieren, Herr Bundesminister, es würde Ihrer Bundesregierung und Ihnen sehr gut anstehen, wenn man weniger Gefälligkeitsdemokratie betreiben würde, wenn man weniger Gesellschaftspolitik nach rein sozialistischen Nivellierungszielsetzungen betreiben würde, und es gehörte natürlich auch Mut dazu, wenn man sich zu weniger populären Maßnahmen durchringen könnte. Aber interessanterweise, auf Seite 7 — als hätten Sie es von dem freiheitlichen Manifest abgeschrieben — stellen Sie dort die Forderung nach mehr Leistung, nach mehr Verantwortlichkeit, nach mehr Qualität. Wenn Sie dabei bleiben, dann können wir Freiheitlichen mit Ihnen wieder weiterreden.

Aber zu dieser Budgeterklärung ein Nein von uns! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Hubinek. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Dr. Marga **Hubinek** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn im Jahre 1974 im Bundesvoranschlag Ausgaben in Höhe von 159 Milliarden Schilling vorgesehen sind, so beträgt der Anteil, den die Frau Gesundheitsminister an Ausgaben für Gesundheit und Umweltschutz ausgehandelt hat, ganze 0,8 Prozent des Gesamtbudgets, und dies läßt an den Worten des Herrn Finanzministers anlässlich seiner Marathonrede im Hause doch einige Zweifel hegen.

Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede beim Kapitel Gesundheit gemeint: „Es gilt neue Prioritäten für die Versorgung mit Gesundheitsgütern zu setzen . . .“

Angesichts dieser sehr bescheidenen Mittel haben wir doch gewisse Zweifel. Und man fragt sich auch vergeblich, was der Herr Bundeskanzler wohl gemeint hat, als er nach einer Regierungsklausur in einem Interview dem ORF gegenüber meinte: „Die Zigarettenpreiserhöhung, das ist überhaupt keine Frage, das haben wir schon abgehandelt. Da brauchen wir das Geld, um die Gesundheitspolitik zu einem großen Teil zu finanzieren. . .“

Sehr geschätzter Herr Finanzminister! Wo sind nun diese zusätzlichen Einnahmen? Wo stehen sie zu Buche? — Zweifellos nicht beim Gesundheitsressort.

Als vor mehr als eineinhalb Jahren das Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz errichtet wurde und man dieses Ministerium einer Ärztin anvertraute, konnte die Bevölkerung wohl erwarten, daß diese Regierung ein verstärktes Augenmerk den Fragen der Gesundheit zuwenden werde. Nicht umsonst hatte man zuvor ein Meinungsforschungsinstitut, das der Regierungspartei nahesteht, damit beauftragt, festzustellen, wie die Werthierarchie der Bevölkerung aussehe. Man hörte dann, daß 83 Prozent der Österreicher die Gesundheit an die Spitze ihrer Werthierarchie stellen.

Auch der Herr Bundeskanzler meinte, wieder nach einer Regierungsklausur, am 3. Mai 1973 in einem ORF-Interview: „Wir werden die österreichische Bevölkerung fragen, was ihr die Gesundheit wert ist und . . . welcher Art der Finanzierung der Vorrang gegeben wird.“

Die Frage konnte ja nach den Umfrageergebnissen kein Geheimnis bleiben. Sie schien Alibicharakter zu haben, weil man sich ja mit dem Gedanken einer neuen Steuer trug.

Vielleicht kannte die Frau Gesundheitsminister nicht genau, was sich die österreichische Bevölkerung über die Gesundheit denkt. Spä-

Dr. Marga Hubinek

testens aber nach Vorlage des Bundesfinanzgesetzes 1974 mußte auch die Frau Gesundheitsminister wissen, was dem Finanzminister die Gesundheit wert ist, nämlich ganze 0,8 Prozent des Gesamtbudgets. Wenn schon der Regierungschef nicht bereit war, das Gesundheitsressort mit den entsprechenden Kompetenzen auszustatten — wir haben bei der heutigen Fragestunde bemerken müssen, daß die Frau Gesundheitsminister nicht einmal legitimiert ist, in der so brennenden und aktuellen Frage des Honorarkonfliktes mit den Zahnärzten Partei zu ergreifen —, so war der Finanzminister nicht bereit, die entsprechenden Mittel diesem Ressort zur Verfügung zu stellen.

Fast prophetisch muten die Worte der Frau Minister an, wenn sie auf eine Frage der „Kleinen Zeitung“, Graz: „Wozu gibt es dann überhaupt ein Gesundheitsministerium?“ am 2. April 1972 erklärte: „Wem bis jetzt nicht aufgefallen ist, wozu wir das Ministerium brauchen — das weiß ich nicht.“

In der Bevölkerung denkt man bei einer besseren Versorgung des Gesundheitswesens zweifellos an eine Reform der Krankenanstalten. Jeder assoziiert mit Spitälern Bettennot, überfüllte Krankensäle, unzureichende Versorgung im ländlichen Raum. Die Reform des Spitalwesens ist uns die Frau Minister Leodolter bis heute schuldig geblieben. Obwohl alle Fachleute übereinstimmten, daß das bisher praktizierte System der Defizitdeckung der Spitäler kritikwürdig ist, blieben wir weiter dabei. Die Folge ist, daß jener Spitalserhalter, der am schlechtesten wirtschaftet, den größten Zuschuß aus den Bundesmitteln erhält. Und wieder findet man die Defizitdeckung im Budget 1974.

An Investitionsförderung für Spitäler findet sich ein Betrag von 250 Millionen Schilling. Der Betrag, der in der Stabilisierungsquote steht, dürfte wohl kaum relevant werden. Selbst für den Betrag von 250 Millionen Schilling fehlen sämtliche Verteilungsgrundsätze, obwohl ein Hinweis in der Fußnote des Teilheftes steht, wonach der Krankenanstaltenplan für die Verteilung der Mittel maßgebend sei.

Dazu muß man aber dem Herrn Finanzminister sagen, daß dieser Krankenanstaltenplan auf keinerlei Rechtsbasis steht. Er wurde weder dem Parlament vorgelegt, noch ist er mit den Plänen, soweit vorhanden, der einzelnen Bundesländer abgestimmt.

Auch das Krankenanstaltengesetz, das die Typisierung und vor allem die Ausstattung der Spitäler vorsieht, ist mangels geeigneter Berechnungen, aber auch mangels eines Finan-

zierungskonzeptes im Ausschuß unerledigt hängengeblieben.

Da für die 250 Millionen Schilling die Verteilungsgrundsätze fehlen, wird es dem Gutdünken des Ministeriums überlassen bleiben, wie die Mittel vergeben werden.

Es mutet wie ein schlechter Scherz an, wenn für die gesamten Spitäler der einzelnen Bundesländer ein Betrag von je 3000 S an Förderung vorgesehen ist. Herr Finanzminister! Um 3000 S bekommen Sie nicht einmal ein einzelnes Spitalsbett.

Ich glaube, hier irrte wieder einmal die „Sozialistische Korrespondenz“, als sie am 27. Juli 1972 vermeldete: „Schon vom nächsten Jahr an“ — damit war offensichtlich das Jahr 1973 gemeint — „wird das Gesundheitsministerium den Spitalserhaltern für ihre Investitionen 20prozentige Zuschüsse gewähren.“

Mitnichten! Diese Euphorie läßt sich auch bei der prophylaktischen Medizin nicht teilen. Für die Vorsorgeuntersuchungen sind 60 Millionen Schilling im ordentlichen Budget vorgesehen. Weitere 60 Millionen Schilling im Stabilisierungsbudget dürften wohl kaum flüssig gemacht werden.

Eine Projektstudie dieser Untersuchungen ist jüngst in zwei Bundesländern gelaufen. Das Echo und der Erfolg waren eher bescheiden. An dieser Untersuchung sollen sich in einem Bundesland 7 Prozent, in einem weiteren Bundesland 9 Prozent der eingeladenen Personen beteiligt haben. Daher hat der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede dies nobel umschrieben und hat gemeint, 140.000 Österreicherinnen und Österreicher waren eingeladen, sich untersuchen zu lassen.

Die Zahl der Eingeladenen hat doch wohl kaum einen Aussagewert. Aussagewert hätte es gehabt, wenn Sie die Zahl jener Personen vermeldet hätten, die sich tatsächlich untersuchen ließen.

Wenn sich in der Bundesrepublik Deutschland an ähnlichen Untersuchungen 30 bis 40 Prozent der Eingeladenen beteiligten, so muß es offensichtlich bei uns an der mangelnden Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums gelegen sein, das der Bevölkerung die Untersuchung vermutlich nicht ausreichend zu motivieren verstand. Wenn auch 1974 die Motivation des Ministeriums unterbleibt, dann ist es auch um die 60 Millionen Schilling, die dafür präliminiert sind, schade.

Das Ministerium führt auch den Umweltschutz in seinem Titel, doch über die Arbeiten, die das Ministerium im Rahmen seiner Koordinierungsfunktion wahrnimmt, herrscht absolute Funkstille.

Dr. Marga Hubinek

Wie sagte doch der Herr Bundeskanzler am 18. April 1972? — „Der Umweltschutz müsse nicht nur als hygienisches, sondern als gesellschaftspolitisches Problem und Aufgabe von elementarer Bedeutung gesehen werden. Dies sei ein Motiv zur Schaffung eines Gesundheitsministeriums gewesen.“

Keine detaillierten Angaben machte Doktor Kreisky über die Finanzierung. Das ist uns nichts Neues! Die Regierung Kreisky hat aber die Gesundheit und den Umweltschutz zum Anlaß genommen, nicht nur ein eigenes Ministerium zu errichten, sondern sie hat auch eine Staatssekretärin mit den Agenden der Familienpolitik befaßt. In einer Zeit, in der die Familien unter steigendem Preisdruck zu leiden haben und die Armut, die die Regierung auszog zu bekämpfen, in immer neue Bevölkerungsschichten eindringt, hortet der Finanzminister jene Gelder, die eigentlich für die Familien bestimmt sind.

An Reservemitteln werden wahrscheinlich mit Ende dieses Jahres 3 Milliarden Schilling auf der hohen Kante liegen; 3 Milliarden Schilling, die zu dem Zinsfuß der Postsparkassa verzinst werden; und die Frau Staatssekretär konnte nicht erreichen, daß diese Geldmittel den Familien zur Verfügung gestellt werden.

Der Familienlastenausgleich geht von einer einkommenspolitischen Überlegung aus. Als man im Jahr 1954 diesen Lastenausgleich auf alle Familien ausdehnte, hat der Gesetzgeber von der Anbahnung eines echten Lastenausgleiches gesprochen, und vor allem die sozialistischen Redner haben dieses Gesetz als einen Markstein in der Geschichte der österreichischen Sozialgesetzgebung gefeiert.

Es steht außer Zweifel, daß man den Eltern sowohl dadurch hilft, daß man ihnen mehr Geld zur Verfügung stellt, daß man ihnen aber auch gewisse Kosten ersetzt. Ich möchte das als unbestritten in den Raum stellen.

Es wird sicherlich dort oder da zweckmäßiger sein, Kosten nicht zu ersetzen, sondern einfach die Familien dieser Kosten zu entheben. Es wird wahrscheinlich niemandem einfallen, ernstlich zu überlegen, den Eltern auch die Kosten für Schulgebäude und Lehrer aufzuhalsen.

In der Vergangenheit aber wurden solche Sachleistungen zugunsten der Eltern und Kinder aus Mitteln der Länder, Gemeinden und des Bundes getragen.

Es waren auch die Schulbücher, die Schulfahrten darunter zu finden. Es ist ja dem Hohen Haus bekannt, daß in einzelnen Bundesländern und in einer Reihe von Stadtgemeinden die

Schulbücher unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurden.

Dann kam die Regierung Kreisky, die sich einen billigen Lorbeer holte, da sie familienpolitische Leistungen in Form von Sachgütern gewährte und diese aus den Mitteln des Familienlastenausgleiches bezahlte, die ja ursprünglich für erhöhte Beihilfen vorgesehen waren. Das ist vom familienpolitischen Standpunkt aus gesehen kein Vorteil. Und dies, meine sehr geschätzten Damen und Herren, obwohl der allgemeine Lastenausgleich, die Einkommenserhöhung bei den Familien noch kein allgemein akzeptables Ausmaß erreicht hat.

Tatsächlich stellt die Regierung Kreisky den Familien geringere Mittel zur Verfügung. Denn Schulbücher und Schulfahrten wurden in der Vergangenheit ja weitgehend von den Gebietskörperschaften getragen. Ich bin also ganz sicher, wenn wir heute . . . (*Rufe bei der SPÖ: Wo?*) Wien beispielsweise! (*Ruf bei der SPÖ: In den schwarzen Bundesländern!*) Ich bin ganz sicher, meine sehr geschätzten Herren von der sozialistischen Fraktion, wenn wir heute den Gebietskörperschaften die Sorge für die Schulbücher aller Kinder in ihrem Territorium auflasten, würden sie eine weitaus weniger kostspielige Regelung finden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir vermißten auch, daß sich die Frau Staatssekretär sehr energisch den Argumenten des Finanzministers widersetzt hat, als dieser behauptete, eine Erhöhung der Familienbeihilfen würde die Inflation anheizen.

Wir haben eigentlich einen Protest von ihr erwartet, zumal sie in dieser Frage auf die Unterstützung des Familienpolitischen Beirates hätte zählen können. Ich weiß schon, daß der Familienpolitische Beirat in seiner Zusammensetzung ein unbequemes Forum ist, und der Herr Bundeskanzler hat schon anklingen lassen, daß man die Zusammensetzung verändern müßte.

Wenn heute die Gewerkschaften für ein ausreichendes Einkommen des arbeitenden Menschen plädieren — ein sehr legitimes Anliegen, wobei mir durchaus bewußt ist, daß sich die sozialistischen Gewerkschafter angesichts der Steuerschraube des Herrn Finanzministers etwas harttun —, dann ist es eigentlich unverständlich, daß wir dieses Recht den Familien erhalten streitig machen.

Der Familienlastenausgleich — ich glaube, man kann es nicht deutlich genug sagen — ist ein Stück Einkommenspolitik und keine Sammlung von Fürsorgemaßnahmen. Er gehört zu einer gerechten Einkommenspolitik. Einer gerechten Einkommenspolitik kommt

Dr. Marga Hubinek

gerade in einer Zeit eine besondere Bedeutung zu, in der die Familien von zwei Seiten in die Zange genommen werden: durch die steigenden Kosten einerseits und durch die verminderten Einnahmen auf der anderen Seite. (*Beifall bei der OVP.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Breiteneder. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Breiteneder (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das Budget wird wohl von jedem verantwortungsbewußten Abgeordneten durchleuchtet werden, um die wirtschaftliche, die sozialpolitische Entwicklung, also die gesamte gesellschaftspolitische Entwicklung zu erkennen.

Ich glaube, es ist notwendig, daß man auch die Richtung bestimmt, die die Entwicklung in der Wertschöpfung in Zukunft einschlagen wird, und es stellt sich die Frage, ob auch das Hohe Haus sich dessen bewußt ist, welchen Einfluß das Budget auf die gesamte Entwicklung unserer Wirtschaft sowohl gesellschaftspolitisch als auch in anderen Belangen haben wird.

Der Anlaß meiner Wortmeldung sind die Ausführungen des Finanzministers zum Budget auf Seite 79, wo er sagt: „Landwirtschaft — gleichberechtigter Wirtschaftszweig“. Ich darf zitieren, Hohes Haus:

„Die österreichische Landwirtschaft befindet sich seit Jahren in einem schwierigen Prozeß der Umstellung und der Anpassung an die geänderten wirtschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Verhältnisse.

Die Bundesregierung setzt daher auch mit dem Budget 1974 die landwirtschaftliche Förderung auf dem hohen Niveau der vergangenen Jahre fort. Damit will sie

den Ausbau und die Entwicklung der Voll-erwerbsbetriebe fördern,

den Betrieben, die zur Erhaltung der Kulturlandschaft notwendig sind, die Schaffung eines Nebenerwerbs erleichtern,

die Verbesserung der Infrastruktur und der betrieblichen Rationalisierung vorantreiben.

Hohes Haus! Meine verehrten Damen und Herren! Wie sieht nun das Budget der Landwirtschaft in seiner Wirksamkeit aus?

Es ist das dritte Agrarbudget der sozialistischen Regierung seit 1971. Eine Steigerung der anderen Gruppen schwankt zwischen 16 und 152 Prozent; die Landwirtschaft nimmt in diesen drei Jahren zusammen nur an einer Steigerung in der Höhe von 6 Prozent teil.

Nun frage ich, meine verehrten Damen und Herren: Wie wird es der Landwirtschaft möglich sein, die gewaltigen Aufgaben in der nächsten Zeit zu bewältigen?

Es ist auch interessant, daß der Anteil der Landwirtschaft an dem Budget 1972 4,9 Prozent betrug, 1973 nur 4,5 Prozent und 1974 nur mehr 4,2 Prozent. Man sieht also eine ständige Senkung des Anteils der Landwirtschaft am Gesamtbudget.

In dieser Summe, meine Verehrten, in diesen Prozenten ist auch der Preisausgleich von einigen Milliarden Schilling enthalten, und dieser Preisausgleich dient zur Konsumentenpreisstützung; er kommt nicht direkt der Landwirtschaft zugute.

Man spricht wieder von 1 Milliarde und 80 Millionen für den Grünen Plan. Wenn man bedenkt, daß diese Summe auch im Jahre 1973 diese Höhe bereits erreicht hat und der Landwirtschaft im laufenden Jahr Betriebsmittelkostensteigerungen von 20 bis 30 Prozent angelastet wurden, dann ist das eine echte Senkung des Anteils für die Landwirtschaft.

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hat drei Schwerpunkte gebildet:

Erstens Personal und Beratung; hier ist keine echte Erhöhung festzustellen.

Zweitens den Zinsenzuschuß. Es wurde eine geringfügige Erhöhung des Zinsenzuschusses gewährt, aber keine Erhöhung des Kreditvolumens. Es ist noch ein gewaltiger Überhang, meine verehrten Damen und Herren, aus dem Vorjahr beziehungsweise aus diesem Jahr offen. Es werden also für das Jahr 1974 weniger Kredite gewährt werden können. Im Ordinarium sind für das Jahr 1974 433 Millionen Schilling enthalten. Wenn man hier die Treibstoffverbilligung mit 387 Millionen Schilling, die ja drinnen ist, abzieht, dann verbleibt echt eine Förderung für Geländekorrekturen und für den Ausbau des Wegenetzes von 46 Millionen Schilling.

Ich frage: Wieweit wird es der Landwirtschaft möglich sein, mit den Strukturverbesserungen und mit der Erschließung des ländlichen Raumes fertigzuwerden? Wenn es in den nächsten Jahren nicht möglich sein wird, mehr Güterwege zu bauen als in den vergangenen, dann werden noch Tausende Bergbauern 20 und mehr Jahre warten müssen, bis daß der letzte Bergbauer eine entsprechende Zufahrt bekommt. Es ist bedauerlich, daß man für diesen Berufsstand nicht mehr Mittel im Budget eingesetzt hat.

Wenn man bedenkt, daß nicht einmal die Landwirtschaftskammer bzw. die Kammern der Landwirtschaft in den einzelnen Bundeslän-

Breiteneder

dern und die Landesregierungen in der Lage sind, das Personal und die Maschinen entsprechend einzusetzen, dann ist das eine kurz-sichtige, unverantwortliche Budgetpolitik dieser Regierung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auf sozialem Gebiet ist in der Landwirtschaft in der Zeit der Regierung der Sozialistischen Partei ein Stillstand eingetreten. Seit 1970 ist der Vizekanzler Häuser im Amt, und seit dieser Zeit ist für die bäuerliche Bevölkerung fast keine soziale Verbesserung eingetreten. Wenn man bedenkt, daß viele Tausende Zuschußrentner im Schnitt nur 370 S im Monat erhalten und daß wir eine Teuerung von über 10 Prozent für diesen Personenkreis haben, dann muß ich sagen, daß das unverantwortlich ist. Wenn ich daran denke, welche Sozialinitiativen die Österreichische Volkspartei in der Zeit ihrer Regierung ergriffen hat, dann darf ich nur anführen, daß wir damals für die Selbständigen das Arbeitsmarktförderungsgesetz beschlossen haben, daß wir die landwirtschaftlichen Unfallsrenten dem Niveau der anderen angepaßt haben, daß wir eine Verbesserung der Zuschußrente erreicht haben, und vor allem haben wir die Bauernpension beschlossen. Das ist eine beachtliche Leistung im Verhältnis zu den drei Jahren der sich als sozial wirksame Partei hinstellenden Regierung Kreisky.

Meine verehrten Damen und Herren! Der Abgeordnete Tonn hat folgendes ausgedrückt: Wir lassen uns den Finanzausgleich nicht verschlechtern. Herr Abgeordneter Tonn! Worum geht es der Österreichischen Volkspartei bei dem Finanzausgleich? Was haben wir gefordert? Wir haben das in Anbetracht der geänderten Verhältnisse gefordert, weil die Landgemeinden für diese Bevölkerung genau die gleichen Aufgaben zu erfüllen haben wie die Stadtgemeinden, sodaß eigentlich das Unrecht, der abgestufte Bevölkerungsschlüssel, beseitigt werden muß, damit man mehr Geld für die Wohnsitzgemeinde der Arbeiter bekommt, damit man auch dort jene Grundausstattungen schaffen kann, wie man sie bereits im städtischen Bereich hat.

Wenn man von Chancengleichheit spricht, dann muß diese auch für diesen Bevölkerungsteil gelten.

Was wollen wir damit erreichen? Wir wollen nicht haben, daß den Großstädtern etwas weggenommen wird, aber wir empfinden es als Unrecht, wenn die bundeseinheitlichen Abgaben bei der Aufteilung auf Grund der Bürgerzahl in einer kleinen Landgemeinde nur die Hälfte wert sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das ist kein Vorwurf gegenüber den Großstädtern, aber ich glaube, es ist unmöglich, daß

wir diesen Zustand aufrechterhalten können. Und die Österreichische Volkspartei wird auch nicht schweigen, bevor dieses Unrecht nicht beseitigt ist.

Meine verehrten Damen und Herren! Ich muß es bedauern, daß ich bei genauer Durchsicht der Rede des Finanzministers keinerlei besondere Schwerpunkte gefunden habe, in denen man den Entwicklungsgebieten entgegenkommen würde. Ich darf daran erinnern, daß wir Grenzlandgebiete haben, die echte Sorgen bezüglich der Arbeitsplatzbeschaffung haben, und wenn in der Rede des Finanzministers ausgedrückt wird, Nebenerwerbsmöglichkeiten zu schaffen, dann darf ich dem Hohen Haus sagen, daß es im Mühlviertel Gemeinden gibt, in denen die Arbeiter täglich 60 und mehr Kilometer pendeln müssen.

Ich erinnere mich daran, daß man in der Auseinandersetzung während des Wahlkampfes dem Landeshauptmann von Oberösterreich Vorwürfe gemacht hat, weil der Bundesstraßen-beziehungsweise Autobahnausbau nicht vorangetrieben wird. Wo sind hier die Ansätze, damit dieses Straßennetz rascher zum Vorteil dieser vielen Pendler ausgebaut wird? Ich finde sie nirgends.

Meine geschätzten Damen und Herren! Ich glaube, es wäre an der Zeit zu überlegen, wie man echt diesen Grenzlandgebieten des Mühlviertels und des Waldviertels, aber auch den Betrieben, die einer gigantischen Konkurrenz entlang der deutschen Bundesrepublik ausgesetzt sind, helfen kann. Hier müßte das Parlament tätig werden, um Taten zu setzen.

Hohes Haus! Ich glaube, es wäre Anlaß genug, einmal zu überlegen, ob wir mit unseren Betrachtungen über die Stellung des Budgets richtig liegen. Ich zweifle daran, weil man hier im Hohen Haus kaum die Möglichkeit hat, die Wirkung des Budgets in der Praxis zu studieren. Ich würde daher einmal empfehlen, von hier aus den Weg hinaus in die letzte Gemeinde zu gehen, um die Wirkungen zu erkennen. Aber ich zweifle bei dem Einsatz, bei dem Verwaltungsaufwand, ob es möglich sein wird, in Zukunft mit all diesen Problemen, die an uns herantreten, sei es am Wohnungssektor, im Straßenbau oder auf kulturellem Gebiet, fertigzuwerden. Wir müßten daher überlegen, wie die menschlichen Fähigkeiten in diesem Staat und deren Kräfte zum Wohle unserer Heimat eingesetzt werden. Ich hoffe, daß wir uns bei der Spezialdebatte mit all diesen Problemen genügend auseinandersetzen werden können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Keimel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Keimel (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie der Herr Finanzminister schon in seiner Budgetrede auf den Seiten 109 und 110 breit ausgelegt in etwa erklärte, ist das Budget Spiegelbild der Regierungspolitik, mehr noch, er nannte es „Ausdruck der wirtschafts-, sozial-, bildungs- und gesellschaftspolitischen Wertvorstellungen“.

Als Instrument der Wirtschaftspolitik diene dieser Voranschlag den wirtschaftspolitischen Nahzielen; den wirtschaftspolitischen Nahzielen, welche er, wie folgt, umriß: Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung und Sicherung eines angemessenen Wirtschaftswachstums. Dem Nahziel „Stabilität“ dient dieses Budget also offensichtlich nicht, meine verehrten Damen und Herren.

Und da glaubte der Herr Abgeordnete Tull, er müßte uns heute aus dem gestrigen „Kurier“ Horst Knapp zitieren, der das Gegenteil sage. Abgeordneter Tull hat also Horst Knapp entweder nicht verstanden — kann ich mir auch vorstellen — oder nicht gelesen, denn dieser schreibt: „Der Vergleich ... täuscht ja darüber hinweg, daß davon zwei Drittel nur jener Inflation zu ‚verdanken‘ sind, die zu bekämpfen angeblich das vorrangige Ziel des Budgets für 1974 ist. Der ‚absolute Vorrang der Stabilitätspolitik‘ hält somit auch einer wohlwollenden“ — wohlgemerkt, so schreibt Knapp — „Prüfung nicht stand.“ Und Tull meint ja auch: Dann soll die Opposition doch sagen, wo gespart werden sollte.

Sie werden das, meine Herren von der Sozialistischen Partei, noch bei der Budgetdebatte sehr ausführlich hören, aber ich könnte Ihnen vielleicht ein Beispiel sagen, wenn Sie mich schon auffordern. Die Repräsentationskosten dieser ohnehin größten — quantitativ, bitte — Regierung, sind von 1969 bis 1973 um 93 Prozent gestiegen, sie haben sich in dieser Zeit verdoppelt.

Herr Abgeordneter Tull! Das wäre zum Beispiel ein Einsparungsposten, und solche könnten wir noch viele finden. (Abg. Dr. Tull: Was macht das in absoluten Zahlen aus?) Jeder Minister hat sich mit politischen Beamten umgeben.

Es gäbe also noch recht viele Möglichkeiten, Herr Tull. Sie werden es in der Spezialdebatte dann sehr wohl hören. Aber gerade weil Sie hereinkommen, werde ich Ihnen Knapp, den Sie glaubten, zitieren zu müssen, noch einmal ganz kurz wiederholen, der schreibt: „Der absolute Vorrang der Stabilitätspolitik hält somit auch einer ‚wohlwollenden‘ Prüfung nicht stand.“ Ich danke Ihnen — ich hab's

vorhin gar nicht gelesen —, daß Sie mich darauf hingewiesen haben. (Abg. Dr. Tull: Lesen Sie den letzten Absatz!)

Und zum letzten Absatz: Wir sollen also Ausgabeneinsparungen nennen. Ich habe Ihnen gerade das kleine, aber sehr prägnante Beispiel genannt. Wir könnten dann Hunderte Posten nennen. Die Repräsentationskosten sind um fast das Doppelte gestiegen, haben sich verdoppelt. Nur ein Beispiel.

Dem Nahziel, also der Stabilität, dient, Herr Tull, dieses Budget also offensichtlich nicht. Und wenn der Herr Finanzminister auch bei der Budgetdebatte hofft, daß sich „die Kritik am Bundesvoranschlag nicht in der vielstrapazierten Widersprüchlichkeit erschöpft, daß die Gesamtausgaben als zu hoch und die Einzelposten als zu niedrig abgelehnt werden“, so haben wir ihn ja heute bereits während dieser Debatte beruhigen können.

Herr Finanzminister! Sie sollten eigentlich diese billige Unterstellung einer Oppositionskritik in Ihrer angeblich so staatspolitischen Budgetrede unterlassen, da Sie zum Beispiel das Stabilitätsprogramm der Opposition, das wir 1972 schon präsentierten, nicht einmal beachtet haben und nun erfolglos der Inflationbekämpfung immer nachhinken.

Oder: Sie haben wirtschaftspolitische Initiativen und Vorschläge der Opposition monatelang in den Schubladen ruhen lassen.

Oder: Diese Regierung mußte zum EWG-Arrangement erst von der Opposition, von uns, die flankierenden nötigen Maßnahmen erfahren. Das sind nur einige Beispiele, aber recht gewichtige.

Während also diese sozialistische Regierung andererseits sehr wohl mit den billigsten und oft genug auch unsozialen Slogans operiert und sogenannte wirtschaftspolitische Information betreibt, etwa „Inflation oder Arbeitslosigkeit“ — als ob das eine Alternative wäre; wahrscheinlich nur für die Regierung —, oder wenn sie breiten Bevölkerungskreisen mit dem Slogan „Österreich auf der Überholspur“ — heute haben wir es ja schon wieder gehört — etwas verschweigt ... (Abg. Dr. Tull: Das stimmt ja!) Herr Abgeordneter Tull! Das stimmt? Also bitte, überprüfen wir's.

Österreich auf der Überholspur! Was heißt das? Mit dem Bruttonationalprodukt pro Kopf der Bevölkerung liegen wir unter 15 EFTA- und EWG-Staaten an drittletzter Stelle. Hinter uns folgen nur mehr Portugal und Italien. Finden Sie hier also, daß das eine Überholspur ist? Finden Sie nicht, daß wir noch sehr

Dr. Keimel

großer Anstrengungen bedürfen, um aufzuholen, um den Anschluß zu finden? Aber Sie gaukeln dieser österreichischen Bevölkerung immer vor, wir wären auf der Überholspur.

Auf der Überholspur versucht sich aber sehr wohl unsere Wirtschaft zum Beispiel, die unter den gleichen 15 Staaten, wo wir an drittletzter Stelle mit dem Bruttonationalprodukt liegen, an dritter Stelle, also sehr an der Spitze, mit der Investitionsquote liegt. Auch 1973. Um eben die Produktivität, meine Herren — vielleicht verstehen Sie das? —, um eben die Produktivität europagleich zu machen. Da kann ich nur dazu sagen: Stören Sie doch wenigstens diese durch die Wachstumspolitik 1968/69 initiierte Entwicklung, diese positive Entwicklung, zum Schaden der ganzen österreichischen Bevölkerung nicht!

Die einseitigen und damit sehr hinkenden Stabilitätsmaßnahmen, zum Beispiel die unkoordinierte Aufwertungsentscheidung mit den negativen Auswirkungen auf die Exportwirtschaft, mit den sichtbar negativen Auswirkungen auf den Fremdenverkehr, weisen zu sehr in diese Richtung, so wie auch die Diskussion in der letzten Zeit über eventuelle Investitionsförderungsbeschränkungen durch die Steuerpolitik.

Meine verehrten Damen und Herren! Zur Inflationspolitik haben wir schon anlässlich der Stabilisierungsdebatte in diesem Haus mit vielen Kollegen darauf hingewiesen, daß die wesentlichen Inflationsimpulse auf der falschen Wirtschaftspolitik der Regierung, wozu die Budgetpolitik ja ganz vorrangig zählt, beruhen.

Der OECD-Bericht stellt fest, daß unsere Inflation zum überwiegenden Teil hausgemacht ist. Ebenso stellt das Institut für Wirtschaftsforschung fest, wenn es nur ein bis eineinhalb Prozent als importierte Inflation bezeichnet.

Und Horst Knapp, den Sie bemüht haben, Herr Tull, stellt zum Budget 1973 wörtlich fest: „Es gibt keine Budgetpost, die nicht der antizyklischen Budgetierung widerspricht.“

Der Sozial- und der Wirtschaftsbeirat hat schon zum Budget 1972 gesagt: Eine Rationalisierung der Ausgabenpolitik täte not. Und im letzten OECD-Bericht steht wörtlich: „Der Lohnauftrieb hat vor allem inländische Ursachen, während die Exportpreise die Inlandsinflation nicht beschleunigten, sondern vielmehr bremsten.“

Sehen Sie, vor diesem Hintergrund ist es unwahr, ist es eine Unwahrheit, der österreichischen Bevölkerung vorzugaukeln, daß

Österreich im unteren Drittel der OECD-Staaten mit der Inflationsrate liege.

Sie haben offensichtlich die Unterlagen, die wir vom Finanzminister zum Budget bekommen haben, nicht durchgesehen. Aus der Übersicht 2 geht eindeutig hervor, daß 1973 unter 14 OECD-Staaten, die angeführt sind, Österreich mit der Inflationsrate an dritter Stelle liegt, also im vordersten Viertel, meine Damen und Herren. Nur zum Vergleich: 1969, ebenfalls unter diesen 14 Staaten, lag Österreich an zehnter Stelle, also im letzten Viertel. So ändern sich die Zeiten, meine sehr geehrten Herren. Es ist eine Unwahrheit, daß wir im letzten Drittel, im untersten Drittel, liegen.

Das Budget 1974 geht nun eben diesen instabilen Weg nicht nur weiter, es bringt den bisher höchsten Zuwachs, die bisher höchste Ausweitung. Wenn der Finanzminister heute meinte, er wolle Paukenschläge verhindern, was ihm mit vier Budgets gelungen sei, dann muß ich ihm sagen: Mit den Zuwachsraten in dem Budget 1974 auf der Ausgaben- und auf der Einnahmenseite, beim Defizit und bei den Schulden, damit ist wahrlich ein Paukenschlag gelungen. Das Bundesbudget hat bei den Ausgaben eine Steigerung von über 18 Prozent, bei den Einnahmen von über 16 Prozent, also weit über der erwarteten Zuwachsrate des Nationalproduktes von knapp 13 Prozent. Dieses Budget mit diesen Zahlen befindet sich allerdings auf der Überholspur aller negativen Rekorde.

Nach all diesen Ausführungen, die wir heute von Ihren Herren Abgeordneten gehört haben, führt das zwangsläufig zu der Frage, ob diese permanente Defizit- und diese permanente Schuldenpolitik in Höchstkonjunkturjahren, die daraus resultierende weitere Instabilität von dieser sozialistischen Regierung nicht etwa ganz bewußt eingesetzt wird, eingesetzt nämlich als Mittel der heute so oft von Ihnen erwähnten Gesellschaftspolitik; allerdings einer Gesellschaftspolitik der leistungsfeindlichen Gleichmacherei. Leistung ist ja nur der Einsatz für eine moderne Erfolgsgesellschaft.

Sie wollen offensichtlich mit dem sehr billigen Slogan der „öffentlichen Armut und des privaten Wohlstandes“ diese Politik über-tünchen. Wie stimmen Sie eigentlich diesen Slogan der öffentlichen Armut und des privaten Wohlstandes mit Ihrer ständigen Ankündigung des Kampfes gegen die Armut überein? Ich wußte jedenfalls nicht, daß diese sozialistische Regierung damit offensichtlich nur ihre eigene Armut meinte. (Beifall bei der OVP. — Zwischenrufe bei der SPO.) Herr Kollege, wenn es Ihnen ein bisserl zu hoch

Dr. Keimel

ist, dann werde ich für Sie ein bißchen volkstümlicher.

Theoretiker der „Stabilität auf hohem Niveau“ oder, wie es der Herr Finanzminister immer nennt, der relativen Stabilität hat schon der bekannte Volkswirtschaftler Röpke „monetäre Zyniker“ genannt. Monetäre Zyniker! Ihr politisches Ziel mag aber vielleicht gerade darin liegen, denn die Geldwertstabilität, meine Herren, ist nun einmal die wesentliche Grundlage für die Funktionsfähigkeit einer marktwirtschaftlichen Ordnung.

Die Geldwertstabilität ist auch das Fundament für unser Verteilungssystem über Budget, über Sozialversicherung, über unser Steuersystem. Da ist die Geldwertstabilität das Fundament, welches eben unter einer Dauerinflation zusammenbrechen muß. Dann wäre allerdings Ihr offensichtliches Ziel der Systemüberwindung, also der Überwindung der freien Marktwirtschaft zugunsten des staatlichen Dirigismus, des Staatskapitalismus erreicht.

Konform mit diesen Ausführungen zur Instabilität mit den Auswirkungen des Budgets verläuft auch die Staatsschuldenentwicklung. Zu diesem, nur zu diesem Punkt, hat sich gerade heute ganz aufgeregt der Herr Finanzminister gemeldet und gemeint, doppelt so hohe Schulden hätte seinerzeit die OVP-Regierung bei einer höheren Steuerbelastung von 6 Milliarden im Jahr gemacht.

Wie schaut es mit der Schuldenpolitik dieser Regierung aus? Die Gesamtschulden des Bundes sind während der Regierung Kreisky—Androsch von 1969 auf 1974 um über 35 Prozent gestiegen. Allein von 1973 auf 1974, in einer Hochkonjunkturperiode, steigen die Gesamtschulden um 10 Prozent. Der Schuldbetrag der österreichischen Bevölkerung, jedes Österreicher stieg in dieser Zeit um 33 Prozent auf 8000 S pro Kopf.

Dementsprechend — da kommt es jetzt! — hat sich auch der Aufwand im Budget für Zinsen und für die Schuldtilgung seit Antritt der Regierung Kreisky mit seinem Finanzminister Androsch um 57 Prozent erhöht und belastet damit das Budget enorm. Sehen Sie, meine Damen und Herren, hier könnten Sie sparen! Mit einer anderen Schuldenpolitik könnten Sie das Budget entlasten. Das ist eine Zahlengigantomanie in Milliarden, für die Bevölkerung einfach nicht mehr begreifbar. Aber jeder Österreicher zahlt sie mit immer höherer Steuerbelastung, mit einer Steuerbelastung, die dann jeden einzelnen trifft.

Wie haben doch die Herren dieser Regierung, allen voran der jetzige Finanzminister, seinerzeit gegen die Schuldenpolitik der Regierung Klaus in einer Zeit gewettert, als die österreichische Wirtschaft aus einem Tief, wo wir Angst um unsere Arbeitsplätze haben mußten, herausgeholt werden sollte und aus diesem Tief durch die Wirtschaftspolitik auch herausgeholt wurde, mit einer richtigen, mit einer konjunkturkonformen und verantwortungsbewußten Politik laut Finanzminister Androsch! Er hat uns ja den Finanzbericht zukommen lassen, und dort steht auf Seite 96 — Herr Abgeordneter Tull, Sie haben zu dieser Schuldenpolitik gesprochen, ich zitiere Ihnen den Finanzbericht Ihres eigenen Finanzministers —: „Gleichzeitig“ — mit der Anleihepolitik 1968/69 — „übernahm der Bund die Hauptlast der Stabilisierungspolitik.“ — Davor, vor dieser Last, drücken Sie sich jetzt! Für die derzeitige Situation wäre die Empfehlung dieses Finanzberichtes auf Seite 92 sehr zu beachten.

„Für das Budget bedeutet eine steigende Staatsschuld eine steigende Zinsenbelastung ... Die zusätzlichen Steuern, die zur Bestreitung des Zinsendienstes erforderlich sind, können wirtschaftlich oder sozial nachteilige Nebenwirkungen haben.“ Und schließlich kann die Kreditfinanzierung, also die Finanzierung über Schulden, bei Vollbeschäftigung — so steht es im eigenen Bericht des Finanzministers; und eine Vollbeschäftigung haben wir doch unweigerlich — zu Preissteigerungen führen. Sie führte dazu! Auch diese Schuldenpolitik bewies das im eigenen Finanzbericht. „Ein stärkeres Steigen der Staatsschuldenquote ist auf längere Sicht nur dann ohne inflationäre Begleiterscheinungen möglich, wenn der Staat Verschuldungsformen mit einem relativ hohen restriktiven Finanzierungseffekt wählt.“

Der Staat, der Herr Finanzminister, tut das nicht. Statt in der Höchstkonjunktur Schulden abzubauen, weitere Schulden zu machen, könnte von einer verantwortungslosen Prasselei zeugen oder aber auch von der ganz bewußt verfolgten Politik — Sie nennen es dann immer Gesellschaftspolitik — über die Zerschlagung des marktwirtschaftlichen Ordnungssystems den Staatskapitalismus, den Dirigismus sozialistisch-marxistischer Prägung zu installieren. *(Beifall bei der OVP.)* Sie hören es halt nicht sehr gerne! *(Abg. Skritek: Ihre Kollegen hören es auch nicht mehr gern!)* Wahrheiten sind manchmal recht peinlich.

Aber auch mit seiner Steuerpolitik beweist augenscheinlich wie noch nie das vorliegende

Dr. Keimel

Budget 1974, mit welcher Härte diese sozialistische Regierung eine Umverteilungspolitik — nicht eine Verteilungspolitik — betreibt, wie sie der Finanzminister heuer schon bei der finanzwissenschaftlichen Tagung in Igls in etwa umrissen hat. Nicht vielleicht eine Verteilungspolitik von einer Bevölkerungsgruppe auf die andere, vielleicht von einer reicheren auf eine ärmere, sondern unter dem immer wieder strapazierten Schlagwort der „öffentlichen Armut“ eine Umverteilung des Sozialproduktes weg vom einzelnen, vom Schaffenden hin zur öffentlichen Hand, zum Staat, zu dem armen Staat. — Eine raffinierte, eine ganz raffinierte Auslegung der Kreisky'schen These des Kampfes gegen die Armut!

Ich war neulich in Tirol. Da hat mir eine Teilnehmerin bei einer Veranstaltung gesagt: Ich war immer von Finanzminister Androsch eingenommen; wir haben immer vom „schönen Hannes“ gesprochen. — Ich zitiere es nur. Typisch für Frauen, vom „schönen Hannes“ zu sprechen. Aber dann hat sie gesagt: Seit dieser Steuerpolitik hat er sich offensichtlich für die österreichische Bevölkerung zum „Schinderhannes“ gemausert. (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*) Er nimmt den angeblich seiner Meinung nach so reichen Österreichern und gibt hinüber zu dem armen Staat. — Das ist offensichtlich Ihr Kampf gegen die Armut.

„Das so ‚gestörte‘ Verhältnis“ — das sieht man jetzt aus diesem Zitat — „zwischen Fiskus und Steuerzahler läßt sich jedoch nur schwer normalisieren, wenn die Steuerpolitik Versprechen abgibt und Hoffnungen weckt, die sie später nicht erfüllen kann.“ — Das ist ein wörtliches Zitat aus dem Finanzbericht, Seite 62, des Herrn Finanzministers.

Ich frage mich manchmal, Herr Finanzminister: Haben Sie den eigentlich selbst gelesen? Jedenfalls halten Sie sich nicht danach.

So kommt es eben zu einem immer mehr zunehmenden Steuerwiderstand, wozu auch als moderne Steuerflucht die Abwanderung von über 130.000 Österreichern ins Ausland zählt. Das ist schon eine moderne, sehr bedauerliche, Steuerflucht, und im Inland kommt der zunehmende Pfusch als zunehmender Steuerwiderstand hinzu.

Was heißt das laut Budgetvoranschlag 1974 in nüchternen, aber erschreckenden, man könnte bei dem Budget fast schon sagen, in schrecklichen Zahlen?

Die Lohnsteuer steigt um 5,5 Milliarden Schilling von einem Jahr zum anderen — um 5,5 Milliarden Schilling! — über 26 Prozent; über 2500 S und mehr für jeden Unselbständigen mehr bedeutet das in diesem Jahr. Jeder

Arbeiter und Angestellte kann 1974 mehr leisten — leisten ja, nur den Erfolg steckt der Finanzminister ein.

Das beweist auch eine zweite Zahl: daß nämlich die Nettoverdienste immer mehr fallen, jedes Jahr seit Antritt dieser Regierung. 1970 hatten wir noch fast 79 Prozent netto vom Bruttoverdienst und 1974 bereits unter 75 Prozent. Beide Zahlen beweisen die Unwahrheit, die Unwahrheit der letzten sogenannten großen Lohnsteuerreform.

Das war auch nicht immer so. Im Finanzbericht heißt es: „Die Steuersenkung ab Oktober 1967 zum Beispiel“ — also unsere — „strebte insbesondere eine Entlastung der Familien an, mit der Steuersenkung 1971“ — mit Ihrer also — „wurde gleichzeitig die Progression in den oberen Einkommensstufen verschärft.“ Alle Aufsteiger also, alle Leistenden in diesem Staat trifft es; für sie wird die Progression verschärft.

Da liegt eben der Unterschied in der Steuerpolitik: Wir dachten an die Familie, wir dachten an den Alleinerhalter, an die Mütter. Sie denken ans Umverteilen. Aber ans Umverteilen — noch einmal sage ich es — nicht von Bevölkerungsgruppe zu Bevölkerungsgruppe, sondern ans Umverteilen hin vom einzelnen zum Staat.

Das beweist auch wieder eine Zahl, die Sie in Ihrem Budgetbericht selbst bringen: Der Anteil der öffentlichen Abgaben am Bruttonationalprodukt steigt von 35,5 Prozent im Jahre 1973 wieder ganz wesentlich auf 36,2 Prozent im Jahre 1974.

Was dann noch nach diesen drastischen Einkommens-, nach diesen Lohnsteuerabzügen dem einzelnen bleibt, netto bleibt, das zieht ja erst noch der sogenannte Sozialminister kräftig ab. Was aber dann noch bleibt, unterliegt den verschiedenen Konsumsteuern, vor allem aber der Umsatzsteuer.

Die Umsatzsteuer wurde 1968 im sozialistischen Wirtschaftsprogramm als eine unsoziale Steuer bezeichnet. Wie sieht es denn heute aus? Als unsoziale Steuer wurde sie noch in einem Programm bezeichnet, mit dem Sie auf Wählerfang gingen. Und wie sieht es heute aus, wo Sie alles wahr machen können? Wir sehen eine Steigerung dieser „unsozialen Steuer“, der Mehrwertsteuer, wie Sie es bezeichneten, von 1973 auf 1974 um 24 Milliarden Schilling, um fast 80 Prozent. Das ist überhaupt noch nie dagewesen! Seit 1972, in zwei Jahren, um 34 Milliarden Schilling oder 117 Prozent! In zwei Jahren haben Sie, Herr Finanzminister, eine höhere Steigerung kassiert, mehr als vorher in acht Jahren. Rund

Dr. Keimel

7,5 Millionen Österreicher zahlen 1974 allein an Mehrwertsteuer um 3300, 3500 S mehr, zusätzlich zur jetzigen Steuer.

Als die ÖVP 1972 im Unterausschuß zur Mehrwertsteuer erklärte, der Satz von 16 Prozent für die Mehrwertsteuer sei nicht aufkommensneutral, er bringe um rund 2 Prozent mehr als die alte Umsatzsteuer, also um fast 5 Milliarden pro Jahr mehr — „Körpergeld“ für den Finanzminister nannte man das —, da plakatierte diese Regierung, da plakatierte der Finanzminister auf Steuerkosten, aus Steuermitteln, die er einnimmt: „Mehrwertsteuer ist keine Mehrsteuer.“ Herr Finanzminister! Die Mehrwertsteuer ist eine Mehrsteuer!

Und die Zeche dafür zahlen alle, zahlt der Herr Österreicher, zahlt die Frau Österreicher, zahlt Opa und Baby Österreicher mit rund 4500 S pro Jahr und pro Kopf mehr allein in diesen beiden Jahren.

Nun, Herr Finanzminister, werden Sie vielleicht bei den kommenden Benzinpreiserhöhungen, die sich daraus ergeben, daß uns Ursprungsländer, Ölländer erpressen, auch unmoralisch erpressen und aus den Preissteigerungen dann auch Ihren „unmoralisch erhöhten Anteil an Mehrwertsteuer“ — müßte ich es nennen — hier einfach kassieren, oder werden Sie dem Vorschlag der ÖVP folgen? Werden Sie hier etwas tun, um an dieser unmoralischen Erpressung und damit Preiserhöhung der Mineralölprodukte nicht auch noch mit der Mehrwertsteuer, mit dem exorbitant überhöhten Satz zu partizipieren? Oder überlegen Sie jetzt schon: Was könnten wir denn mit dem Mehrertrag machen? Gesundheit wäre wieder ein gutes Schlagwort — für die Gesundheit etwas zu tun, klingt immer gut, da braucht man den Österreicher ja nicht zu fragen. Oder vielleicht etwas für den Straßenbau? Oder vielleicht bliebe hier vom Inkassierten als neue Idee etwas für die Bevorratung und so weiter.

Aber nicht nur das. Das Steueraufkommen von 1973 auf 1974 hat sich um 33 Prozent erhöht. Das war noch nie da. Das ist ein Paukenschlag, Herr Finanzminister. Wir können nicht nur die Einnahmen einseitig betrachten, sondern müssen fragen, was damit geschieht. Es könnte ja soviel Positives damit geschehen, daß wir, daß die Bevölkerung höhere Belastungen nicht so schmerzlich empfindet.

Aber leider nein. Leider geschieht das nicht. Jetzt wird eben auch der Finanzminister als anfänglicher Inflationsgewinner immer stärker auch deren Gefangener, nämlich Inflationsgefangener. Sogar dann Inflationsgefangener,

wenn er die letzten Hochkonjunkturjahre nicht benützte, um bei den Ausgaben strengste Rationalisierungsmaßnahmen durchzuführen. Das wäre die Gelegenheit gewesen. Der Sozial- und Wirtschaftsbeirat hat es ja schon zum Budget 1972 empfohlen.

Das spüren wir auch bei den Ausgaben. Jetzt kommt bereits eine Lücke. So bleibt auf der Strecke der Schulbau; es werden nur mehr Schulbauten fertiggestellt — wenn überhaupt —, aber keine neuen begonnen. Es bleibt auf der Strecke der Wohnbau, den Sie immer so stark propagiert haben. Während dieser sozialistischen Regierungszeit ist sogar der Anteil des Sozialbudgets des Staates gesunken.

Was sagten Sie 1966 bis 1969? Sie sprachen vom Sozialstopp, als wir 1969 mit dem Sozialbudget an erster Stelle in Europa gelegen sind. Aber da findet diese Regierung gleich etwas ganz Neues: Träger des sozialen Fortschrittes wird ganz einfach die Wirtschaft. Sie wird einfach gesetzlich zu größeren sozialen Leistungen verpflichtet, und gleichzeitig werden die Unternehmer pauschal verdächtigt, Preiserhöhungen durchzuführen, die nicht berechtigt wären.

Dieses Umlegen von sozialen Leistungen weg vom Budget hin zur Wirtschaft führt selbstverständlich zu immer höheren sogenannten Lohnnebenkosten, zu Lohnnebenkosten, mit denen wir in Europa bereits an erster Stelle liegen. Das aber sind dann Kosten, die in die Preise eingehen müssen und die die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft gefährden. Damit werden letztlich auch sichere Dauerarbeitsplätze gefährdet. Das müssen wir gerade jetzt beachten, wo wir uns immer noch im Angleichen an den großen europäischen Wirtschaftsraum, die EWG, befinden. (*Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.*) Das ist so gesehen in zweifacher Hinsicht eine unsoziale Politik als Ausdruck eben dieser Steuerpolitik, die im Budget ihren Niederschlag findet. Zum einen eine erhöhte Belastung der Arbeitnehmer und der Wirtschaft und zum anderen bei schlechteren Leistungen durch den Staat.

Und so wird diese letzte sogenannte große Lohnsteuerreform auch zur Farce. Die höheren Einkommen laufen in die höhere Progression hinein, und die Absetzbeträge — fixe Beträge — werden nicht der Entwertungsrate angepaßt. In dieser Schere bleibt der Arbeitnehmer, bleibt der Steuerzahler dann hängen. In dieser Schere erhält dann zum Beispiel — wir haben ein konkretes Beispiel — ein Arbeiter bei einer Erhöhung um 450 S sage und schreibe 83 S.

Dr. Keimel

Aber diese Erfindung des Abwälzens von Aufgaben des Staates auf die Wirtschaft, dieses Abwälzen gefällt der Regierung — vor allem dem Finanzminister — so gut, daß er gleich auch noch andere findet, zum Beispiel die Gemeinden. Er beglückt damit die Gemeinden. Sie dürfen, ja sie müssen dann natürlich, weil sie Aufgaben zugeteilt erhalten, ab 1974 eine neue Steuer, nämlich die Getränkesteuer auf Bier, einführen, Bier, das doch gerade auch Sie immer, wie alle, als das Volksgetränk bezeichnen.

Und so marschiert eben diese Regierung den gesellschaftspolitischen Weg des Myrdalberichts, getreu dem schwedischen Vorbild, auf das wir allerdings in unserem Land, in Österreich, gerne verzichten könnten. Nach hundert Jahren Frieden, 40 Jahren sozialistische Regierung: frustrierte Menschen, unerschwingliche Wohnungen, noch höhere Inflationsrate als bei uns, 150.000 Arbeitslose — Sie sagen immer „entweder oder“ — 150.000 Arbeitslose und dafür Akademiker — was ist das für eine Bildungspolitik! — als Taxifahrer und als Fabrikarbeiter! Sie stehen mitten drinnen in einer Stagflation, einer Stagflation, Herr Finanzminister, vor der auch wir uns ab etwa Mitte 1974 bei dieser Politik und bei all dem, was auf uns zukommt — auch von außen selbstverständlich —, sehr hüten müssen.

Die ÖVP hat als positive Alternative unter anderem einen Antrag zur Steuerpolitik eingebracht, einen Antrag, um die Auswirkungen der Steuerschere, die ich Ihnen geschildert habe, zu lindern, und zum anderen, um 1974 ein besseres Verhandlungsklima für die Lohnrunden zwischen den Sozialpartnern zu ermöglichen. Zwischen den Sozialpartnern eine bessere Verhandlungsbasis zu ermöglichen, wäre auch schon im Herbst 1973 Regierungspflicht gewesen. Diese Regierung hat es nicht gemacht. Sie hat versagt, und die Lohnrunde ist dementsprechend ausgefallen und wird ihren Niederschlag wieder in der Instabilität 1974 finden müssen.

Ich fasse zusammen: Von diesem Budget 1974 gehen also neuerlich starke Impulse der Inflation aus, und damit werden Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung auf Dauer — meine sehr geehrten Damen und Herren, darum geht es hier! — in Frage gestellt.

Wir fordern Sie daher auf, Herr Finanzminister, setzen Sie alle Instrumente der Wirtschaftspolitik in wechselnder Kombination differenziert ein, nicht so wie jetzt völlig einseitig über dem monetären Sektor und unter Ausschluß dieses vorgelegten Budgets.

In Zeiten der Hochkonjunktur haben Sie die Pflicht, Herr Finanzminister, die Staatsverschuldung einzudämmen, damit eben dieses Instrument der Anleihenpolitik, wie schon 1967/68 vielleicht schon 1974/75 zur Konjunkturbelebung wieder voll zur Verfügung steht. Mit der expansiven Schuldenpolitik betreiben Sie statt dessen jetzt ebenfalls eine Inflationspolitik. Wir fordern Sie daher auf, die Ausweitung der Staatsverschuldung unverzüglich und sehr radikal einzustellen. Die inflationäre Entwicklung könnte sicherlich nur durch und mit der Abschöpfung der Konsumkraft zugunsten von Wirtschaftskonsolidierung und auch zugunsten von infrastrukturellen Investitionen durchbrochen werden. Das geht aber nicht ohne Opfer beim Massenkonsum.

Politisch läßt sich ein solches Opfer der Bevölkerung, die Sie ohnehin genügend zum Opfer machen, nicht wie mit diesem Budget durch eine Steuerpolitik der radikalen Schröpfung durchsetzen, sondern nur im Wege einer modernen Vermögenspolitik, also der Substituierung, des Ersatzes eines Teiles der Einkommenserhöhungen durch vermögenspolitische Zuwendungen. Statt Steuerschröpfung also — wie das ÖVP-Konzept es sagt — Beteiligung der Staatsbürger!

Ich habe ganz bewußt diese harte Kritik mit Zahlen und mit Zitaten aus Regierungs- und amtlichen Berichten belegt. Ich habe meine harte Kritik mit konzeptiven Vorschlägen konfrontiert, und nun liegt es an der Regierung, gemäß Ihrer Aussage in der Budgetrede, Herr Finanzminister, darüber zu diskutieren und die Vorschläge ernstlich auch aufzugreifen und nicht vielleicht von vornherein zu versuchen, die Opposition zu diskriminieren.

Entweder wollen Sie wirklich zusammenarbeiten, wollen Sie wirklich Vorschläge, um diese großen Probleme gemeinsam zu lösen, oder es war eben nur eine verbale Vernebelungstaktik, hinter der Sie Ihr beinhartes Ziel ansteuern, nämlich die Errichtung eines sozialistischen Staatskapitalismus, und dazu haben Sie nie, nie und schon gar nicht nach den letzten Wahlen den Auftrag der österreichischen Bevölkerung und Wähler erhalten! Jetzt sind Sie am Zuge. Wir werden ja sehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Abgeordnete Robert Weisz hat den geschäftsordnungsmäßigen Antrag gestellt, die Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 dem Finanz- und Budgetausschuß zuzuweisen.

Präsident

Ich lasse über diesen Antrag abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Die Regierungsvorlage ist somit dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen.

2. Punkt: Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Regierungsvorlage (820 der Beilagen): Übereinkommen über die Hohe See (913 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Übereinkommen über die Hohe See.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kammerhofer. Ich ersuche, zum Gegenstand zu berichten.

Berichterstatter **Kammerhofer:** Herr Präsident! Hohes Haus! Am 29. April 1958 wurde dieses Übereinkommen in Genf zur Unterzeichnung aufgelegt und in der Folge von 49 Staaten, darunter Österreich, unterzeichnet. Gemäß seinem Art. 32 bedarf es der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sind beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zu hinterlegen.

Das Übereinkommen regelt insbesondere die Freiheiten auf der Hohen See, die Rechte der Binnenstaaten, die Rechtsstellung der Schiffe, stellt Regelungen hinsichtlich Zusammenstöße auf Hoher See, der Sklaverei und Seeräuberei auf und behandelt auch das Recht der Nachteile, Probleme der Verschmutzung und die Legung von unterseeischen Kabeln und Rohrleitungen. In großen Zügen kodifiziert es bereits bestehendes Völkergewohnheitsrecht.

Das Übereinkommen hat zum Teil gesetzändernden und zum Teil Gesetzesergänzenden Charakter und darf daher nur mit Genehmigung des Nationalrates gemäß Artikel 50 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz abgeschlossen werden.

Der Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 24. Oktober 1973 in Verhandlung gezogen.

Nach Wortmeldungen des Berichterstatters und der Abgeordneten DDr. König und Troll sowie des Bundesministers für Verkehr Lanc hat der Ausschuß einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Genehmigung des Übereinkommens über die Hohe See zu empfehlen.

Im dritten Absatz der rechten Spalte des gedruckten und verteilten Ausschußberichtes hat es statt: „Genehmigung des Übereinkommens“ richtig „Genehmigung des Abschlusses des Übereinkommens“ zu lauten.

Der Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft ist der Meinung, daß in diesem Falle die Erlassung von Gesetzen im Sinne des Artikels 50 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz zur Erfüllung dieses Übereinkommens notwendig ist.

Der Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

1. Der Abschluß des Übereinkommens über die Hohe See (820 der Beilagen) wird verfassungsmäßig genehmigt.

2. Dieser Staatsvertrag ist im Sinne des Artikels 50 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz durch Erlassung von Gesetzen zu erfüllen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bin ich vom Ausschuß ermächtigt, den Antrag zu stellen, General- und Spezialdebatte in einem abzuführen.

Präsident: Wortmeldungen liegen keine vor. Wir gelangen zur Abstimmung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages in 820 der Beilagen die verfassungsmäßige Genehmigung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Ich lasse nunmehr über den Antrag des Ausschusses abstimmen festzulegen, daß der vorliegende Staatsvertrag im Sinne des Artikels 50 Abs. 2 B-VG durch Erlassung von Gesetzen zu erfüllen ist.

Ich bitte auch hier jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Ebenfalls einstimmig angenommen.

3. Punkt: Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft betreffend den vom Bundesminister für Verkehr vorgelegten Tätigkeitsbericht (III-105 der Beilagen) des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1972 (914 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 3. Punkt der Tagesordnung: Tätigkeitsbericht des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1972.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Alberer. Ich bitte um seinen Bericht.

Berichterstatter **Alberer:** Herr Präsident! Hohes Haus! Gemäß § 17 des Bundesgesetzes vom 20. Mai 1952, BGBl. Nr. 99, hat das Bundesministerium für Verkehr dem Nationalrat den Tätigkeitsbericht des Verkehrs-Arbeitsinspektorates alljährlich vorzulegen.

Alberer

Diesem Bericht ist zu entnehmen, daß trotz gleichbleibendem Personalstand das Verkehrs-Arbeitsinspektorat bestrebt ist, von den zirka 11.000 Betrieben mit zirka 160.000 Bediensteten alljährlich soviel als möglich zu erfassen. Aus dem Ihnen vorliegenden Bericht ist zu ersehen, daß das Verkehrs-Arbeitsinspektorat im Jahre 1972 4764 Betriebe besucht hat und dabei insgesamt 4913 Besichtigungen durchführte. Dabei wurden für Dienstnehmer 108.863 Belange des Dienstnehmerschutzes erfüllt. An unfalltechnischen und arbeitshygienischen Beanstandungen wurden 15.474 getroffen.

Aus dem Ihnen zugegangenen umfangreichen Bericht können Sie entnehmen, welcher Art die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates im einzelnen ist.

Der Ausschuß für Verkehr- und Elektrizitätswirtschaft hat den Tätigkeitsbericht in seiner Sitzung am 24. Oktober 1973 behandelt. Zu Wort gemeldet hat sich außer dem Berichterstatter der Abgeordnete Ing. Scheibengraf.

Der Ausschuß nahm auch die im Bericht aufscheinenden Druckfehlerberichtigungen vor.

Der Ausschuß hat einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme des Tätigkeitsberichtes unter Berücksichtigung der oberwähnten Druckfehlerberichtigungen zu empfehlen.

Der Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den vom Bundesminister für Verkehr vorgelegten Tätigkeitsbericht des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1972 (III-105 der Beilagen) unter Berücksichtigung der oben angeführten Druckfehlerberichtigungen zur Kenntnis nehmen.

Bei Wortmeldungen bitte ich, General- und Spezialdebatte gemeinsam abzuführen.

Präsident: Wortmeldungen liegen keine vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die den vom Bundesminister für Verkehr vorgelegten Tätigkeitsbericht des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1972 unter Berücksichtigung der im Ausschußbericht — 914 der Beilagen — angeführten Druckfehlerberichtigungen zur Kenntnis nehmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

4. Punkt: Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien vom 12. Juli 1973 um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat DDr. Friedrich König (897 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 4. Punkt der Tagesordnung: Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Dr. Friedrich König.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Frauscher. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

Berichterstatter Dr. **Frauscher:** Herr Präsident! Hohes Haus! Das Strafbezirksgericht Wien ersucht mit Zuschrift vom 12. Juli 1973, 12 U 1831/73, eingelangt in der Parlements-direktion am 17. Juli 1973, um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat DDr. Friedrich König wegen Verdachtes der Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre.

Der Immunitätsausschuß hat diese Ersuchen in seiner Sitzung am 23. Oktober 1973 beraten und beschlossen, dem Nationalrat zu empfehlen, der strafgerichtlichen Verfolgung unter Berücksichtigung der bisher gehandhabten Praxis nicht zuzustimmen.

Der Immunitätsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien vom 12. Juli 1973 um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat DDr. Friedrich König wegen Verdachtes der Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre wird nicht stattgegeben.

Präsident: Es liegt eine Wortmeldung vor. Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Ing. Hobl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. **Hobl** (SPO): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es kommt nicht oft vor, daß zur Aufhebung der Immunität eines Abgeordneten zum Nationalrat debattiert wird. Der zur Verhandlung stehende Fall des Abgeordneten Dr. König ist aber unserer Meinung nach ein besonderer Fall. Herr Abgeordneter Dr. König hat die Regierung in der Frage der UNO-City unkorrekter Handlungen beschuldigt, er hat aber auch unabhängige Fachleute öffentlich verdächtigt und beleidigt.

Wir Sozialisten sind überzeugt, daß die Vorwürfe des Herrn Abgeordneten Dr. König gegenüber den Fachleuten genauso ungerechtfertigt sind wie jene gegenüber der Bundesregierung. Den Abgeordneten König schützt seine Immunität. Die Fachleute können ihre Beweise hier und vor Gericht nicht vorbringen. Wir Sozialisten sind für eine kritische Beurteilung aller öffentlichen Tätigkeiten. Wir sind für die Beseitigung von Mißständen. Wir sind aber auch gegen jede Art der Politik mit unbewiesenen Verdächtigungen, Beleidigungen

Ing. Hobl

und Unterstellungen. Wir sind für eine saubere, korrekte Konfrontation zwischen Opposition und Regierung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Dr. König schadet unserer Meinung nach durch seine Art der Politik dem Ansehen der Politiker und der Politik selbst. *(Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.)*

Das muß hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, beim heutigen Anlaß in aller Ruhe gesagt werden.

Wir Sozialisten stehen zur Praxis der Behandlung von Immunitätsfragen in diesem Hause. Wir Sozialisten stehen daher auch in diesem Falle zum Ausschlußantrag.

Wir wünschen, daß dem Hohen Hause Immunitätsfälle à la Dr. König künftig erspart bleiben mögen. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Robert Graf.

Abgeordneter Graf (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Eine kurze Feststellung zur Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Ing. Hobl: Nichts dagegen! Aber eine Feststellung möchte ich gerne für meine Partei treffen:

Es war eine alte Praxis des Immunitätsausschusses, in solchen Fragen niemanden auszuliefern, selbst wenn es der Betroffene wollte.

Herr Bundeskanzler, Sie wollten ja einmal ausgeliefert werden. *(Abg. Dr. Kreisky: Ich habe Sie nicht gebeten, nicht darum ersucht!)* Ich habe Ihnen ja keinen Vorwurf gemacht. Ich stelle nur fest, daß der Immunitätsausschuß selbst auf persönliches Verlangen des Betroffenen in solchen Fragen niemals einer Auslieferung zugestimmt hat. *(Ruf bei der SPÖ: Wird eh nicht zugestimmt!)* Ich bin noch nicht zu Ende. Es ist mir schon klar, daß Sie nicht zustimmen, aber ich wehre mich dagegen, daß der Herr Abgeordnete Hobl hier versucht, mit einer hohlen Tirade zu erklären, der Herr Abgeordnete König und nur der Herr Abgeordnete König schade dem Stand des Politikers durch solche Dinge.

Meine Damen und Herren von der Mehrheitspartei! Wenn Sie den Status ändern wollen — darüber kann man reden —, dann bringen Sie einen ordentlichen Antrag ein! Was wir nicht wünschen und wovon wir nicht glauben, daß es den Grundsätzen der Fairneß entspricht, ist, daß Sie im Immunitätsausschuß die Dinge so wie immer behandeln und dann im Haus probieren, im Lichte der Fernsehkameras, also der Öffentlichkeit, irgend etwas hineinzujubeln. Dagegen wehren wir uns. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Kollege! Ich sage Ihnen nochmals: Wir sind selbstverständlich gerne bereit, darüber zu reden, weil ich mir vorstellen kann, daß sowohl der Herr Abgeordnete König wie auch seinerzeit der jetzige Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky die Auslieferung gewünscht hat.

Wenn Sie eine Diskussion über den Bereich der Immunität wünschen, benützen Sie den normalen parlamentarischen Weg! Sie finden uns verhandlungsbereit.

Wir wehren uns aber dagegen, daß Sie plötzlich eine Usance zu verändern suchen. Wenn Sie mit Ihrem Zwischenruf „Der König wird eh nicht ausgeliefert“ eine Alibihandlung setzen wollen, dann zieht das nicht.

Ich möchte zum Schluß kommen: Wir möchten Sie sehr ernst einladen, dann, wenn Sie solche Dinge vorhaben, den anständigen parlamentarischen Weg zu wählen. Denn, Herr Kollege Hobl, dem Parlamentarismus hat nicht König geschadet, sondern Sie mit Ihrer Erklärung. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Halder.

Abgeordneter Dr. Halder (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Hobl nötigt mich, hier einige Feststellungen namens des Immunitätsausschusses anzubringen. Fürs erste möchte ich feststellen, daß das Parlament hier nicht als Gericht zu fungieren, sondern über Ersuchen von Gerichten lediglich zu entscheiden hat, ob ein Abgeordneter wegen irgendeines Deliktes verfolgt werden soll oder nicht. Nur darüber hat das Parlament zu entscheiden und über nichts anderes! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dann habe ich noch zu einer zweiten Feststellung des Herrn Abgeordneten Ing. Hobl eine Klarstellung anzubringen. Herr Abgeordneter Ing. Hobl hat hier festgestellt, den Abgeordneten Dr. König schütze seine Immunität. Diese Feststellung möchte ich mit aller Deutlichkeit zurückweisen, denn das Hohe Haus und jeder Abgeordnete weiß, daß die Immunität nicht ein Recht des Abgeordneten, sondern ein Recht des Parlaments als Körperschaft ist. *(Beifall bei der ÖVP.)* Insofern ist es seit eh und je irrelevant gewesen, ob der eine oder andere Abgeordnete persönlich seine Auslieferung wünscht oder nicht. Es ist auch stets der Vollständigkeit halber im Ausschuß festgestellt worden, daß derartige Wunschaussagen für das Parlament selber ohne Belang sind.

Ich habe mich genötigt gesehen, diese Feststellungen hier klar zu deponieren, damit auf Grund der Äußerungen des Herrn Inge-

Dr. Halder

nieur Hobl keine falschen Vorstellungen von der Abgeordnetenimmunität aufkommen. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur **A b s t i m m u n g**.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Immunitätsausschusses beitreten, dem Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien vom 12. Juli 1973 zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Doktor Friedrich König wegen Verdachtes der Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre nicht stattzugeben, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig **a n g e n o m m e n**.

5 Punkt: Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien vom 10. August 1973 um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat DDr. Friedrich König (898 der Beilagen)

Präsident: 5. Punkt: Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien vom 10. August 1973 um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Doktor Friedrich König wegen Verdachtes der Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre.

Berichterstatter ist Dr. Frauscher. Ich bitte um seinen Bericht.

Berichterstatter Dr. **Frauscher:** Hohes Haus! Das Strafbezirksgericht Wien ersucht mit Zurschrift vom 10. August 1973, 2 U 23/73, eingelangt in der Parlamentsdirektion am 17. August 1973, um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat DDr. Friedrich König wegen Verdachtes der Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre.

Der Immunitätsausschuß hat dieses Ersuchen in seiner Sitzung am 23. Oktober 1973 beraten und beschlossen, dem Nationalrat zu empfehlen, der strafgerichtlichen Verfolgung unter Berücksichtigung der bisher gehandhabten Praxis nicht zuzustimmen.

Der Immunitätsausschuß stellt somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien vom 10. August 1973 um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat DDr. Friedrich König wegen Verdachtes der Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre wird nicht stattgegeben.

Präsident: Wortmeldungen liegen keine vor.

Wir kommen zur **A b s t i m m u n g**.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorgetragenen Antrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig **a n g e n o m m e n**.

6. Punkt: Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien vom 17. Oktober 1973 um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat DDr. Friedrich König (899 der Beilagen)

Präsident: Punkt 6 der Tagesordnung: Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien vom 17. Oktober 1973 um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Friedrich König wegen Verdachtes der Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Frauscher. Ich bitte um seinen Bericht.

Berichterstatter Dr. **Frauscher:** Hohes Haus! Das Strafbezirksgericht Wien ersucht mit Zurschrift vom 17. Oktober 1973, 3 U 358/73, eingelangt in der Parlamentsdirektion am 22. Oktober 1973, um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat DDr. Friedrich König wegen Verdachtes der Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre.

Der Immunitätsausschuß hat dieses Ersuchen in seiner Sitzung am 23. Oktober 1973 beraten und beschlossen, dem Nationalrat zu empfehlen, der strafgerichtlichen Verfolgung unter Berücksichtigung der bisher gehandhabten Praxis nicht zuzustimmen.

Der Immunitätsausschuß stellt somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien vom 17. Oktober 1973 um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat DDr. Friedrich König wegen Verdachtes der Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre wird nicht stattgegeben.

Präsident: Wortmeldungen liegen keine vor.

Sie haben den Antrag gehört. Wer diesem Antrag zustimmt, möge dies durch Erheben von den Sitzen bekunden. — **E i n s t i m m i g**.

7. Punkt: Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Bezirksgerichtes Fehring um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat Franz Koller (900 der Beilagen)

Präsident: 7. Punkt: Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Bezirks-

Präsident

gerichtetes Fehring um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Franz Koller.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Frodl. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

Berichterstatter **Frodl**: Hohes Haus! Das Bezirksgericht Fehring ersucht mit Zuschrift vom 12. September 1973 um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Franz Koller wegen Verdachtes der Übertretung nach § 335 Strafgesetz.

Der Immunitätsausschuß hat dieses Ersuchen in seiner Sitzung am 23. Oktober 1973 beraten und beschlossen, dem Nationalrat zu empfehlen, der strafgerichtlichen Verfolgung zuzustimmen.

Der Immunitätsausschuß stellt somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Ersuchen des Bezirksgerichtes Fehring vom 12. September 1973 um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Franz Koller wegen des Verdachtes der Übertretung nach § 335 Strafgesetz wird stattgegeben.

Falls Wortmeldungen sind, bitte ich darüber die Debatte abzuführen.

Präsident: Wortmeldungen liegen keine vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Immunitätsausschusses beitreten, dem Ersuchen des Bezirksgerichtes Fehring zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Franz Koller wegen des Verdachtes der Übertretung nach § 335 des Strafgesetzes stattzugeben, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig **a n g e n o m m e n**.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die **n ä c h s t e** Sitzung berufe ich für morgen, Donnerstag, den 8. November 1973, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

1. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (889 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem die Reisegebührenvorschrift 1955 geändert wird (904 der Beilagen)

2. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (890 der Beilagen): Bundesgesetz über Ergänzungszulagen zur Erhöhung der Anfangsbezüge im öffentlichen Dienst (905 der Beilagen)

3. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (818 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bundes-

gesetz über die Rekonstruktion der Austrian Airlines Österreichische Luftverkehrs-Aktiengesellschaft geändert wird (906 der Beilagen)

4. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (876 der Beilagen): Bundesgesetz über die Veräußerung und Belastung von unbeweglichem Bundesvermögen (907 der Beilagen)

5. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (885 der Beilagen): Energieanleihegesetz 1973 (908 der Beilagen)

6. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (886 der Beilagen): Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke — Alpine Montan-Aktiengesellschaft (909 der Beilagen)

7. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (887 der Beilagen): Bundesgesetz betreffend die Bedeckung des Abganges des Milchwirtschaftsfonds im Geschäftsjahr 1974 (910 der Beilagen)

8. Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (891 der Beilagen): RohstofflenkungsGesetznovelle 1973 (901 der Beilagen)

9. Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (873 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Patentgesetz 1970 geändert wird (902 der Beilagen)

10. Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (832 der Beilagen): Übereinkommen betreffend die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen samt Anhängen I und II (903 der Beilagen)

11. Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung über die Regierungsvorlage (869 und Zu 869 der Beilagen): Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Bulgarien über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, Wissenschaft und Erziehung samt Anhang (915 der Beilagen)

12. Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (846 der Beilagen): Verfahrenshilfegesetz (916 der Beilagen)

13. Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (847 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem die Rechtsanwaltsordnung geändert wird (917 der Beilagen)

14. Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (848 der Beilagen): Notariatstarifgesetz (918 der Beilagen)

7850

Nationalrat XIII. GP — 82. Sitzung — 7. November 1973

Präsident

15. Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (849 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Lohnpfändungsgesetz geändert wird (926 der Beilagen)

16. Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (662 der Beilagen): Zusatzprotokoll zu dem in Wien am 11. 12. 1963 unterzeichneten Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Polen über die wechselseitigen Beziehungen in bürgerlichen Rechtssachen und über Urkundenwesen (919 der Beilagen)

17. Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (780 der Beilagen): Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und Fidschi betreffend die Weiteranwendung des österreichisch-britischen Rechtshilfeabkommens vom 31. März 1931 (923 der Beilagen)

18. Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (693 der Beilagen): Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Ita-

lienischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen und die Erleichterung seiner Anwendung (924 der Beilagen)

19. Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (692 der Beilagen): Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Italienischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom 13. 12. 1957 und die Erleichterung seiner Anwendung (925 der Beilagen)

20. Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (438 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Handelsgesetzbuch und die Bundesabgabenordnung bezüglich der Verwendung von Datenträgern geändert werden (927 der Beilagen)

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 40 Minuten